



Antragsbuch

67. Bundeskongress in Weimar



Ergebnis des Alex-Müller-Verfahrens zum 67. Bundeskongress der Jungen Liberalen

Nr.	Antrag	Anzahl der Stimmen	in Prozent
1	312 - Bürgergeld darf nicht das neue Hartzen werden - Bürgergeldhöhung stoppen, Eigenverantwortung stärken!	134	24.91%
2	804 - Finger weg von meinem Broker: Gegen ein Payment for Order Flow-Verbot	97	18.03%
3	314 - Wer mehr arbeitet, muss auch mehr haben - gilt auch für Studenten	93	17.29%
4	415 - Kein Geld für Freiheitsfeinde - Förderung der Deutschen Islamkonferenz einstellen	85	15.80%
5	401 - Klares Nein zum verlängerten Arm von Erdogan - Verbot der Grauen Wölfe	70	13.01%
6	408 - Tik-Tok-Tot	66	12.27%
7	402 - Mehr Transparenz wagen! - Offenlegungspflicht für Politiker	64	11.90%
8	901 - Das Wort „Rasse“ aus der Satzung der Freien Demokraten streichen!	63	11.71%
9	309 - Heute Fehlgeburt, morgen Büro? - Klare Absage an unwürdige Mutterschutzregelungen!	60	11.15%
10	104 - Den Bundesjugendspielen ein leistungsorientiertes Upgrade geben.	59	10.97%
11	313 - Cocktails am Strand oder Pfandflaschen sammeln? - Rente in Würde durch Privatisierung der Altersvorsorge	58	10.78%
12	301 - Pillars of pain - Säulen-Konzept gegen unnötiges Leid durch Endometriose	55	10.22%
13	106 - Schuldenfalle Studienkredit: KfW-Kreditnehmer entlasten!	54	10.04%
14	414 - Weil ein Staat auch ein Drecksstaat sein kann - "Beschimpfung" des Staates darf nicht zur Strafe führen!	54	10.04%
15	808 - Gewinne reinvestieren statt besteuern!	53	9.85%
16	416 - Kritik an Politikern ist nicht verfassungsfeindlich - neue Verfassungsschutzkategorie wieder abschaffen!	52	9.67%
17	714 - Freie Fahrt für freie Bürger! - Ausbremsung durch den Staat beenden	49	9.11%
18	805 - DYNAMISCHES DEUTSCHLAND - DER WIRTSCHAFT DIE FESSELN ABLEGEN	47	8.74%
19	409 - Integrierte Sicherheit zu Ende denken - ein Nationaler Sicherheitsrat für Deutschland	45	8.36%
20	304 - Arzneimittelknappheit europäisch lösen	44	8.18%
21	305 - Herzstillstand Deutschland - für die Reanimation unseres Gesundheitswesens	44	8.18%
22	101 - Schröpfen der Wissenschaft endlich abstellen!	43	7.99%
23	403 - Stille Nacht geile Nacht - Böllerlos ins neue Jahr (knallen darfst du trotzdem noch)	42	7.81%
24	103 - Lebenslanges Lernen statt lebenslanger Sperre	39	7.25%
25	713 - Einfach mal Bauen	39	7.25%
26	107 - 123 Jahre. 140.000 Verurteilungen. Millionen von Schicksalen: Queere Geschichte als Teil der deutschen Erinnerungskultur	37	6.88%
27	503 - Chancenkontinent - eine liberale Strategie für Nordafrika	34	6.32%
28	203 - Frauen, Leben, Unfreiheit - das Mullah-Regime im deutschen Standesamt	33	6.13%
29	405 - Keinen Fußbreit dem Faschismus! Gegen völkische Landnahme!	32	5.95%
30	412 - Gleichberechtigung der Geschlechter - auch bei der Wehrpflicht	32	5.95%
31	501 - Solidarität mit den Protesten in Israel	32	5.95%

32	311 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf - JETZT!	30	5.58%
33	711 - Der Zug hat (k)eine Bremse - Neubaustrecke Hamburg-Hannover jetzt!	30	5.58%
34	302 - Mund auf, Stäbchen rein - mit Endometriose diagnostiziert sein?	29	5.39%
35	310 - Selbstständig - schwanger - arbeitslos ?	29	5.39%
36	809 - Liberalen Feminismus ernst nehmen: Ehegattensplitting abschaffen!	29	5.39%
37	810 - Gute Gründe zum Gründen	29	5.39%
38	303 - Deutschlands größten "Pflegedienst" entlasten	28	5.20%
39	406 - Kommerzielle Leihmutterchaft verantwortlich ermöglichen	26	4.83%
40	807 - Energiewende marktwirtschaftlich gestalten: Gegen den Einheitspreis beim Strom!	26	4.83%
41	306 - GTA auf der Spielekonsole, nicht auf der Straße!	25	4.65%
42	601 - Zukunftscodex: Liberale Leitlinien für künstliche Intelligenz	25	4.65%
43	707 - Angebot europaweiter Bahntickets	25	4.65%
44	105 - Vielfalt und Diversität statt Zucht und Ordnung!	24	4.46%
45	411 - Ist unsere Feuerwehr ausgebrannt ?	24	4.46%
46	307 - Geh doch Blutspenden, wo du willst!	23	4.28%
47	811 - Friendly reminder: Klimadividende noch in dieser Legislaturperiode einführen	23	4.28%
48	201 - Für eine ausgeglichene Lebens- und Arbeitswelt: Elternzeit und Elterngeld als Schlüssel zur Vereinbarkeit.	20	3.72%
49	702 - Auf in die Zukunft - smart cities erreichen	19	3.53%
50	704 - Freie Wahl an der Tankstelle - Oligopol verhindern!	19	3.53%
51	712 - Sozialer Klimaschutz mit liberaler Klimadividende	19	3.53%
52	802 - Wind of Change - für eine unabhängige und klimafreundliche Energiepolitik	19	3.53%
53	812 - German STOCK ACT - Transparenzregeln für Trades von Amts- und Mandatsträgern scharfen	19	3.53%
54	308 - Essstörungen den Kampf ansagen	18	3.35%
55	504 - Alles muss rein: Noch mehr innovative Ideen der Jungen Liberalen für die Europawahl 2024	18	3.35%
56	417 - Gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr mit Todesfolge regeln	17	3.16%
57	410 - Mandatsausübung flexibilisieren!	15	2.79%
58	709 - Kein Cash für Krüppel: Härteres Vorgehen gegen Qualzuchten	14	2.60%
59	407 - Demokratieförderung parteinaher Stiftungen schützen und unterstützen	13	2.42%
60	502 - Perfectly balanced as all things should be - Gleichbehandlung mit China schaffen	13	2.42%
61	202 - Das bisschen Haushalt macht sich leider nicht von allein	12	2.23%
62	708 - Bahn frei für das Azubi-Ticket	12	2.23%
63	102 - Wandel durch Kunsthandel - Steuersenkung für den kreativen Pinselstrich!	11	2.04%
64	703 - Flächenfraß stoppen! Flächenzertifikatehandel in Deutschland und der EU	10	1.86%
65	413 - Beteiligung für alle statt Räterepublik	9	1.67%
66	404 - Für Selbstbestimmung stellen wir gute Zeugnisse aus	7	1.30%
67	705 - Nett hier, aber waren Sie schon mal in einem Naturschutzgebiet?	4	0.74%
68	806 - Weg zu Schutz, Transparenz und Kontrolle von Auskunftfeien	4	0.74%
69	706 - Wie schnell fährt eigentlich ein Traktor?	3	0.56%



Junge Liberale GmbH | Reinhardtstraße 14 | 10117 Berlin

An alle Mitglieder
der Jungen Liberalen

Ombudsbericht zum 67. Bundeskongress in Weimar

Datum: 25.10.2023

Liebe JuLis,

seit fast zwei Jahren darf ich eure Ombudsperson sein. Daher möchte ich mich an dieser Stelle von ganzem Herzen noch einmal für das Vertrauen bedanken, das ihr mir beim 66. Bundeskongress in Halle/Saale und in meiner Arbeit entgegengebracht habt und entgegenbringt.

Gemäß unserer Satzung hat die Ombudsperson zu jedem ordentlichen Bundeskongress einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeiten vorzulegen. Dieser Aufgabe komme ich mit diesem Ombudsbericht sehr gerne nach.

Für diese Amtszeit habe ich beschlossen, den "Halbzeitbericht" kurz zu halten und aufs Wesentliche zu beschränken. Übergeordnete sowie langfristige und nachhaltige Entwicklungen sind zum Ende der Amtszeit aussagekräftiger darzustellen und werden im Ombudsbericht zum 68. Bundeskongress dargelegt.

Vorbemerkungen

In den vergangenen Ombudsberichten konnte ich stets die Offenheit und Transparenz des Bundesvorstands gegenüber mir als Ombudsperson loben. Diese vorbildliche Arbeitsweise hat der Bundesvorstand auch nach dem Bundeskongress in Halle/Saale fortgesetzt.

Zu allen Sitzungen des Bundesvorstands sowie des Erweiterten Bundesvorstands wurde ich eingeladen und wann immer es mir möglich war, habe ich an diesen Sitzungen teilgenommen. Von seinem satzungsgemäßem Recht, die Ombudsperson von einzelnen Tagesordnungspunkten auszuschließen, hat der Bundesvorstand auch weiterhin keinen Gebrauch gemacht.

Durch meine Einbindung in alle relevanten Kommunikationskanäle und Arbeitsplattformen sowie die proaktive Kommunikation und Offenheit ermöglichte der Bundesvorstand mir jederzeit, seine Arbeit eng zu begleiten. Besonders positiv möchte ich auch herausstellen, dass die Mitglieder des Bundesvorstands jederzeit für mich erreichbar waren und für Nachfragen und Hinweise immer zur Verfügung standen.

Beschlusskontrolle

Die Prüfung der Behandlung, Umsetzung und Ausführung der Anträge und Beschlüsse des Bundeskongresses durch den Bundesvorstand und den Erweiterten Bundesvorstand ist eine der Kernaufgaben der Ombudsperson.

Robert Teuber

Ombudsperson der
Jungen Liberalen (JuLis) e.V.

Adresse:
Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Kontakt:
ombudsperson@julis.de
teuber@julis.de

Spendenkonto:
IBAN: DE9010040000266654300
BIC: COBADE33XXX



Der Bundesvorstand stellt stets sicher, dass ich Einsicht in Protokolle, Antrags- und Beschlussentwürfe, Pressemitteilung etc. habe und ermöglicht so eine ungehinderte Beschlusskontrolle.

Bezogen auf die Berichtsperiode (seit dem vergangenen Bundeskongress) konnte ich an den Beschlussfassungen und der Außenkommunikation des Bundesvorstands keinen konkreten Widerspruch zur Beschlusslage erkennen. Selbiges gilt auch für die Beschlussfassungen des Erweiterten Bundesvorstands. Auch aus der Mitgliedschaft wurden in der Berichtsperiode diesbezüglich keine Beanstandungen an mich herangetragen.

Weiterhin ist der Bundesvorstand seiner Aufgabe nachgekommen, unsere Beschlusslage in die Öffentlichkeit zu tragen - sei es über Social Media oder klassische Pressearbeit - sowie gegenüber der FDP zu vertreten, z. B. über Anträge und Änderungsanträge zum Bundesparteitag.

Zudem ist es erfreulich, dass der Erweiterte Bundesvorstand in vielen rein programmatischen Arbeitssitzungen den Antragsstau abgearbeitet hat. Aktuell befindet sich lediglich noch eine einstellige Anzahl verwiesener Anträge auf der To-do-Liste. Diese werden jedoch entweder derzeit konkret in den Bundesarbeitskreisen bearbeitet oder können erst nach dem Bundeskongress in Weimar behandelt werden, um den dort zu debattierenden Anträgen nicht vorwegzugreifen.

Die schiere Anzahl der abgearbeiteten verwiesenen Anträge brachte natürlich auch mit sich, dass nicht jeder Antrag in einer Tiefgründigkeit debattiert werden konnte, die er eigentlich verdient. Ich freue mich daher, dass der Erweiterte Bundesvorstand auch in Zukunft das Modell der rein programmatischen Sitzungen fortsetzen wird und bin somit guter Dinge, dass eine zeitnahe Bearbeitung neu anfallender verwiesener Anträge sich auch positiv auf die Detailtiefe der zugehörigen Diskussionen auswirken wird.

Vertrauensarbeit

In einem großen politischen Jugendverband bleiben soziale Konflikte zwischen den Mitgliedern mitunter nicht aus - so auch bei uns. Die zweite Kernaufgabe von mir als Ombudsperson ist es daher, in solchen Situationen Ansprechpartner für unsere Mitglieder zu sein. Traditionell nimmt diese Aufgabe den größeren Teil des Aufwands meiner Arbeit in Anspruch.

In den zurückliegenden Monaten habe ich mich daher auch wieder intensiv Anliegen gewidmet, die Mitglieder an mich in dieser Funktion herangetragen haben. Oftmals war es dabei möglich, angespannte Situationen zu beruhigen, zu schlichten oder aufzulösen. Für das mir in solchen Situationen entgegengebrachte Vertrauen sowie die bisweilen nötige Geduld bin ich sehr dankbar.

Es ist normal, dass in einem Verband wie den Jungen Liberalen Konflikte und Herausforderungen im Miteinander bisweilen nicht ausbleiben. Bisweilen finde ich es jedoch nach wie vor beschämend und traurig, mit welchem Verhalten einige wenige JuLis anderen Mitgliedern manchmal gegenüberreten. Ich freue mich aber auch, dass die übergroße Mehrheit der JuLis immer wieder deutlich macht, dass Beleidigungen und Herabwürdigungen sowie übergriffiges Verhalten nichts in unserem Verband verloren haben. Es ist schön, immer wieder zu erleben, wie unzählige JuLis sich dafür einsetzen, dass auch in angespannten Situationen im Umgang miteinander der Respekt für den anderen höchste Priorität hat. Davon muss unser "JuLis-Spirit" geprägt bleiben. Ich war immer der Meinung, dass wir einander jeweils selbst das beste Vorbild sein können - und wessen Verhalten von Respekt geleitet ist, nimmt diese Vorbildrolle wahr.

An dieser Stelle möchte ich noch ein Gefühl teilen, was sich seit Beginn meiner Ombudsarbeit beständig verdichtet: Ein Hauptgrund für die Eskalation von Konflikten innerhalb des Verbands scheint meistens darin zu liegen, dass es verpasst wurde, im persönlichen Gespräch Differenzen und Kritik rechtzeitig zu adressieren und miteinander auszutauschen. Ich möchte euch ermuntern, wann immer ihr es als machbar und chancenbehaftet anseht, kritische Punkte frühzeitig vertrauensvoll und offen mit den Betroffenen zu besprechen. Ich glaube, dass der Großteil unserer Mitglieder durchaus offen für Kritik ist - selbst, wenn diese im ersten Moment nicht gerade Glücksgefühle auslöst. Das Besprechen von Konfliktsituationen bietet immer auch die Chance, zu wachsen - für den, der Kritik äußert, und auch für den, der mit ihr konfrontiert wird.

Ich nehme stets wahr, dass der Bundesvorstand, die Landesverbände, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ganz viele Mitglieder viel Arbeit investieren, um in unserem Verband die Verantwortungskultur im Sinne eines Jugendverbands immer weiter zu entwickeln. Das verdient aus meiner Sicht den Dank von uns allen.



An dieser Stelle möchte ich mich auch noch einmal explizit bei all den Vertrauens- und Ombudspersonen sowie Awareness-Teams bedanken, die auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene stets ein offenes Ohr für die Mitglieder haben. Tausend Dank euch!

Schlussbemerkungen

Zusammenfassend kann ich festhalten, dass der Bundesvorstand in höchstem Maße verantwortungsvoll und sorgfältig mit unserer Beschlusslage umgeht und konsequent in deren Sinne arbeitet und kommuniziert. Außerdem investiert der Bundesvorstand viel Arbeit in die Stärkung unserer Verbandskultur und legt dabei insbesondere auch großes Augenmerk darauf, unseren jüngsten Mitgliedern einen Verband zu bieten, in dem sie sich immer wohlfühlen können. Die offene und transparente Zusammenarbeit mit mir als Ombudsperson empfinde ich als große Wertschätzung.

Ich möchte mich bei euch allen für euer Vertrauen und eure Unterstützung bedanken und ich gebe weiterhin mein Bestes, dem immer gerecht werden zu können. Kommt auch gerne auf mich zu, wenn ihr mal Kritik an meiner Arbeit oder Anregungen und Anmerkungen dazu habt.

Ich freue mich jetzt auf einen schönen Bundeskongress mit euch und darauf, euch alle in Weimar zu sehen.

Liebe Grüße

Euer Robert

Antragsbuch für den 67. BuKo

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L01	Europas Einheit vollenden: Freiheit ist das Grundprinzip Bundesvorstand	41

S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S01	Antrag zur Änderung der Satzung der Jungen Liberalen Erweiterter Bundesvorstand	14

1 - Bildung und Kultur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
101	Schröpfen der Wissenschaft endlich abstellen! LV Thüringen (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern (Landesverbände)	38
102	Wandel durch Kunsthandel – Steuersenkung für den kreativen Pinselstrich! BAK Bildung und Kultur (BAK)	109
103	Lebenslanges Lernen statt lebenslanger Sperre LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	118
104	Den Bundesjugendspielen ein leistungsorientiertes Upgrade geben. BAK Liberale Schüler (BAK), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	127
105	Vielfalt und Diversität statt Zucht und Ordnung! BAK Liberale Schüler (BAK)	128
106	Schuldenfalle Studienkredit: KfW-Kreditnehmer entlasten! Kevin Naumann (LV Bremen), Fynn Voigt (LV Bremen), Celine Eberhardt (LV Bremen), Anja Milde (LV Baden-Württemberg), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), Tom Daniel (Bundesvorstand)	159
107	123 Jahre. 140.000 Verurteilungen. Millionen von Schicksalen: Queere Geschichte als Teil der deutschen Erinnerungskultur BAK Bildung und Kultur (BAK)	160

2 - Gender und Diversity

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
201	Für eine ausgeglichene Lebens- und Arbeitswelt: Elternzeit und Elterngeld als Schlüssel zur Vereinbarkeit. BAK Liberaler Feminismus (BAK)	59
202	Das bisschen Haushalt macht sich leider nicht von allein BAK Liberaler Feminismus (BAK)	61
203	Frauen, Leben, Unfreiheit - das Mullah-Regime im deutschen Standesamt BAK Liberaler Feminismus (BAK)	62

3 - Gesundheit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
314	Wer mehr arbeitet, muss auch mehr haben – gilt auch für Studenten LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	18
301	Pillars of pain – Säulen-Konzept gegen unnötiges Leid durch Endometriose LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Rheinland-Pfalz (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände), LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände)	27
302	Mund auf, Stäbchen rein - mit Endometriose diagnostiziert sein? BAK Liberaler Feminismus (BAK), BAK Gesundheit und Pflege (BAK)	63
303	Deutschlands größten “Pflegedienst” entlasten LV Brandenburg (Landesverbände)	65
304	Arzneimittelknappheit europäisch lösen BAK Innen und Recht (BAK), BAK Gesundheit und Pflege (BAK)	67
305	Herzstillstand Deutschland - für die Reanimation unseres Gesundheitswesens BAK Gesundheit und Pflege (BAK), LV Niedersachsen (Landesverbände)	82
306	GTA auf der Spielekonsole, nicht auf der Straße! BAK Gesundheit und Pflege (BAK)	94
307	Geh doch Blutspenden, wo du willst! LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	106
308	Essstörungen den Kampf ansagen LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	122
311	Vereinbarkeit von Familie und Beruf - JETZT! BV Köln-Bonn (LV Nordrhein-Westfalen), LV Berlin (Landesverbände)	132
309	Heute Fehlgeburt, morgen Büro? - Klare Absage an unwürdige Mutterschutzregelungen! LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	150
310	Selbstständig - schwanger - arbeitslos ? LV Bayern (Landesverbände)	164
312	Bürgergeld darf nicht das neue Hartzen werden - Bürgergelderhöhung stoppen, Eigenverantwortung stärken! Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)	170
313	Cocktails am Strand oder Pfandflaschen sammeln? – Rente in Würde durch Privatisierung der Altersvorsorge Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)	172

4 - Innen und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
401	Klares Nein zum verlängerten Arm von Erdogan – Verbot der Grauen Wölfe LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	23
402	Mehr Transparenz wagen! – Offenlegungspflicht für Politiker LV Hessen (Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	40
403	Stille Nacht geile Nacht – Böllerlos ins neue Jahr (knallen darfst du trotzdem noch) BAK Gesundheit und Pflege (BAK), BAK Innen und Recht (BAK)	97
404	Für Selbstbestimmung stellen wir gute Zeugnisse aus BAK Gesundheit und Pflege (BAK), BAK Arbeit und Soziales (BAK), BAK Innen und Recht (BAK), BAK Liberaler Feminismus (BAK), BAK Offene Gesellschaft (BAK)	98
405	Keinen Fußbreit dem Faschismus! Gegen völkische Landnahme! LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern (Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), LV Sachsen (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	110
417	Gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr mit Todesfolge regeln LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	115
406	Kommerzielle Leihmutterschaft verantwortlich ermöglichen LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	120
407	Demokratieförderung parteinaher Stiftungen schützen und unterstützen LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	124
408	Tik-Tok-Tot LV Sachsen (Landesverbände)	140
409	Integrierte Sicherheit zu Ende denken - ein Nationaler Sicherheitsrat für Deutschland LV Sachsen (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände)	141
410	Mandatsausübung flexibilisieren! LV Bayern (Landesverbände)	165
411	Ist unsere Feuerwehr ausgebrannt ? LV Bayern (Landesverbände)	166
412	Gleichberechtigung der Geschlechter - auch bei der Wehrpflicht LV Bayern (Landesverbände)	167
413	Beteiligung für alle statt Räterepublik KV Goslar (LV Niedersachsen)	168
414	Weil ein Staat auch ein Drecksstaat sein kann - “Beschimpfung” des Staates darf nicht zur Strafe führen! Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)	169
415	Kein Geld für Freiheitsfeinde - Förderung der Deutschen Islamkonferenz einstellen Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)	176
416	Kritik an Politikern ist nicht verfassungsfeindlich - neue Verfassungsschutzkategorie wieder abschaffen! Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)	178

5 - Europa und Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
501	Solidarität mit den Protesten in Israel LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	19
502	Perfectly balanced as all things should be – Gleichbehandlung mit China schaffen LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	22
503	Chancenkontinent - eine liberale Strategie für Nordafrika LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	152
504	Alles muss rein: Noch mehr innovative Ideen der Jungen Liberalen für die Europawahl 2024 Bundesvorstand	180

6 - Digitales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
601	Zukunftscodex: Liberale Leitlinien für künstliche Intelligenz BAK Digitales (BAK)	144

7 - Umwelt, Verkehr und Bau

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
702	Auf in die Zukunft – smart cities erreichen LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	20
701	Flächenfraß stoppen! Flächenzertifikatehandel in Deutschland und Europa BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK) <i>zurückgezogen</i>	70
703	Flächenfraß stoppen! Flächenzertifikatehandel in Deutschland und der EU BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)	76
704	Freie Wahl an der Tankstelle - Oligopol verhindern! BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)	95
705	Nett hier, aber waren Sie schon mal in einem Naturschutzgebiet? LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	101
706	Wie schnell fährt eigentlich ein Traktor? LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	103
707	Angebot europaweiter Bahntickets LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	104
708	Bahn frei für das Azubi-Ticket LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	105
709	Kein Cash für Krüppel: Härteres Vorgehen gegen Qualzuchten LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	113
711	Der Zug hat (k)eine Bremse – Neubaustrecke Hamburg-Hannover jetzt! BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), Nemir Ali (Bundesvorstand), Tobias Weiskopf (Bundesvorstand)	143
712	Sozialer Klimaschutz mit liberaler Klimadividende BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)	156
713	Einfach mal Bauen BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)	162
714	Freie Fahrt für freie Bürger! - Ausbremsung durch den Staat beenden Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)	175

8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
802	Wind of Change – für eine unabhängige und klimafreundliche Energiepolitik LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	16
804	Finger weg von meinem Broker: Gegen ein Payment for Order Flow-Verbot LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hessen (Landesverbände)	25
805	DYNAMISCHES DEUTSCHLAND – DER WIRTSCHAFT DIE FESSELN ABLEGEN LV Berlin (Landesverbände)	33
806	Weg zu Schutz, Transparenz und Kontrolle von Auskunfteien LV Saarland (Landesverbände)	99
807	Energiewende marktwirtschaftlich gestalten: Gegen den Einheitspreis beim Strom! LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände)	107
808	Gewinne reinvestieren statt besteuern! LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände)	112
809	Liberalen Feminismus ernst nehmen: Ehegattensplitting abschaffen! LV Niedersachsen (Landesverbände), BAK Liberaler Feminismus (BAK)	114
810	Gute Gründe zum Gründen LV Baden-Württemberg (Landesverbände)	117
801	Friendly reminder: Klimaschutzdividende noch in dieser Legislatur einführen Jordan Harbig (LV Niedersachsen) <i>zurückgezogen</i>	129
811	Friendly reminder: Klimadividende noch in dieser Legislaturperiode einführen KV Region Hannover (LV Niedersachsen)	135
812	German STOCK ACT – Transparenzregeln für Trades von Amts- und Mandatsträgern schärfen KV Region Hannover (LV Niedersachsen)	138

9 - Internes, FDP und Grundsätzliches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
901	Das Wort „Rasse“ aus der Satzung der Freien Demokraten streichen! LV Hamburg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände)	15

D - Dringlichkeitsanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D01	Am Israel Chai – Wir stehen uneingeschränkt an der Seite Israels. Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)	187

GO - Geschäftsordnungsanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
GO01	Verweisung der nicht beratenen Anträge Bundesvorstand	193

Antrag S01: Antrag zur Änderung der Satzung der Jungen Liberalen

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	Erweiterter Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Satzung der Jungen Liberalen wird wie folgt geändert:

2 1. Ersetze § 7 Absatz 2 Nummer 4 durch:

3 4.) Wahl einer Ombudsperson und zwei ständiger Vertrauenspersonen,

4 2. § 7 Absatz 7 erhält folgende neue Fassung:

5 **(7) REDERECHT.** Auf dem Bundeskongress redeberechtigt sind die Mitglieder der Jungen
6 Liberalen. Der Bundeskongress kann das Rederecht auf die Delegierten, die Mitglieder
7 des Bundesvorstandes des erweiterten Bundesvorstandes, die Landesvorstände, das
8 Schiedsgericht, die Ombudsperson, **die ständigen Vertrauenspersonen**, die
9 Bundesarbeitskreisleiter, sowie einen Vertreter des Antragstellers während der
10 Antragsberatung und die Finanzprüfer beschränken.

11 3. Füge folgenden neuen Absatz 4 nach § 11 Absatz 3 ein:

12 **(4) STÄNDIGE VERTRAUENSPERSONEN.** Die Ombudsperson wird bei ihren Aufgaben nach Absatz
13 2 Satz 5 durch zwei ständige Vertrauenspersonen unterstützt. Absatz 1 gilt
14 entsprechend.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 901: Das Wort „Rasse“ aus der Satzung der Freien Demokraten streichen!

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	LV Hamburg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	9 - Internes, FDP und Grundsätzliches
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Laut dem Brockhaus ist der Begriff (Menschen-) Rasse eine traditionelle, weitgehend
- 2 willkürliche Aufteilung der Menschen anhand ihrer körperlichen Merkmale, die aufgrund
- 3 populationsgenetischer Untersuchungen als überholt gelten.
- 4 Der Begriff „Rasse“ wird allerdings in der Satzung der FDP aus dem April 2022
- 5 verwendet und entsprechend von den Landesverbänden übernommen. Die Verwendung dieses
- 6 Wortes kann für manche Menschen beleidigend sein. Auch ohne das Wort „Rasse“ wird die
- 7 Satzung weiterhin verständlich sein, und zwar so, dass diese aussagt, dass jeder
- 8 Mensch in unserer Partei willkommen ist, der sich mit liberaler Politik
- 9 identifizieren kann. Durch eine Streichung des Wortes „Rasse“ wirkt die Satzung der
- 10 FDP moderner, diskriminiert keinerlei Personen und ist auch der Zeit entsprechend
- 11 formuliert.
- 12 Ebenfalls ist die Änderung wünschenswert, damit auch andere Landesverbände die
- 13 Möglichkeit haben, die Passage zum „Zweck“ entsprechend zu ändern.
- 14 Die Jungen Liberalen fordern daher, dass der § 1, Absatz 1 der Satzung der Freien
- 15 Demokratischen Partei, geändert wird. Hier sollen die Worte „der Rasse“ ersatzlos
- 16 entfernt werden.

Antrag 802: Wind of Change – für eine unabhängige und klimafreundliche Energiepolitik

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und den damit einhergehenden
2 Sanktionen zeigen sich die Konsequenzen jahrelanger Energieabhängigkeit von Russland.
3 Daher setzen sich die Jungen Liberalen zur Erreichung einer
4 langfristigen klimafreundlichen Energieunabhängigkeit für folgende Maßnahmen ein.

5 Nachhaltige Flächennutzung durch Agriphotovoltaik

6 Zur Steigerung der Landnutzungseffizienz setzen wir uns für die kombinierte
7 Nutzung von Flächen sowohl zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung als auch
8 zur Stromerzeugung ein. Dadurch gelingt es uns, den Flächennutzungskonflikt
9 zwischen Landwirtschaft und Stromerzeugung zu überwinden und den Flächenverbrauch
10 zu reduzieren. Konkret fordern wir:

- 11 • Schaffung rechtlicher Klarheit über die EU-Direktzahlungen für Flächen,
12 auf denen Agri-PV-Anlagen installiert sind.
- 13 • Agri-PV-Anlagen im Flächennutzungsplan als “Sondergebiet Agri-Photovoltaik”
14 und nicht als “elektrische Betriebsstätte/Gewerbe” ausweisen, um eine
15 unzutreffende Erfassung als versiegelte Fläche zu vermeiden.
- 16 • Aufnahme von Agri-PV in die privilegierten Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB.
- 17 • Nachbesserungen bei der Innovationsausschreibung:
 - 18 • Keine Pflicht zu Anlagenkombinationen
 - 19 • Realistische Chance auf Förderung, auch für kleinere Anlagen
 - 20 • Eigenverbrauch des produzierten Stroms für Landwirtschaftsbetriebe
21 ermöglichen
 - 22 • Planungssicherheit und langfristige Investitionsanreize durch
23 mehrjährige Förderung

24 Bereits versiegelte Flächen vorrangig für Photovoltaik nutzen

25 Erste Priorität beim Ausbau von Photovoltaik muss die Nutzung von
26 bereits versiegelten Flächen sein. Größere Parkplätze, Straßen, Brachflächen,
27 Deponien und Gebäude sollen zunächst genutzt werden, bevor neue freie Flächen für PV-
28 Anlagen genutzt werden. Hierbei sehen wir Junge Liberale insbesondere die Eigentümer
29 von Liegenschaften in öffentlicher Hand in der Pflicht ihrer Vorbildfunktion gerecht
30 zu werden. Dass bspw. in Baden-Württemberg weniger als 5 Prozent der
31 Landesliegenschaften über eine PV-Anlage verfügen, ist ein Armutszeugnis.

32 Eine Pflicht zur Installation von Photovoltaik auf Bestandsgebäuden lehnen wir ab,
33 da diese in der aktuellen und mittelfristig absehbaren Marktsituation nicht zu

34 einer Beschleunigung des Ausbaus, aber zu sozialen Härten führt.

35 **Windenergieausbau vereinfachen**

36 Wir fordern die zahlreichen bürokratischen Hürden für den Bau von
37 Windenergieanlagen zügig abzubauen. Der Bescheid über die Genehmigung einer Anlage
38 muss innerhalb eines Jahres erfolgen können. Hierzu müssen unter anderem Konflikte
39 mit dem Natur- und Artenschutzrecht ausgeräumt, Standards für Genehmigungsverfahren
40 vorgegeben und die Verwaltungsentscheidung auf Ebene der Regierungspräsidien
41 angehoben werden.

42 **Speicher in den politischen Fokus rücken**

43 Eine funktionierende Energiewende mit Erneuerbaren Energien benötigt Speicher,
44 um überschüssige Erneuerbare Energien für Zeiten einer Unterversorgung nutzbar
45 zu machen. Dafür müssen zügig Marktregeln für größere Speicheranlagen eingeführt
46 werden, die eine Vermarktung der Speicherleistung ermöglichen.

47 **Local Energy Trading**

48 Wir fordern den Ausbau der lokalen Stromnetze so zu gestalten, dass Haushalte
49 auch größere Mengen Strom ins Netz einspeisen können. Dadurch sollen lokale,
50 dezentrale Stromnetze entstehen, bei denen einzelne Haushalte miteinander Strom
51 handeln. Dazu soll eine speziell für lokale Versorgung ausgelegte Energiebörse
52 geschaffen werden. Außerdem soll eine bundesweite Informationskampagne zur Smart
53 Metering Technologie erfolgen.

54 **Carbon Capture**

55 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung verschiedener Carbon Capture
56 Technologien ein. Darunter zählen vor allem Carbon Capture and Storage (CCS),
57 Bioenergy and Carbon Capture and Storage (BECCS), Carbon Capture and Utilization
58 (CCU), sowie Direct Air Capture (DAC). Diesbezüglich fordern wir:

- 59 • Eine Erhöhung des Forschungsetats zur Weiterentwicklung und Förderung von
- 60 Carbon Capture Technologien, insbesondere durch Pilotprojekte.
- 61 • Die Zulassung von CCU in Deutschland.
- 62 • Die Anrechenbarkeit von negativen Emissionen im EU-Emissionshandel.
- 63 • Die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Carbon
- 64 Capture Projekte, sowie die Abschaffung der jährlichen Höchstgrenze für die CO₂-
- 65 Speicherung in Deutschland.

66 **Wissenschaftsfundierte Kohlestrategie**

67 Wir fordern die Rücknahme des staatlichen Kohleausstiegs bis 2038. Die Kontrolle
68 der Emissionen wird bereits erfolgreich durch den EU-Emissionshandel
69 gewährleistet, während Innovationstätigkeiten (z.B. CCS) weiterhin möglich sind.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 314: Wer mehr arbeitet, muss auch mehr haben – gilt auch für Studenten

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die in der Sozialversicherung eingeführte Gleitzone/ Übergangsbereich gilt nicht für
- 2 Werkstudierende. Dies ist eine erhebliche Benachteiligung von arbeitenden
- 3 Studierenden und nicht zu rechtfertigen.
- 4 Wir Junge Liberale fordern daher die umgehende Abschaffung dieser Benachteiligung für
- 5 Studierende durch eine Einführung der Gleitzone bei der Sozialversicherung auch für
- 6 Arbeitnehmende mit Werkstudierendenstatus.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 501: Solidarität mit den Protesten in Israel

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir Jungen Liberalen erklären unsere Solidarität mit der israelischen
- 2 Zivilgesellschaft, die seit Monaten gegen die geplante Justizreform der Regierung auf
- 3 die Straße geht. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für den Erhalt und die
- 4 Stärkung der Demokratie in Israel einzusetzen und Druck auf die israelische Regierung
- 5 auszuüben, ihre Pläne fallenzulassen.
- 6 Bereits seit mehreren Monaten gehen in ganz Israel zehntausende Menschen auf die
- 7 Straßen, um gegen die Pläne der israelischen Regierung zu demonstrieren. Denn die
- 8 neueste Regierung Benjamin Netanjahus hat bereits bei ihrem Amtsantritt klargemacht,
- 9 was sie vorhat: Ihre eigene Macht zu erhalten. Unter dem Deckmantel einer
- 10 Justizreform plant die israelische Regierung, die Befugnisse des Obersten Gerichtshof
- 11 zu beschneiden, die Besetzung von Richterposten zu politisieren und schlussendlich
- 12 auch, das Korruptionsverfahren gegen Premierminister Netanjahu aufzuhalten.
- 13 Sie folgen damit dem Beispiel der PiS-Partei in Polen, Viktor Orbans in Ungarn und
- 14 der amerikanischen Republikaner. Wie überall auf der Welt bedienen sich die
- 15 Rechtspopulisten dabei der Diffamierung der Justiz und der Gewaltenteilung. Damit
- 16 höhlen sie heute eine zentrale Säule des einzigen demokratischen Staates im Nahen
- 17 Osten aus. Wir dürfen nicht untätig zusehen, wie in Israel, einem Staat, der uns
- 18 menschlich, kulturell und historisch zutiefst verbunden ist, die Demokratie untergeht
- 19 und bekunden unsere Solidarität mit den Demonstranten!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 702: Auf in die Zukunft – smart cities erreichen

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die fortschreitende Entwicklung in der Digitalisierung macht die digitale
2 Infrastruktur vor Ort zu einem wichtigen Faktor für die Qualität eines
3 Wirtschaftsstandorts. Eine aktive Internet of Things (IoT) Plattform stellt dafür
4 einen essentiellen Bestandteil dar. Diese ermöglicht es Privatpersonen und Gewerbe
5 Informationen abzurufen und bereitzustellen, um Akteure effektiver miteinander zu
6 vernetzen.
7 Die Jungen Liberalen setzen sich für die Schaffung einer standardisierten kommunalen
8 IoT-Schnittstelle ein. Eine ausreichende Verschlüsselung, Anonymisierung und
9 Pseudonymisierung und Sicherung der Daten unter hohen Sicherheitsstands muss zu jedem
10 Zeitpunkt gegeben sein. Die Gesetze und Förderprogramme sollen von den zuständigen
11 Stellen dem Land oder der Kommune geschaffen werden.

12 **Energy Monitoring**

13 Es soll eine Datenplattform zur Visualisierung von wichtigen Kennzahlen zum
14 Energieverbrauch erstellt werden. Dazu werden Sensoren an entsprechenden Gebäuden
15 angebracht. Zunächst sollen vor allem öffentliche Gebäude (Schulen, Kitas,
16 Verwaltungsgebäude) ausgestattet werden. Privatpersonen und Gewerbe können sich der
17 Plattform auf freiwilliger Basis anschließen.

18 Die Verbrauchsprofile vor und nach Sanierungen sollen festgehalten und in eine
19 nationale Datenbank eingebunden werden. Auf diese Weise kann die Wirtschaftlichkeit
20 und der Mehrwert von Sanierungsmaßnahmen besser beurteilt werden.

21 **Mobilität**

22 Die bereits bestehende Infrastruktur an Verkehrskameras und Sensoren zur Erkennung
23 des Verkehrsflusses sollen in eine zentrale Plattform integriert werden. Via API soll
24 es Drittanbietern möglich sein, anonymisierte Daten zum Verkehrsfluss abzurufen und
25 diese zu integrieren. Kommunen sollen auf die Datenbank zugreifen können, um über
26 Verkehrssimulationen integrierte Konzepte besser planen zu können.

27 Die Fahrzeuge des ÖPNV sollen mit Ortungssensoren ausgestattet werden, welche über
28 eine standardisierte Schnittstelle in Drittanbieter-Applikationen integriert werden
29 können.

30 **Kommunale Informationsdatenbank**

31 Die Sensorik von Kommunen soll weiter ausgebaut werden. So soll die Verwaltung von
32 Füllständen, Gebäuden, Pegeln und Parkräumen digitalisiert und in eine kommunale
33 Plattform integriert werden. Die Messung von Umweltdaten, wie etwa Temperatur, Wind,
34 Luftfeuchtigkeit, Wetter sowie Luft- und Wasserqualität soll ebenfalls erfolgen.
35 Öffentliche Daten sollen in einer App für Bürger einsehbar sein. Die Software für

36 diese App soll vom Land gestellt werden, während die Kommunen diese mit Daten
37 versorgen. So wird sichergestellt, dass eine Standardisierung der Daten gewährleistet
38 ist.

39 Die Kommunen sollen diese Daten als Grundlage für die Gestaltung der Innenstädte
40 nutzen. So kann die Vernetzung dieser Daten die Grundlage für ein Hitzeschutzkonzept,
41 intelligente Verkehrsführung oder den Bau oder Abriss von Gebäuden bilden.

42 Die finanziellen Mittel hierfür werden nach dem Konnexitätsprinzip von der
43 gesetzgebenden Ebene zur Verfügung gestellt.

44

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 502: Perfectly balanced as all things should be – Gleichbehandlung mit China schaffen

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Durch kluge Investitionen deutscher Unternehmen auch im Ausland ist Deutschlands
- 2 Wirtschaftskraft in den letzten Jahren trotz mehrerer Krisen stetig gewachsen. Durch
- 3 diese Investitionen im Ausland befand sich Deutschland insgesamt in einem
- 4 Exportüberschuss, der bis zu Beginn der Corona-Krise stetig weiter anstieg.
- 5 Allerdings gibt es auch Handelsbeziehungen in andere Länder, in denen die Lage für
- 6 Deutschland anders liegt. Der Exportüberschuss beispielsweise von China an
- 7 Deutschland kommt unter anderem dadurch zustande, dass deutsche Unternehmen dort
- 8 nicht gleichberechtigt investieren (dürfen) wie chinesische Unternehmen in
- 9 Deutschland. Um in China Produkte anbieten zu dürfen, müssen deutsche Unternehmen ein
- 10 Joint Venture mit einem chinesischen Unternehmen bilden. Umgekehrt werden viele
- 11 deutsche Unternehmen von chinesischen übernommen wie bspw. Smart von Geely oder KUKA.
- 12 Des Weiteren wird auch versucht kritische Infrastruktur in Deutschland und der EU von
- 13 China zu übernehmen – bspw. Hafen von Piräus –, letztlich u.a. um damit politische
- 14 Eingeständnisse zu erzwingen.
- 15 Deswegen fordern die Jungen Liberalen, dass bei ausländischen Großinvestitionen eine
- 16 Prüfung vorgenommen werden muss. Diese soll alle Punkte der Artikel 4 bis 6 der
- 17 Verordnung (EU) 2019/452 beinhalten und darüber hinaus das Land, aus dem heraus die
- 18 Investition getätigt wird, überprüfen. Dabei wird vom BMWK untersucht, ob in dem
- 19 Staat, in dem der Käufer seinen Sitz hat, ähnliche Bedingungen zur Investition
- 20 gegeben sind. Die Prüfung betrifft keine Investitionen, die bereits durch
- 21 Handelsabkommen zwischen dem EU-Staat und der Nation außerhalb der EU getroffen
- 22 wurden.

23

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 401: Klares Nein zum verlängerten Arm von Erdogan – Verbot der Grauen Wölfe

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern ein Verbot der Ülkücü-Bewegung, umgangssprachlich als
- 2 "Graue Wölfe" bezeichnet, in Deutschland.
- 3 Für uns Liberale gehört der Kampf gegen jeglichen Extremismus zum Kern unserer
- 4 Politik. Denn obgleich Meinungsfreiheit für uns Liberale ein sehr hohes Gut ist,
- 5 kennt auch diese ihre Grenzen. Diese Grenzen fangen dort an, wo zu Angriffen und
- 6 Aktionen aufgerufen wird, die unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung
- 7 gefährden. Aufgrund der hohen Anhängeranzahl in Deutschland kommt der
- 8 rechtsextremistischen „Ülkücü-Bewegung“ eine besondere Bedeutung zu. Sie verfolgt in
- 9 ihrem Wesenskern ultranationalistische und rechtsextreme Ziele und hat eine deutlich
- 10 wahrnehmbare antisemitische Prägung.
- 11 Die Jungen Liberalen fordern daher:
- 12 – Einführung eines Verbotsgesetzes, das Rechtssicherheit im Umgang mit den Grauen
- 13 Wölfen in Deutschland schafft und die freie Organisierung der Bewegung, eine
- 14 Anerkennung als Verein oder in ähnlichen freien Organisationsformen, Beantragung
- 15 finanzieller Mittel u.w.m. untersagt.
- 16 – Bildungs- und Präventionsmaßnahmen über den Wesenskern der Organisation, seiner
- 17 Ziele und der Wahl seiner Mittel.
- 18 – Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Aufklärung und Prävention von Aktionen und
- 19 Verhaltensweisen der Gruppierung.
- 20
- 21

Begründung

Die Grenzen der Meinungsfreiheit fangen in einer wehrhaften Demokratie dort an, wo zu Angriffen und Aktionen aufgerufen werden, die unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung gefährden. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus – sei er deutscher oder ausländischer Provenienz – muss in einem Land mit unserer Geschichte zur Staatsräson gehören.

Aufgrund der hohen Anhängeranzahl in Deutschland kommt der rechtsextremistischen „Ülkücü-Bewegung“ eine besondere Bedeutung zu.

Die Bewegung ist in der Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei entstanden und tritt in Europa in einer Reihe von Staaten gewalttätig und mit militanten Aktionen auf.

Die „Ülkücü-Bewegung“ in Deutsch auch, „Idealisten-Bewegung“ fußt auf einer nationalistischen und rassistischen Ideologie - Sie setzen sich für ein Zusammenschluss aller Turkvölker ein, die in einem

Großtürkischen Reich vereint werden soll. Als Ideal gilt Ihren Anhängern, die umgangssprachlich auch „Graue Wölfe“ bezeichnet werden, die Errichtung eines homogenen, vom Balkan bis nach China reichenden Großreiches aller Turkvolker unter Führung der Türkei.

Als Liberale sind wir über die steigende Gewalt und Intoleranz, die von der extremistischen Gruppierung „Graue Wölfe“ ausgeht.

Diese ultranationalistische und rechtsextreme Bewegung, die auch außerhalb von Deutschland, in der Schweiz und in Österreich sehr aktiv ist, bedroht mit ihrer gewalttätigen, rassistischen und antisemitischen Ideologie die demokratische Grundordnung.

Wir begrüßen es sehr, dass die „Grauen Wölfe“ 2020 in Frankreich verboten worden sind, weil sie auch dort Hass und Gewalt schüren. In Österreich hatte es gewalttätige Attacken auf kurdische Demonstranten und Journalisten gegeben, weswegen der „Wolfsgruß“, das Grußzeichen der „Grauen Wölfe“, verboten worden ist und mit 10.000€ strafrechtlich verfolgt wird.

Antrag 804: Finger weg von meinem Broker: Gegen ein Payment for Order Flow-Verbot

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hessen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen lehnen ein Verbot des sogenannten "Payment for Order Flow" ab.
- 2 "Payment for Order Flow" (PFOF) ist eine Praxis in der Finanzbranche, bei der
- 3 Brokerfirmen für die Weiterleitung von Kundenaufträgen an bestimmte Market Maker eine
- 4 Provision (Kickback-Vergütung) erhalten. Diese Gebühr wird von den Handelsunternehmen
- 5 gezahlt, die dann im Gegenzug die Kundenaufträge ausführen und dabei Einnahmen durch
- 6 den Spread (Differenz zwischen Kauf- und Verkaufskurs) erzielen.
- 7 Kunden können aus unserer Sicht selbst die Entscheidung treffen, ob sie einen Broker
- 8 wählen wollen, der dieses Modell anbietet. Deshalb fordern wir die Bundesregierung
- 9 auf, sich auf europäischer Ebene gegen ein Verbot einzusetzen.

Begründung

Mitantragsteller: LV Hessen, LV Niedersachsen

Im Spezifischen funktioniert PFOF wie folgt:

1. Ein Anleger möchte beispielsweise eine Aktie kaufen oder verkaufen und gibt einen Auftrag über seinen Broker auf.
2. Der Broker leitet den Auftrag an einen Market Maker weiter.
3. Der Market Maker führt den Auftrag aus, indem das gewünschte Wertpapier gekauft oder verkauft wird. Einnahmen werden in diesem Schritt im Wesentlichen durch kleine Preisunterschiede zwischen Kauf- und Verkaufskurs (Spread) erzielt.
4. Als Gegenleistung für die Weiterleitung der Aufträge zahlt der Market Maker dem Broker eine Provision. Diese Provision kann je nach Größe des Auftrags und der Liquidität des Marktes variieren.

Der größte Vorteil von PFOF ist, dass diese Geschäftspraxis zu wesentlich geringeren Gebühren für Kleinanleger geführt hat, da die Broker durch die Kickback-Vergütung der Market Maker eine Einnahmequelle haben und somit, zur Deckung ihrer Kosten, von den Anlegern keine oder nur geringe direkte Handelsgebühren verlangen (müssen). PFOF hat also zu einem Rückgang der Kosten für Kleinanleger geführt.

Auch entstanden durch diese Praxis mit den sog. NeoBrokern eine neue Unterkategorie von FinTechs (in Deutschland gibt es mit Trade Republic und Scalable Capital alleine zwei NeoBroker mit Unicorn-Status). Ein PFOF-Verbot würde das Geschäftsmodell der NeoBroker unterminieren und damit einen Bruch mit dem Koalitionsvertrag darstellen, nach dem Deutschland für NeoBroker ein führender Standort mit angemessenem regulatorischen Rahmen werden soll.

Die Kritik an PFOF ist vielfältig. Wesentlicher Kritikpunkt ist, dass Anleger zwar geringere direkte Handelsgebühren zahlen, aber zu einem höheren Spread handeln, wodurch die Gesamtkostenbelastung höher ist als beim Handel über eine reguläre Börse. Dieser Kritikpunkt ist jedoch, zumindest für die deutsche Börsenlandschaft, unbegründet, da sich die Handelsplätze während der Handelszeiten der großen Referenzbörse (idF. Xetra von 09:00-17:30) an den Spreads der Referenzbörse orientieren. Dass PFOF nicht zu höheren (Gesamt-)Kosten für (Klein-)Anleger führt, zeigen auch zwei Studien. Die von Trade Republic beauftragte Studie und die Studie der BaFin kommen dabei zu einem ähnlichen Ergebnis und widersprechen dem Kritikpunkt.

Auch dem gängigen Kritikpunkt, dass PFOF zu einem Interessenkonflikt führt, da Broker dazu geneigt sind, Kundenorders an den Market Maker weiterzuleiten, welcher ihnen die höchste Kickback-Vergütung zahlt, anstatt nach den bestmöglichen Ausführungspreis für den Anleger zu suchen, kann widersprochen werden, da Broker in Deutschland, im Gegensatz zu den USA, wo Orders an eine Vielzahl von Market Makern und auch sog. Dark Pools (Schattenbörsen) weitergeleitet werden können, meistens nur einen Market Maker haben (im Falle von Trade Republik beispielsweise Lang & Schwarz und im Falle von Scalable Capital gettex, das elektronische Handelssystem der Börse München), an welchen sie ihren Order Flow weiterleiten.

Kritisiert wird an PFOF auch, dass Anleger zu einem kurzfristigen Handelsansatz verleitet werden und die Broker diesen kurzfristigen Handelsansatz auch fördern, um ihre Kickback-Vergütung zu maximieren. Als Liberale widerspricht dieser Kritikpunkt jedoch nicht nur unserem Grundsatz der Eigenverantwortung von Anlegern, auch zeigt eine Auswertung von Scalable Capital beispielsweise exemplarisch, dass dort, je nach Altersklasse zwischen 60 % und 74 % des investierten Kapitals in ETFs, also langfristig, angelegt sind. Bei den kostenlosen Sparplänen, welche durch PFOF erst ermöglicht wurden, machen ETFs sogar 91 % des Sparvolumens aus.

1 Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit: MEHR FORTSCHRITT WAGEN - KOALITIONSVERTRAG 2021 - 2025, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, p. 137

2 Johanning/Meyer/Uhr: Private investors and the emergence of neo-brokers: Does payment for order flow harm private investors?, https://assets.traderepublic.com/assets/files/202111_study_private_investors_and_the_emergence_of_neo_brokers.pdf

3 WA-Datenanalyseeinheit, Studie zur Ausführungsqualität an ausgewählten deutschen Handelsplattformen, https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/dl_Studie_WA_Ausfuehrungsqualitaet_Handelsplattformen.html?nn=9021442

4 Jahns, C.: Sparen statt Zocken – junge Anleger setzen auf ETFs, <https://www.dasinvestment.com/scalable-capital-studie-sparen-junge-anleger-setzen-auf-etfs/>

Antrag 301: Pillars of pain – Säulen-Konzept gegen unnötiges Leid durch Endometriose

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Rheinland-Pfalz (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände), LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen fordern ein Zwei-Säulen-Konzept zur Behandlung von Endometriose,
2 das einerseits auf Aufklärung und andererseits auf Verbesserung der Therapie durch
3 Forschung setzt und damit einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt. Beide Säulen ergänzen
4 sich also gegenseitig in ihrem übergeordneten Ziel: Die Lage der Betroffenen zu
5 verbessern und die Gesellschaft in diesem Ziel mitzunehmen und aufzuklären.

6 **Säule 1 – das medizinische Chamäleon in all seinen Facetten erforschen – Forschung,**
7 **Therapien, Angebote**

8

9 **Kenne deinen Forschungsgegenstand – Endometriose zum Leitthema des Jahrzehnts machen**

10 Wir begrüßen die erstmalige Einrichtung eines gesonderten Forschungsrahmens von 5
11 Mio. € jährlich für Endometriose-Forschung im Bundeshaushalt durch die Ampelregierung
12 im Oktober 2022. Die Finanzierung von Studien in der Endometriose-Forschung muss
13 jedoch weitgehender angelegt werden und langfristige Forschung in die
14 Finanzierungsrahmen implementiert werden; übergreifende Langzeit-Studien müssen
15 ebenso finanziert werden können wie fachübergreifende Studien bzw. Forschungsreihen,
16 da bereits in der Vergangenheit gehäuft Ergebnisse zu Endometriose als Nebeneffekt
17 aus thematisch auswärtigen Untersuchungen hervorgingen. Außerdem muss der
18 Forschungsrahmen drastisch erhöht werden. Wir fordern nach französischem Vorbild die
19 nationale Endometriose-Forschung mit jährlich mindestens 25-30 Mio. € zu bezuschussen
20 und konstant im Bundeshaushalt zu verankern. Bei Antragstellung für Bezuschussungen
21 muss eine erste Abschätzung auf Erfolg nach Antragstellung innerhalb eines Monats
22 erfolgen. (1)

23 Perspektivisch sehen wir eine transeuropäische bzw. internationale Zusammenarbeit bei
24 der Bekämpfung von Endometriose als unerlässlich an, um Forschungsfortschritte
25 langfristig zu sichern. Im Rahmen des Europäischen Forschungsraums (EFR) muss
26 Deutschland gemeinsam mit Frankreich u.w. innerhalb des Pakts für Forschung und
27 Innovation die europäische Zusammenarbeit zum Thema Endometriose weiter vorantreiben
28 und ausbauen.

29

30 Endometriose muss das Gesundheits-Leitthema des Jahrzehnts in Deutschland werden und

31 entsprechend als Priorität in der Gesundheitsforschung behandelt werden.

32

33 **Anreize zur gründlichen Untersuchung setzen**

34 Die Behandlungen von Endometriose-Patientinnen sind adäquat zu entlohnen, da Ärzte
35 häufig nicht den realen Aufwand von chronischen Erkrankungen geltend machen können.
36 Sowohl in den Patientenbudgets für niedergelassene Ärzte (vorrangig Hausärzte,
37 Frauenärzte, Internisten) als auch in Krankenhäusern müssen daher neue
38 Vergütungsregelungen eingeführt werden, um (chronischen) Beschwerden durch
39 Patientinnen gesondert nachgehen zu können.

40

41 **Ein deutsches Mädchen weint nicht – außer es führt Tagebuch**

42 Ein Schmerztagebuch bietet Ärzten und Pflegeern die Möglichkeit, die
43 Schmerzbeschreibungen einer Patientin über einen längeren Zeitraum nachvollziehen und
44 sie ähnlich einer Datenerhebung in einen Vergleich zueinander setzen zu können. Das
45 Einführen eines extra Budgetrahmens für verdächtige Kandidatinnen und nachweislich
46 Betroffene öffnet die Chance, eine Patientin an das Führen eines Schmerztagebuches
47 heranzuführen, es sowohl im Krankenhaus als auch beim Frauenarzt o.ä. zu erklären und
48 regelmäßig gemeinsam zu evaluieren und Fortschritte im Behandlungsverlauf zu
49 überprüfen.

50

51 **Willst du Kinder? Mit Endometriose wird das nichts – Eizellen einfrieren übernehmen**

52 Ungewollte Infertilität ist eine der häufigsten Auswirkungen von Endometriose.
53 Betroffene Frauen mit aktuellem und späterem (eventuellen) Kinderwunsch dürfen daher
54 nicht doppelt an ihrer Erkrankung leiden müssen. Wir fordern daher bei erwiesener
55 Betroffenheit die vollständige Kostenübernahme der Eizellenentnahme, Einfrierung,
56 Lagerung usw. („Social Freezing“) durch die Krankenkassen äquivalent zum bereits
57 etablierten Vorgehen bei Krebspatientinnen („Medical Freezing“).

58

59 **Forschungserfolg Speicheltest – Kosten übernehmen**

60 Erfolg europäisch vernetzter Forschung aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz:
61 Mithilfe eines Speicheltests lässt sich innerhalb von 2 Wochen feststellen, ob
62 Endometriose vorliegt. Wir fordern die vollständige Kostenübernahme durch die
63 Krankenkassen im Verdachtsfall.

64

65 **Angebote stärken, Endometriose-Zentren ausbauen – landesweit und bundesweit**

66 Bisher gibt es deutschlandweit wenige sog. Endometriose-Zentren und Spezialisten für
67 das Thema. Trotz der Vielzahl der betroffenen Frauen ist die Versorgungslage an
68 medizinischer Betreuung also nicht zufrieden stellend. Lange Wartezeiten und lange
69 Anfahrtswege sind die Folge. Wir fordern daher den Ausbau der Angebote durch
70 spezifische Förderung von Weiterbildungen im Bereich Endometriose-Versorgung (sh
71 Fortbildungen für Ärzte), Anreize zur Angebotserweiterung und Förderung bei der
72 Etablierung von Kompetenzzentren. Ziel muss sein, dass in jedem Bundesland
73 deutschlandweit mindestens ein Endometriose-Zentrum aufgebaut wird und in Baden-

74 Württemberg zusätzlich zu den bereits bestehenden (Heidelberg, Tübingen) Knotenpunkte
75 der Endometriose-Versorgung so geschaffen werden, dass keine Frau im Land weiter als
76 30km von einem ärztlichen Angebot entfernt wohnt.

77

78 **Als Team gegen den Schmerz – Therapiemethodiken vielfältig aufstellen**

79 Chronischer Schmerz ist neben der körperlichen auch eine massive psychische Belastung
80 und somit ein großer Stressfaktor. Um den Grad an Gesamtbelastung durch Endometriose
81 möglichst gering zu halten, helfen nicht nur Medikamente wie klassische
82 Schmerzmittel, sondern auch ergänzende Therapien wie Progressive Muskelentspannung,
83 Yoga, Pilates, uvm. Betroffenen nachweislich. Der Therapieansatz sollte daher immer
84 komplementär und divers angelegt werden und sich an den Bedürfnissen und
85 individuellen Symptomen und Präferenzen der Patientin orientieren. Auch die Aufnahme
86 einer Psychotherapie kann chronischen Schmerzpatienten bei der Bewältigung der
87 Krankheitssymptome helfen. Die Erforschung von helfenden Therapien und deren
88 Kostenübernahme sind daher unerlässlich. Die Behandlung einer Endometriose-Patientin
89 ist also immer Teamarbeit aus gemeinsamer ärztlicher, physiotherapeutischer und
90 psychotherapeutischer Versorgung.

91

92 **Nach der OP ist vor der Reha – Angebote ausbauen, Heilungsverläufe unterstützen**

93 Falls eine Operation (z.B. Entfernung der Gebärmutter) notwendig ist, ist eine direkt
94 anschließende Versorgung der Patientin über Anschlussrehabilitation (AHB) dringend
95 notwendig. Diese Maßnahmen können direkt überführt werden in medizinische Reha-
96 Maßnahmen und dienen der schnellen körperlichen Wiederherstellung nach der OP, dem
97 schnellen Wiedereinstieg ins Arbeitsleben und der Teilhabe am gesellschaftlichen
98 Leben. Vermehrt kommt es jedoch vor, dass dem Antrag von Endometriosebetroffenen
99 nicht oder nur in geringem Umfang entsprochen wird. Der Zugang muss für Patientinnen
100 also vereinfacht werden und die Übernahme von Therapieverlaufsplänen durch
101 Krankenkassen zur Normalität werden.

102 **Säule 2 – das medizinische Chamäleon entdecken lernen – Wissen & Aufklärung**

103 Aufklärungsarbeit zu betreiben ist essentiell, um neuartige Forschungsergebnisse in
104 ärztliche Behandlungen und gesellschaftliche Anerkennung Betroffener übertragen zu
105 können. Wir fordern daher eine bundesweite Aufklärungskampagne zu Endometriose, um
106 junge Menschen und Funktionsträger vorrangig in medizinischen Berufen und
107 Lehrtätigkeiten zu informieren und eine frühere Diagnose zu ermöglichen. Die aktuelle
108 Kampagne der Bundesregierung und Schwerpunkt-Themensetzungen einzelner Parteien z.B.
109 auf Social Media sind ein guter Schritt, um Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken.
110 Wir fordern jedoch weiter zu denken und nach dem Vorbild von Frankreich Endometriose
111 zum Fokusthema des Jahrzehnts innerhalb der Frauen-Gesundheitspolitik zu machen.

112

113 **Endome... wie bitte? – Wissen vermitteln, Lehre einbinden**

114 Die Aufnahme in den Schulstoff sowohl von **Schülern** im Biologie- und
115 Sexualkundeunterricht in allen Schulformen in der Sekundarstufe I, als auch in den

116 Schulstoff von **Pflegefachschülern** bzw. in den Lernstoff im **Medizinstudium** und den
117 Fachqualifikationen für **Gynäkologen, Internisten sowie Schmerzspezialisten** (2)
118 während der Ausbildung ist von hoher Bedeutung. Im Schulunterricht hat der Fokus auf
119 einem Grundverständnis der diversen Symptomatik zu liegen; biologisch-medizinische
120 Details dagegen gehören verstärkt in die medizinische Fachausbildung.

121 Im nächsten Bildungsplan innerhalb der Leitperspektive Prävention und
122 Gesundheitsförderung muss Aufklärung über Endometriose daher verankert werden. (3)
123 Ebenso müssen entsprechend betreffende Fachlehrer (Biologie, Sport),
124 Berufsschullehrer (Hebammen-, Pflegeberufe, MFA, u.w.), Dozenten, etc. entlang
125 aktueller Forschungsergebnisse kostenlos fortgebildet werden, um Ausbildungsinhalte
126 adäquat auszugestalten. So sichern wir einen flächendeckenden und nachhaltigen
127 Wissensaufbau.

128

129 **Weil Gott dich nicht mit Schmerzen strafen will, weil eine Frau den Apfel pflückte,**
130 **und Aufklärung nicht am Sprachverständnis scheitern darf**

131 Da Endometriose nicht nach sozialer, religiöser und nationaler Herkunft
132 unterscheidet, muss die Aufklärung zum Thema übergreifend angelegt werden.
133 Aufklärungskampagnen müssen daher zusätzlich explizit an Gruppen gerichtet sein, die
134 üblicherweise von allgemeinen Aufklärungskampagnen in Deutschland schwer oder gar
135 nicht erreicht werden, um eine schnelle gesamtgesellschaftliche Durchdringung zu
136 erreichen. Mit einer allgemeinen Aufklärungskampagne ist es nicht getan.

137 Das Angebot muss demnach **in verschiedenen Sprachen** – mindestens: russisch,
138 ukrainisch, türkisch, polnisch, arabisch – (4) angeboten und im Sprachgebrauch so
139 verständlich formuliert werden, dass **verschiedene Sprachniveaus** erreicht werden.
140 Beispiele können genommen werden an Informationen in sog. „Leichter Sprache“.

141 Sexuelle Selbstbestimmung basiert auf weitreichendem Wissen über den eigenen Körper.
142 In bildungsfernen Milieus, tief religiösen sowie konservativen Hintergründen ist eine
143 starke Entfremdung gegenüber dem Thema erkennbar. Kampagnen zum Thema Endometriose
144 müssen daher **sensibel gestaltet** werden und bedürfen gesonderter Ausformungen, um
145 erfolgreich Wissen rund um die Krankheit in verschiedenste Milieus hinein zu
146 vermitteln. (5)

147

148 **Schmerzen ernst nehmen, Ursachen abklären – Aufklärung in der Gesundheitsversorgung**

149 Durch etliche Studien wiederholt nachgewiesen ist: Berichte über Schmerzen, vor allem
150 chronische, werden von Ärzten, Pflegepersonal, usw. nicht ausreichend ernst genommen.
151 Noch mehr trifft dies auf Schmerzberichte durch Frauen zu. Explizit Schmerzberichte
152 ohne organische, quantitativ nachvollziehbare Ursache werden in ihrem beschriebenen
153 Grad häufig als Übertreibung hingestellt, nicht weiter verfolgt und falls sie nicht
154 missachtet werden, nicht ausreichend auf ihre Ursache hin untersucht. Auch
155 gesamtgesellschaftlich lässt sich dieser Umgang mit Schmerzberichten v.a. bei Frauen
156 nachweisen. („Reiß dich mal zusammen, jede Frau hat Regelschmerzen.“)

157

158 Die Aufklärung unter medizinischem Fachpersonal über Endometriose kann daher nicht
159 genug Augenmerk genießen. Ob Geburtshäuser, Geburtsstationen, Kliniken,

160 Allgemeinarztpraxen und Frauenarztpraxen bundesweit – überall, wo Frauen medizinisch
161 betreut werden, ist ein Grundwissen über Endometriose hilfreich um Berichte über
162 Menstruationsbeschwerden u.a. durch Patientinnen richtig in ihrer Symptomatik
163 einzuordnen. Der Fokus hat daher auf dem flächendeckenden Ausbau von Angeboten für
164 Fortbildungsseminare für Fachärzte, Weiterbildungen für Pflegepersonal in
165 Frauenkliniken und andernorts zu liegen.

166 **Die Ausnahme von der Regel – Männer, die von Endometriose betroffen sind**

167 Endometriose ist eine gynäkologische Erkrankung. Dennoch sind auch einige wenige
168 (nicht-trans- oder intersexuelle) Männer nachweislich von der Erkrankung betroffen.
169 Aus den dokumentierten Fällen ergibt sich bisher, dass vor allem das Hormon Östrogen
170 eine zentrale Rolle bei der Entstehung und Ausprägung der Endometriose spielt.
171 Weitere Forschung zur Symptomatik, Entstehung, Behandlung und Vorbeugung bei Männern
172 muss daher bei den Forschungsansätzen mitgedacht werden. (6)

Begründung

Mit Antragsteller: LV RLP, LV Bremen

Begründung erfolgt mündlich.

Fußnoten:

(1) Aktuell: idR 6 Monate Bearbeitungsdauer, Quelle: https://www.dfg.de/foerderung/faq/eigene_stelle_faq/index.html

(2) Ein Schmerzspezialist ist ein Facharzt mit spezifischer Weiterbildung zur sog. speziellen Schmerztherapie. Wer kann also in Deutschland Schmerzspezialist werden? Nur ein vollständig ausgebildeter Facharzt. Meist sind das übrigens Anästhesisten. <https://approbatio.de/facharztausbildung/spezielle-schmerztherapie/>

(3) Erklärung der entsprechenden Leitperspektive: https://lehrerfortbildung-bw.de/u_matnatech/chemie/gym/bp2016/fb5/3_leit/3_pg/

(4) Stand 2020, also vor dem Ukraine-Krieg:

Größte Gruppen in Deutschland mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind neben Russlanddeutschen/ Spätaussiedlern (2,5 Mio.), die praktisch immer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, in Reihung: Türkisch (1,5 Mio.), Polnisch (867 Tsd.), Rumänisch (799 Tsd.), ehem. UdSSR (726 Tsd. - meist russisch, ukrainisch, kasachisch), Italienisch (648 Tsd.). Daneben, gruppiert: Arabisch (insg. rund 1,4 Mio. - v.a. syrisch, afghanisch, irakisch) - meist mit begrenzten Aufenthaltstiteln/Asyl. Alle Nachfolgestaaten des ehem. Jugoslawien (insg. rund 1,35 Mio.).

Quelle: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61631/auslaendische-bevoelkerung-nach-staatsangehoerigkeit/>

Da in Rumänien Mehrsprachigkeit sehr weit verbreitet ist (v.a. russisch, französisch, ungarisch, deutsch/ Siebenbürgen), taucht rumänisch nicht einzeln in der Aufführung im Antragstext auf. Italienisch taucht im

Antragstext nicht auf, weil Ausländer mit italienischem Pass eine weit überdurchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland haben (über 30 Jahre) und entsprechend Deutsch überdurchschnittlich sicher beherrschen.

Ukrainisch taucht im Antragstext gesondert auf, weil unabhängig von der Statistik aktuell mehr als 1 Mio. ukrainische Kriegsflüchtlinge in Deutschland leben. Zum Vergleich: Vor Ausbruch des Krieges lebten 145 Tsd. Menschen mit ukrainischem Pass in Deutschland (sh.vorige Quelle). In der Ukraine sind sowohl ukrainisch als auch russisch primär genutzte Sprachen.

(5) Beispielhaft: Sowohl in konservativen als auch tief religiös geprägten Communities (z.B. katholischen, puritanisch-evangelischen, muslimischen, jüdisch-orthodoxen, freikirchlichen) Regionen/Gemeinden ist eine starke Schamhaftigkeit und resultierende Ablehnung aller Themen rund um sexuelle Aufklärung unter verschiedensten Begründungen bekannt. Autoritärer Konservatismus („Patriarchat“) führt daneben häufig zu einer Herabsetzung weiblicher Interessen.

Solcherlei Gründe dürfen keine Begründung dafür sein, dass Frauen aus diesen Gruppen ein Leben lang bspw. unter massiven Schmerzen leiden oder als Folge der Verwachsungen ungewollt infertil bleiben. Die Wissensdurchdringung dieser Sozialmilieus ist jedoch in ihren Anforderungen sehr spezifisch und sensibel und bedarf gesonderter Ausformungen um erfolgreich Wissen rund um die Krankheit zu vermitteln.

(6) Bei weiterem Interesse u.a. hier: <https://endometriose.app/endometriose-bei-maennern-selten-aber-moeglich/>

Antrag 805: DYNAMISCHES DEUTSCHLAND – DER WIRTSCHAFT DIE FESSELN ABLEGEN

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	LV Berlin (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Wir sind überzeugt, dass der Einzelne freie Entscheidungen treffen soll. Dieses
2 Prinzip gilt für Gesellschaft wie Wirtschaft. Während der gesellschaftliche
3 Fortschritt in den letzten Jahren groß war, wird die wirtschaftliche Freiheit immer
4 weiter eingeschränkt. Staatliche Regeln ersticken Innovation und Unternehmergeist.
5 Probleme wurden in den letzten Jahren durch immer mehr staatliche Ausgaben überdeckt.
6 Die aktuellen Inflationszahlen vernichten hart erarbeiteten Wohlstand der
7 Mittelschicht, während die Politik die Problemlage durch
8 Gießkannensubventionsprogramme nur noch weiter befeuert. Gleichzeitig steigen
9 Lebenshaltungskosten für Haushalte mit kleinem Einkommen ins Unbezahlbare. Die
10 Ursachen hierfür sind multidimensional und es gibt keine einfache politische Antwort.
11 Zugleich schrumpft die deutsche Wirtschaft und "made in Germany" verliert langsam
12 seine Bedeutung als Synonym für Innovation und Qualität. Der erste und einfachste
13 Schritt, die Inflation zu bekämpfen und zugleich für neue wirtschaftliche Dynamik in
14 Deutschland zu sorgen, ist eine Deregulierungsagenda. Weniger Regulierung trägt zur
15 Angebotssteigerung bei und führt damit zu geringeren Preisen. Zusätzlich führt die
16 erhöhte Produktivität zu mehr Wohlstand für die gesamte Gesellschaft.

17 MODERNER ARBEITSMARKT

18 Wir wollen Unternehmen und Mitarbeitern Flexibilität ermöglichen und Deutschland
19 international wettbewerbsfähig halten. Die Agenda 2010 hat zum Erfolg Deutschlands in
20 den letzten Jahren maßgeblich beigetragen. Arbeitsmarktreformen waren ein wichtiger
21 Bestandteil dieser Agenda. Um diesen Erfolg zu wiederholen fordern wir:

- 22 • den Kündigungsschutz zu lockern.

23 Wir unterstützen das Kurzarbeitergeld als Mittel, um Entlassungen aufgrund von
24 konjunkturellen Schwankungen zu verhindern. Der Auf- und Abbau von Belegschaft
25 muss aber erleichtert werden, damit Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und auf
26 technologischen Fortschritt reagieren können. Zugleich sollte das
27 Kündigungsschutzgesetz erst bei Betrieben mit 15 Mitarbeitern greifen und die
28 Sonderregeln für Massenentlassungen sollten erst bei einer Anzahl von 30
29 Mitarbeitern gelten. Beide Maßnahmen
30 entlasten kleine Unternehmen.

- 31 • die Flexibilisierung der Arbeitszeit.

32 Statt Diskussionen über eine utopische, staatlich verordnete 4-Tage-Woche zu
33 führen, wollen wir Unternehmen und Mitarbeitern erlauben, ihre Zeit stärker
34 selbst einzuteilen. In diesem Sinne begrüßen wir den Gesetzentwurf der FDP

- 35 Bundestagsfraktion (BT-Drucks. 19/1174). Das Ladenschlussgesetz sollte
36 abgeschafft werden. Damit wird der Einzelhandel dem Internet gleichgesetzt und
37 nicht länger strukturell benachteiligt. Des Weiteren soll der Sonntags-
38 Sonderstatus abgeschafft und durch flexibel einsetzbaren Urlaub ersetzt werden.
- 39 • die Abschaffung des Meisterzwangs.
40 Das Deutsche Ausbildungssystem ist weltweit führend, ein Meisterzwang ist
41 allerdings ein unnötiger Eingriff in den Markt. Damit wird das Angebot verknappt
42 und junge Menschen, beispielsweise qualifizierte Zuwanderer, von der
43 Selbständigkeit abgeschreckt. Wir sind überzeugt, dass sich Qualität am Markt
44 durchsetzt und der Kunde am besten selbst entscheidet.
 - 45 • den Kammerzwang abzuschaffen.
46 Die Kammern sollen sich zukünftig vereinsrechtlich organisieren, um eine
47 stärkere innerverbandliche Demokratie und Transparenz zu gewährleisten. Dabei
48 konkurrieren Kammern außerhalb ihrer Pflichtenaufgaben mittels unterschiedlicher
49 Beitragshöhen und Leistungskataloge um Mitglieder.
 - 50 • ausländische Abschlüsse leichter anzuerkennen.
51 Am deutschen Arbeitsmarkt wird das Potential von vielen Menschen nicht
52 ausgeschöpft, weil ihr Abschluss nicht anerkannt wird. Diese Menschen sollten
53 nach dem Bestehen einer fachlichen Prüfung, die mindestens in englischer oder
54 deutscher Sprache angeboten werden soll, die Möglichkeit erhalten, ihren
55 Abschluss in Deutschland anerkannt zu bekommen.
 - 56 • Unternehmensgründungen zu erleichtern.
57 Die Gründung von Kapitalgesellschaften soll in Zukunft vollkommen digital und
58 ohne große Bürokratie möglich sein. Hierzu müssen Notare für die Beurkundung
59 online Angebote zur Verfügung stellen. Des Weiteren fordern wir die Einführung
60 eines bürokratiefreien Jahres für neugegründete Unternehmen. Branchenspezifische
61 Voraussetzungen, wie z.B. Lebensmittelüberwachung, sollen bis auf ein benötigtes
62 Minimum der Prüfung reduziert werden.
 - 63 • die Abschaffung der Rente mit 63. Grundsätzlich unterstützen wir die
64 Flexibilisierung des Renteneintrittsalters. Um das Rentensystem auf Dauer
65 aufrechterhalten zu können, wird die Lebensarbeitszeit steigen müssen. Die Rente
66 mit 63 war kontraproduktiv und sollte schnellstmöglich abgeschafft werden. Die
67 Hinzuverdienstgrenze für Rentner soll auf 12.000 Euro angehoben werden.

68 **NEUE MÄRKTE ÖFFNEN**

69 Um mehr wirtschaftliche Dynamik in Deutschland zu ermöglichen, wollen wir neue Märkte
70 öffnen. Grundsätzlich bevorzugen wir einen möglichst freien Markt anstelle eines
71 stark regulierten. Regulation ist allerdings besser als ein Verbot und auch oft
72 notwendig, um negative Externalitäten für die Gesellschaft abzuwenden. Deshalb
73 fordern wir:

- 74 • eine Legalisierung von weichen – im niederländischen Sinne – Drogen.
75 Die Prohibition hat nicht nur gesellschaftlichen, sondern auch
76 volkswirtschaftlichen Schaden verursacht. Weiche Drogen sollten in lizenzierten
77 Geschäften verkauft werden dürfen.
- 78 • eine liberale Glücksspiel-Regulation.

- 79 Das staatliche Lotto Monopol sollte in diesem Zusammenhang abgeschafft werden.
80 Die gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder soll bei Konflikten (z.B. bei der
81 Verhinderung von Auszahlungen durch Casinos) zwischen Spielern und
82 Glücksspielanbietern nach dem Vorbild der amerikanischen Gaming Commission
83 vermitteln. Grundsätzlich sollen alle Gewinne weiterhin steuerfrei sein, die auf
84 Glück oder Zufall beruhen. Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung
85 der Rennwett- und Lotteriesteuer, aller Spielbankabgaben,
86 der Spielautomatensteuer und der Vergnügungssteuer. Spielbanken in staatlicher
87 Hand sollen darüber hinaus privatisiert werden.
- 88 • Wettbewerb auf dem Bahn-Markt.
89 Die Deutsche Bahn sollte privatisiert werden und ihr Monopol durch die Vergabe
90 von einzelnen Strecken gebrochen werden. Die Bahn-Infrastruktur sollte zugleich
91 in staatlicher Hand bleiben, um faire Marktbedingungen zu schaffen.
92 Nichtsdestotrotz sollte die Beförderung in ländliche Regionen gewährleistet
93 sein. Weiterhin ist für den bestmöglichen Erfolg der Privatisierung sowie die
94 Akzeptanz in der Bevölkerung notwendig, dass keine zersplitterte Landschaft an
95 Ticketsystemen entsteht. Dabei wollen wir uns allerdings nicht nur auf die Bahn
96 fokussieren, sondern dazu noch unterschiedliche Mobilitätsformen besser
97 miteinander verknüpfen. Dazu soll eine deutschlandweite Mobilitätsplattform für
98 intermodale Reiseketten entstehen. Diese soll alle angebotenen Verkehrsträger –
99 dabei kooperierende Anbieter diskriminierungsfrei berücksichtigt – für eine
100 Wegstrecke nach bestimmten Kriterien verknüpfen und dem Nutzer die optimale
101 Reisekette berechnen. Dabei sollen alle Tickets und die zusammengesetzten Kosten
102 in eine Abrechnung münden. Die komplette Reise soll auf der Plattform direkt
103 bezahlt werden können.
 - 104 • die Liberalisierung des Taximarktes.
105 Die Unterscheidung zwischen Mietwagen und Taxis und die damit verbundene
106 „Rückkehrpflicht“ für Dienste wie Uber muss abgeschafft werden. Grundsätzlich
107 sollte jedem, der eine Fahrerlaubnis, ein nicht einschlägig belastetes
108 polizeiliches Führungszeugnis und eine Insassenversicherung vorweisen kann, auf
109 Antrag ein Personenbeförderungsschein erteilt werden. Die Anforderungen an
110 Sicherheitsstandards der Fahrzeuge sollen beibehalten und kontrolliert werden.
 - 111 • einen freien Apothekenmarkt.
112 Der Apothekenmarkt sollte nicht durch willkürliche Regeln eingeschränkt werden.
113 Einzelne Unternehmen sollten auch mehr als vier Apotheken betreiben dürfen,
114 solange ein Apotheker die jeweilige Filiale leitet. Bei der Ausarbeitung dieser
115 Reform muss jedoch eine Kartellbildung vermieden werden und eine qualitativ
116 hochwertige Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten sicher gestellt werden.
 - 117 • ein einjähriges Moratorium für KI-Regulation.
118 Momentan entscheidet sich, welche Standorte für KI Unternehmen infrage kommen.
119 Es muss verhindert werden, dass autoritäre Staaten die Führung in dieser
120 Technologie übernehmen und Deutschland den Anschluss verliert. Mittelfristig
121 bedarf es eines vernünftigen regulatorischen Rahmens. Um Innovation zu
122 ermöglichen, sollte es aber ein Jahr lang keine neuen Regelungen geben.
 - 123 • das Ende von Preisbindungen jeder Art.
124 Die natürliche Preisfindung ist einer der größten Vorteile der Marktwirtschaft,

125 staatliche Eingriffe in diese lehnen wir ab. Die Buchpreisbindung sollte daher
126 beispielsweise abgeschafft werden. Programme wie die Sprit- sowie die Strom- und
127 Gaspreisbremse lehnen wir ab.

- 128 • Eine Rückkehr zu den Ordnungsprinzipien unserer Marktwirtschaft.
129 Die geplanten Milliarden-Subventionen für Intel lehnen wir als Maßnahme einer
130 fehlgeleiteten Industriepolitik ab. Anstatt dem Lobbydruck großer Konzerne
131 nachzugeben, muss die Bundesregierung es zur obersten Aufgabe ihre
132 Wirtschaftspolitik machen, den Wettbewerb zu schützen und die Abhängigkeit von
133 autoritären Regimen zu minimieren. In diesem Zusammenhang müssen alle
134 Subventionen, die an Unternehmen gezahlt werden, hinterfragt und mit einer
135 Sunset-Klausel versehen werden.

136 **FUNKTIONIERENDER ENERGIEMARKT**

137 Hohe Energiekosten sind ein großer Treiber der Inflation. Zusätzlich gefährden sie
138 den deutschen Wirtschaftsstandort. Unternehmen, gerade hochproduktive Teile der
139 Industrie, leiden unter den hohen Energiekosten und könnten Deutschland mittelfristig
140 verlassen. Deshalb fordern wir:

- 141 • Schiefergasförderung und Atomkraft zu erlauben.
142 Der Atomausstieg sollte, solange es noch möglich ist, rückgängig gemacht werden.
143 Des Weiteren sollte der Neubau von Atomkraftwerken grundsätzlich erlaubt werden.
144 Das Verbot von Fracking sollte aufgehoben werden und die bereits möglichen
145 Erprobungsvorhaben zügig vorgebracht werden. Genehmigungsverfahren müssen
146 unbürokratisch ablaufen.
- 147 • die Regulierung der Kernfusion außerhalb des Atomgesetzes zu definieren.
148 Die Energiegewinnung durch Fusionskraftwerke birgt im Vergleich zur Kernspaltung
149 ein immens geringeres Sicherheitsrisiko. Dem muss durch eine deutlich liberalere
150 und technologieoffene Gesetzgebung zur Fusionsenergie Rechnung getragen werden.
151 Wir begrüßen die Projekte der Bundesregierung zu Förderung der
152 Grundlagenforschung in der Fusionsenergie. Dabei darf keine einseitige
153 staatliche Bevorzugung einer bestimmten Methode der Fusionsenergie erfolgen,
154 sondern Laser- und Magnetinduzierte Fusion gleichbehandelt werden.
- 155 • staatliche Eingriffe in den Heizungsmarkt zu beenden.
156 Der deutsche Staat hat jahrelang die Gasheizung gefördert und damit bewiesen,
157 dass er kein guter Ratgeber für private Haushalte ist. Schadstoffgrenzen sollten
158 beibehalten werden und eine effektive CO₂-Bepreisung in Form eines CO₂-Deckels
159 eingeführt werden, welcher in allen Markt Bereichen gelten soll. Wie Menschen
160 und Unternehmen heizen, sollte ihnen ansonsten selbst überlassen werden. In
161 diesem Zusammenhang setzen wir auf eine steuer- und abgabenfreie Auszahlung
162 sämtlicher Einnahmen, die abzüglich der dafür notwendigen Verwaltungskosten aus
163 dem Zertifikatehandel resultieren. Gleichzeitig lebt ebendieser von der
164 Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, der ggf. fehlende CO₂
165 Bepreisungen aus Nicht-EU-Ländern ausgleicht und zusätzlich bepreiste Exporte
166 aus dem Regelungsgebiet des Zertifikatehandels entsprechend entlastet. Der
167 Grenzausgleichsmechanismus ist somit Voraussetzung der Möglichkeit eines
168 wirksamen Schadstoffdeckels.

- 169 • den Ausbau von erneuerbaren Energien zu vereinfachen.
170 Die Planung und der Bau von Stromtrassen und Offshore-Windparks soll
171 entbürokratisiert und beschleunigt werden. Die Kooperation mit nicht-EU-Ländern
172 insbesondere Norwegen und Großbritannien zum Ausbau von Stromtrassen soll
173 intensiviert werden. Zugleich sollen bürokratische Hürden zur privaten
174 Stromproduktion abgebaut werden.
- 175 • eine sichere Rechtslage für die Speicherung von CO₂ zu schaffen.
176 Die Möglichkeit der CO₂-Speicherung in Deutschland zu liberalisieren, kann dazu
177 beitragen, die Klimaziele zu erreichen und zugleich die volkswirtschaftlichen
178 Kosten der Energiewende zu senken.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 101: Schröpfen der Wissenschaft endlich abstellen!

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	LV Thüringen (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die wissenschaftliche Publikation in einem Journal ist für viele Wissenschaftler,
2 aber auch insbesondere Nachwuchswissenschaftler in Deutschland ein wichtiges
3 Instrument, um die Wissenschaft mit eigenen Beiträgen weiter voranbringen und sich
4 selbst in eben jener etablieren zu können. Die zugrundeliegende Forschung wird
5 hierbei in den allermeisten Fällen durch den Staat gefördert, sei es durch
6 Drittmittelprojekte oder durch eine Anstellung an der eigenen Universität.
7 Obwohl die erbrachte Forschungsleistung komplett staatlich finanziert wird, sind
8 Journal-Beiträge oftmals nicht frei zugänglich und kosten selbst Universitäten
9 horrendes Abonnement-Gebühren, um sie für eigene Forscher lesbar zu machen.
10 Wir finden: Das kann so nicht bleiben. Natürlich sind die Journals als
11 marktwirtschaftliche Akteure marktwirtschaftlichen Prinzipien verpflichtet und haben
12 Kosten durch etwaige Ressourcennutzung zur Publikation- legen ihre Kostenstrukturen
13 trotz der massiven Bereicherung an staatlicher Förderung nicht transparent offen.
14 Open Access Programme und Initiativen der letzten Jahre haben sich inzwischen als
15 zukunftssträchtige Modelle gezeigt, sodass etwa selbst die Deutsche
16 Forschungsgemeinschaft ihr Potenzial massiv unterstreicht. Open Access Programme sind
17 für die staatlich gestützte Wissenschaft in bereits jetzt von elementarer Bedeutung.
18 Um eine Publikation jedoch innerhalb eines Open Access Programms in den gängigen
19 Journals zu veröffentlichen, sind seitens der Forschenden immense Open-Access-
20 Gebühren zu zahlen. Dies sehen wir als unzumutbaren Zustand an.

21

22 Konkret fordern die Jungen Liberalen:

- 23 • Die Einführung eines Fördertopfes ausschließlich für die Veröffentlichung in
24 Open-Access-Programmen, die die erhobenen Gebühren vollumfänglich decken,
- 25 • Eine Deutschlandweite Verhandlungsführung zur Abschließung von Abonnements für
26 Fachjournals,
- 27 • Die Förderung von Open-Access-Strategien der Hochschulen,
- 28 • Die vollumfängliche Freigabe von Publikationen im Rahmen einer Reform des
29 Urheberrechts zur selbstständigen Verbreitung durch die Forschenden selbst
30 zusätzlich zur Veröffentlichung in einer Fachzeitschrift,
- 31 • Den Einsatz der Bundesregierung für Open-Access auf Europäischer Ebene,
- 32 • Eine kurzfristige Mittelbereitstellung an die Begabtenförderungswerke zur

33 Unterstützung von Open-Access-Publikationen.

34

35 Frei zugängliche Publikationen stellen sicherlich auch für die gesamte Bevölkerung
36 ein riesiges Potenzial dar. Dass zumindest die Forschenden selbst an ihre eigenen
37 Texte kommen, ohne selbst Kosten aufwenden zu müssen, sollte aus unserer Sicht jedoch
38 eine Selbstverständlichkeit sein. Lasst uns das Schröpfen der Wissenschaft endlich
39 abstellen!

Begründung

mündlich

Antrag 402: Mehr Transparenz wagen! – Offenlegungspflicht für Politiker

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	LV Hessen (Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Junge Liberalen fordern für Bundestagsabgeordnete, Bundeskanzler, Minister,
- 2 Staatssekretäre und hochrangige Beamte eine Offenlegungspflicht sämtlicher
- 3 Finanzinstrumente iSd. Art. 4 Abs. 1 Nr. 15 RL (EU) 2014/65.
- 4 Nach Niederlegung des Amtes sollen Abgeordnete eine weitere Legislaturperiode
- 5 sämtliche Finanzinstrumente der Bundestagsverwaltung melden müssen. Für Mitglieder
- 6 von Regierungen soll diese Pflicht zwei Legislaturperioden betragen.

Begründung

In den USA ist es teils verpflichtend, teils gute Sitte Finanzgeschäfte offenzulegen. Nach dem Maskenskandal wurden die deutschen Antikorruptionsregeln zwar nachgebessert, die neuen Regeln reichen aber bei weitem nicht aus. Durch die Offenlegung der Finanzgeschäfte von Politikern wird Straftaten wie Korruption und Insiderhandel vorgebeugt. Auch lässt sich nachvollziehen, ob Entscheidungen zu Gunsten des eigenen Aktienportfolios getroffen wurden. Dadurch dass auch nach Niederlegung des Amtes die Offenlegungspflicht besteht, wird verhindert, dass aus Insiderinformationen nach der Amtszeit ausgenutzt werden. Außerdem wird Bestechung mit Werten, die man nach dem politischen Amt erhalten würde, unattraktiver.

Antrag L01: Europas Einheit vollenden: Freiheit ist das Grundprinzip

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Europas Einheit vollenden: Freiheit ist das Grundprinzip

2 Vor weniger als 80 Jahren lag Europa nach einem von Deutschland geführten
3 Angriffskrieg in Schutt und Asche – der grausame Höhepunkt eines Jahrhunderts
4 kriegerischer Konflikte zwischen Nationalstaaten. Die Gründung der Europäischen Union
5 kehrte diesen Prozess um. Die friedliche Integration vormals verfeindeter Staaten
6 macht die EU zu einem historisch einzigartigen Erfolg. Seit dem Fall des Eisernen
7 Vorhangs können auch die Staaten Mittel- und Osteuropas am europäischen Projekt
8 teilhaben. Viele Meilensteine der Einigung erscheinen uns heute als
9 Selbstverständlichkeiten: Nach der Einführung des Schengen-Raums wirken auf unsere in
10 Freiheit großgewordene Generation Grenzkontrollen und nicht mehr ihre Abwesenheit als
11 Ausnahmeerscheinung. Mit dem EU-Binnenmarkt haben wir den größten gemeinsamen
12 Wirtschaftsraum der Welt geschaffen. Seine *vier Freiheiten* bieten den europäischen
13 Bürgerinnen und Bürger eine Fülle von Chancen zur Entfaltung – sei es als
14 Unternehmerin, Arbeitnehmer oder Verbraucher. Die Europäische Union ist geprägt von
15 kultureller Vielfalt und gemeinsamer Identität gleichermaßen. In der Weltgemeinschaft
16 ist die Europäische Union Stimme und Anwalt der universellen Geltung der
17 Menschenrechte und der liberalen Demokratie.

18 Nichtsdestotrotz steht die Europäische Union vor einer Reihe erheblicher
19 Herausforderungen: Die stagnierende Entwicklung von Kernindustrien, die mangelnde
20 Reformbereitschaft und lähmende Bürokratie spiegeln sich im niedrigen
21 Wirtschaftswachstum der EU wider und bedrohen unsere Zukunftsfähigkeit. Eine
22 Neuausrichtung der wirtschaftlichen Strategie auf die Kernideen – mehr
23 Marktwirtschaft und mehr Binnenmarkt – ist dringend erforderlich.

24 Migrationsbewegungen führen derzeit vermehrt zu Konflikten zwischen den
25 Mitgliedsstaaten. Eine humanitäre, gesamteuropäische Strategie wirkt so trotz des
26 Migrationskompromisses nach wie vor wie ein Luftschloss. Angriffe auf europäische
27 Werte, wie das Recht auf private Kommunikation, die Gleichstellung von LGBTQ+ und
28 Frauenrechte erfolgen aus dem Inneren und erfordern entschlossenes Handeln zum Schutz
29 unserer Grundwerte. Wir müssen die Bekämpfung der Klimakrise mit nachhaltigem
30 Wirtschaftswachstum verbinden, um in der Welt Vorbild für die Transformation zu einer
31 ökologischen Marktwirtschaft zu werden.

32 Unmittelbar wird Europa nun wieder von einem Angriffskrieg geprägt: der bestialische,
33 völkerrechtswidrige russische Angriff gegen die Ukraine. Er führt uns vor Augen, wie
34 schnell die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung gestört werden kann, wie

35 hoch unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von autokratischen Staaten war und noch
36 immer ist, und wie wenig wir auf die konsequente Verteidigung unserer Werte mit
37 notfalls militärischen Mitteln vorbereitet waren. Diese Naivität muss uns eine Lehre
38 und Handlungsaufforderung sein – wir brauchen wirtschaftliche Souveränität, eine
39 gemeinsame Stimme in der Außenpolitik und konsequente gemeinsame
40 Verteidigungsanstrengungen. Denn wir sind aufgewacht in einem neuen globalen
41 Systemwettbewerb, dem wir uns stellen müssen, um die Zukunft der Freiheit in Europa
42 zu sichern.

43 Der Reformstau muss ein Ende haben. Dafür stehen die Mitgliedsstaaten mit in der
44 Verantwortung. Sie müssen das Subsidiaritätsprinzip mit Leben füllen und zur
45 europäischen Lösungsfindung beitragen. Denn wir sind überzeugt, dass die EU ihr
46 wirkliches Potenzial noch längst nicht ausgeschöpft hat. Indem wir die Verantwortung
47 ernstnehmen, die der europäische Einigungsprozess in unsere Hände legt, wollen wir
48 die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen. Dafür braucht es liberale
49 Antworten der jungen Generation: Wir wollen Europas Einheit in Freiheit vollenden!

50 I. Mehr Binnenmarkt heißt mehr Wirtschaftswachstum

51 Das Wirtschaftswachstum in Europa stagniert. Während im Süden hohe
52 Jugendarbeitslosigkeit herrscht, kämpft insbesondere Nordeuropa mit dem
53 Arbeitskräftemangel. Interventionistische Industriepolitik, Protektionismus,
54 Subventionen und Bürokratie sind kein Weg aus dieser Krise. Der Schlüssel für ein
55 starkes Wirtschaftswachstum sind mehr Marktwirtschaft, Freihandel, Deregulierung und
56 Planungsbeschleunigung. Deshalb wollen wir uns zurückbesinnen auf die liberalen
57 Kernideen der Integration des Europäischen Binnenmarkts.

58 Wir wollen **mutige Wege zur Eindämmung des Fachkräftemangels** gehen: Um
59 Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wollen wir die European
60 Employment Services zu einer **Europäischen Arbeitsplattform** ausbauen, die sowohl als
61 digitale Job- und Ausbildungsplatzvermittlungsplattform fungiert als auch die
62 Koordinationsrolle für die nationalen Arbeitsagenturen in der EU ernst nimmt.

63 Europäisches Recht muss **grenzüberschreitende Arbeit** einfach und unbürokratisch
64 ermöglichen. Dazu wollen wir die **Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie reformieren**, um
65 **moderne, selbstbestimmte (Remote-)Arbeitsmodelle** rechtssicher zu ermöglichen.
66 **Berufsabschlüsse**, non-formale und informelle Kompetenzen müssen europaweit einfach
67 **anerkannt** werden können. Dazu braucht es einen digitalen **One-Stop-Shop** in jedem
68 Mitgliedstaat. Um Arbeitskräften europaweit schnelle Standortwechsel zu erleichtern,
69 **wollen wir Englisch als europaweite Verwaltungssprache** sowie eine **einheitliche**
70 **digitale Identität für öffentliche Dienstleistungen** einführen. Die Mitgliedstaaten
71 sollen verpflichtet werden, Verwaltungsdienstleistungen wie die Anmeldung eines
72 Wohnsitzes oder die Gründung eines Unternehmens digital, unbürokratisch und in
73 weniger als 24 Stunden zu ermöglichen. Wir begrüßen die Einführung der
74 paneuropäischen privaten Rentenproduktklasse als Maßnahme auf dem Weg, die
75 **grenzüberschreitende Inanspruchnahme privater Altersvorsorgeprodukte** europaweit zu
76 erleichtern. Ansprüche aus nationalen Pflichtrentensystemen lassen sich in der EU
77 beliebig kombinieren. Durch verstärkte Koordination der Mitgliedsstaaten wollen wir
78 es ermöglichen, dass diese Ansprüche **digital und einfach berechnet** werden können, um
79 **hypermobilen Arbeitskräften eine langfristige Rentenplanung** zu ermöglichen.

80 Sozialpolitik ist für uns eine nationale Aufgabe – der EU soll hier nur eine
81 Koordinierungsrolle zukommen. Daher wollen wir die **EU-Mindestlohnrichtlinie und die**
82 **EU-Arbeitszeitrichtlinie abschaffen.**

83 Mittelfristig gehört zum Binnenmarkt auch die Harmonisierung nationaler
84 Einwanderungsrechte in einem **europäisches Einwanderungsrecht.** In diesem soll die **Blue**
85 **Card** als ein Hauptinstrument für die Fachkräftesicherung etabliert werden. Als
86 weiteren Schritt schlagen wir ein europäisches **Visum zur Arbeitssuche** vor, das an
87 Qualifikation, Sprachkenntnis und Geldmittel geknüpft ist. Damit verbunden wollen wir
88 eine **einheitliche EU-Arbeitserlaubnis** einführen. Wir wollen einen **Europäischen**
89 **Talentpool** einrichten: Bewerber aus dem Ausland können sich für diesen Talentpool im
90 Rahmen eines **Punktesystems** bewerben. Mitgliedsstaaten können die Kontingente
91 bedarfsgerecht abrufen. Kurzfristig wollen wir die unpraktikablen
92 **Verdienstuntergrenzen** für die Blue Card deutlich absenken. Als sofortige
93 unbürokratische Antwort auf den Fachkräftemangel wollen wir bereits jetzt für
94 besonders qualifizierte Einwanderer ein **einjähriges Orientierungsvisum mit EU-**
95 **Arbeitserlaubnis für Absolventen der weltweit besten Universitäten** einführen.

96 Wir fordern eine **konsequente Ausweitung der Rechtsformen im Gesellschaftsrecht der EU**
97 , insbesondere die Einführung einer europäischen Kapitalgesellschaft für kleine und
98 mittelständische Unternehmen (KMU), bei der mehrere Gesellschafter zulässig sind.
99 **Nationale Markteintrittsbarrieren** wollen wir abbauen. **Produktregistrierungen und -**
100 **zulassungen** sollen **ausschließlich auf europäischer Ebene** erfolgen können. Darüber
101 hinaus fordern wir ein **Europäisches Kaufrecht** als freiwillige Alternative zu der
102 Vielzahl von nationalen Kaufrechten ein, um den grenzüberschreitenden Handel durch
103 ein einheitliches Regelwerk zu erleichtern. Analog zu den Harmonisierungen im IP-
104 Recht wollen wir auch die nationalen Gesetzgebungen zu Arbeitnehmererfindungen
105 europaweit harmonisieren, um ein reibungsloses Funktionieren des EU-Binnenmarktes als
106 Innovationsmarkt zu gewährleisten. Wir fordern **einen fairen und transparenten**
107 **Steuerwettbewerb.** Dazu benötigt es eine gemeinsame konsolidierte
108 Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage sowie eine EU-Richtlinie gegen Erosion der
109 Bemessungsgrundlage durch Gewinnverlagerung. Mindeststeuersätze und eine globale
110 Mindeststeuer lehnen wir ab. Wir sagen der Bürokratie den Kampf an. Wir fordern einen
111 **Bureaucracy Reduction Act**, um die Bürokratielast für Unternehmen, um mindestens die
112 Hälfte zu reduzieren. Insbesondere Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten
113 wollen wir spürbar verringern. Bulgarien und Rumänien wollen wir in den **Schengen-Raum**
114 aufnehmen.

115 Wir wollen in der EU den **größten digitalen Binnenmarkt der Welt** aufbauen. Um mit dem
116 **AI-Act** eine europaweite, für die KI-Industrie attraktive Regulierung zu finden, muss
117 dieser qualitative Standards schaffen, ohne die KI-Entwicklung zu behindern. Dazu
118 müssen die Definitionen der **Künstlichen Intelligenz** sowie der Hochrisikoanwendungen
119 eng und präzise gefasst werden. Bürgerrechtswidrige Anwendungen wie biometrische
120 Echtzeiterkennung im öffentlichen Raum wollen wir von vornherein untersagen.
121 Vermeintlicher Urheberrechtsschutz droht den europäischen Sektor gegenüber anderen
122 Märkten zu benachteiligen und könnte zu Marktführern aus Ländern mit geringeren
123 Standards führen. Deshalb wollen wir in die **Urheberrechtsregulierung für KI-**
124 **Trainingsdaten ein Fair-Use-Prinzip** für öffentlich zugängliche Daten nach
125 amerikanischem Vorbild verankern. Wir begrüßen den **Digital Markets Act (DMA)** und die

126 Wettbewerbs- sowie Antidiskriminierungsregelungen des **Digital Services Act (DSA)** als
127 Rahmen zur Sicherung eines freien und fairen Wettbewerbs im digitalen Binnenraum. Den
128 Vorstoß der EU-Kommission zur Einführung von **Netzgebühren** lehnen wir als Angriff auf
129 das freie Internet ab. Stattdessen wollen wir **Netzneutralität** zusätzlich im
130 Wettbewerbsrecht der EU verankern. Die **Reform der DSGVO**, insbesondere der Regelungen
131 zur Zuständigkeitsprüfung, ist lange überfällig und greift gleichzeitig zu kurz. Denn
132 der Erfolg eines digitalen Binnenmarkts hängt nicht nur von der Harmonisierung der
133 Regeln innerhalb der EU ab, sondern auch von einer EU-weiten einheitlichen und
134 unpolitischen Auslegung dieser Regeln. Deshalb fordern wir eine politisch unabhängige
135 **EU-weite Aufsichtsbehörde** für die Regeln des **digitalen Binnenmarkts**. Die
136 **Roaming-Freiheit** im Europäischen Wirtschaftsraum wollen wir auf alle
137 Beitrittskandidaten und die Schweiz ausweiten. Die zeitliche Begrenzung der Roaming-
138 Freiheit wollen wir abschaffen. Wir wollen den europäischen Binnenmarkt auf weitere
139 Branchen, wie etwa den Verkehrs-, Rüstungs- und Medienmarkt, ausweiten.

140 Die Weiten des Weltraums sind unendlich, genauso wie sein wirtschaftliches Potenzial.
141 Deshalb fordern wir anstelle von regionaler Kleinstaaterei ein **Europäisches**
142 **Weltraumgesetz**, das einen innovationsfreudigen und gesamteuropäischen Rahmen für die
143 Raumfahrtindustrie schafft. Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) soll private
144 Unternehmen verstärkt als Dienstleister nutzen und ihnen **Zugang zum Raumfahrtzentrum**
145 **Guayana** gewähren.

146 **Multilaterale Verträge auf WTO-Ebene** sehen wir als die **beste Grundlage** an, um
147 globalen Freihandel zu ermöglichen. Die Unabhängigkeit und Transparenz der WTO wollen
148 wir sicherstellen, indem Dokumente wie bei der UNO künftig stets veröffentlicht
149 werden. Da eine Reform erst langfristig erwartbar ist, setzen wir bis dahin auf bi-
150 und multilaterale Freihandelsverträge der EU. Damit die EU in Zukunft als
151 verantwortungsvoller Partner auftreten kann, sollen auch **umfassende Freihandels- und**
152 **Investitionsabkommen wie CETA allein durch ein Mehrheitsvotum des Europäischen**
153 **Parlaments und des Rates** zustande kommen. Eine Ratifizierung durch die nationalen
154 Parlamente soll nicht mehr notwendig sein. Die **TTIP-Verhandlungen** wollen wir wieder
155 aufnehmen. Wir fordern eine zügige Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit
156 **MERCOSUR** und einen neuen Anlauf zu Verhandlungen einer Freihandelszone mit der **ASEAN**.
157 Darüber hinaus setzen wir uns für Verhandlungen über ein gemeinsames
158 Freihandelsabkommen mit Indien und der ECOWAS, für die rasche Verabschiedung der
159 Abkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland, sowie für einen zügigen Abschluss der
160 Verhandlungen mit Australien, Thailand und Indonesien ein. Wir wollen, dass die EU
161 ein Freihandels- und **Investitionsabkommen mit Taiwan** abschließt.

162 Wir fordern eine marktwirtschaftliche Erneuerung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).
163 Über einen Zeitraum von zehn Jahren wollen wir die **Agrarsubventionen der ersten und**
164 **zweiten Säule abbauen**. Wir wollen die Zulassungsbedingungen für gentechnisch
165 veränderte Organismen (**Grüne Gentechnik**), insbesondere durch die CRISPR/Cas-Methode,
166 vereinfachen, um die Landwirtschaft umweltfreundlicher zu machen und die
167 Ernährungssicherheit einer wachsenden Weltbevölkerung sicherzustellen. **Insekten- und**
168 **Tiermehl sowie Algen** sollen unter Berücksichtigung gesundheitlicher Belange als
169 Futtermittel zugelassen werden. **Neuartige Lebensmittel wie Insekten, In-vitro-Fleisch**
170 **oder von Mikroorganismen hergestellte Milch** wollen wir zulassen. Unwissenschaftliche
171 Verbote von Pflanzenschutzmitteln lehnen wir ab. Die Verschwendung von Lebensmitteln

172 soll durch die Abschaffung der EU-Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse verringert
173 werden.

174

II. Europa, Kontinent der Rechtsstaatlichkeit

175 Polen und Ungarn untergraben weiterhin Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.
176 Gleichzeitig zeigen sie im Kampf gegen Korruption gravierende Mängel auf. Auch in
177 Italien finden Angriffe auf die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen und
178 Regenbogenfamilien statt. An den EU-Außengrenzen werden mit illegalen Push-Backs
179 Menschenrechte gebrochen, ankommende Flüchtlinge anderorts überhaupt nicht
180 registriert. Ursula von der Leyen konzentriert sich in diesen Zeiten darauf,
181 Bürgerrechte mit einer anlasslosen Überwachungsinitiative – der Chatkontrolle – zu
182 untergraben. Wir stellen uns dem entgegen und verteidigen die EU als Kontinent der
183 Rechtsstaatlichkeit.

184 Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind nicht verhandelbar. Deshalb fordern
185 wir einen effektiven **Rechtsstaatsmechanismus**. Die Verletzung demokratischer und
186 rechtsstaatlicher Standards muss zum Einfrieren von EU-Geldern führen. Entsprechende
187 Verfahren müssen von der Kommission auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH)
188 übergehen. Die Kommission soll, wie das Parlament und die Mitgliedstaaten, ein
189 Antragsrecht haben. Gleiches soll für das Verfahren über Stimmrechtsentzug gelten.
190 Auch Korruption hat in den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen keinen Platz.
191 Missbrauchte EU-Gelder müssen samt Strafzahlungen zurückgefordert werden.

192 Pressefreiheit ist das Rückgrat einer Demokratie. Deshalb unterstützen wir den
193 Vorschlag für ein **Europäisches Medienfreiheitsgesetz**. Wir fordern allerdings eine
194 unabhängige Medienaufsicht und einen absoluten Schutz von Journalistinnen und
195 Journalisten vor staatlicher Überwachung.

196 Wir wollen den Schutz der Grundrechte in der EU verbessern. Dazu wollen wir eine
197 **Europäische Verfassungsbeschwerde** einführen. Wer geltend macht, durch einen EU-
198 Rechtsakt in seinen Rechten aus der EU-Grundrechtecharta unmittelbar verletzt zu
199 sein, soll vor dem EuGH klagen können. Nach Ausschöpfen des nationalen Rechtswegs
200 soll das Gleiche für nationale Gesetze gelten. Dazu soll die Charta auf nationale
201 Sachverhalte als Mindeststandard ausgeweitet werden. Die EU soll der Europäischen
202 Menschenrechtskonvention (EMRK) beitreten. In der Charta und der EMRK soll das **Recht**
203 **auf einen Schwangerschaftsabbruch** geschützt sein. Denn ein Schwangerschaftsabbruch
204 muss europaweit, legal, sicher und für alle zugänglich sein. Die Istanbul-Konvention
205 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt soll von
206 allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Nach dem Vorbild der USA fordern wir einen
207 **European Respect for Marriage Act** und damit die volle Anerkennung der in einem
208 Mitgliedstaat rechtmäßig geschlossenen Ehe in allen Mitgliedstaaten. Gleiches soll
209 für Adoptionen, Elternschaft aufgrund der Inanspruchnahme einer Leihmutter oder
210 Eizellspende, Namensänderungen und Änderungen des Geschlechtseintrags gelten.

211 Die Mitgliedstaaten haben das **Recht auf eine eigenständige Drogenpolitik**. Wir wollen
212 den EU-Rahmenbeschluss von 2004 ändern, damit Deutschland die **vollständige**
213 **Legalisierung von Cannabis** und allen anderen Drogen zu ermöglichen.

214 Wir fordern ein **Recht auf Verschlüsselung**. Grundrechtsverletzungen wie die

215 **Chatkontrolle lehnen wir ab.** Die Chatkontrolle ist das geistige Erbe der
216 Vorratsdatenspeicherung. Es handelt sich wieder einmal um einen Versuch, durch ebenso
217 tiefgehende wie breit gestreute Massenüberwachung die rechtsstaatliche Balance aus
218 dem Gleichgewicht zu bringen. Auch die nicht verhältnismäßige
219 **Fluggastdatenspeicherung** muss nach dem eindeutigen Urteil des EuGH endlich ein Ende
220 finden.

221 Wir begrüßen, dass mit dem **Digital Services Act (DSA)** wesentliche Teile des
222 grundrechtswidrigen Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) abgelöst wurden. Der DSA ist
223 insbesondere insoweit ein gelungener Schritt hin zu einer Harmonisierung im digitalen
224 Binnenmarkt, als dass darüberhinausgehende Verschärfungen für Löschfristen und
225 Meldepflichten unzulässig sind. Gleichzeitig bleibt die Gefahr des **Overblockings**
226 groß: Der Schutz der Meinungsfreiheit und Maßnahmen zur Eindämmung des Verbreitens
227 illegaler Inhalte sind im DSA außer Balance. Der Katalog illegaler Inhalte wird
228 vergrößert und **Upload-Filter** werden erlaubt, während gleichzeitig zivilrechtliche
229 Durchsetzungsbefugnisse für nicht gerechtfertigte Sperrungen fehlen. Dies sehen wir
230 als Gefahr für die Meinungsfreiheit. Gleiches gilt für die jüngste Reform des EU-
231 Urheberrechts. Sie muss korrigiert werden. Die **Uploadfilter** sind eine Gefahr für das
232 freie Internet. Wir fordern deren sofortige Abschaffung. Stattdessen braucht es ein
233 **Fair-Use-Prinzip** in Form einer allgemeinen Abwägungsklausel nach amerikanischem
234 Vorbild. Auch das Leistungsschutzrecht für Presseverleger wollen wir abschaffen.

235 Kriminalität macht nicht vor Staatsgrenzen halt, unser Rechtsstaat darf es auch
236 nicht. Daher wollen wir die **Europäische Staatsanwaltschaft(EuStA)** stärken. Die EuStA
237 soll künftig auch gegen die Verletzung von EU-Sanktionen, grenzüberschreitende
238 organisierte Kriminalität und grenzüberschreitenden Terrorismus vorgehen können.
239 Dabei soll sie von Europol unterstützt werden. Europol wollen wir zu einem
240 **Europäischen Kriminalamt (EKA) mit eigenen Ermittlungs- und Exekutivbefugnissen sowie**
241 **zusätzlichen operativen Befugnissen** weiterentwickeln. Die Befugnisse der Behörden
242 sollen unter Achtung der Grundrechtecharta in einer Rahmen-Strafprozessordnung und
243 einem Rahmen-Gefahrenabwehrrecht normiert werden. Gegen alle Maßnahmen muss
244 effektiver Rechtsschutz möglich sein. Ein Rahmen-Strafrecht soll ein Mindestmaß an in
245 der gesamten EU strafbaren Tatbeständen bestimmen, gegen die EuStA und EKA
246 einschreiten müssen. Das Rahmen-Strafrecht muss sich auf Straftaten beschränken, für
247 die die Zuständigkeit der EuStA eröffnet ist. Es darf aber in keinem Fall über das in
248 den Mitgliedstaaten bereits strafbare Verhalten hinausgehen. Whistleblower müssen
249 auch in der EU ausreichend geschützt werden.

250 Die Behörden der Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, Informationen zu
251 Verdachtsfällen mit Bezug zu anderen Mitgliedstaaten an das EKA mitzuteilen, um
252 anderen Mitgliedstaaten eine effektive Strafverfolgung zu ermöglichen. Das
253 **Europäische Terrorismus-Abwehrzentrum (ECTC)** bei Europol soll ausgebaut werden. Bei
254 diesem sollen Informationen der Niederlassungen in den Mitgliedstaaten und der
255 nationalen Behörden zusammenlaufen. Dabei ist das Trennungsgebot zwischen Polizei und
256 Nachrichtendiensten zu beachten.

257 Um die Zusammenarbeit der Inlandsnachrichtendienste zu verbessern, soll eine neue
258 **Europäische Behörde zur Koordination der Nachrichtendienste der Mitgliedstaaten**
259 geschaffen werden. Sie soll die Erkenntnisse der Mitgliedstaaten in den Bereichen
260 Spionage und Terrorismus bündeln und dem EKA zuarbeiten. Die Behörde muss unter der

261 Kontrolle des EU-Parlaments stehen.

262 In der **Migrationspolitik** fordern wir **konsequente Rechtsstaatlichkeit**. Denn in keinem
263 Politikbereich klaffen Realität und rechtlicher Anspruch so weit auseinander. Deshalb
264 begrüßen wir, dass endlich ein Kompromiss zur Reform der europäischen
265 Flüchtlingspolitik vorliegt. Wir wollen diesen Kompromiss rechtsstaatlich umsetzen
266 und streben ein **Europäisches Asylsystem** an, das Menschen wirksam schützt, die vor
267 Krieg und politischer Verfolgung fliehen, gleichzeitig aber Nicht-Schutzberechtigte
268 möglichst schon am Versuch der Einreise hindert, andernfalls effektiv abschiebt.

269 Der **Schutz der EU-Außengrenzen** muss gewährleistet werden. Deshalb wollen wir **Frontex**
270 zu einer echten EU-Grenzschutzpolizei mit eigenen Exekutivbefugnissen ausbauen.
271 Bedingung dafür ist natürlich, dass effektive Kontrollmechanismen eingeführt und
272 durchgesetzt werden, welche die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards sicherstellen,
273 insbesondere den Verzicht auf illegale Push-Backs und die Prävention von Missbrauch.
274 Die Kontrolle von Frontex durch das Europäische Parlament muss ausgeweitet und der
275 Grundrechtsbeauftragten von Frontex Einsicht in alle Serious Incident Reports gegeben
276 werden. Zudem fordern wir einen **Untersuchungsausschuss** zu den Vorwürfen von
277 Menschenrechtsverletzungen und Veruntreuungen unter dem zurückgetretenen Frontex-
278 Direktor Leggeri. Geflüchtete müssen bei ihrer Ankunft in der EU registriert werden
279 und ein EU-weit einheitliches **elektronisches Aufenthaltsdokument** erhalten. In Seenot
280 gerettete Geflüchtete sollen zukünftig schnellstmöglich in europäischen Häfen
281 registriert werden, um eine geregelte Überführung in EU-Asylzentren zu gewährleisten.
282 **Grenzkontrollen** innerhalb des Schengen-Raums lehnen wir ab. Offene Binnengrenzen sind
283 ein Garant für persönliche und wirtschaftliche Freiheit.

284 Wir wollen vermeiden, dass sich Geflüchtete auf **lebensgefährliche Reisen** begeben und
285 **kriminellenSchleppern** durch legale Fluchtwege die Geschäftsgrundlage entziehen. Um
286 **Fluchtursachen** zu bekämpfen, befürworten wir die Einrichtung von **humanitären**
287 **Schutzzonen unter Aufsicht des UNHCR oder der EU**, mit Finanzierung der EU und im
288 Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten in der mittelbaren Umgebung von Krisenherden.
289 Außerdem wollen wir **die Asylantragstellung im Ausland**, insbesondere in EU-
290 Botschaften, Transitstaaten und humanitären Schutzzonen ermöglichen, sowie **humanitäre**
291 **Visa** für akut Schutzbedürftige zur Einreise zum Zweck der Asylantragstellung
292 einführen.

293 Die im Migrationskompromiss geplanten **EU-Asylzentren** müssen die Grundrechte der
294 Geflüchteten garantieren. Dazu gehören **humanitäre Standards**, insbesondere ein
295 Mindestmaß an Mobilität innerhalb der Zentren sowie der Zugang für Anwälte. Die
296 Einhaltung der Standards sollen von der EU und dem UNHCR kontrolliert werden. Um
297 Geflüchteten eine Perspektive zu geben und das Verlassen eines Asylzentrums
298 schnellstmöglich zu gewährleisten, muss die Entscheidung über deren Asylantrag zügig
299 und mit der notwendigen Sorgfalt getroffen werden. Asylsuchende, die sich aufgrund
300 einer höheren Bleibeperspektive außerhalb der Asylzentren befinden, sollen in dem
301 ihnen zugewiesenen Mitgliedstaat eine Arbeitserlaubnis erhalten, um die Sozialsysteme
302 zu entlasten.

303 Nicht alle Geflüchteten haben eine Bleibeperspektive. Damit eine Rückführung gelingt,
304 muss die EU sich für mehr **Rückführungsabkommen** einsetzen. Voraussetzung für solche
305 Abkommen muss immer ein **No-Torture-Abkommen** sein. Für uns ist klar: Abschiebungen in
306 Nicht-Herkunftsländer dürfen nur (völker-)rechtskonform und unter Einhaltung des Non-

307 Refoulement-Prinzips in Transitstaaten geschehen. Deshalb wollen wir
308 Rückführungsabkommen vor allem mit Herkunftsländern schließen, denen im Gegenzug z.B.
309 ein Kontingent an legaler Zuwanderung zugesichert wird.

310 Der **Solidaritätsmechanismus** ist für uns nur ein erster Schritt auf einem steinigen
311 Weg zu einem **gesamteuropäischen Verteilungsschlüssel** für Geflüchtete. Mittelfristig
312 sind die Sanktionszahlungen an die **tatsächlichen Kosten** der Aufnahme, Unterbringung
313 und Integration anzupassen. Langfristig wollen wir einen verbindlichen Schlüssel in
314 Abhängigkeit von Bevölkerungszahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit etablieren.

315

III. Triade für Europas Nachhaltigkeit: innovativ, kooperativ

316

und global

317 Die Klimakrise bedroht unsere Zukunft. Nur Innovation und ein strenges Einhalten des
318 Treibhauslimits können uns langfristig eine nachhaltige und wohlhabende Zukunft
319 ermöglichen. Ohne ein Wohlstandsversprechen werden wir Entwicklungsländer nicht für
320 ihren Beitrag zur globalen Verantwortung gewinnen können. Gleichzeitig bieten viele
321 Entwicklungsländer gute Bedingungen für eine nachhaltige Wirtschaft. Energie ist dort
322 billig, wo die Sonne viel scheint oder der Wind viel weht. Diese Bedingungen sind in
323 Europa, aber auch weltweit sehr ungleich verteilt. Unter diesen Umständen greifen
324 Klimaschutz, Innovationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit Hand in Hand.

325 Wir wollen die globale Erwärmung auf **maximal 1,5 Grad Celsius** begrenzen und in der EU
326 bis 2045 Klimaneutralität erreichen. Dazu fordern wir ein **Limit für alle**

327 **Treibhausgase**, die noch emittiert werden dürfen, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu
328 gefährden. Das Treibhauslimit soll sich an den Prognosen des Weltklimarats (IPCC)
329 orientieren. Wer Treibhausgase emittiert oder Produkte, die zur Emittierung von
330 Treibhausgasen führen in den Verkehr bringt, muss Emissionszertifikate erwerben. Die
331 Anzahl der ausgegebenen Zertifikate sinkt jährlich. Ab dem Jahr 2045 werden keine
332 Zertifikate mehr ausgegeben. Erreichen wollen wir dies, indem wir das

333 **Emissionshandelssystem für Energie, Industrie, Schiffsverkehr und EU-Flugverkehr (EHS
334 1) und das Emissionshandelssystem für Wärme und Verkehr (EHS 2) bis 2029**

335 **zusammenlegen**. Die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten soll bis dahin beendet und
336 der **CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)** auf alle Güter ausgeweitet werden, die
337 unter das EHS fallen. Die Einnahmen des CBAM sollen teilweise für nachhaltige

338 Investitionsprojekten in den betroffenen Ländern genutzt werden. Wir wollen alle
339 Sektoren, inklusive der **Abfall- und Landwirtschaft und auch kleine Schiffe in das EHS**

340 einbeziehen. Preisober- und -untergrenzen für Zertifikate lehnen wir ab, denn die
341 Preisbildung am Markt sendet wichtige Signale auch an die Politik. Die

342 **Mitgliedstaaten** sollen die EHS-Einnahmen frei verwenden können, soweit sie dem
343 Klimaschutz einschließlich dessen Sozialverträglichkeit dienen. In Deutschland wollen
344 wir die Einnahmen den Bürgerinnen und Bürgern Form eines **Klimageldes** zurückzahlen.

345 Treibhausgase wollen wir nur über den EHS bepreisen. Daher soll die Pflicht zur
346 Besteuerung von Energie und Strom entfallen.

347 Der EHS schreibt einen verbindlichen Pfad zur Klimaneutralität vor. Flankierende

348 Feinsteuerung durch Regulierungen wie die Pflicht zur
349 Nachhaltigkeitsberichterstattung oder eine EU-Gebäuderichtlinie ist ineffizient. Wir
350 setzen auf **Technologieoffenheit**. Nur der Einfallsreichtum der Wissenschaft und der
351 Markt entscheiden, welche Technologie sich durchsetzt. Das gilt auch für **E-Fuels und**
352 **Kernenergie**. Daher wollen wir das von der EU beschlossene Verbot von
353 Verbrennungsmotoren zugunsten einer konsequenten Anwendung des EHS wieder aufheben.

354 Wir wollen Emissionen nicht nur reduzieren, sondern der Atmosphäre auch Treibhausgase
355 entziehen. Denn die Prognosen des Weltklimarats zeigen: Ohne Negativemissionen ist
356 das 1,5 Grad-Ziel nicht erreichbar. Daher soll die EU ein **Negativemissionsziel** und
357 einen **Markt für Negativemissionen** etablieren. Dazu sollen in der EU generierte
358 Negativemissionen mit der äquivalenten Menge an handelbaren Zertifikaten entlohnt
359 werden, ohne dass die Gesamtmenge der Zertifikate steigt. Bis die Bereitstellung von
360 Negativemissionen zu dem Marktpreis von Zertifikaten wirtschaftlich ist, wollen wir
361 ein jährlich steigendes Negativemissionsziel ausschreiben, bei dem Negativemissionen
362 nach einer Merit-Order entlohnt werden, um das Negativemissionsziel möglichst
363 kostengünstig zu erreichen. Damit schaffen wir einen **Wettbewerb um Negativemissionen**.
364 Ergänzend wollen wir einen EU-Rahmen für die Abscheidung, den Transport und die
365 Speicherung von CO₂ schaffen und ein CO₂-Transportnetz aufbauen.

366 Die Energiewende erfordert eine **Reform des Strommarktdesigns**, um wettbewerbsfähige
367 und stabile Preise sowie Versorgungssicherheit zu garantieren. Wir setzen weiter auf
368 das marktwirtschaftliche **Merit-Order-Prinzip**. Erneuerbare Energien sollen vollständig
369 in den Markt integriert werden und staatliche Subventionen, wie auch für fossile
370 Brennstoffe, entfallen. Auch darüber hinaus lehnen wir staatliche Eingriffe, die den
371 Preismechanismus oder funktionierende marktwirtschaftliche Ordnungen empfindlich
372 stören können, wie etwa Energiepreisbremsen oder das Abschöpfen von sogenannten
373 "Zufallsgewinnen", ab. Die lokale Verfügbarkeit von Strom muss bei der Preisbildung
374 eine stärkere Berücksichtigung finden, sodass Menschen vom Bau erneuerbarer Energien
375 oder Energiespeicher in ihrer Umgebung finanziell profitieren. Energiespeicher wie
376 Wasserstoff und Pumpspeicher müssen in den Markt integriert und Anreize für eine
377 flexible Bereitstellung von Energie geschaffen werden. Den **Energiebinnenmarkt** wollen
378 wir vollenden. Der Handel zwischen den Mitgliedstaaten muss erleichtert werden, auch
379 durch den **Ausbau der Strom- und Wasserstoffnetze**. Den Markt wollen wir auf die
380 Beitrittskandidaten und die Union für den Mittelmeerraum ausweiten. Im Zuge dessen
381 wollen wir eine **Europäisch-Israelische Wasserstoffpartnerschaft** begründen. Über eine
382 Pipeline soll Europa kostengünstigen Wasserstoff aus Israel beziehen können.

383 Wir fordern ein **EU-Hochgeschwindigkeitsschiennetz**, mit einer Regelgeschwindigkeit
384 von mindestens 300 km/h auf den Haupttrouten sowie ein EU-Nachtzugnetz. Nationale
385 Standards für Eisenbahnsysteme und den Ticketverkauf wollen wir harmonisieren, um EU-
386 weit Interoperabilität zu gewährleisten. Insbesondere muss das Europäische
387 Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS) und das European Train Control System (ETCS)
388 flächendeckend umgesetzt werden. Durch eine **Trennung von Netz und Betrieb** wollen wir
389 den Wettbewerb auf dem Bahnmarkt erhöhen.

390 Flankierend zum Klimaschutz in Europa wollen wir das Pariser Abkommen
391 weiterentwickeln. In einem ersten Schritt sollen die von Vertragsstaaten
392 einzureichenden **national festgelegten Beiträge (NDC) völkerrechtlich verbindlich**
393 werden. Anschließend brauchen wir ein **globales Treibhauslimit und**

394 **Negativemissionsziel.** Eine Quote soll das Emissionsbudget auf die Staaten
395 aufsplitten. Die Quote muss den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Staaten und
396 die sozialen und wirtschaftlichen Folgen berücksichtigen. Die Staaten können
397 innerhalb eines Korridors mit Emissionsrechten handeln und so ihr Emissionsbudget
398 erhöhen oder eine Entlohnung für überdurchschnittliche Anstrengungen erhalten. Dies
399 ermöglicht Flexibilität und verhindert zugleich, dass einzelne Staaten
400 Emissionsrechte im großen Stil erwerben. Der Königsweg bleibt ein **globales**
401 **Emissionshandelssystem.** Dies wollen wir in einem **Klimaclub** voranbringen. Zudem soll
402 die Verknüpfung des EHS mit anderen Emissionshandelssystemen auch Bestandteil neuer
403 Freihandelsverträge sein. Eine Blaupause für ein globales EHS ist das **Carbon**
404 **Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA)**, das den
405 Luftverkehr verpflichtet, klimaneutral zu wachsen. Wir wollen CORSIA verschärfen,
406 damit die Emissionen ab 2026 sinken und 2045 null erreichen, indem über CO₂ und den
407 Sockelbetrag hinausgehende Emissionen in CORSIA integriert werden. Erreicht CORSIA
408 seine bis 2025 gesetzten Ziele nicht, soll die EU das EHS auf alle Flüge im EWR
409 ausweiten. Flugverbote und eine Kerosinsteuer lehnen wir zugunsten von
410 Emissionshandelssystemen ab.

411 Wir wollen Klimaschutz möglichst kostengünstig gestalten, aber auch wir wissen:
412 Klimaschutz kostet Geld. Deshalb wollen wir vor allem private Investitionen
413 mobilisieren. Öffentliche Investitionen sind nur dann angebracht, wenn ein hohes
414 Risiko dazu führt, dass Investitionen ausbleiben. Dies ist vor allem bei **Investitionen**
415 **in Innovationen und Entwicklungsländern** der Fall. Hier sehen wir eine zentrale Rolle
416 der Europäischen Investitionsbank (EIB). Damit die EIB mehr investieren kann, wollen
417 wir das **Eigenkapital und die Haftungssumme der EIB schrittweise vervielfachen.**
418 Flankierend zu mehr Investitionen in Entwicklungsländern wollen wir diesen durch eine
419 stärkere Einbindung in den Welthandel eine bessere wirtschaftliche Perspektive
420 bieten. Dazu wollen wir die WTO zu einer fairen Plattform für die Ausgestaltung eines
421 weltweiten Freihandels reformieren. Die EU soll ihre Marktmacht für mehr Freihandel
422 nutzen und nicht für Protektionismus missbrauchen. Den Rückbau von
423 Entschuldungsprozessen und ähnliche Methoden, um einseitig unfaire Marktbedingungen
424 durchzusetzen, lehnen wir ab. Anstelle von Prozessstandards und äußerlichen
425 Produktstandards setzen wir auf qualitative Produktstandards, um Länder mit geringer
426 industrieller Ausprägung nicht zu benachteiligen. **Höhere Importzölle auf höhere**
427 **Veredelungsstufen von Gütern** (sog. Zolleskalation) schaffen wir ab. Die
428 Agrarsubventionen der EU und anderer Industriestaaten sollen auf WTO-Ebene als
429 verbotene Beihilfen klassifiziert werden. Bestehende Freihandelsabkommen wollen wir
430 hinsichtlich unfairer Elemente überprüfen.

431

IV. Freiheit schützen, Werte verteidigen: Europäische

432

Außenpolitik für eine sichere Welt

433 Die Welt ist im Wandel. Die Annahme, dass die Demokratisierung der Welt nach dem Sieg
434 über den Kommunismus unaufhaltbar sei, war ein fataler Irrtum. Allen voran die
435 Volksrepublik China und Russland fordern die liberalen Demokratien heraus. Der

436 russische Angriffskrieg gegen die Ukraine entspricht einer offenen Kriegserklärung an
437 alle Demokratinnen und Demokraten. Nur wenn die Demokratien in Europa und der Welt
438 zusammenhalten, können wir unsere Freiheit bewahren und die Bedingungen erhalten,
439 unter denen auch andere Gesellschaften Freiheit erkämpfen können.

440 Deshalb fordern wir eine Europäische Außenpolitik. Der Hohe Vertreter der Union für
441 Außen- und Sicherheitspolitik soll zu einem **echten Europäischen Außenminister** werden.
442 Außenpolitische Entscheidungen ohne Gesetzescharakter werden je nach Tragweite vom
443 Außenminister oder der EU-Kommission getroffen, wie in einem Bundesstaat. Dabei
444 richtet sich die EU-Außenpolitik nach einer **Europäischen Sicherheitsstrategie**. Die
445 Strategie soll durch den Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit und das Parlament auf
446 Vorschlag eines **Europäischen Sicherheitsrates** beschlossen werden, dem die zuständigen
447 EU-Minister und Behördenleiter angehören. Außenpolitische Rechtsakte mit
448 Gesetzescharakter beschließt der Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit, wobei das
449 Parlament gleichberechtigter Mitgesetzgeber ist. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre
450 Außenpolitik nach der EU-Außenpolitik ausrichten. In internationalen Organisationen
451 müssen die Mitgliedstaaten geschlossen auftreten. Der französische Sitz im UN-
452 Sicherheitsrat soll zu einem europäischen Sitz werden. Das EU Intelligence Analysis
453 Centre (INTCEN) und das Satellitenzentrum der EU (SatCen) sollen zu einem
454 **EU-Auslandsnachrichtendienst mit operativen Fähigkeiten** zusammengelegt werden. Nach
455 dem Vorbild der Five Eyes sollen Informationen der Nachrichtendienste der
456 Mitgliedstaaten ausgetauscht werden.

457 Die EU-Außenpolitik muss dem Schutz der Menschenrechte verpflichtet sein. Daher
458 begrüßen wir die **globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte** und
459 wollen sie stärken. Auch global agierende Unternehmen haben menschenrechtliche
460 Sorgfaltspflichten. Der derzeitige Entwurf des EU-Lieferkettengesetzes kann das nicht
461 abbilden, da er an der praktischen Handlungsrealität zahlreicher, vor allem kleiner
462 Unternehmen vorbeigeht. Wir fordern deshalb branchenspezifische Risikoabschätzungen
463 zur Entlastung risikoarmer Sektoren. Außerdem wollen wir statt der
464 Beschäftigtenzahlen den Umsatz als entscheidendes Anwendungskriterium anwenden.
465 Innereuropäische Importe müssen von den Auflagen befreit sein. Um das
466 Lieferkettengesetz praktikabel zu gestalten, muss der Entwurf in den Verhandlungen
467 entsprechend grundsätzlich überarbeitet werden. Nationale Lieferkettengesetze der
468 Mitgliedsstaaten, wie in Deutschland, lehnen wir entschieden ab, denn sie schwächen
469 den Binnenmarkt.

470 Demokratiebewegungen sollen sich unserer Unterstützung sicher sein. Dies gilt vor
471 allem für die **mutigen iranischen Freiheitskämpferinnen und -kämpfer**, die gegen die
472 Diktatur der Mullahs auf die Straße gehen. Die **iranischen Revolutionsgarden müssen**
473 **auf die EU-Terrorliste**. Die Atomverhandlungen mit dem Iran müssen beendet werden. Die
474 EU-Außenpolitik muss auch eine **systematische Perspektive der Selbstbestimmung aller**
475 **Geschlechter und Lebensentwürfe** enthalten. Sie folgt den **Prinzipien des Human**
476 **Security Ansatzes und der feministischen Außenpolitik**. Sie trägt somit auch zur
477 **Stärkung der Rechte, Repräsentanz und Ressourcen aller Frauen und Mädchen** bei,
478 basierend auf der Realität, in der sie leben.

479 Die **außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU** muss auch im Krisen- und Konfliktfall
480 gewährleistet sein. Kritische Infrastruktur muss vor dem Einfluss autokratischer
481 Staaten geschützt sein. Dazu wollen wir die **EU-Investitionskontrolle für ausländische**

482 **Direktinvestitionen** verschärfen. Die Kommission soll Investition untersagen können,
483 wenn sie die Sicherheit der Union gefährden. Nationale Schutzinstrumente müssen von
484 allen Mitgliedsstaaten eingeführt und dürfen durch europaweit gestreute Investitionen
485 nicht umgangen werden. Staaten, die systematisch Völkerstraftaten verüben oder deren
486 Politik auf die Erosion des Gewaltverbots gerichtet ist, sind Investitionen in
487 kritische Infrastruktur zu untersagen. Wirtschaftliche Risiken, die durch
488 systematische Abhängigkeiten von systemischen Unternehmen entstehen, müssen erfasst
489 und abgebaut werden. Kritische Technologien dürfen nicht in die Hände der
490 Volksrepublik China und anderer Systemrivalen fallen. Dazu fordern wir auch ein
491 **Outbound Investment Screening.**

492 Damit die EU sich gegen äußere Bedrohungen verteidigen kann, fordern wir **Europäische**
493 **Streitkräfte** unter Kontrolle des EU-Parlaments und dem Oberbefehl eines **Europäischen**
494 **Verteidigungsministers**. Meilensteine auf dem Weg dahin sind die Weiterentwicklung der
495 Militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit (MPCC) zu einem EU-Hauptquartier, die
496 Bündelung und Koordinierung militärischer Fähigkeiten, z.B. nach Vorbild des NATO
497 Framework Nation Concept, die Schaffung einer EU-Offiziersakademie und einer EU-
498 Spezialeinheit, die Stärkung der EU-Eingreiftruppe (Rapid Deployment Capacity),
499 Erasmus für Soldatinnen und Soldaten, gemeinsame Ausrüstungs- und
500 Ausbildungsstandards und eine gemeinsame Rüstungsentwicklung und -beschaffung. Dazu
501 soll die **EU-Verteidigungsagentur(EVA)** befähigt werden, auf Anfrage der
502 **Mitgliedstaaten Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern selbständig und**
503 **unabhängig von nationalen Wirtschaftsinteressen** vorzunehmen. Perspektivisch sollen
504 allen größeren Rüstungsbeschaffungen der Mitgliedstaaten über die EVA erfolgen. Zudem
505 fordern wir eine **EU-Rüstungsexportverordnung**, die einheitliche Standards für
506 Rüstungsexporte vorschreibt. Danach sollen Rüstungsexporte an Staaten verboten sein,
507 die Menschenrechte oder Völkerrecht systematisch und schwer verletzen. Exporte an
508 Demokratien sind zu genehmigen. Dies gilt grundsätzlich für die NATO-Mitgliedstaaten
509 sowie für Australien, Georgien, Indien, Israel, Japan, Moldau, Neuseeland, die
510 Schweiz, Südkorea, Taiwan und die Ukraine.

511 Solange Staaten wie Russland und China über Nuklearwaffen verfügen, bleibt nukleare
512 Abschreckung unverzichtbar. Wir wollen deshalb mit Frankreich in einen Dialog darüber
513 treten, wie die französischen Nuklearwaffen auch dem Schutz der EU dienen können und
514 streben eine europäische Kooperation an. Mit der Schaffung Europäischer Streitkräfte
515 sollen die französischen Nuklearwaffen in **Europäischen Nuklearstreitkräften** aufgehen,
516 um die Fähigkeit der EU zur nuklearen Abschreckung zu sichern.

517 Eine EU-Wehrpflicht lehnen wir ab. Die EU-Streitkräfte dürfen im Inland nur im
518 Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat eingesetzt werden. Sie sollen die NATO
519 nicht ersetzen, sondern sie stärken. Denn die NATO hat ihren Mitgliedstaaten
520 Jahrzehnte der Freiheit, des Friedens und der Sicherheit beschert. Deshalb soll die
521 **EU der NATO beitreten**, sobald sie über eigene Streitkräfte verfügt.

522 Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre, sondern auch unsere Freiheit. Für uns steht
523 deshalb fest: **Die Ukraine muss den Krieg gewinnen**. Die EU und die Mitgliedstaaten
524 müssen so lange wie nötig an der Seite der Ukraine stehen und sie mit allem
525 unterstützen, was nötig ist. Dazu müssen die Kapazitäten der Rüstungsindustrie
526 ausgeweitet werden. Der Ukraine müssen verfügbare Rüstungsgüter umgehend geliefert
527 werden, auch **moderne Kampffjets und Langstreckenwaffen**. Zusätzlich soll die Ukraine

528 eine **jährliche Budgethilfe für den Verteidigungsetat** in Höhe von mindestens 10 Mrd.
529 Euro erhalten. Die EU-Ausbildungsmission für die Ukrainischen Streitkräfte soll
530 fortgeführt werden. Auch die wirtschaftliche Unterstützung muss fortgesetzt werden.
531 **Der Wiederaufbau der Ukraine** muss auch durch die eingefrorenen Reserven der
532 Russischen Zentralbank finanziert werden. Die **EU-Beitrittsverhandlungen mit der**
533 **Ukraine** wollen wir sofort eröffnen. Nach dem Ende der Kampfhandlungen soll der
534 **NATO-Beitritt der Ukraine** unverzüglich und ohne Vorbedingungen erfolgen. Die NATO
535 muss der Ukraine Sicherheitsgarantien bereitstellen, wie sie dies auch gegenüber
536 Deutschland in der Vergangenheit bereits getan hat.

537 Die **Sanktionen gegen Russland** müssen aufrechterhalten und verschärft werden. Wir
538 fordern ein **vollständiges und unbefristetes Handelsembargo**. In Russland tätige
539 Unternehmen dürfen in der EU nicht tätig sein und europäische Unternehmen mit ihnen
540 nicht zusammenarbeiten. Drittstaaten und Unternehmen, die Sanktionen umgehen, sind zu
541 sanktionieren. Eine Aufhebung der Sanktionen ist ausgeschlossen, bis Russland allen
542 völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt. Neben der Achtung der Souveränität und
543 territorialen Integrität der Ukraine sowie Moldaus und Georgiens, gehört dazu auch
544 die Auslieferung von Kriegsverbrechern und die Leistung von Reparationen.

545 Die Herrschaft der Kommunistischen Partei über die Volksrepublik China (VR China)
546 gehört zu den größten Freiheitsbedrohungen der Gegenwart. Wir fordern daher eine
547 **Europäische Chinastrategie**, eingebettet in eine Chinastrategie des Westens. Ziel muss
548 sein, den Einfluss der VR China einzudämmen und eine Umgestaltung der globalen
549 Ordnung nach chinesischen Vorstellungen zu verhindern. Die VR China ist Wettbewerber
550 und Rivale. Es ist wünschenswert, aber zweifelhaft, ob die VR China auch Partner sein
551 kann, z.B. in der Klimapolitik. Deshalb müssen wirtschaftliche Abhängigkeiten
552 abgebaut und **Global Gateway als Alternative zur Belt and Road Initiative** gestärkt
553 werden. Das EU-China-Investitionsabkommen (CAI) wollen wir in seiner derzeitigen Form
554 nicht ratifizieren. Eine Neuauflage der Verhandlungen ist ausgeschlossen, bis die VR
555 China grundlegende Menschenrechte und das Völkerrecht achtet.

556 Die Menschenrechtsverletzungen der VR China müssen öffentlich verurteilt und
557 sanktioniert werden. Die EU muss die Internierung und Zwangssterilisierung von
558 Uiguren als Völkermord anerkennen und die Mitgliedstaaten die VR China vor dem
559 Internationalen Gerichtshof anklagen. Wir unterstützen die **Unabhängigkeit Hongkongs,**
560 **Ostturkestans und Tibets**. Die Annexion Tibets bleibt völkerrechtswidrig. Die EU soll
561 diplomatische Beziehungen zur tibetischen Exilregierung aufnehmen.

562 **Taiwan ist ein unabhängiger Staat**. Das muss so bleiben. Im Einvernehmen mit der
563 Regierung Taiwans wollen wir **diplomatische Beziehungen zu Taiwan** aufnehmen. Die
564 Mitgliedschaft Taiwans in internationalen Organisationen unterstützen wir.
565 **Rüstungsexporte an Taiwan** befürworten wir. Es darf kein Zweifel bestehen, dass die EU
566 im Falle eines Angriffs ein Embargo gegen die VR China verhängen und militärische
567 Optionen in Abstimmung mit unseren Partnern erwägen wird.

568 Das **Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels** ist für uns nicht verhandelbar.
569 Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde müssen an Auflagen geknüpft sein.
570 Hilfszahlungen der Autonomiebehörde an Terroristen oder antisemitische
571 Lehrmaterialien sind inakzeptabel und zu sanktionieren. Die aktuellen Pläne der
572 israelischen Regierung für eine Justizreform beobachten wir mit großer Sorge. Wir
573 stehen an der Seite unserer Freunde und Partner, die sich für eine effektive

574 Gewaltenteilung einschließlich einer starken und unabhängigen
575 Verfassungsgerichtsbarkeit einsetzen.

576

V. Erasmus und Beyond: Für weltbeste Bildung und grenzenlose

577

Horizonte in Europa

578 Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb wollen wir
579 **Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit** der EU etablieren. Wir wollen die
580 europäischen Berufsausbildungs- und Schulsysteme im Rahmen eines mit dem Bologna-
581 Prozess vergleichbaren Verfahrens stärker koordinieren und modularisieren, um die
582 gegenseitige Anerkennung zu vereinfachen. Für Geschichte wollen wir einen
583 Europäischen Rahmenlehrplan schaffen und Englisch ab der Grundschule europaweit
584 etablieren. Die **duale Ausbildung** nach deutschem Vorbild wollen wir in der EU
585 weitflächig etablieren – dazu fordern wir, dass EU-Förderprogramme verstärkt in die
586 Anschubfinanzierung dualer Ausbildungssysteme investiert werden, wo diese bisher
587 nicht existieren.

588 Jeder junge Mensch sollte die Chancen haben, Auslandserfahrungen zu sammeln. Wir
589 wollen, dass neben **Studierenden** auch Azubis und Schülerinnen und Schüler Erasmus+
590 verstärkt nutzen können. Unser Ziel ist es, **allen Schülerinnen und Schülern mit**
591 **Erasmus+** zu ermöglichen, **sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen Ausland**
592 verbringen zu können. **Erasmus+ für Azubis** wollen wir attraktiver machen, indem wir
593 eine Plattform für die Vernetzung von Betrieben, Berufsschulen und Azubis schaffen
594 und durch verstärkte Kommunikationsbemühungen zugänglicher machen. Den
595 Mitgliedstaaten des Europarats, der EU-Nachbarschaftspolitik und dem Kosovo wollen
596 wir den Status als Programmland anbieten. Zudem wollen wir das **Erasmus-Programm für**
597 **Lehrkräfte** etablieren. Dazu wollen wir das Budget von Erasmus+ verdoppeln. Wir wollen
598 die Ressourcen von Free Interrail stattdessen dem Erasmus+-Programm zuordnen.

599 Bestehende Universitäten künstlich in Netzwerke zu integrieren, um ihnen das Label
600 "Europäische Universität" zu verleihen, wird der **Initiative „Europäische Hochschulen“**
601 nicht gerecht. Stattdessen wollen wir die richtigen Anreize für echte europäische
602 Integration im Bildungssektor setzen: Dazu wollen wir **multinationale Hochschulen und**
603 **Forschungsinstitute** in europäischen Grenzregionen und Studiengänge sowie Prä-Doc- und
604 Post-Doc-Programme, die den Aufenthalt an mindestens zwei europäischen Hochschulen
605 bzw. Forschungsinstituten unterschiedlicher Nationalstaaten bedingen, finanziell
606 unterstützen. Insbesondere wollen wir Studiengänge unterstützen, die durch einen
607 Doppelabschluss an mehreren Universitäten zur Überwindung von Hürden im Binnenmarkt
608 oder zwischen unterschiedlicher nationaler Regulierung beitragen können.
609 **Multinationale Doppelabschlüsse** an Hochschulen sollen zum Standardfall in der EU
610 werden. Wir wollen, dass möglichst alle europäischen Studierenden unproblematisch
611 **digital auf Bibliotheken anderer europäischer Hochschulen** zugreifen können. Die
612 **Semester- und Prüfungszeiten** für Studierende wollen wir harmonisieren, um die
613 **Mobilität** von Studierenden zu verbessern. Hochschulen sollen europaweit ausländische
614 Studienleistungen basierend auf dem ECTS anerkennen müssen.

615 Die EU hilft den klügsten Köpfen Europas dabei, gemeinsam Forschung und Innovation zu
616 betreiben. Wir fordern eine deutliche Stärkung des Forschungsprogramms „**Horizont**
617 **Europa**“ mit Schwerpunkten in den Bereichen Grüner Gentechnologie,
618 Klimaschutztechnologie, Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Kernfusion und
619 Forschungstransfer im kommenden Finanzrahmen. Multinationalen Personalaustausch
620 zwischen Forschungsinstituten wollen wir fördern. Um den freien Austausch
621 wissenschaftlicher Erkenntnisse und Daten zu fördern, soll die EU-Initiative zu **Open**
622 **Access** weiter forciert werden und die EU-Kommission **Open-Data-Initiativen** zum Teilen
623 von Daten zwischen europäischen Forschern und Instituten sowie zum Veröffentlichenden
624 von Datensätzen öffentlicher Institutionen stärken.

625

VI. Solide Finanzen für ein wachsendes Europa

626 Europa steht vor wichtigen wirtschaftlichen Herausforderungen. Solide Finanzen sind
627 der Schlüssel für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum der EU. Fiskalische Stabilität
628 ist Voraussetzung, um akute Krisen erfolgreich zu bewältigen und
629 Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Hohe Schuldenstände erschweren darüber hinaus
630 die Inflationsbekämpfung. Daher wollen wir die EU-Finanzpolitik so ausrichten, dass
631 sie solide, nachhaltige und wachstumsorientierte Haushaltsführung garantiert.

632 Wir fordern daher eine neue Schwerpunktsetzung im **europäischen Haushalt**. Über 30% des
633 europäischen Haushalts fließen aktuell in die Förderung der **Gemeinsamen Agrarpolitik**
634 **(GAP)**. In den nächsten 10 Jahren wollen wir einen Übergang zu einer
635 marktwirtschaftlichen Agrarpolitik gestalten, indem wir die Subventionen der GAP
636 auslaufen lassen. Auch im Bereich der Strukturförderung besteht Einsparpotenzial. Die
637 Strukturförderung wollen wir künftig auf strukturschwache Regionen und transnationale
638 Infrastruktur- und Digitalisierungsprojekte beschränken. Den Europäischen Ausschuss
639 der Regionen schaffen wir ab. Wir wollen den **mehrfährigen Finanzrahmen** in seiner
640 Dauer an die Legislaturperiode des EU-Parlaments anpassen und es ermöglichen, Budgets
641 zwischen den Haushaltstiteln innerhalb eines Finanzrahmens zu verschieben. Am
642 geltenden **Verschuldungsverbot** halten wir fest.

643 Wir fordern eine EU-Finanzpolitik, die einen Rahmen mit klaren Anreizen für stabile
644 und nachhaltige **Finanzen der Mitgliedstaaten** setzt, ohne die Eigenverantwortung und
645 finanzielle Souveränität der Mitgliedsstaaten aufzuweichen. Wir halten an der
646 „**No-Bailout-Klausel**“ fest und lehnen eine sog. „Haftungsunion“ ab: Es liegt in der
647 Verantwortung jedes Mitgliedsstaats, nicht-defizitäre Haushalte aufzustellen und
648 nationale Finanzprobleme selber zu lösen. Staaten sollen nicht darauf spekulieren
649 können, dass unsolide Haushaltsführung auf die EU-Gemeinschaft abgewälzt wird.

650 Daher wollen wir den **Stabilitäts- und Wachstumspaktweiterentwickeln**, um effektiven
651 länderspezifischen Schuldenabbau zu garantieren. In Form von
652 Schuldentragfähigkeitsanalysen wollen wir ein **Frühwarnsystem** für nicht-nachhaltige
653 Haushalte und einen angemessenen, aber **ambitionierten Schuldenabbauplan** etablieren.
654 Durch die Einführung **mittelfristiger nationaler struktureller finanzpolitischer Pläne**
655 und eines strengen Durchsetzungsregimes dieser, wollen wir effektiver als bisher
656 Schuldenstände der Nationalstaaten reduzieren. Wir halten an der Verpflichtung zur
657 Einführung einer nationalen Schuldenbremse für alle EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen des
658 Fiskalpakts sowie der Sanktionierung bei einer Vertragsverletzung fest.

659 Den **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** wollen wir zu einem **Europäischen**
660 **Währungsfonds (EWF)** weiterentwickeln. Der neu geschaffene EWF unterstützt nur in
661 konkreten Notlagen durch kurzfristige Finanzhilfen, deren Bereitstellung und
662 Auszahlung an Haushalts- und Strukturreformen gekoppelt sind. Außerdem soll der EWF
663 zukünftig auch die Haushaltsüberwachung vom ECOFIN-Rat und die Einhaltung der
664 Defizitkriterien von der Kommission übernehmen, um eine politisch unabhängige
665 Durchführung zu gewährleisten. Sollten die Schulden eines Mitgliedsstaates nach
666 sorgfältiger Analyse nicht mehr tragfähig sein, so soll der EWF die regelgeleitete
667 Schuldenrestrukturierung und, sofern das nicht ausreicht, auch den Ausnahmefall eines
668 geordneten Staatsinsolvenzverfahrens durchführen. Entsprechend setzen wir uns für ein
669 kodifiziertes internationales **Staatsinsolvenzverfahren** ein, das alle Gläubiger mit
670 einbezieht. Das beinhaltet für die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit eines geordneten
671 Euro-Austrittsverfahrens im Einvernehmen mit den anderen Euro-Staaten einerseits und
672 einer in der Eurozone anerkannten Neuaufstellung ihrer Staatsfinanzen andererseits.
673 Die Gläubiger erhalten so, anders als bei einem ungeordneten Verfahren,
674 Planungssicherheit, und Fehlanreize auf den Finanzmärkten werden reduziert.

675 Nur eine starke, **unabhängige Europäische Zentralbank (EZB)** garantiert einen stabilen
676 Euro. Vor politischer Einflussnahme schützt in erster Linie **Transparenz**: Deshalb
677 sollen zukünftig die Protokolle der Sitzungen des EZB-Rats nach fünf Jahren
678 veröffentlicht werden müssen und bereits kurz nach der Sitzung soll das
679 Abstimmungsergebnis als Teil der Zusammenfassungen der Sitzungen bekannt gegeben
680 werden. Der EZB soll ein Selbstwahlrecht ihres Direktoriums eingeräumt werden. Um die
681 Unabhängigkeit des EZB-Rates zu stärken, wollen wir ein Wiederwahlverbot für die
682 nationalen Zentralbankpräsidenten im Europäischen Fiskalpakt ergänzen. Am
683 Wiederwahlverbot des EZB-Präsidenten halten wir fest. Die Länge der Amtszeit soll so
684 gewählt werden, dass sie grundsätzlich nicht mit der Europawahl zusammenfällt, damit
685 für die Besetzung von EZB-Ämtern das Leistungs- und nicht das Mehrheitsprinzip gilt.

686 Wir wollen die europäische Finanzaufsichtsarchitektur weiterentwickeln, die
687 **Bankenunion** sowie die **Kapitalmarktunion** vervollständigen. Damit können Fehlanreize
688 auf Finanzmärkten reduziert und die Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere für
689 kleine und mittlere Unternehmen diversifiziert werden. Im Rahmen der Bankenunion
690 wollen wir das marktwirtschaftliche Prinzip – **Bail-in** statt **Bail-out** auf
691 Steuerzahlerkosten – konsequent umsetzen. Lücken in der Gläubigerhaftung im Rahmen
692 des Abwicklungsregimes des **Single Resolution Boards (SRB)** wollen wir sukzessive
693 abbauen.

694 **Bargeld bleibt Zahlungsmittel der EU.** Der Digitale Euro kann nur als Ergänzung zu
695 Bargeld funktionieren. Zur Einführung des **Digitalen Euros** ist für uns Voraussetzung,
696 dass dieser möglichst Bargeldäquivalent ist, insbesondere offline wie online genutzt
697 werden kann und Anonymität bei Zahlungen wahrt. Wir begrüßen zudem alternative
698 Tauschmittel wie Kryptowährungen und setzen uns für ein verlässlichen und
699 freiheitlichen Rechtsrahmen auf EU-Ebene ein. Daher lehnen wir eine Rückverfolgung
700 von Kryptowertetransfers ab und fordern eine Überarbeitung der entsprechenden
701 Vorschriften.

702 Das vorgeschlagene Verbot des **Payment for order flow (PFOF)** ist unverhältnismäßig und
703 schwächt die Aktienkultur in Europa sowie die Altersvorsorgeoptionen für junge
704 Menschen. Wir lehnen das Verbot deshalb vollumfänglich ab. Stattdessen wollen wir

705 Kostentransparenz beim PFOF schaffen, um die Einhaltung der MIFID-II-Richtlinien
706 durch den Verbraucher nachvollziehbar zu machen.

707

VII. Unsere Vision: Der Europäische Bundesstaat

708 Die Europäische Einheit war bei Beginn des Einigungsprozesses nach dem Zweiten
709 Weltkrieg eine Utopie. Fast 80 Jahre später sind wir beinahe am Ziel. Die Europäische
710 Union ähnelt in vielen Aspekten bereits einem Bundesstaat. Wir Junge Liberale wollen
711 die Europäische Einheit vollenden. **Wir wollen den Europäischen Bundesstaat gründen!**
712 Denn nur als Europäerinnen und Europäer können wir die Herausforderungen unserer Zeit
713 – Krieg, Klimakrise, Wettbewerb der Systeme – meistern und unsere Freiheit, unseren
714 Wohlstand und unsere Sicherheit bewahren. Der Europäische Bundesstaat ist der
715 erklärte Gegenentwurf zu nationaler Abschottung einerseits und einem Europäischen
716 Zentralstaat andererseits. Der Europäische Bundesstaat ist **Einheit in Vielfalt**.

717 Wir wollen einen **Europäischen Verfassungskonvent** einberufen, der eine
718 **bundesstaatliche Verfassung für die Europäische Union** ausarbeitet. Diese Verfassung
719 wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern der Union in einem **gesamteuropäischen**
720 **Referendum** zur Abstimmung vorlegen. Damit begründen wir den Europäischen Bundesstaat.
721 Dies soll einhergehen mit weitreichenden Reformen. Das **Europäische Parlament** soll
722 nach einem einheitlichen Wahlrecht mit **transnationalen Wahllisten** von allen
723 Bürgerinnen und Bürgern **ab 16 Jahren** gewählt werden. Die Teilhabe von Menschen mit
724 Behinderung an der Wahl muss europaweit gewährleistet werden. Gesetzliche nationale
725 Quoten oder Geschlechterquoten lehnen wir bei der Listenbesetzung ab. Das Parlament
726 soll seinen Sitz in Brüssel haben und über ein **Initiativrecht** verfügen. Das
727 **ordentliche Gesetzgebungsverfahren** wird auf alle Politikbereiche ausgeweitet. Dadurch
728 wird das Parlament in allen Politikbereichen gleichberechtigter Mitgesetzgeber neben
729 dem **Rat der EU**. Der Rat setzt sich aus den **Vertreterinnen und Vertretern der**
730 **Regierungen der Mitgliedstaaten** zusammen und wird mit dem Europäischen Rat
731 **zusammengelegt**.

732 **Alternative 1:** Der Rat beschließt über alle Rechtsakte mit qualifizierter Mehrheit
733 von 55 % der Mitgliedstaaten, die 65 % der Bevölkerung repräsentieren.

734 **Alternative 2:** Der Rat beschließt über alle Rechtsakte mit der Mehrheit der
735 Mitgliedstaaten, die die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren (doppelte Mehrheit).

736 Lediglich **Verfassungsänderungen**, der Beitritt neuer Mitgliedstaaten und der Beitritt
737 von assoziierten Staaten zum Europäischen Wirtschaftsraum sowie dem Schengen-Raum
738 sollen einer Mehrheit von **zwei Dritteln der Mitgliedstaaten, die zwei Drittel der**
739 **Bevölkerung** repräsentieren, sowie auch einer Zweidrittelmehrheit im Parlament
740 bedürfen. Die Sitzungen des Rates und der Vorbereitungsgremien des Rates müssen
741 grundsätzlich öffentlich sein. Der Rat erhält ebenfalls ein Initiativrecht.

742 Die Europäische Kommission wollen wir zu einer echten **Europäischen Regierung**
743 weiterentwickeln.

744 **Alternative 1:** Damit das **Spitzenkandidatenprinzip** volle Wirkung entfaltet, sollen die
745 Fraktionen im Parlament das Vorschlagsrecht für die Präsidentin oder den Präsidenten
746 der Regierung erhalten. Die gewählte Präsidentin oder der gewählte Präsident schlägt
747 die **höchstens 18 Ministerinnen und Minister** vor, die einzeln vom Parlament bestätigt

748 werden. Das Parlament kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine neue Präsidentin
749 oder einen neuen Präsidenten wählen (konstruktives Misstrauensvotum).

750 **Alternative 2:** Damit das **Spitzenkandidatenprinzip** volle Wirkung entfaltet, fordern
751 wir die Direktwahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Regierung durch die
752 Bürgerinnen und Bürger der EU. Die gewählte Präsidentin oder der gewählte Präsident
753 schlägt die **höchstens 18 Ministerinnen und Minister** vor, die einzeln vom Parlament
754 bestätigt werden.

755 Ein Europäischer Bundesstaat muss **finanziell souverän** sein, das heißt seine Aufgaben
756 durch eigene Einnahmen erfüllen können. Primäre Einnahmequelle sollen
757 **Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten** sein. Jeder Mitgliedstaat zahlt einen
758 festgelegten Anteil seines Bruttonationaleinkommens an den EU-Haushalt. Die Höhe
759 bestimmen Rat und Parlament im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren.

760 Um die Handlungsspielräume künftiger Generationen abzusichern, soll die Verfassung
761 eine **gerichtlich überprüfbare Schuldenbremse** nach dem Vorbild des Grundgesetzes
762 vorsehen.

763 Die Einigung Europas wollen wir auch geographisch vollenden. Deshalb unterstützen wir
764 den **EU-Beitritt aller Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und Georgiens**. Unser
765 Ziel ist, diesen Staaten einen EU-Beitritt bis zur nächsten Europawahl 2029 zu
766 ermöglichen, wenn sie die **Kopenhagener Kriterien** erfüllen. Wir bleiben offen für den
767 Beitritt weiterer europäischer Staaten.

768 Der Europäische Bundesstaat soll ein freiwilliger Zusammenschluss von Staaten
769 bleiben. Ein Austritt bleibt möglich. Dies soll wie die Werte der Union – Freiheit,
770 Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Subsidiarität – durch eine
771 **Ewigkeitsklausel** in der Verfassung garantiert werden.

772

Die Vollendung der Einheit Europas beginnt jetzt

773 Wir Junge Liberale kämpfen für eine große Allianz der Liberalen und Demokraten für
774 Europa in der Renew Europe-Fraktion und starke Freie Demokraten im Europäischen
775 Parlament mit vielen jungliberalen Abgeordneten, die die Zukunft unseres Kontinents
776 gestalten. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind gewaltig, doch die
777 historische Verantwortung des europäischen Einigungsprozesses und unsere Überzeugung
778 von Europas Potenzial sind unser Antrieb. Freiheit, Demokratie und
779 Rechtsstaatlichkeit sind die Werte, die Europa stark gemacht haben. Wir wissen, dass
780 diese Werte nicht selbstverständlich sind. Doch vereint in Vielfalt werden wir alle
781 Herausforderungen meistern. Die Vollendung der Einheit Europas beginnt jetzt!

782

Antrag 201: Für eine ausgeglichene Lebens- und Arbeitswelt: Elternzeit und Elterngeld als Schlüssel zur Vereinbarkeit.

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	BAK Liberaler Feminismus (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Gender und Diversity
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Förderung von Familien und die Unterstützung von Elternschaft stellt eine
2 grundlegende Säule unserer Gesellschaft dar. Elterngeld und Elternzeit gelten dabei
3 als wichtige sozialpolitische Instrumente zur Sicherung der Vereinbarkeit von Familie
4 und Beruf sowie zur Förderung frühkindlicher Entwicklung. Die Einsparungen beim
5 Elterngeld durch die Familienministerin Lisa Paus wurden berechtigterweise vielfach
6 kritisiert. Laut BMFSJ lautet das Ziel dieser Förderungen die tatsächliche
7 Vereinbarkeit von Elternschaft, Familie und Beruf und die Existenzsicherung während
8 der Erziehungszeiten. Die Ausgaben für diese Leistungen betragen im Jahr 2022 8,3
9 Milliarden €. Verschiedene Studien seit Einführung dieser Leistungen 2007 zeigen
10 jedoch die Ineffektivität dieser Leistungen sowie einen Mitnahmeeffekt. Durch
11 ausbleibende Anpassungen der Auszahlungsbeträge ist die Existenzsicherung der
12 beziehenden Person nicht länger gesichert.

13

14 Wir setzen uns nachdrücklich für eine umfassende Reform der Elternzeit und des
15 Elterngeldes ein, die auf klaren und wichtigen Zielen basieren. Erstens, indem wir
16 die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern fördern, möchten wir ihre berufliche
17 Integration und finanzielle Unabhängigkeit unterstützen. Zweitens ist es
18 entscheidend, die Altersarmut bei Müttern zu bekämpfen, indem wir die finanzielle
19 Absicherung während der Elternzeit verbessern. Drittens streben wir an, die
20 tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen, unabhängig vom
21 Geschlecht der Elternteile. Viertens ist es von größter Bedeutung, die
22 Existenzsicherung der beziehenden Person während des Verdienstauffalls während der
23 Elternzeit zu gewährleisten. Weiterhin setzen wir uns für eine gerechte Aufteilung
24 von Sorgearbeit und Kinderbetreuung zwischen beiden Elternteilen ein, um die
25 Belastung gleichmäßig zu verteilen. Zudem ist es unser Ziel, Anreize für das
26 sogenannte Ernährermodell zu verhindern und stattdessen eine gleichberechtigte
27 Partnerschaft in der Familie zu fördern. Wir fordern außerdem eine effektive
28 Durchsetzung des Mutterschutzes und setzen uns für selbstbestimmte Lebensplanung
29 sowie Flexibilität in der Ausgestaltung der Elternschaft ein. Schließlich ist es
30 unsere festgelegte Absicht, die Benachteiligung von Frauen im Beruf wirkungsvoll zu
31 bekämpfen, um eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft zu schaffen. Das
32 Ehegattensplitting fördert noch immer das Ernährermodell und steht im Widerspruch zu
33 den hier genannten Zielen. Die Abschaffung dieses Modells beseitigt Fehlanreize,
34 spart hohe Verwaltungskosten und fördert die Vollzeiterwerbsquote. Neben einem
35 konsequenten Ausbau von Kitaplätzen wird dadurch auch die Finanzierung der

36 nachfolgenden Reformmaßnahmen gewährleistet.

37 Als konkrete Reformmaßnahmen fordern die jungen Liberalen:

- 38 • Nach einmaliger Erhöhung des Betrages muss ein automatischer Inflationsausgleich
39 erfolgen. Die Berechnungsgrundlage von maximal 67% des Gehalts soll erhöht
40 werden. Ebenso der Mindestbetrag.
- 41 • Die Beitragsbemessungsgrenze in der jetzigen Form muss abgeschafft werden.
42 Zukünftig soll diese nicht pro Haushalt gelten, sondern nur für die beziehende
43 Person gelten. Die Höhe dieser Grenze soll einmalig angepasst werden und danach
44 ebenso einem automatischen Inflationsausgleich unterliegen.
- 45 • Die maximale Bezugsdauer des Elterngeldes muss den Zeitraum bis zum
46 Kitaplatzanspruch überbrücken, mindestens jedoch 18 Monate betragen. Elternzeit
47 soll auch weiterhin unabhängig vom Elterngeld beantragt werden können und die
48 doppelte Förderzeit des Elterngeldes betragen. Bisherige Regelungen zur
49 Ausweitung des Förderzeitraums und Teilzeitregelungen sollen beibehalten werden.
- 50 • Keine Kürzung des Elterngeldes bei Folgeansprüchen
- 51 • Der Anspruch auf die Leistungen soll an das Elternteil und nicht länger an das
52 Kind gebunden sein. Die insgesamt maximale Bezugsdauer und Höhe kann zukünftig
53 nur erreicht werden, bei einer 60-40% Beanspruchung der Leistung durch die
54 Eltern. Bei einer Reform des Sorgerechts auf mehr als zwei Elternteile ist diese
55 Regelung entsprechend anzupassen. Alleinerziehende sollen weiterhin die maximale
56 Leistung beanspruchen dürfen, sollen aber zudem das Recht haben, einen Teil
57 dieser Ansprüche, maximal jedoch 40% auf eine weitere, dem Kind nahestehende
58 Person (beispielsweise berufstätige Großeltern oder andere Verwandte oder
59 Freunde) zu übertragen.
- 60 • Analog zum schwedischen Modell soll ein Elternkonto eingerichtet werden, welches
61 den Eltern ermöglicht, Leistungen zu einem späteren Zeitpunkt abzurufen,
62 spätestens aber bis zum 14. Geburtstag des betreffenden Kindes.
- 63 • Die Anrechnung der Rentenpunkte während des Leistungsbezuges soll automatisch
64 erfolgen und sich bei jedem Elternteil anhand der tatsächlichen Bezugsdauer
65 berechnen.
- 66 • Der Mutterschutz soll nicht länger auf die Elternzeit angerechnet werden. Als
67 Pendant zum Mutterschutz soll es die Option einer beruflichen Auszeit für die
68 gesamte Dauer des Mutterschutzes für das zweite Elternteil oder für eine zu
69 benennende Person bei Alleinerziehenden geben. Es sollen die gleichen Leistungen
70 gelten, wie im Mutterschutz (Muttermgeld). Die Finanzierung ist analog zum
71 Muttermgeld und dem Mutterschutz zu gestalten.
- 72 • Für Selbstständige müssen verlässliche Mindestbeträge ausgezahlt werden, die
73 eine Weiterexistenz des Gewerbes während dieser Zeiten sicherstellen.
- 74 • Das Muttermgeld muss für die Zeit des gesetzlichen Mutterschutzes als 100%ige
75 Lohnersatzleistung gezahlt werden. Die bisherige Finanzierung dieser Leistung
76 durch die Krankenkassen und den Arbeitgeber ist zu hinterfragen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 202: Das bisschen Haushalt macht sich leider nicht von allein

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	BAK Liberaler Feminismus (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Gender und Diversity
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Frauenhäuser bieten gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern eine geschützte
- 2 Unterkunft, Beratung und Begleitung – zu jeder Tages- und Nachtzeit. Die Frauen
- 3 finden hier Schutz, Hilfe und den Raum, die Folgen der Gewalt zu überwinden und
- 4 gewaltfreie Lebensperspektiven zu entwickeln. Leider hat die Nachfrage nach Plätzen
- 5 in Frauenhäusern in den vergangenen Jahren zugenommen. Damit geht auch eine höhere
- 6 Arbeitsbelastung der pädagogischen Fachkräfte einher. Viele Mitarbeiterinnen vor Ort
- 7 erleben eine Doppelbelastung durch sozialpädagogische und hauswirtschaftliche
- 8 Arbeiten. Die jungen Liberalen fordern daher alle Landesregierungen auf, dem Beispiel
- 9 aus Sachsen-Anhalt zu folgen und nach einer Bedarfsermittlung, je nach Größe der
- 10 Einrichtung, angemessenes Personal für das Hauswirtschafts- und Gebäudemanagement der
- 11 Frauenhäuser vorzuhalten und die notwendigen Mittel zur Vollfinanzierung der
- 12 benötigten Stellen für Hauswirtschafterinnen bereitzustellen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 203: Frauen, Leben, Unfreiheit - das Mullah-Regime im deutschen Standesamt

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	BAK Liberaler Feminismus (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	2 - Gender und Diversity
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Das 1929 geschlossene Niederlassungsabkommen zwischen der heutigen Bundesrepublik
- 2 Deutschland und der Islamischen Republik Iran garantiert dem dortigen Regime
- 3 umfangreiche Eingriffsmöglichkeiten in das Privatleben von in Deutschland lebenden
- 4 iranischen Staatsangehörigen. So benötigen beispielsweise iranische Frauen in
- 5 Deutschland das schriftliche Einverständnis ihres männlichen Vormunds nach iranischem
- 6 Recht zur Eheschließung. Ebenso werden familienrechtliche Angelegenheiten und das
- 7 Namensrecht zum Teil nach iranischen Vorgaben geregelt. Derartige Abkommen sollen die
- 8 Freiheit und Selbstbestimmung der hier lebenden, ausländischen Staatsbürger
- 9 garantieren. Im Fall des Niederlassungsabkommens mit dem Iran wird jedoch das
- 10 Gegenteil erreicht. Die Jungen Liberalen fordern daher die sofortige Aussetzung und
- 11 Aufkündigung des Abkommens.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 302: Mund auf, Stäbchen rein - mit Endometriose diagnostiziert sein?

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	BAK Liberaler Feminismus (BAK), BAK Gesundheit und Pflege (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 2023 erschien ein neuer Speicheltest auf dem Markt. Das Versprechen: Ein sicheres
- 2 Testverfahren auf Endometriose via Speichelprobe, statt wie bisher über eine
- 3 Bauchspiegelung.
- 4 Ein Testergebnis nach einer wenige Wochen dauernden Laboruntersuchung anstelle einer
- 5 umfangreichen Bauchoperation. Die Risiken könnten kaum geringer sein.
- 6 Was zu schön klingt, um wahr zu sein, ist es (aktuell) leider auch. Das Problem: Die
- 7 französische Studie weist methodische Mängel auf. Neben der viel zu geringen
- 8 Teilnehmerinnenzahl mit nur 200 Probandinnen fehlten geeignete Kontrollgruppen, es
- 9 gab zudem kaum Varianz beim Alter der Probandinnen oder des Zeitpunktes der Testung.
- 10 Es ist also unklar, ob der Test auch bei Teenagerinnen funktionieren würde, oder je
- 11 nach Zyklustag ein anderes Ergebnis liefern würde. Ebenso ist nicht bekannt, ob der
- 12 Test je nach Grad der Endometriose anders ausfallen würde. Für Expertinnen im
- 13 Gesundheitswesen ist daher klar: Zum jetzigen Zeitpunkt kann der Speicheltest die
- 14 Operation zur Diagnosestellung nicht ersetzen.
- 15 Da wir das Interesse und die Forschung an Endometriose begrüßen, fordern die Jungen
- 16 Liberalen einen angemessenen Ausbau der Studie. Zur fachgerechten Organisation und
- 17 Durchführung der Studie sollen die gesetzlichen Krankenkassen eine
- 18 Arbeitsgemeinschaft bilden. Die bisherige Mittelerhöhung zur Endometrioseforschung
- 19 durch die Bundesregierung von 5 Millionen Euro sind hierzu nicht ausreichend und
- 20 müssen aufgestockt werden. Eine konkrete Bedarfsermittlung soll den notwendigen
- 21 Finanzierungsrahmen klären. Des Weiteren soll bereits vorhandenes Wissen wie aus der
- 22 französischen Studie nutzbar gemacht werden. Mit einer europäischen Strategie ließen
- 23 sich bisherige Erkenntnisse sowie personelle und finanzielle Ressourcen bündeln.
- 24 Aber auch über die Grenzen der EU hinaus sind die europäischen Institutionen, die
- 25 Bundesregierung sowie die deutsche und europäische Forschungslandschaft dazu
- 26 angehalten, Kooperationen anzustreben. So verfolgt beispielsweise ein japanisches
- 27 Team den Ansatz, dass Endometriose vom sogenannten Fusobakterium ausgelöst wird.
- 28 Würde sich dieser Ansatz verifizieren, wäre Endometriose mit einem Antibiotikum
- 29 heilbar und die Entwicklung eines Impfstoffes wäre möglich.
- 30 Insgesamt begrüßen es die Jungen Liberalen sehr, dass die Erkrankung Endometriose
- 31 mehr Aufmerksamkeit erhält. Damit den Betroffenen wirksam und nachhaltig geholfen
- 32 werden kann, sind jedoch sichere Verfahren nötig. Die Bundesregierung soll die
- 33 Entwicklung dieser Verfahren auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene
- 34 unterstützen und eine langfristige Finanzierung der Projekte sicherstellen.

Begründung

Gemeinsamer Antrag mit dem BAK Gesundheit.

Antrag 303: Deutschlands größten "Pflegedienst" entlasten

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	LV Brandenburg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Pflegebedürftigkeit ist oft ein schleichender Prozess. Dennoch wird oft zu spät
2 gehandelt. Wenn man jedoch darauf angewiesen ist, schnell einen ambulanten
3 Pflegedienst oder eine alternative Wohnform wie stationäre Pflegeheime oder betreutes
4 Wohnen zu finden, wird man oft mit langen Wartezeiten konfrontiert. Auch in naher
5 Zukunft wird dieser Versorgungsengpass auf dem Markt voraussichtlich nicht gelöst.
6 Vor allem im Bereich der Altenpflege könnte dieser bis zum Jahr 2035 weiter
7 ansteigen, 37,3% der Stellen wären unbesetzt.

8 Schon im Jahr 2021 wurden über 51,7% aller Pflegebedürftigen in der eigenen
9 Häuslichkeit von pflegenden Angehörigen betreut. Dazu kamen weitere 21,1%, die von
10 pflegenden Angehörigen in Kombination mit einem ambulanten Pflegedienst versorgt
11 wurden.

12 Damit bilden die pflegenden Angehörigen gewissermaßen Deutschlands größten
13 "Pflegedienst".

14 Das derzeitige System der Freistellung über Pflegezeit oder Familienpflegezeit ist
15 kompliziert und oft nicht anwendbar. Deshalb ist es oft keine Entlastung für
16 pflegende Angehörige, jede fünfte Person hat sogar keinen oder lediglich einen
17 eingeschränkten Rechtsanspruch auf Freistellung.

18 Die pflegenden Angehörigen werden voraussichtlich auch in Zukunft das Fundament für
19 die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung bilden. Deshalb fordern wir die
20 Einführung einer Entgeltersatzleistung analog zum Elterngeld in Kombination mit einer
21 Freistellungsmöglichkeit. Diese Leistung sollte nicht nur von nahestehenden
22 Angehörigen bezogen werden können, sondern nach dem belgischen Vorbild auch von
23 volljährigen Pflegepersonen, die ein Vertrauensverhältnis mit nicht vorher
24 bestehendem Arbeitsverhältnis zum Pflegebedürftigen haben. Die betriebliche
25 Mindestgröße sollte ebenfalls entfallen, um sicherzustellen, dass jeder
26 Anspruchsberechtigte diesen auch nutzen kann. Der pflegende Angehörige sollte in
27 Absprache mit dem Arbeitgeber entscheiden können, ob er eine vollständige oder
28 teilweise Freistellung bevorzugt. Da der Pflegebedarf oft nicht im Voraus planbar
29 ist, sollte es für den Angehörigen und den Arbeitgeber möglich sein, einen
30 Übergangszeitraum innerhalb der Antragszeit einzurichten. Dem Arbeitnehmer sollte je
31 nach betrieblichen Möglichkeiten etwa die Chance gegeben werden, vermehrt im
32 Homeoffice tätig zu sein. Falls dies nicht möglich ist, sollte jedoch weiterhin auf
33 die bisherige Regelung der kurzzeitigen Arbeitsverhinderung nach § 2 PflegeZG
34 zurückgegriffen werden.

35 **Begründung**

36 erfolgt mündlich

37

Antrag 304: Arzneimittelknappheit europäisch lösen

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	BAK Innen und Recht (BAK), BAK Gesundheit und Pflege (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1

2 Die Herausforderungen unseres Gesundheitssystems sind in Deutschland vor allem im
3 Laufe der Corona-Pandemie aufgefallen. Die Knappheit von notwendigen Arzneimitteln
4 besteht jedoch bis jetzt. Während der Pandemie wurden teilweise bürokratische Hürden
5 gelockert, die jetzt wieder zurück an die Tagesordnung kommen sollen. Wir Jungen
6 Liberalen glauben, dass wir aus dieser Zeit lernen sollten und schlagen eine
7 präventive Strategie vor, um mit Arzneimittelknappheiten umzugehen. Diese darf jedoch
8 nicht nur national gedacht sein, sondern muss im Verbund der EU stattfinden. Dafür
9 fordern wir folgende zehn Punkte:

- 10 1. Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde Apotheken mit Hilfe der SARS-CoV-2-AM VersVO
11 unter anderem ermöglicht, bei Nicht-Verfügbarkeit von Arzneimitteln, diese ohne
12 weiteren Arztkontakt und bürokratische Hürden auszutauschen, ohne eine
13 Retaxierung seitens der Krankenkassen befürchten zu müssen. Diese
14 Sonderverordnung wurde immer wieder verlängert und im Rahmen des § 423 SGB V ins
15 V. Sozialgesetzbuch aufgenommen. Da dieser Paragraph erneut eine zeitliche
16 Beschränkung (01.08.2023) aufwies, fordern wir diesen langfristig ins SGB V
17 aufzunehmen, so dass die Patientenversorgung in Zeiten von Engpässen ohne große
18 Hindernisse für Patient und Apotheken gewährleistet ist. Pharmazeuten sollten
19 anhand von sinnvollen Kriterien nach eigenem Ermessen entscheiden können, wann
20 eine Inanspruchnahme dieser Regelung sinnvoll ist. Somit könnte man eine weitere
21 Belastung von Patient und ärztlichem Personal vermeiden. Die Regelungen, die im
22 ALBVVG festgehalten wurden, halten wir als Junge Liberale für nicht ausreichend.
- 23 2. Wir fordern weiter, dass die sogenannte 0-Retaxierung, also eine Retaxierung
24 über die gesamte Erstattungssumme, abgeschafft wird. Von einer Retaxierung oder
25 Retaxation spricht man, wenn die Krankenkasse die Erstattung eines
26 Arzneimittels, das die Apotheke bereits an den Patienten abgegeben hat,
27 verweigert. Häufige Gründe für Retaxierungen sind Missachtungen der
28 Rabattverträge, fehlende Arztunterschriften oder Gültigkeitsüberschreitungen,
29 oder Formfehler beim Ausstellen der Rezepte in den Praxen. Es kann teilweise bis
30 zu 12 Monate dauern, bis die Apotheke von der Krankenkasse über eine solche
31 Retaxierung informiert wird. Die Konsequenz: Apotheken müssen in dieser Zeit
32 immer das Risiko einkalkulieren, die Kosten des Arzneimittels ggf. nicht
33 erstattet zu bekommen. Dieser finanziellen Unsicherheit möchten wir, als Junge
34 Liberale, entgegenwirken.
- 35 3. Eine Rezeptur vor Ort herstellen zu dürfen, bedeutet, verschiedene Vorgaben zu
36 erfüllen. Darunter auch die Anwesenheit von Fachpersonal, die die Herstellung

- 37 prüfen. Durch gestiegene Personal- und Materialkosten, muss eine gerechte
38 Vergütung, unabhängig von den Rabattverträgen der Krankenkassen, ermöglicht und
39 angestrebt werden.
- 40 4. Auch Arztpraxen sollten verpflichtend im engen Austausch mit der ABDA bzw. der
41 AMK stehen und die Apotheken entlasten, indem direkt Alternativpräparate, die
42 aktuell lieferbar sind, verschrieben werden. Dies sollte natürlich auch ohne
43 jegliche Retaxierungs-Möglichkeiten seitens der Krankenkassen möglich sein.
44 Hierzu wäre es sinnvoll, die aktuellen Verfügbarkeiten in die Praxissoftwares
45 einzugliedern.
- 46 5. Wir fordern den Wirtschaftsstandort Europa bei der Produktion von Arzneimitteln
47 zu stärken. Um die Medikamentenherstellung wieder zurück in den EU-Raum zu
48 bringen, müssen finanzielle Anreize, z.B. in Form von Steuerentlastungen,
49 geschaffen werden. Gerade in Zeiten von Engpässen wurde immer wieder klar, dass
50 eine Herstellung innerhalb der EU von größter Bedeutung und erstrebenswert ist.
- 51 6. Um die Produktion von Arzneimitteln innerhalb der EU attraktiver zu gestalten,
52 fordern wir, dass die Krankenkassen verpflichtet sind, die Kosten des am
53 günstigsten in der EU produzierten Produkts zu übernehmen. Hierbei muss aber
54 natürlich sichergestellt werden, dass die Preise im Verhältnis stehen, so dass
55 keine überdurchschnittliche Belastung für die Krankenkassen entsteht. Zudem
56 möchten wir die Möglichkeit höherer Preise für die Industrie schaffen, wenn
57 diese mit einer Grundmenge den europäischen Markt beliefert. Würde diese Menge
58 nicht erfüllt werden, richten sich die Preise wiederum am vorherigen Punkt aus.
- 59 7. Wir fordern ein Rolling-Review-Verfahren ähnlich der Zulassung beim Covid-19-
60 Impfstoff zu etablieren, in dem die Bewertung von Datenpaketen der
61 nichtklinischen und klinischen Entwicklung eines Arzneimittelkandidaten bereits
62 begonnen wird, bevor alle erforderlichen Daten für einen Zulassungsantrag
63 erhoben sind. Zudem fordern wir eine beschleunigte Zulassung bei Arzneimitteln
64 aus anderen EU-Ländern mit ähnlichen Standards, die dort schon zugelassen sind.
- 65 8. Um eine bessere Austauschbarkeit von Arzneimitteln aus EU-Ländern mit ähnlichen
66 Standards zu ermöglichen und auszuweiten, fordern wir, die Etikettierung von
67 Arzneimitteln möglichst international zu gestalten z.B. durch QR-Codes, über die
68 auf die Packungsbeilage in verschiedensten Sprachen zugegriffen werden kann. Im
69 Falle von technischen Schwierigkeiten können diese, wie es bereits jetzt schon
70 der Standard ist, in Apotheken ausgedruckt und mitgegeben werden. Zudem fordern
71 wir eine Ausweitung des §73 (3) AMG, der sich mit dem Einzelimport von
72 Medikamenten aus dem Ausland befasst. In Zeiten eines Engpasses sprechen wir uns
73 für die Möglichkeit aus Medikamente ohne ministerielle Erlaubnis in größeren
74 Mengen zu importieren.
- 75 9. Ein wichtiger Grundsatz für uns Junge Liberale ist die Technologie- und
76 Innovationsoffenheit. Aus diesem Grund sollten wir Forschungsprojekte wie z.B.
77 eines der FAU Erlangen-Nürnberg zum Thema Medikamenten-Recycling unterstützen
78 und fördern. Außerdem sollten auch Projekte zur Vereinfachung von
79 Arbeitsschritten in Apotheken gefördert werden.
- 80 10. Arbeit muss sich lohnen. Neue Wirkstoffe und Medikamente zu entwickeln ist oft
81 teuer und kostspielig. Junge Liberale halten strikt gegen die Forderung von

82 Einzelpersonen, Patente für Arzneimittel aufzulösen. Diese Forderung kam
83 insbesondere während der Covid-Pandemie auf, als es darum ging, den Impfstoff
84 nicht zu patentieren und somit billiger verkaufen zu können. Diese Rechnung ist
85 jedoch eine Nullrechnung, da davon auszugehen ist, dass der Impfstoff ohne die
86 Idee anschließend die Kosten für die Entwicklung wieder zu verdienen vermutlich
87 nicht so schnell entwickelt worden wäre. Herstellern soll es selbstverständlich
88 weiterhin offen gestellt werden, ihre Arzneimittel lizenzfrei zur Verfügung zu
89 stellen.

Begründung

Gemeinsamer Antrag mit dem BAK Gesundheit

Begründung erfolgt mündlich

Antrag 701: Flächenfraß stoppen! Flächenzertifikatehandel in Deutschland und Europa

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau

1 Gegenwärtig werden in Deutschland täglich ca. 52 Hektar als Siedlungsflächen und
2 Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Die Bundesregierung hat sich in ihrer Deutschen
3 Nachhaltigkeitsstrategie jedoch das Ziel einer Reduzierung auf weniger als 30 ha pro
4 Tag bis zum Jahr 2030 gesetzt. Die Europäische Kommission und die Vereinten Nationen
5 fordern darüber hinaus, dass die Flächenneuanspruchnahme nach 2020 zügig auf Netto-
6 Null reduziert wird. Mit einer effektiven Begrenzung des Flächenneuverbrauchs leistet
7 Deutschland somit einen Beitrag zur Erreichung der Globalen Nachhaltigkeitsziele,
8 zudem wird die wertvolle Ressource Boden nachhaltig bewirtschaftet und ermöglicht
9 damit eine umweltfreundliche Flächennutzung.

10 Wir Jungen Liberalen fordern daher, dass die Flächenneuanspruchnahme in Deutschland
11 zügig auf Netto-Null reduziert wird. Zur Erreichung des Ziels fordern wir basierend
12 auf dem erfolgreichen Modellversuch des Umweltbundesamtes:

- 13 1. dass die Flächenneuansprüche rechtsverbindlich bis 2030 auf 30 ha und bis 2050
14 auf netto-null begrenzt wird;
- 15 2. dass ein Flächenzertifikatehandel schnell auf Bundesebene mit einem gleichen
16 Regulierungsrahmen eingeführt und umgesetzt wird;
- 17 3. dass der Flächenzertifikatehandel für die Kommunen möglichst unkompliziert,
18 unbürokratisch und digital verwirklicht werden sollte;
- 19 4. dass die Rückplanung durch „Weiße Zertifikate“ belohnt wird: Der
20 Flächenzertifikatehandel sollte den Kommunen die Möglichkeit bieten, durch
21 Umbau-, Rückplanungs- und Rückbaumaßnahmen sowie die Revitalisierung von
22 belasteten Flächen (Deponien oder Industriebrachen) sogenannte Weiße Zertifikate
23 zu generieren. Hierdurch entsteht für die Kommunen ein direkter Anreiz, ihren
24 brachliegenden und ungenutzten Bestand an Siedlungs- und Verkehrsflächen wieder
25 in den Freiflächenbestand zurückzuführen. Zudem kann hierdurch langfristig der
26 Übergang zur Flächenkreislaufwirtschaft (Netto-Null-Ziel) erleichtert werden, da
27 zusätzliche Zertifikate entstehen, wenn bisherige Siedlungsflächen
28 planungsrechtlich zurück in den Freiflächenbestand überführt werden. Zudem
29 sollen auch private Akteure einbezogen werden, indem ihnen erlaubt wird, der
30 Kommune gegen ein Entgelt die Entsiegelung und Renaturierung einer Teilfläche
31 ihres Privateigentums anzubieten. Die Kommune hingegen soll dadurch profitieren
32 können, dass sie auf diese Weise Weiße Zertifikate generieren kann;
- 33 5. dass die Wertigkeit Weißer Zertifikate anhand des monetären Werts der zu
34 revitalisierenden Fläche in Kombination mit dem ökologischen Wert (Beitrag für
35 die Biodiversität oder als natürliche Senkung) berechnet wird;
- 36 6. eine kostenlose jährliche Zuteilung mit Verteilschlüssel Einwohnerzahl: Im
37 Rahmen des Flächenzertifikatehandels werden alle Zertifikate vollständig

- 38 kostenlos und einmal pro Jahr an die Kommunen verteilt; der Verteilungsschlüssel
39 richtet sich nach der Bevölkerungszahl der Kommunen;
- 40 7. dass die Wirkungen des Instrumentes durch weitere Maßnahmen zur Stärkung der
41 Innenentwicklung gesichert werden: Aufgrund der Verknappung neuen Baulandes im
42 Außenbereich wird die Nachfrage nach Bestandsflächen steigen;
- 43 8. dass weitere Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Nutzung der Wohnfläche
44 geschaffen werden, sodass diese bedarfsgerecht genutzt werden können, ohne dabei
45 Verschlechterungen im Bereich Öffentliche Teilhabe und soziales Umfeld hinnehmen
46 zu müssen;
- 47 9. dass eine Analyse der Innenentwicklungspotenziale und der Kosten-Nutzen-Relation
48 unterstützt wird: Die Planungsentscheidungen der Städte und Gemeinden sollten
49 grundsätzlich auf einer fundierten Bewertungsgrundlage getroffen werden. Hierzu
50 gehört einerseits die genaue Prüfung von Innenentwicklungsmöglichkeiten, bevor
51 Frei- in Siedlungsflächen umgewandelt werden. Zudem stellt der Einsatz von
52 Kosten-Nutzen-Analysen einen zentralen Baustein für eine nachhaltige
53 Siedlungsentwicklung dar und sollte daher im Rahmen der Bauleitplanung stets
54 Anwendung finden;
- 55 10. dass die Flächenneuanspruchnahme auch EU-weit rechtsverbindlich bis 2050 auf
56 netto-null begrenzt und hierfür der Flächenzertifikatehandel ab 2030 phasenweise
57 eingeführt wird.

Begründung

Flächenverbrauch vernichtet vielfach wertvolle (Acker-) Böden. Ländliche Gebiete werden zersiedelt. Unzerschnittene Landschaftsräume, wichtig für die Tier- und Pflanzenwelt, gehen verloren. Mit zunehmender Zersiedelung sinkt die Auslastung von Infrastrukturen. Diese Konsequenzen verstärken sich noch, wenn die Bevölkerung durch den demographischen Wandel schrumpft. Zersiedelung ist auch aus ökonomischer und sozialer Sicht fragwürdig: Sinkt die Siedlungsdichte, steigt der Aufwand pro Einwohner zum Erhalt der technischen Infrastruktur wie Versorgungsleitungen, Kanalisation, Verkehrswege und so weiter. Je geringer die Nutzerdichte, desto weniger rentabel sind auch öffentliche Verkehrsmittel. Die Folge: Das Angebot schrumpft. Damit steigt die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr, was dann wieder den Ruf nach noch mehr (Entlastungs-/Umgehungs-) Straßen nach sich zieht und damit den Flächenverbrauch intensiviert. Ähnliche Folgen treffen auch soziale Infrastrukturen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser. Hinzu kommen allgemeine Umweltbelastungen wie Lärm, Luftverschmutzung sowie der Verlust der biologischen Vielfalt.

Bereits seit den 1970er Jahren beschäftigt sich die deutsche Politik mit der Begrenzung der Flächenneuanspruchnahme. In der Zwischenzeit wurden bereits einige Schritte unternommen, um den Flächenverbrauch zu begrenzen. So gab die damalige Bundesregierung im Jahr 2002 das Ziel aus, den Landschaftsverbrauch bspw. durch Flächenrecycling zurückzuführen und die Flächeninanspruchnahme auf maximal 30 ha pro Tag im Jahr 2020 zu begrenzen. Dieses Ziel ist bis heute jedoch nicht erreicht worden, sondern wurde im Jahr 2016 von der damaligen Bundesregierung auf das Ziel einer Senkung auf 30 ha minus x pro Tag bis 2030 erweitert. Die Europäische Kommission hat demgegenüber bereits im Jahr 2011 das Ziel ausgegeben, den Flächenverbrauch in der gesamten EU auf netto null zu reduzieren. Dieses Ziel hat die damalige Bundesregierung dann auch im Jahr 2016 im Klimaschutzplan 2050 aufgegriffen. Das Thema ist noch immer aktuell, auch die Ampel-Koalition, die die Bundesregierung der gegenwärtigen 18. Legislaturperiode stellt, hat das Problem in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen: „Um den

Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke auf das 30-ha-Ziel bis spätestens 2030 zu reduzieren, werden wir Anreize setzen, Fehlanreize vermeiden und durch wirksame Initiativen Versiegelung reduzieren.“

Boden ist eine begrenzte, nicht vermehrbare Ressource, welche deshalb möglichst effizient genutzt werden sollte. Um in Deutschland weniger neue Flächen in Anspruch zu nehmen, müssen neue Instrumente entwickelt und erprobt werden. Das Instrument des Flächenhandels wurde dabei vom Umweltbundesamt im Jahr 2019 in einem realitätsnahen Modellversuch darauf geprüft, ob handelbare Flächenzertifikate ein Instrument sein können, um den Flächenneuverbrauch zu vermindern und die Innenentwicklung zu stärken. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die Europäische Kommission und die Vereinten Nationen fordern, dass die Flächenneuanspruchnahme nach 2020 zügig auf Netto-Null reduziert wird (die Vereinten Nationen bis 2030, die Europäische Kommission bis 2050). Im Hinblick auf die beschriebenen Probleme ist die Einführung eines Flächenzertifikatehandels somit gelebter ökonomischer Umwelt- und Klimaschutz.

Für den Modellversuch wurden die folgenden Randbedingungen festgelegt: Eine Kommune, die im Rahmen eines Bebauungsplanes bisher ungenutzte Flächen im Außenbereich für Siedlungs- und Modellversuch Flächenzertifikatehandel Verkehrszwecke festsetzen will, muss für jeweils 1.000 m² (= 0,1 ha) Bauland ein Zertifikat vorweisen und einlösen. Hat sie zu wenige Zertifikate für ein neues Baugebiet, kann sie zusätzliche Zertifikate kaufen. Hat sie hingegen zu viele, kann sie Zertifikate verkaufen. Für eine reibungslose Organisation des Handels wird eine Flächenbörse eingerichtet, auf der Zertifikate ausschließlich zwischen Kommunen bundesweit frei handelbar sind. Die Gesamtmenge an Zertifikaten wird am Anfang jedes Jahres über einen festen Schlüssel Zertifikate an die Kommunen ausgegeben. Der Schlüssel orientiert sich an den Einwohnerzahlen. Einmal zugeteilte Zertifikate können von den Kommunen für spätere Aktivitäten unbegrenzt angespart werden. Die Kosten für die Zertifikate können die Kommunen an die Endnutzer der Flächen weiterreichen. Für Rückplanungs- und Rückbaumaßnahmen können sich die Kommunen zudem zusätzliche Zertifikate – sog. Weiße Zertifikate – gutschreiben lassen. Eine Zweckbindung der Einnahmen aus dem Zertifikatehandel war im Modellversuch nicht vorgesehen. Die Regelungen des Raumordnungs- und Naturschutzrechts bleiben vom Zertifikatehandel unberührt.

Der Modellversuch hat gezeigt, dass sich die Baulandpreise im Bestand und für neu ausgewiesene Flächen durch den Zertifikatepreis verändern werden. Auch die Wirkungen des Flächenzertifikatehandels werden je nach Region, Lage und Nutzungsart unterschiedlich ausfallen. Die Kosten der Kommunen für Zertifikate werden nur an Standorten mit hoher Nachfrage vollständig auf die Nutzer umgelegt werden und sich auch dort nur zum Teil auf die Bodenpreise durchschlagen, da ein Großteil der Kosten über Beiträge an die Endnutzer weitergereicht werden wird. An Standorten mit geringer Nachfrage ist dagegen zu erwarten, dass sich die Bodenpreise kaum verändern. Insgesamt ist zu erwarten, dass ein Flächenzertifikatehandel zur Umsetzung des 30-Hektar-Ziels zu moderaten Bodenpreissteigerungen führen wird, sodass die Endnutzer von neu in Anspruch genommenen Flächen entsprechend des Flächensparziels einen Beitrag zu den ökologischen, sozialen und fiskalischen Kosten des Flächenverbrauchs leisten. Großstädte werden hiervon kaum betroffen sein, da sie über die kostenlose Erstzuteilung einen hohen Umfang an Zertifikaten erhalten und daher nur selten Zertifikate zukaufen müssen. Höher verdichtete Wohn- und Gewerbenutzungen werden dabei in Bezug auf eine Einheit Nettonutzfläche geringer belastet als geringer verdichtete Nutzungen. In den Großstädten ist von geringen Veränderungen der Bodenpreise auszugehen, da sie in der Regel keine Zertifikate zukaufen müssen. Im Rahmen des Modellversuchs wurde zudem bereits geprüft und bestätigt, dass ein Flächenhandel verfassungsrechtlich zulässig ist. Die Planungskompetenzen der Kommunen bleiben nach der im Modellversuch erprobten Funktionsweise des Flächenhandels im Kern erhalten. Gleichzeitig verfügt der Bund über ausreichende Kompetenzen, das erprobte Flächenhandelssystem einzuführen.

Im Ergebnis ist ein Flächenhandelssystem in der Lage, die Flächenneuanspruchnahme effektiv zu verringern. Flächensparziele lassen sich im Verbund aus Planung und flexibler Mengensteuerung effizient erreichen. Die Kommunalvertreter hatten keine Probleme beim Umgang mit den Flächenzertifikaten an sich sowie beim Kauf und Verkauf von Zertifikaten über die Handelsplattform. Die Kommunen konnten überörtliche Mengenvorgaben durch den Kauf und Verkauf von Zertifikaten flexibel vor Ort umsetzen und auf ihre planerischen Belange abstellen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Modellversuchs lauten im Einzelnen:

- Die im Feld- und Kontrollexperiment vorgegebenen Flächensparziele wurden durch den Flächenzertifikatehandel erreicht. Etwa die Hälfte der ursprünglich von den Modellkommunen geplanten Ausweisungen im Außenbereich wurde letztendlich nicht realisiert, wobei die Kommunen in solider Abwägung von planerischem Bedarf und der Wirtschaftlichkeit ihrer geplanten Baugebiete entschieden haben. Im Innenbereich wurden dagegen fast alle geplanten Projekte realisiert. Die Nutzung von Potenzialen der Innenentwicklung – Brachen und Baulücken, die nach bundesweiter Schätzung ungefähr 7 Prozent der Gebäude- und Freiflächen ausmachen – konnten die im Modellversuch vollzogenen Einsparungen im Außenbereich insgesamt vollständig ersetzen. In der Bilanz haben die Kommunen durch den Handel an Flexibilität gewonnen, Handelsgewinne erzielt und sich somit mehrheitlich bessergestellt, als wenn sie nur im Rahmen ihrer kostenlos zugeteilten Zertifikatmenge hätten agieren können.
- In den sechs Experimenten des Feld- und Kontrollexperiments wurden nach ökonomischen Maßstäben gut funktionierende Märkte geschaffen. Die Markteffizienz war mit Werten zwischen 86 und 92 Prozent hoch. Es zeigte sich, dass die Kommunen durch den Handel mehr Baugebiete realisieren konnten als bei strikten planerischen Mengenvorgaben und ohne Handel. Insgesamt konnten sie dadurch mehr Einnahmen erzielen, so dass sich ein durch den Handel ausgelöster ökonomischer Nutzen ergab. Die in allen Experimenten hohen Effizienzwerte zeigen zudem, dass ein Flächenzertifikatesystem hinsichtlich einer effizienten Umsetzung von Baugebieten als überaus robust gegenüber veränderten Rahmenbedingungen des Systems sowie Unsicherheiten bei den Marktteilnehmern ist.
- Für rund ein Drittel aller im Simulationszeitraum geplanten Projekte wurde ein negativer Fiskalwert ermittelt. Das heißt, die Kommunen würden mehr Ausgaben haben als sie Einnahmen erzielen. Fast alle der fiskalisch unrentablen Baugebiete lagen im Außenbereich. Im Durchschnitt haben die Kommunen im Modellversuch auf rund zwei Drittel der ursprünglich geplanten Baugebiete mit negativem Fiskalwert verzichtet. Unrentable Flächenausweisungen wurden folglich identifiziert und vermieden. Gleichwohl haben die Kommunen – wie in der Realität – auch Baugebiete mit negativem Fiskalwert entwickelt und hierfür Zertifikate erworben.
- Die Preise für die Zertifikate lagen auf hohem Niveau und im Durchschnitt aller sechs Experimente im Rahmen des Feld- und Kontrollexperiments bei 91 Euro pro Quadratmeter Bruttobauland. Diese Preise waren die Folge einer hohen Zahlungsbereitschaft für die geplanten Flächenentwicklungen der Kommunen. Sowohl die Kommunen und zum Teil auch die Studierenden haben sich im Planspiel sehr stark an ihren planerischen Zielvorgaben orientiert und damit auch Baugebiete mit negativem Fiskalwert entwickelt und dafür entsprechend Zertifikate nachgefragt.
- Viele Kommunen waren bei der Baulandentwicklung in den Erwerb und Verkauf von Bauflächen eingebunden. Sie konnten dadurch an den Wertsteigerungen der Grundstücke teilhaben und Einnahmen beim Grundstücksverkauf erzielen. Zusätzlich konnten sie Gestaltungsspielräume bei der Festlegung der Vermarktungspreise nutzen und diese an ihre örtliche Marktsituation anpassen. Die Nachfrage nach baureifen Grundstücken bestimmte die Höhe der Einnahmen und ist damit der entscheidende Faktor bei der Weitergabe der Zertifikatekosten an die Investoren bzw. Nutzer der Bauflächen. Ist die Nachfrage hoch, werden die Zertifikatekosten zu einem Großteil direkt über Beiträge

oder indirekt über erhöhte Baupreise auf die Nutzer umgelegt. Ist die Nachfrage dagegen gering, werden die Kosten zum Großteil von der Kommune selbst getragen.

- Ein Flächenhandelssystem schafft Anreize, um Flächennutzungen zu optimieren. Die Ergebnisse zeigen, dass durch die Begrenzung der Flächenneuanspruchnahme die Entwicklungskosten von Neuausweisungen im Außenbereich angehoben werden. Die Preise für genutzte und ungenutzte Grundstücke im Innenbereich steigen nur indirekt und auf niedrigerem Niveau, sodass nicht ausgeschöpfte Potenziale mobilisiert werden konnten: Brachflächen wurden dadurch leichter revitalisiert, Innenbereichsentwicklungen in Form von Nachverdichtungen wurden attraktiver. Es ist davon auszugehen, dass reine Spekulationen ohne Nutzung deshalb relativ teurer werden.
- Die Ergebnisse aus dem Laborexperiment haben gezeigt, dass der Flächenhandel seine Wirkung am besten entfalten kann, wenn die Zertifikate vollständig kostenlos an die Kommunen verteilt werden. Grund dafür ist, dass bei einer Gratiszuteilung höhere Effizienzgrade des Marktes erreicht werden, während ein Auktionsmechanismus zu Ineffizienzen, Unsicherheit und starken Umverteilungswirkungen führt.
- Die auf Basis der Bevölkerungszahl einer Kommune vorgenommene Erstzuteilung der Zertifikate hat sich bewährt und erfuh von Seiten der beteiligten Städte und Gemeinden eine hohe Akzeptanz. Jeder Kommune ist bekannt, wie viele Zertifikate sie jährlich erhalten wird, und sie kann diese über mehrere Jahre ohne Restriktionen ansparen. Das ermöglicht allen Kommunen, ihre langfristigen flächenpolitischen Planungen zuverlässig und strategisch nach Maßgabe der zu erwartenden Zertifikate durchzuführen. Der Zukauf von Zertifikaten versetzt Kommunen in die Lage, flexibel auf ggf. höhere Nachfragen zu reagieren.
- Die Ergebnisse aus dem Kontrollexperiment zeigen auf, dass die Bildung von zwei Teilmärkten für Gewerbe und Wohnen zu insgesamt vergleichbaren Effizienzgraden der Teilmärkte und Anpassungs- und Verteilungsmustern führt. Die Preise waren aufgrund der im Durchschnitt höheren Fiskalwerte im Wohnflächenmarkt mit 104 Euro pro m² deutlich höher als im Gewerbeflächenmarkt (45 Euro pro m²). Mit Hilfe einer sachlichen Differenzierung lässt sich die Konkurrenzsituation zwischen Gewerbe und Wohnen abschwächen und bestimmte Entwicklungsziele für die beiden Einzelnutzungen erreichen. Eine sachgerechte Aufteilung der Teilmärkte und der Flächensparziele für die einzelnen Teilmärkte ist jedoch sehr aufwändig, sodass ein Gesamtmarkt vorzugswürdig erscheint.
- Die Kommunen konnten zusätzliche Einnahmen erzielen, indem sie bei mangelnder Flächennachfrage Baurechte zurücknahmen (z. B. durch die Renaturierung von Brachflächen) und dafür im Gegenzug zusätzliche Weiße Zertifikate erhalten. Diese konnten dann entweder für die Außenentwicklung an anderer Stelle genutzt oder für spätere Planungen angespart oder verkauft werden. Der Modellversuch belegt den großen Anreiz für die Kommunen, von diesem Instrument Gebrauch zu machen. Planungen der Vergangenheit, bei denen die erwartete Nachfrage sich nicht bestätigte, konnten auf diese Weise zumindest teilweise zurückgenommen werden.
- Die Ergebnisse des Modellversuchs zeigen, dass wachsende Städte und Gemeinden eher Zertifikate hinzukaufen, während Kommunen in Regionen mit starker Abwanderung Zertifikate verkaufen oder ansparen können. Großstädte bekommen in der Regel bei einer vollständig kostenlosen Zuteilung ausreichend Zertifikate zugeteilt – unabhängig davon ob sie wachsen oder schrumpfen – und müssen keine Zertifikate hinzukaufen. Auch die Kommunalfinanzen wurden entlastet, entweder weil flächensparende Kommunen Zertifikate verkaufen oder weil Kommunen besonders teure Entwicklungsvorhaben (mit negativen Fiskalwerten) unterlassen.
- Die Verschuldung der Modellkommunen durch den Kauf von Zertifikaten lag mit jeweils rund zwei Prozent der mit den Baugebieten erzielbaren Erträge auf insgesamt niedrigem Niveau, so dass davon

ausgegangen werden kann, dass es den Kommunen auch in einem Flächenhandelssystem möglich sein wird, Siedlungsentwicklung im notwendigen Umfang zu betreiben, ohne ihre Haushalte mit einer unverhältnismäßig hohen Kreditaufnahme zu belasten. Hierbei helfen auch die an alle Kommunen kostenlos ausgegebenen Zertifikate, deren Umfang jeder Kommune bekannt ist und deren Bestand auch über mehrere Jahre ohne Restriktionen angespart werden kann.

- Nach dem im Modellversuch entwickelten Verfahren können die Kommunen die Anzahl der nachzuweisenden Zertifikate selbst berechnen. Das ist im Rahmen der bestehenden Planverfahren ohne großen Aufwand möglich. Die Kommunen melden die benötigten Zertifikate an eine zuständige Verwaltungsbehörde auf Regional- oder Landesebene. Diese überprüft die Daten auf Plausibilität und leitet sie an die zuständige Stelle auf Bundesebene weiter. Hierfür sind keine neuen Behörden und nur wenig neues Fachpersonal nötig. Auch die Organisation des Handels über einen Börsenplatz ließe sich schnell und günstig umsetzen.

Antrag 703: Flächenfraß stoppen! Flächenzertifikatehandel in Deutschland und der EU

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Gegenwärtig werden in Deutschland täglich ca. 52 Hektar als Siedlungsflächen und
2 Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Die Bundesregierung hat sich in ihrer Deutschen
3 Nachhaltigkeitsstrategie jedoch das Ziel einer Reduzierung auf weniger als 30 ha pro
4 Tag bis zum Jahr 2030 gesetzt. Die Europäische Kommission und die Vereinten Nationen
5 fordern darüber hinaus, dass die Flächenneuanspruchnahme nach 2020 zügig auf Netto-
6 Null reduziert wird. Mit einer effektiven Begrenzung des Flächenneuverbrauchs leistet
7 Deutschland somit einen Beitrag zur Erreichung der Globalen Nachhaltigkeitsziele,
8 zudem wird die wertvolle Ressource Boden nachhaltig bewirtschaftet und ermöglicht
9 damit eine umweltfreundliche Flächennutzung.

10 Wir Jungen Liberalen fordern daher, dass die Flächenneuanspruchnahme in Deutschland
11 zügig auf Netto-Null reduziert wird. Zur Erreichung des Ziels fordern wir basierend
12 auf dem erfolgreichen Modellversuch des Umweltbundesamtes:

- 13 1. dass die Flächenneuansprüche rechtsverbindlich bis 2030 auf 30 ha und bis 2050
14 auf netto-null begrenzt wird;
- 15 2. dass ein Flächenzertifikatehandel schnell auf Bundesebene mit einem gleichen
16 Regulierungsrahmen eingeführt und umgesetzt wird;
- 17 3. dass der Flächenzertifikatehandel für die Kommunen möglichst unkompliziert,
18 unbürokratisch und digital verwirklicht werden sollte;
- 19 4. dass die Rückplanung durch „Weiße Zertifikate“ belohnt wird: Der
20 Flächenzertifikatehandel sollte den Kommunen die Möglichkeit bieten, durch
21 Umbau-, Rückplanungs- und Rückbaumaßnahmen sowie die Revitalisierung von
22 belasteten Flächen (Deponien oder Industriebrachen) sogenannte Weiße Zertifikate
23 zu generieren. Hierdurch entsteht für die Kommunen ein direkter Anreiz, ihren
24 brachliegenden und ungenutzten Bestand an Siedlungs- und Verkehrsflächen wieder
25 in den Freiflächenbestand zurückzuführen. Zudem kann hierdurch langfristig der
26 Übergang zur Flächenkreislaufwirtschaft (Netto-Null-Ziel) erleichtert werden, da
27 zusätzliche Zertifikate entstehen, wenn bisherige Siedlungsflächen
28 planungsrechtlich zurück in den Freiflächenbestand überführt werden. Zudem
29 sollen auch private Akteure einbezogen werden, indem ihnen erlaubt wird, der
30 Kommune gegen ein Entgelt die Entsiegelung und Renaturierung einer Teilfläche
31 ihres Privateigentums anzubieten. Die Kommune hingegen soll dadurch profitieren
32 können, dass sie auf diese Weise Weiße Zertifikate generieren kann;
- 33 5. dass die Wertigkeit Weißer Zertifikate anhand des monetären Werts der zu
34 revitalisierenden Fläche in Kombination mit dem ökologischen Wert (Beitrag für

- 35 die Biodiversität oder als natürliche Senkung) berechnet wird;
- 36 6. eine kostenlose jährliche Zuteilung mit Verteilschlüssel Einwohnerzahl: Im
37 Rahmen des Flächenzertifikatehandels werden alle Zertifikate vollständig
38 kostenlos und einmal pro Jahr an die Kommunen verteilt; der Verteilungsschlüssel
39 richtet sich nach der Bevölkerungszahl der Kommunen;
- 40 7. dass die Wirkungen des Instrumentes durch weitere Maßnahmen zur Stärkung der
41 Innenentwicklung gesichert werden: Aufgrund der Verknappung neuen Baulandes im
42 Außenbereich wird die Nachfrage nach Bestandsflächen steigen;
- 43 8. dass weitere Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Nutzung der Wohnfläche
44 geschaffen werden, sodass diese bedarfsgerecht genutzt werden können, ohne dabei
45 Verschlechterungen im Bereich Öffentliche Teilhabe und soziales Umfeld hinnehmen
46 zu müssen;
- 47 9. dass eine Analyse der Innenentwicklungspotenziale und der Kosten-Nutzen-Relation
48 unterstützt wird: Die Planungsentscheidungen der Städte und Gemeinden sollten
49 grundsätzlich auf einer fundierten Bewertungsgrundlage getroffen werden. Hierzu
50 gehört einerseits die genaue Prüfung von Innenentwicklungsmöglichkeiten, bevor
51 Frei- in Siedlungsflächen umgewandelt werden. Zudem stellt der Einsatz von
52 Kosten-Nutzen-Analysen einen zentralen Baustein für eine nachhaltige
53 Siedlungsentwicklung dar und sollte daher im Rahmen der Bauleitplanung stets
54 Anwendung finden;
- 55 10. dass die Flächenneuansprüche auch EU-weit rechtsverbindlich bis 2050 auf
56 netto-null begrenzt und hierfür der Flächenzertifikatehandel ab 2030 phasenweise
57 eingeführt wird.

Begründung

Flächenverbrauch vernichtet vielfach wertvolle (Acker-) Böden. Ländliche Gebiete werden zersiedelt. Unzerschnittene Landschaftsräume, wichtig für die Tier- und Pflanzenwelt, gehen verloren. Mit zunehmender Zersiedelung sinkt die Auslastung von Infrastrukturen. Diese Konsequenzen verstärken sich noch, wenn die Bevölkerung durch den demographischen Wandel schrumpft. Zersiedelung ist auch aus ökonomischer und sozialer Sicht fragwürdig: Sinkt die Siedlungsdichte, steigt der Aufwand pro Einwohner zum Erhalt der technischen Infrastruktur wie Versorgungsleitungen, Kanalisation, Verkehrswege und so weiter. Je geringer die Nutzerdichte, desto weniger rentabel sind auch öffentliche Verkehrsmittel. Die Folge: Das Angebot schrumpft. Damit steigt die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr, was dann wieder den Ruf nach noch mehr (Entlastungs-/Umgehungs-) Straßen nach sich zieht und damit den Flächenverbrauch intensiviert. Ähnliche Folgen treffen auch soziale Infrastrukturen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser. Hinzu kommen allgemeine Umweltbelastungen wie Lärm, Luftverschmutzung sowie der Verlust der biologischen Vielfalt.

Boden ist eine begrenzte, nicht vermehrbare Ressource, welche deshalb möglichst effizient genutzt werden sollte. Um in Deutschland weniger neue Flächen in Anspruch zu nehmen, müssen neue Instrumente entwickelt und erprobt werden. Das Instrument des Flächenhandels wurde dabei vom Umweltbundesamt im Jahr 2019 in einem realitätsnahen Modellversuch darauf geprüft, ob handelbare Flächenzertifikate ein Instrument sein können, um den Flächenneuverbrauch zu vermindern und die Innenentwicklung zu stärken. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die Europäische Kommission und die Vereinten Nationen fordern, dass die Flächenneuanspruchnahme nach 2020 zügig auf Netto-Null reduziert wird (die Vereinten Nationen bis 2030, die Europäische Kommission bis 2050). Im Hinblick auf

die beschriebenen Probleme ist die Einführung eines Flächenzertifikatehandels somit gelebter ökonomischer Umwelt- und Klimaschutz.

Bereits seit den 1970er Jahren beschäftigt sich die deutsche Politik mit der Begrenzung der Flächenneuanspruchnahme. In der Zwischenzeit wurden bereits einige Schritte unternommen, um den Flächenverbrauch zu begrenzen. So gab die damalige Bundesregierung im Jahr 2002 das Ziel aus, den Landschaftsverbrauch bspw. durch Flächenrecycling zurückzuführen und die Flächeninanspruchnahme auf maximal 30 ha pro Tag im Jahr 2020 zu begrenzen. Dieses Ziel ist bis heute jedoch nicht erreicht worden, sondern wurde im Jahr 2016 von der damaligen Bundesregierung auf das Ziel einer Senkung auf 30 ha minus x pro Tag bis 2030 erweitert. Die Europäische Kommission hat demgegenüber bereits im Jahr 2011 das Ziel ausgegeben, den Flächenverbrauch in der gesamten EU auf netto null zu reduzieren. Dieses Ziel hat die damalige Bundesregierung dann auch im Jahr 2016 im Klimaschutzplan 2050 aufgegriffen. Das Thema ist noch immer aktuell, auch die Ampel-Koalition, die die Bundesregierung der gegenwärtigen 18. Legislaturperiode stellt, hat das Problem in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen: „Um den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke auf das 30-ha-Ziel bis spätestens 2030 zu reduzieren, werden wir Anreize setzen, Fehlanreize vermeiden und durch wirksame Initiativen Versiegelung reduzieren.“ Im Zeitraum von 2017 bis 2020 betrug der tägliche Flächenverbrauch jedoch 54 Hektar pro Tag.

Für den Modellversuch wurden die folgenden Randbedingungen festgelegt: Eine Kommune, die im Rahmen eines Bebauungsplanes bisher ungenutzte Flächen im Außenbereich für Siedlungs- und Modellversuch Flächenzertifikatehandel Verkehrszwecke festsetzen will, muss für jeweils 1.000 m² (= 0,1 ha) Bauland ein Zertifikat vorweisen und einlösen. Hat sie zu wenige Zertifikate für ein neues Baugebiet, kann sie zusätzliche Zertifikate kaufen. Hat sie hingegen zu viele, kann sie Zertifikate verkaufen. Für eine reibungslose Organisation des Handels wird eine Flächenbörse eingerichtet, auf der Zertifikate ausschließlich zwischen Kommunen bundesweit frei handelbar sind. Die Gesamtmenge an Zertifikaten wird am Anfang jedes Jahres über einen festen Schlüssel Zertifikate an die Kommunen ausgegeben. Der Schlüssel orientiert sich an den Einwohnerzahlen. Einmal zugeteilte Zertifikate können von den Kommunen für spätere Aktivitäten unbegrenzt angespart werden. Die Kosten für die Zertifikate können die Kommunen an die Endnutzer der Flächen weiterreichen. Für Rückplanungs- und Rückbaumaßnahmen können sich die Kommunen zudem zusätzliche Zertifikate – sog. Weiße Zertifikate – gutschreiben lassen. Eine Zweckbindung der Einnahmen aus dem Zertifikatehandel war im Modellversuch nicht vorgesehen. Die Regelungen des Raumordnungs- und Naturschutzrechts bleiben vom Zertifikatehandel unberührt.

Der Modellversuch hat gezeigt, dass sich die Baulandpreise im Bestand und für neu ausgewiesene Flächen durch den Zertifikatepreis verändern werden. Auch die Wirkungen des Flächenzertifikatehandels werden je nach Region, Lage und Nutzungsart unterschiedlich ausfallen. Die Kosten der Kommunen für Zertifikate werden nur an Standorten mit hoher Nachfrage vollständig auf die Nutzer umgelegt werden und sich auch dort nur zum Teil auf die Bodenpreise durchschlagen, da ein Großteil der Kosten über Beiträge an die Endnutzer weitergereicht werden wird. An Standorten mit geringer Nachfrage ist dagegen zu erwarten, dass sich die Bodenpreise kaum verändern. Insgesamt ist zu erwarten, dass ein Flächenzertifikatehandel zur Umsetzung des 30-Hektar-Ziels zu moderaten Bodenpreissteigerungen führen wird, sodass die Endnutzer von neu in Anspruch genommenen Flächen entsprechend des Flächensparziels einen Beitrag zu den ökologischen, sozialen und fiskalischen Kosten des Flächenverbrauchs leisten. Großstädte werden hiervon kaum betroffen sein, da sie über die kostenlose Erstzuteilung einen hohen Umfang an Zertifikaten erhalten und daher nur selten Zertifikate zukaufen müssen. Höher verdichtete Wohn- und Gewerbenutzungen werden dabei in Bezug auf eine Einheit Nettonutzfläche geringer belastet als geringer verdichtete Nutzungen. In den Großstädten ist von geringen Veränderungen der Bodenpreise auszugehen, da sie in der Regel keine Zertifikate zukaufen müssen. Im Rahmen des Modellversuchs wurde zudem

bereits geprüft und bestätigt, dass ein Flächenhandel verfassungsrechtlich zulässig ist. Die Planungskompetenzen der Kommunen bleiben nach der im Modellversuch erprobten Funktionsweise des Flächenhandels im Kern erhalten. Gleichzeitig verfügt der Bund über ausreichende Kompetenzen, das erprobte Flächenhandelssystem einzuführen.

Im Ergebnis ist ein Flächenhandelssystem in der Lage, die Flächenneuanspruchnahme effektiv zu verringern. Flächensparziele lassen sich im Verbund aus Planung und flexibler Mengensteuerung effizient erreichen. Die Kommunalvertreter hatten keine Probleme beim Umgang mit den Flächenzertifikaten an sich sowie beim Kauf und Verkauf von Zertifikaten über die Handelsplattform. Die Kommunen konnten überörtliche Mengenvorgaben durch den Kauf und Verkauf von Zertifikaten flexibel vor Ort umsetzen und auf ihre planerischen Belange abstellen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Modellversuchs lauten im Einzelnen:

- Die im Feld- und Kontrollexperiment vorgegebenen Flächensparziele wurden durch den Flächenzertifikatehandel erreicht. Etwa die Hälfte der ursprünglich von den Modellkommunen geplanten Ausweisungen im Außenbereich wurde letztendlich nicht realisiert, wobei die Kommunen in solider Abwägung von planerischem Bedarf und der Wirtschaftlichkeit ihrer geplanten Baugebiete entschieden haben. Im Innenbereich wurden dagegen fast alle geplanten Projekte realisiert. Die Nutzung von Potenzialen der Innenentwicklung – Brachen und Baulücken, die nach bundesweiter Schätzung ungefähr 7 Prozent der Gebäude- und Freiflächen ausmachen – konnten die im Modellversuch vollzogenen Einsparungen im Außenbereich insgesamt vollständig ersetzen. In der Bilanz haben die Kommunen durch den Handel an Flexibilität gewonnen, Handelsgewinne erzielt und sich somit mehrheitlich bessergestellt, als wenn sie nur im Rahmen ihrer kostenlos zugeteilten Zertifikatmenge hätten agieren können.
- In den sechs Experimenten des Feld- und Kontrollperiments wurden nach ökonomischen Maßstäben gut funktionierende Märkte geschaffen. Die Markteffizienz war mit Werten zwischen 86 und 92 Prozent hoch. Es zeigte sich, dass die Kommunen durch den Handel mehr Baugebiete realisieren konnten als bei strikten planerischen Mengenvorgaben und ohne Handel. Insgesamt konnten sie dadurch mehr Einnahmen erzielen, so dass sich ein durch den Handel ausgelöster ökonomischer Nutzen ergab. Die in allen Experimenten hohen Effizienzwerte zeigen zudem, dass ein Flächenzertifikatesystem hinsichtlich einer effizienten Umsetzung von Baugebieten als überaus robust gegenüber veränderten Rahmenbedingungen des Systems sowie Unsicherheiten bei den Marktteilnehmern ist.
- Für rund ein Drittel aller im Simulationszeitraum geplanten Projekte wurde ein negativer Fiskalwert ermittelt. Das heißt, die Kommunen würden mehr Ausgaben haben als sie Einnahmen erzielen. Fast alle der fiskalisch unrentablen Baugebiete lagen im Außenbereich. Im Durchschnitt haben die Kommunen im Modellversuch auf rund zwei Drittel der ursprünglich geplanten Baugebiete mit negativem Fiskalwert verzichtet. Unrentable Flächenausweisungen wurden folglich identifiziert und vermieden. Gleichwohl haben die Kommunen – wie in der Realität – auch Baugebiete mit negativem Fiskalwert entwickelt und hierfür Zertifikate erworben.
- Die Preise für die Zertifikate lagen auf hohem Niveau und im Durchschnitt aller sechs Experimente im Rahmen des Feld- und Kontrollperiments bei 91 Euro pro Quadratmeter Bruttobauland. Diese Preise waren die Folge einer hohen Zahlungsbereitschaft für die geplanten Flächenentwicklungen der Kommunen. Sowohl die Kommunen und zum Teil auch die Studierenden haben sich im Planspiel sehr stark an ihren planerischen Zielvorgaben orientiert und damit auch Baugebiete mit negativem Fiskalwert entwickelt und dafür entsprechend Zertifikate nachgefragt.
- Viele Kommunen waren bei der Baulandentwicklung in den Erwerb und Verkauf von Bauflächen eingebunden. Sie konnten dadurch an den Wertsteigerungen der Grundstücke teilhaben und

Einnahmen beim Grundstücksverkauf erzielen. Zusätzlich konnten sie Gestaltungsspielräume bei der Festlegung der Vermarktungspreise nutzen und diese an ihre örtliche Marktsituation anpassen. Die Nachfrage nach baureifen Grundstücken bestimmte die Höhe der Einnahmen und ist damit der entscheidende Faktor bei der Weitergabe der Zertifikatekosten an die Investoren bzw. Nutzer der Bauflächen. Ist die Nachfrage hoch, werden die Zertifikatekosten zu einem Großteil direkt über Beiträge oder indirekt über erhöhte Baupreise auf die Nutzer umgelegt. Ist die Nachfrage dagegen gering, werden die Kosten zum Großteil von der Kommune selbst getragen.

- Ein Flächenhandelssystem schafft Anreize, um Flächennutzungen zu optimieren. Die Ergebnisse zeigen, dass durch die Begrenzung der Flächenneuanspruchnahme die Entwicklungskosten von Neuausweisungen im Außenbereich angehoben werden. Die Preise für genutzte und ungenutzte Grundstücke im Innenbereich steigen nur indirekt und auf niedrigerem Niveau, sodass nicht ausgeschöpfte Potenziale mobilisiert werden konnten: Brachflächen wurden dadurch leichter revitalisiert, Innenbereichsentwicklungen in Form von Nachverdichtungen wurden attraktiver. Es ist davon auszugehen, dass reine Spekulationen ohne Nutzung deshalb relativ teurer werden.
- Die Ergebnisse aus dem Laborexperiment haben gezeigt, dass der Flächenhandel seine Wirkung am besten entfalten kann, wenn die Zertifikate vollständig kostenlos an die Kommunen verteilt werden. Grund dafür ist, dass bei einer Gratiszuteilung höhere Effizienzgrade des Marktes erreicht werden, während ein Auktionsmechanismus zu Ineffizienzen, Unsicherheit und starken Umverteilungswirkungen führt.
- Die auf Basis der Bevölkerungszahl einer Kommune vorgenommene Erstzuteilung der Zertifikate hat sich bewährt und erfuhr von Seiten der beteiligten Städte und Gemeinden eine hohe Akzeptanz. Jeder Kommune ist bekannt, wie viele Zertifikate sie jährlich erhalten wird, und sie kann diese über mehrere Jahre ohne Restriktionen ansparen. Das ermöglicht allen Kommunen, ihre langfristigen flächenpolitischen Planungen zuverlässig und strategisch nach Maßgabe der zu erwartenden Zertifikate durchzuführen. Der Zukauf von Zertifikaten versetzt Kommunen in die Lage, flexibel auf ggf. höhere Nachfragen zu reagieren.
- Die Ergebnisse aus dem Kontrollexperiment zeigen auf, dass die Bildung von zwei Teilmärkten für Gewerbe und Wohnen zu insgesamt vergleichbaren Effizienzgraden der Teilmärkte und Anpassungs- und Verteilungsmustern führt. Die Preise waren aufgrund der im Durchschnitt höheren Fiskalwerte im Wohnflächenmarkt mit 104 Euro pro m² deutlich höher als im Gewerbeflächenmarkt (45 Euro pro m²). Mit Hilfe einer sachlichen Differenzierung lässt sich die Konkurrenzsituation zwischen Gewerbe und Wohnen abschwächen und bestimmte Entwicklungsziele für die beiden Einzelnutzungen erreichen. Eine sachgerechte Aufteilung der Teilmärkte und der Flächensparziele für die einzelnen Teilmärkte ist jedoch sehr aufwändig, sodass ein Gesamtmarkt vorzugswürdig erscheint.
- Die Kommunen konnten zusätzliche Einnahmen erzielen, indem sie bei mangelnder Flächennachfrage Baurechte zurücknahmen (z. B. durch die Renaturierung von Brachflächen) und dafür im Gegenzug zusätzliche Weiße Zertifikate erhalten. Diese konnten dann entweder für die Außenentwicklung an anderer Stelle genutzt oder für spätere Planungen angespart oder verkauft werden. Der Modellversuch belegt den großen Anreiz für die Kommunen, von diesem Instrument Gebrauch zu machen. Planungen der Vergangenheit, bei denen die erwartete Nachfrage sich nicht bestätigte, konnten auf diese Weise zumindest teilweise zurückgenommen werden.
- Die Ergebnisse des Modellversuchs zeigen, dass wachsende Städte und Gemeinden eher Zertifikate hinzukaufen, während Kommunen in Regionen mit starker Abwanderung Zertifikate verkaufen oder ansparen können. Großstädte bekommen in der Regel bei einer vollständig kostenlosen Zuteilung ausreichend Zertifikate zugeteilt – unabhängig davon ob sie wachsen oder schrumpfen – und müssen keine Zertifikate hinzukaufen. Auch die Kommunalfinanzen wurden entlastet, entweder weil

flächensparende Kommunen Zertifikate verkaufen oder weil Kommunen besonders teure Entwicklungsvorhaben (mit negativen Fiskalwerten) unterlassen.

- Die Verschuldung der Modellkommunen durch den Kauf von Zertifikaten lag mit jeweils rund zwei Prozent der mit den Baugebieten erzielbaren Erträge auf insgesamt niedrigem Niveau, so dass davon ausgegangen werden kann, dass es den Kommunen auch in einem Flächenhandelssystem möglich sein wird, Siedlungsentwicklung im notwendigen Umfang zu betreiben, ohne ihre Haushalte mit einer unverhältnismäßig hohen Kreditaufnahme zu belasten. Hierbei helfen auch die an alle Kommunen kostenlos ausgegebenen Zertifikate, deren Umfang jeder Kommune bekannt ist und deren Bestand auch über mehrere Jahre ohne Restriktionen angespart werden kann.
- Nach dem im Modellversuch entwickelten Verfahren können die Kommunen die Anzahl der nachzuweisenden Zertifikate selbst berechnen. Das ist im Rahmen der bestehenden Planverfahren ohne großen Aufwand möglich. Die Kommunen melden die benötigten Zertifikate an eine zuständige Verwaltungsbehörde auf Regional- oder Landesebene. Diese überprüft die Daten auf Plausibilität und leitet sie an die zuständige Stelle auf Bundesebene weiter. Hierfür sind keine neuen Behörden und nur wenig neues Fachpersonal nötig. Auch die Organisation des Handels über einen Börsenplatz ließe sich schnell und günstig umsetzen.

Antrag 305: Herzstillstand Deutschland - für die Reanimation unseres Gesundheitswesens

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	BAK Gesundheit und Pflege (BAK), LV Niedersachsen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Gesundheit eines Menschen ist Basis und Grundvoraussetzung für ein erfülltes und
2 selbstbestimmtes Leben. Nach Definition der World Health Organization (WHO) ist
3 Gesundheit nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern auch ein Zustand des
4 vollständigen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens. Obwohl es eines
5 der besten weltweit ist, wird das deutsche Gesundheitssystem diesem Anspruch an
6 vielen Stellen nicht gerecht. Es mangelt an Kranken-, Alten- und
7 Heilerziehungspfleger:innen, an Ärzt:innen, Arzneimitteln oder Nachhaltigkeit. Als
8 Junge Liberale sehen wir eine große Notwendigkeit, diesem Druck mit Reformen zu
9 begegnen: Wir wollen die Chancen von Fortschritt und Digitalisierung nutzen, um das
10 Patientenwohl in den Mittelpunkt zu rücken, Arbeitnehmer:innen im Gesundheitssektor
11 zu stärken, insb. den ländlichen Raum zu unterstützen, Prävention in den Fokus zu
12 nehmen und die Abhängigkeit der Gesundheit des Einzelnen vom sozioökonomischen Status
13 endlich aufzubrechen.

14 Digitalisierung im Gesundheitswesen

15 Mehr als Hardware

16 Als Junge Liberale setzen wir uns für den **sofortigen Ausbau der IT** und des **WLAN** in
17 Krankenhäusern, wie auch Pflegeheimen ein. Es ist nicht zumutbar, dass Systeme wie
18 Orbis, Meona, SAP, Medifox und DAN (stat. Altenpflege) mehr als drei Minuten zum
19 Laden einer Seite benötigen. Um reibungslose und effiziente Abläufe zu gewährleisten,
20 darf das Personal nicht mit Ladezeiten von Systemen beschäftigt sein. Zur idealen
21 Einbindung der IT in die Arbeitsabläufe von Arzt- und Pflegepersonal sollten auch die
22 Möglichkeiten von IT-Schulungen und Eingliederung der Thematik in die praktische
23 Ausbildung berücksichtigt werden. Diese sollen der Möglichkeit nach sowohl die realen
24 Arbeitsabläufe abdecken als auch die Risiken von internetfähigen Geräten (s. Malware)
25 ins Bewusstsein rufen.

26 Bürokratie abbauen- Papierkrieg beenden

27 Um das Gesundheitssystem endlich fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen,
28 ist für uns Junge Liberale klar, dass Arbeitsprozesse sowohl auf ärztlicher als auch
29 auf pflegerischer Seite endlich digitalisiert und optimiert werden müssen. Für uns
30 ist die **digitale Patientenakte** ein notwendiger Schritt zur besseren
31 Patientenversorgung. Diese sollte praktikabel und leicht zugänglich sein, die

32 Datensicherheit muss aber trotzdem im Vordergrund stehen. Des Weiteren sollen
33 digitale Schnittstellen genutzt werden, um den Informationsaustausch zwischen
34 Pflegekräften und Ärzten zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir stehen der Nutzung
35 von neuen digitalen Technologien wie z.B. generativen KI für die (teil-
36)automatisierte Dokumentation unter Wahrung des Datenschutzes offen gegenüber und
37 setzen uns für die Zulassung und Förderung dieser ein. Unnötige Bürokratie und
38 endloser Papierkrieg müssen der Vergangenheit angehören.
39 Zudem sollen Dokumente wie bspw. Einverständniserklärungen oder Aufklärungsbögen rein
40 digital bearbeitet und rechtssicher unterschrieben werden können.

41 **Von Privatversicherern und Krankenkassen lernen**

42 Abseits staatlicher Infrastruktur haben vor allem die privaten Versicherer bereits
43 eigene **digitale Services** aufgebaut, die aktuell das staatliche Angebot ergänzen.
44 Gerade hier bietet sich ein Wissenstransfer in die staatliche Infrastruktur an. Hier
45 sollte der Mindeststandard deutlich angehoben werden.

46

47 **Studienrekrutierung verbessern**

48 Bisher hängt die Anbindung von Patient:innen an Studien vom Bewusstsein der Ärzte ab.
49 Ob ein Patient aufgenommen wird oder nicht, ist stark davon abhängig, ob der
50 behandelnde Arzt/Ärztin zum Zeitpunkt der Diagnose von einer potentiellen Studie weiß
51 und wie präsent ihm/ihr diese ist. Da in einer Klinik oder Abteilung eines
52 Krankenhauses oft viele **Studien** parallel laufen, ist die Übersicht über diese oft
53 eingeschränkt. Um diese Situation zu verbessern und mehr potentielle
54 Studienteilnehmer:innen zu rekrutieren, soll eine Plattform entwickelt werden, in
55 welcher sämtliche Studien eingepflegt werden sollen, an der die Abteilung teilnimmt
56 bzw. welche diese selbst durchführt. Wenn dann der Arzt/Ärztin den Patientenfall und
57 Diagnosen codiert, sollen passende Studien automatisch ausgegeben werden. Denn
58 Forschung und Studien verbessern die Qualität der Medizin und sind ein essentieller
59 Bestandteil evidenzbasierter Medizin.

60 **Personal entlasten durch smarte Technik**

61 Zur Entlastung des pflegerischen Personals setzen wir uns für Pilotprojekte ein, in
62 welchem **innovative Technik und Robotik** auf ihren Nutzen und Anwendbarkeit im
63 Klinikalltag geprüft werden. Untersucht werden sollen hier vor allem technische
64 Lösungen, wie Serviceroboter, Klingelanlagen mit Auswahlmöglichkeit oder intelligente
65 Matratzen. Sollten diese Pilotprojekte erfolgreich sein, soll die Anschaffung solcher
66 Systeme zur Entlastung des Personals flächendeckend gefördert werden. Die besonderen
67 Anforderungen der technischen Interoperabilität im Gesundheitswesen sollen zukünftig
68 durch international anerkannte und offene Standards gelöst werden, sofern diese mit
69 unseren Datenschutzstandards vereinbar sind.

70 **Finanzierung**

71 Da wir der Meinung sind, dass wir dieser Thematik in einem Antrag mit so vielfältigen
72 Ansätzen nicht gerecht werden können, werden wir zu gegebener Zeit einen umfassenden

73 Reformierungsvorschlag zur Finanzierung im Gesundheitswesen einreichen. Fest steht:
74 Es braucht dringend Neuerungen, damit wir den Bedürfnissen der Patienten und des
75 Personals gerecht werden können.

76 **Infrastruktur**

77 **Umstrukturierung für eine bessere Versorgung**

78 In Deutschland gibt es ca. 1.600 Klinikstandorte. Viele dieser Kliniken können sich
79 nicht halten und schreiben beständig rote Zahlen, sie binden also Ressourcen, die an
80 anderer Stelle eigentlich dringend benötigt werden. Betroffen sind nicht nur kleine
81 kommunale Häuser, sondern auch überversorgte städtische Gebiete. Dies gilt sowohl für
82 Geldmittel, also auch Personal wie Pfleger:innen und Ärzte:innen. Zudem ist eine
83 medizinische Versorgung auf höchstem Niveau aus Ressourcenknappheit oftmals nicht
84 möglich. Dadurch ist die Patientenversorgung und -sicherheit gefährdet. Als Junge
85 Liberale setzen wir uns für eine kritische Prüfung des Weiterbetriebs dieser
86 Krankenhäuser in ihrer jetzigen Form ein. Durch eine **Umstrukturierung der Versorgung**
87 werden wahrnehmbare Verbesserungen erreicht. Fachkräfte können effizienter eingesetzt
88 werden und wirtschaftliche Ressourcen noch gezielter der Krankenversorgung zur
89 Verfügung gestellt werden. Die Effizienzmaßnahmen steigern die Qualität, da
90 **zertifizierte Zentren** durch das Einhalten von Struktur- und Prozessstandards bessere
91 Resultate (Überleben, Lebensqualität, geringer Komplikationsrate etc.) erzielen
92 werden. In den freigewordenen Gebäuden könnten **Gesundheitszentren** zur ambulanten
93 Versorgung mit bspw. Arztpraxen oder auch **Kurzzeitpflegeplätze** entstehen. Diese
94 sollen ebenfalls die ambulante Akut- und Notfallversorgung übernehmen. Zu überlegen
95 ist auch, ob in diesen Zentren ein Notarztteam angesiedelt wird, um die Zeit zum
96 Einsatzort zu verkürzen und schnell ärztliche Hilfe zu erhalten.

97 **Nachhaltige Krankenhäuser**

98 Krankenhäuser benötigen extrem viel Energie und Ressourcen. So produzieren alle
99 Krankenhäuser zusammen in Deutschland pro Jahr 4,8 Mio. Tonnen Müll. Hier sehen wir
100 als Junge Liberale großes Veränderungspotential. Deshalb unterstützen
101 wir die **Initiative "Green Hospital"**, die Krankenhäuser ganzheitlich erfasst und auf
102 dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützt. Teilkomponenten sind dabei
103 Krankenhauslogistik, Müllmanagement, und eine generelle Minderung von CO₂-Emissionen
104 durch beispielsweise den Umstieg auf selbst produzierten Ökostrom. Wichtig dabei ist,
105 dass die Hygiene- und Sicherheitsstandards hierbei nicht vernachlässigt werden. Eine
106 weitere unterstützenswerte Alternative ist "Lebensretter - Klimaretter", bei der das
107 Krankenhauspersonal durch ein internes Ranking motiviert werden soll, auch im
108 Privatleben möglichst viel CO₂ einzusparen, denn auch Aktionen Einzelner in diesem
109 großen Sektor zeigen im Gesamten eine große Wirkung.

110 **Kindernotaufnahmen erhalten**

111 Als Jugendorganisation ist uns die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sehr
112 wichtig. Die fortschreitende Schließung von **pädiatrischen Notaufnahmen** betrachten wir
113 daher mit Sorge. Kinder- und Jugendmedizin unterscheiden sich deutlich von anderen
114 Fachdisziplinen, sodass der gesundheitliche Zustand von Kindern und Jugendlichen oft

115 falsch eingeschätzt wird. Daher ist es für die Qualität des Gesundheitssystems und
116 der Patientensicherheit elementar, dass diese Art der Notaufnahmen bestehen bleiben.

117 **Strukturen im ländlichen Raum stärken**

118 Um die **ärztliche Versorgung im ländlichen Raum** zu stärken, sollen Anreize für
119 Ärzt:innen geschaffen werden, um sich dort niederzulassen. So sollen etwa die
120 Bundesländer Miete und Unterhaltungskosten für Praxen in unterversorgten Regionen
121 übernehmen. Das unternehmerische Risiko, welches häufig als Argument gegen eine
122 Niederlassung genutzt wird, kann so gesenkt werden. Auch können Prämien als
123 Incentives genutzt werden, um Ärzt:innen in die Gegend zu locken. Dazu fordern wir
124 Honoraranreize in Form extrabudgetärer Honorarzuschläge etwa bei Hausbesuchen oder
125 ambulanten Operationen. Um einen Umzug attraktiver zu machen, müssen die Kommunen
126 Familien ansprechen. Daneben begrüßen wir außerdem Investitionshilfen zum Beispiel
127 der Kassenärztlichen Vereinigungen, damit gerade junge Ärzte es schaffen, sich auf
128 dem Land in einer eigenen Praxis zu etablieren, sowie kooperative Maßnahmen zwischen
129 Ärzt:innen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen in Gemeinschaftspraxen oder
130 Gesundheitszentren. Wo es sinnvolle Überschneidungen gibt, sollen Psycholog:innen die
131 selben Förderungen erhalten.

132 **Nachwuchsförderung fürs Land**

133 Zur Stärkung der medizinischen Versorgung auf dem Land soll es an medizinischen
134 Fakultäten für Studierende einen sogenannten "**Landarzt-Track**" nach baden-
135 württembergischen Vorbild geben. Dort werden nicht nur wichtige Fertigkeiten für die
136 Arbeit als Landärzt:in vermittelt, sondern Studierende mit regionalen Akteuren wie
137 etwa Hausärzt:innen, ambulanten und stationären Versorgungszentren sowie Gemeinden,
138 Bürgermeisterinnen oder Landräten zusammengebracht. Dieser multidimensionale Ansatz
139 soll das Interesse an der Region stärken, die notwendigen Kontakte vermitteln und
140 damit den Einstieg als Landärzt:in attraktiver machen und erleichtern.

141 **Mehr Weiterbildungskompetenzen gegen den Landarztmangel**

142 Von Fachkräftemangel ist besonders der ländliche Raum betroffen. Um mehr
143 Möglichkeiten der ärztlichen Weiterbildung zu schaffen, sollen zukünftig auch
144 Ärzt:innen, die den Facharzt für Internisten absolviert haben, die volle
145 **Weiterbildungsbefähigung** für die Allgemeinmedizin erhalten. Dies ist bisher nur
146 eingeschränkt möglich.

147 Da die allgemeine Internistische Ausbildung höchst umfangreich ist und am Ende eine
148 Prüfung abgelegt wird, sind wir als Junge Liberale der festen Überzeugung, dass diese
149 Gruppe von Ärzt:innen genauso fähig ist, Allgemeinmediziner:innen vollwertig
150 auszubilden, wie Fachärzt:innen für Allgemeinmedizin es heute schon dürfen.

151 **Telemedizin der Zukunft**

152 Als Pilotprojekt sollen ähnlich wie in Frankreich **Untersuchungspods** getestet werden.
153 Ein Pod ist eine Kapsel, in der der Patient telemedizinisch untersucht werden kann.
154 In diesen Pods sitzt der Patient physisch, während der Arzt digital zugeschaltet ist.
155 Im Pod lassen sich weitergehende Untersuchungen wie Blutdruckmessung, eine

156 Auskultation der Lunge, Körpertemperatur- und Blutzuckermessungen durchführen. Dies
157 würde die Qualität der Telemedizin erheblich verbessern. Daher sollen solche
158 Pilotprojekte getestet werden. Die Verfügbarkeit einer telemedizinischen Behandlung
159 in Pflegeheimen würde Fachärzt:innen/Hausärzt:innen entlasten und zu einer
160 Verbesserung der Behandlung der Klienten führen. Auch in der Notfallmedizin muss die
161 Telemedizin gestärkt werden. So setzen wir, als Junge Liberale, uns für eine
162 Erweiterung der Kompetenzen von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern unter
163 Zuschaltung eines Telenotarztes ein.

164 **Übersetzernetzwerke schaffen**

165 Zur Verbesserung des Verständnisses für Behandlungen und die Ermöglichung von
166 ärztlichen Aufklärung in anderen Sprachen soll ein **deutschlandweites**
167 **Übersetzernetzwerk** geschaffen werden, über welches Kliniken private Übersetzer
168 anfragen können. Diese sollen dann zum ärztlichen Aufklärungsgespräch digital
169 zugeschaltet werden. Die Kosten für die Übersetzungen sollen von den Krankenkassen
170 übernommen werden.

171 **Medizinische Versorgungszentren (MVZ)**

172 Als Junge Liberale sehen wir in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) eine wichtige
173 Komponente der medizinischen Versorgung. In solchen Versorgungszentren finden sich
174 niedergelassene Ärzte zusammen, um eine effiziente und qualitativ hochwertige
175 medizinische Versorgung zu ermöglichen. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

176 Allerdings werden diese Zentren in jüngster Vergangenheit immer häufiger durch
177 internationale Finanzinvestoren übernommen, bei denen die medizinische Qualität in
178 den Hintergrund rückt. Angesichts des massiven Investitionsbedarfs ist Fremdkapital
179 notwendig, um die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems langfristig
180 sicherzustellen. Gleichzeitig braucht es klare Regeln, die den Schutz der
181 Patientinnen und Patienten gewährleisten. Um diesen Interessenausgleich zu schaffen,
182 sollten Neugründungen medizinischer Versorgungszentren künftig nur noch als
183 gemeinnützige Gesellschaften mit begrenzter Haftung (gGmbH) möglich sein.

184

185 **Pflege anerkennen**

186 **Fachkräftemangel beheben**

187 **Wir erneuern unsere Forderung nach einem digitalen, transparenten und bürokratiearmen**
188 **Punktesystem zur Zuwanderung, das in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern an den**
189 **Fachkräftebedarf angepasst wird. Um kurzfristig die Einwanderung von**
190 **Pflegefachkräften zu fördern, sollen Personal-Werbebörsen eingeführt werden, die**
191 **gezielt Fachkräfte anwerben, den Bewerber:innen bei der Anerkennung ihrer**
192 **Berufsabschlüsse helfen, Sprachkurse vermitteln und bei der Wohnungssuche helfen. In**
193 **Europa ausgebildetes Pflegefachpersonal sollte in Deutschland bevorzugt mit**
194 **entsprechendem Qualifikationsnachweis zugelassen werden. Es kann nicht sein, dass**
195 **unsere europäischen Pflegefachkräfte die Ausbildung zur Pflegefachkraft erneut**
196 **durchlaufen müssen.**

197 Gleichzeitig muss der Beruf aber auch wieder so attraktiv werden, dass das in
198 Deutschland ausgebildete Pflegepersonal langfristig im Berufsfeld bleibt und wir
199 keine Verschiebung des Pflegemangels in anderen Ländern verursachen.
200 Zudem setzen wir uns für die weitere Etablierung des Berufsbildes “Physician
201 Assisstant” ein, der als Bindeglied zwischen ärztlichem Personal und Pflegepersonal
202 fungiert, um so beide Berufsgruppen zu entlasten.

203 **Attraktivität steigern**

204 Um den Beruf attraktiver zu gestalten, setzen wir uns für die Erprobung **innovativer**
205 **Arbeitszeitmodelle** ein. Zudem müssen Arbeitszeiten und Dienstpläne verlässlicher
206 werden. Ein Pilotprojekt ist das Projekt Charité 2030. Als Junge Liberale setzen wir
207 uns dafür ein, dass auch in weiteren deutschen Kliniken derart umfassende
208 Pilotprojekte gestartet werden. Bereits ausgebildete Pflegekräfte, die das Berufsfeld
209 der Pflege verlassen haben, sollen Anreize erhalten, in die Pflege zurückzukehren.
210 **KI-Dienstplangestaltung** muss gefördert werden, intelligente Ausfalllösungen als auch
211 die Dienstplangestaltung bindet sowohl viele zeitliche als auch finanzielle
212 Ressourcen.
213 Zudem ist es wichtig, dass die Pflegekräfte fair entlohnt werden und während ihres
214 Berufslebens ausreichende Aufstiegschancen haben.
215 Auch die Vereinbarkeit von Familie und Schichtarbeit soll durch erweiterte KITA-
216 Öffnungszeiten oder andere Betreuungsmöglichkeiten gefördert werden.

217 **Reformierung der Ausbildungsmöglichkeiten**

218 **Um den Pflegeberuf sowohl niederschwellig zu öffnen und gleichzeitig im Sinne des**
219 **lebenslangen Lernens, Aufstiegs- und Qualifikationsmöglichkeiten zu schaffen, fordern**
220 **wir die Qualifikationsstufen im Pflegebereich künftig bundeseinheitlich wie folgt zu**
221 **gliedern (eine genaue Ausgestaltung obliegt dann der Pflegekammer im Rahmen der**
222 **Selbstverwaltung): Künftig soll es Pflegehelfer:innen geben, die eine 3-monatige**
223 **Ausbildung durchlaufen, um pflegerische Mindeststandards zu erlernen. Aushilfskräfte**
224 **auf Stationen, die bereits jetzt Pflegekräfte unterstützen, sollen dabei unter einer**
225 **anderen Bezeichnung erhalten bleiben. Diese Kurzausbildung soll auch parallel zum**
226 **Beruf/ Praktikum möglich sein. Darüber hinaus sollen fachliche Vertiefungen und**
227 **zusätzliche Qualifikationen ermöglicht werden. Nach einem festgelegten Prüfungsprofil**
228 **kann man sich so bzw. die Fachpflege für bspw. Intensivmedizin oder Hygiene**
229 **qualifizieren. Des Weiteren sollen bestimmte Fortbildungen, wie bspw. zum**
230 **Wundexperten entlohnt werden.**

231 Als Junge Liberale setzen wir uns zudem ausdrücklich für eine Erweiterung der
232 Kompetenzen in der Pflege ein.

233 Der **Studiengang “Pflegewissenschaften”** ermöglicht die hochqualifizierte Ausbildung
234 von Leitungs- und Führungspersonal, wie auch dringend benötigte wissenschaftliche
235 Forschung im Bereich der Pflege. Um diesen Studiengang attraktiver und zugänglicher
236 zu gestalten, soll zukünftig langjährige Berufserfahrung auf den Bachelor
237 Pflegewissenschaften angerechnet werden. Trotz der umfassenden Vorkenntnisse nochmal
238 den gesamten Studiengang durchlaufen zu müssen, halten wir weder für erforderlich,
239 noch sinnvoll. So sind sämtliche Prüfungsleistungen kritisch im Hinblick auf eine

240 mögliche Anrechenbarkeit zu prüfen. Der Master “Pflegerwissenschaften” soll
241 berufsbegleitend wie in Vollzeit etabliert werden.
242 Auch wenn eine Weiterqualifizierung nach unseren Vorstellungen äußerst erstrebenswert
243 ist, sprechen wir uns aber klar gegen eine Akademisierung des Pflegeberufs aus.
244

245 **Ärztliche Ausbildung**

246 **Ärztemangel effektiv bekämpfen**

247 Der Ärztemangel ist frappierend, so fehlen aktuell rund 15.000 Ärzt:innen in
248 Deutschland. Dies liegt nicht an mangelndem Interesse an diesem Beruf, sondern v.a.
249 an der begrenzten Zahl an Studienplätzen. Als Junge Liberale erkennen wir die
250 Komplexität und den Aufwand an, den es benötigt, um mehr Medizinstudienplätze zu
251 schaffen. Wir fordern trotz dieser Schwierigkeiten den **schnellstmöglichen Ausbau von**
252 **Studienplätzen**. Zudem soll es in Zukunft keine sogenannten Teilstudienplätze mehr
253 geben. Wer aktuell über einen Teilstudienplatz studiert, soll an anderen
254 Universitäten nahtlos übernommen werden.
255 Ohne ärztliches Personal aus dem Ausland wäre der Ärztemangel in Deutschland noch
256 ausgeprägter. Deshalb sollten sprachliche Hürden möglichst schnell und unkompliziert
257 durch die Förderung von Sprachkursen in Verbindung mit dem Nachholen fehlender
258 Studieninhalten, verringert werden, so dass eine möglichst schnelle Teilnahme am
259 Berufsleben in Deutschland, ohne Einbußen für die Qualität in der Patientenversorgung
260 durch sprachliche Barrieren, möglich wird.

261 **Mentale Gesundheit im Studium stärken**

262 Schon das Medizinstudium ist geprägt von hohen Leistungsansprüchen und Druck. So ist
263 die Prävalenz von Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen unter
264 Medizinstudent:innen signifikant höher als in anderen Studiengängen. Im späteren
265 Beruf werden die Ansprüche nicht geringer, sondern steigen sogar noch. Deshalb ist es
266 essentiell, schon im **Studium Fertigkeiten der Psychohygiene und Stärkung der mentalen**
267 **Gesundheit** zu erlernen, zum Beispiel im Rahmen des Fachs der “medizinischen
268 Psychologie”. Nur ein gesunder Arzt kann andere heilen.

269 **“Präppen” statt “peppen”**

270 Der **Präparierkurs** ist essentieller Bestandteil des Medizinstudiums. Hier erhalten
271 Medizinstudent:innen die einzigartige Möglichkeit, die Anatomie im wahrsten Sinne zu
272 begreifen und an echten Körpern zu erlernen. Es ist der erste echte Kontakt der
273 Student:innen mit menschlicher Anatomie. Dadurch, dass man den menschlichen Körper
274 physisch vor sich hat, wird das Verständnis von Lagebeziehungen und Struktureinheiten
275 erheblich verbessert. Dies ist genau das Wissen, was angehende Chirurg:innen in ihrem
276 späteren Beruf benötigen werden. Ein vollständig digitales System wie bspw. in
277 Frankreich lehnen wir daher ab. Digitale Varianten können Teile des Präparierkurs
278 sehr gut ergänzen, denn gerade an großen Universitäten wie der LMU können so kleinere
279 Gruppen abwechselnd am Körperspender arbeiten, während der andere Teil der Gruppe am
280 digitalen Präparat vertieft. Dieses Modell kann aber den bestehenden Präparierkurs

281 nicht ersetzen.

282 **PJ-ler nicht alleine lassen**

283 Der letzte Abschnitt des Medizinstudiums ist das Praktische Jahr (**PJ**). Hier arbeiten
284 Studierende nach Bestehen des zweiten Staatsexamen ganztags und oftmals ohne
285 Bezahlung im Krankenhaus und bereiten sich gleichzeitig auf das dritte Staatsexamen
286 vor. Diese Situation ist nicht hinnehmbar. Neben dem PJ einen Nebenjob auszuüben, ist
287 praktisch nicht realisierbar, wodurch eine Selbstfinanzierung entfällt. Als Junge
288 Liberale fordern wir, dass die Kliniken die PJ Student:innen mindestens auf 520 €-
289 Basis anstellen, so dass Studierenden im Vollzeit-Praktikum zumindest grundlegende
290 Arbeitnehmerrechte zugestanden werden, denn Krankheitstage sind keine Urlaubstage!
291 Langfristig soll der Betrag an die **Gehälter** des PJ in der Pharmazie von ca. 1.100 €
292 netto angeglichen werden. Denn der sozioökonomische Hintergrund darf kein Hindernis
293 auf dem Weg zum ärztlichen Beruf sein.

294 **Female Forward**

295 Obwohl sich jährlich mehr weibliche als männliche Bewerber:innen um einen
296 Studienplatz bewerben und es mehr Medizinstudentinnen gibt, sind Führungspositionen
297 überproportional männlich besetzt. Wir möchten angehenden Ärztinnen durch gezielte
298 **Förderungen** den Weg in die Spitzenforschung und in leitende Positionen erleichtern.
299 Nicht zu vernachlässigen ist dabei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hierbei
300 setzen wir auf flexible, verlässliche Arbeitszeiten und einen Ausbau sowie eine
301 Reform von Kinderbetreuungsplätzen und die Ernennung von befristeten Stellvertretern
302 für die Ausfallzeiten durch Mutterschutz und Elternzeit.

303 **Geschlechtermedizinische Themen**

304 **Wie aus Gutachten des Bundesministeriums für Gesundheit hervorgeht, lernen**
305 **Medizinstudierende zu wenig darüber, wie sich das Geschlecht auf Krankheiten und**
306 **Therapien auswirken kann. Zwar ist bei den meisten Medizinischen Fakultäten ein**
307 **Bewusstsein für die Relevanz von geschlechterspezifischen Aspekten angekommen, doch**
308 **die strukturelle, curriculare Integration von geschlechtersensiblen Aspekten ist noch**
309 **nicht ausreichend fortgeschritten.**

310 In 70,4 Prozent der medizinischen Fakultäten in Deutschland werden Medizinstudierende
311 nur punktuell in einzelnen Lehrveranstaltungen auf die Geschlechterunterschiede bei
312 Krankheiten, Symptomen und Therapien aufmerksam gemacht. Deshalb setzen wir uns für
313 eine verpflichtende Einführung aller Medizinstudierender in das Thema
314 "geschlechtsspezifische Medizin" ein.

315 Der Fokus zur Verbesserung der geschlechtsspezifischen medizinischen Versorgung liegt
316 in der Erforschung weiterer Unterschiede. Die Eröffnung weiterer Institute wie der
317 Charité für Geschlechterforschung in der Medizin soll an weiteren
318 Universitätskliniken gefördert werden. Nur auf dieser Grundlage können
319 wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden, die im Anschluss in die Lehre zu
320 tragen sind. Unterstützend dazu sind medizinische Forschungsinstitute mit
321 sozialwissenschaftlichen Instituten der Geschlechterforschung zu vernetzen.

322 Am kanadischen Vorbild sind bei medizinischen Forschungsprojekten zu einzelnen

323 Krankheiten die Datensätze auch auf geschlechtsspezifische Unterschiede zu
324 untersuchen. Da das ohnehin erhobene Daten betrifft, entsteht weder ein relevanter
325 Mehraufwand noch eine zusätzliche Erhebung von Daten. Sollte ein Forschungsprojekt
326 von vornherein nur ein Geschlecht untersuchen, ist diese Auswahl zumindest zu
327 begründen.

328 **Keeping it clean – Multiresistenten Keimen die Stirn** 329 **bieten**

330 **Function over style – Arztkittel kürzen**

331 Ein häufiger Übertragungsweg von Keimen in Krankenhäusern sind lange Ärmel von
332 Arztkitteln. Diese kommen im Laufe eines Arbeitstages häufig mit Patient:innen in
333 Kontakt, ohne dass sie angemessen gereinigt werden können. Deshalb fordern wir, die
334 Ärmellänge von **Arztkitteln** nach dem Vorbild der Niederlande **auf Ellenbogenlänge** zu
335 verkürzen. Langfristig sollen Arztkittel abgeschafft werden, da sie vornehmlich als
336 Statussymbol dienen, aber sonst keinen Mehrwert bringen. Ärzte sollen zukünftig durch
337 einen zusätzlichen, deutlich sichtbaren Ansteckpin oder ähnliches gekennzeichnet
338 werden.

339 **Antibiotika verantwortungsbewusst einsetzen**

340 Zudem soll es in allen Kliniken und Stationen ein **Antibiotic Stewardship (ABS)** geben.
341 Hierbei geht es um den verantwortungsbewussten Einsatz von Antibiotika, um diese
342 möglichst passgenau zu verabreichen und Resistenzen zu vermeiden. In Zukunft soll es
343 in jedem Haus mindestens eine:n Infektiolog:in geben, der/ die sämtliche Stationen
344 für eine wöchentliche infektiologische Sprechstunde aufsucht.

345 Aber auch im hausärztlichen Bereich sollte noch mehr für die verantwortungsbewusste
346 Gabe von Antibiotika sensibilisiert werden.

347 Zudem stehen wir durch die Massentierhaltung zunehmend vor der Problematik von
348 multiresistenten Keimen, daher setzen wir uns für eine engmaschigere Kontrolle dieser
349 Betriebe und deren Antibiotikagabe ein.

350 Auch Medikamentenreste im Abwasser werden immer häufiger zum Problem, da diese nicht
351 ausgefiltert werden können. Daher setzen wir uns für eine Aufklärungskampagne ein,
352 die Menschen für eine korrekte Entsorgung von Medikamenten sensibilisiert.

353 **Viren nutzen**

354 In Deutschland soll die Möglichkeit der **Phagentherapie** stärker in die Forschung
355 einbezogen werden. Diese Phagen sind spezielle Viren, die gezielt Bakterien
356 angreifen, aber nicht humanpathogen sind. Diese bieten die Möglichkeit Bakterien, die
357 nicht mehr für Antibiotika sensibel sind, abzutöten. Aktuell ist Georgien in diesem
358 Gebiet Vorreiter. Patienten aus Deutschland fliegen dorthin, um sich behandeln zu
359 lassen. Die Kosten dafür tragen sie dabei privat. Wer das Geld nicht aufbringen kann,
360 dem ist die Möglichkeit der Heilung verwehrt. Diesen Zustand wollen wir durch
361 verstärkte Forschung in Deutschland und die perspektivische Zulassung der
362 Phagentherapie bekämpfen.

363 **Myth busters**

364 Um auf die Risiken von inflationärem Antibiotikagebrauch aufmerksam zu machen, soll
365 es große **Aufklärungskampagnen** in der Allgemeinbevölkerung geben.

366 **Rettungswesen**

367 **Traumatisierungen frühzeitig verhindern**

368 Erste Hilfe-Kurse sollen um den Aspekt der **psychologischen Erste Hilfe** ergänzt
369 werden. Hierbei sollen die Teilnehmenden an das in Israel entwickelte 6C-Modell
370 herangeführt werden, was sich leicht in deutsche Kurspläne integrieren lässt. Durch
371 psychologische Erste Hilfe kann bereits am Ort des Geschehens eine Traumatisierung
372 gemindert oder sogar abgewendet werden. Deshalb muss auch die psychosoziale
373 Notfallversorgung für Ersthelfer ausgebaut und auch mit zeitlichem Abstand nach der
374 Hilfeleistung noch einfach und unbürokratisch zugänglich gemacht werden.

375 **Alle müssen helfen können**

376 Oft machen junge Menschen ihren ersten Erste-Hilfe-Kurs, wenn sie ihren Führerschein
377 machen. In einer Gesellschaft, in der allerdings immer weniger junge Menschen sich
378 dazu entscheiden, ihren Führerschein zu machen, kann das langfristig zu Problemen
379 führen. Wir finden, die Schulen sollten solche Fähigkeiten und Kenntnisse lehren, die
380 auf das Leben vorbereiten. Ein **Erste-Hilfe-Kurs** gehört dazu. Wir fordern, dass jede:r
381 Schüler:in in der Mittelstufe mindestens einen Erste-Hilfe-Kurs macht und dass dieser
382 in der gymnasialen Oberstufe oder im Bereich der Berufsschule aufgefrischt werden
383 soll. Ergänzend sollen Kampagnen für Ersthelfer:innen-Apps wie bspw. Corhelper
384 durchgeführt werden, oder das Etablieren auf dem Land des Helfer vor Orts, um eine
385 schnelle Erstversorgung zu unterstützen.

386 **Blutungen stoppen, Leben retten**

387 Polizei und Feuerwehr sind oftmals als erste an Einsatzorten und (Groß-
388)Schadenslagen. Ihre Aufgabe ist es, den Einsatzort zu sichern und zu sichten. Dabei
389 kommt ihr auch die Rolle der Ersthelfer:innen zu. Deshalb sprechen wir uns für
390 umfassende Erste-Hilfe-Schulungen und Übungen zusammen mit Einsatzkräften in diesem
391 Bereich aus, um die Zusammenarbeit zu stärken. Die **Sichtung und Triage** von Verletzten
392 allerdings, ist eine nicht delegierbare ärztliche Aufgabe und soll es auch bleiben.
393 Zudem soll jedes Einsatzmittel mit einer sogenannten **“Ulmer Box”** oder einem
394 Äquivalent ausgestattet sein, um im Ernstfall schnell und einfach lebensgefährliche
395 Blutungen zu unterbinden und damit Leben zu retten.

396 **Rechtssicherheit für den Rettungsdienst**

397 Das Rettungsdienstpersonal muss befugt sein, medizinische Hilfe rechtssicher und ohne
398 Behinderung durch Dritte umsetzen zu können. Daher sollen Rettungssanitäter und
399 Notfallsanitäter nach gleichen Standards in allen Bundesländern ausgebildet werden
400 und erlernte Maßnahmen – einschließlich heilkundlicher und invasiver Art – ausüben
401 dürfen, wenn diese Teil ihrer Ausbildung waren und zusätzliche Aufgaben übernehmen
402 dürfen, wenn diese durch die Länder freigegeben wurden. Rettungsdienstpersonal sollte

403 außerdem im Falle von rechtlichen Streitigkeiten oder Strafverfahren Unterstützung
404 erhalten. Eine solche Unterstützung könnte aus der Bereitstellung von Rechtsberatung,
405 Anwälten oder anderen Fachleuten bestehen, die bei der Wahrung der Rechte des
406 Rettungsdienstpersonals und der Verteidigung gegen ungerechtfertigte Anschuldigungen
407 helfen können.

408 **Ausbildungsqualität verbessern**

409 Mit Sorge beobachten wir die abnehmende Qualität der Leitstellen im Rettungswesen.
410 Dadurch wird die Leitstelle ihrer Filterfunktion nicht mehr gerecht und Rettungsteams
411 zu vermeidbaren Einsätzen geschickt, was Kapazitäten und Geld kostet. Deshalb fordern
412 wir die **bundeseinheitliche Ausbildung von Leitstellenmitarbeiter:innen** sowie die
413 **Aufstockung** des Personals.

414

415 **Prävention und Gesundheitsförderung**

416 **Mehr Freude an Bewegung**

417 Bewegung ist ein wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebens. Um dies zu stärken,
418 sollen Krankenkassen mehr **Angebote zur sportlichen Betätigung** machen. Dies kann bspw.
419 in Form von vergünstigten Fitnessstudio-Mitgliedschaften, Prämien für aktive
420 Mitgliedschaften im Sportverein oder direkte Sportangebote geschehen.
421 Förderungsprogramme im Gesundheitswesen seitens der gesetzlichen Krankenkassen
422 sollten ausgeweitet werden. Implementierung eines Betrieblichen
423 Gesundheitsmanagements, Gesundheits,- Ernährungs,- und Stresscoaches sollten durch
424 ausgebildetes Fachpersonal angeboten werden.

425 **Screening bekannter machen**

426 Die Früherkennung spielt besonders bei onkologischen Erkrankungen eine besonders
427 große Rolle. Doch viele der **Früherkennungsprogramme** sind in der breiten Bevölkerung
428 nicht bekannt. Dies wollen wir ändern. Dazu soll es Kampagnen in der Öffentlichkeit
429 geben, die eine möglichst breite Bevölkerung wahrnehmen und ansprechen. Es sollen
430 systematische Broschüren erstellt werden, welche Vorsorgeuntersuchungen ab welchem
431 Alter angeboten werden. Diese können beim Hausarzt ausgelegt und bei jedem
432 Erstgespräch gezielt verteilt werden. Wichtig ist, dass diese Früherkennungsprogramme
433 nicht verknappert werden auf Grund fehlender finanzieller Mittel (Beispiel:
434 Mammographie).

435 **Prävention schlägt Behandlung**

436 Jeder dritte Single in Deutschland denkt, er könne am Aussehen des Partners erkennen,
437 ob er oder sie eine sexuell übertragbare Krankheit hat. Auch anlässlich dieser
438 beunruhigenden Erkenntnis einer Studie aus dem Jahr 2017 wird deutlich: Prävention
439 ist immer günstiger als die Behandlung. Eine Reduktion der Fallzahlen ist in
440 gesamtgesellschaftlichem Interesse und kann langfristig das Gesundheitssystem
441 entlasten.

442

443 Kondome und Lecktücher schützen effektiv vor der Verbreitung sexuell übertragbarer
444 Krankheiten, deren Folgen sowohl individuell als auch aus
445 gesellschaftlicher/wirtschaftlicher Sicht gravierend sein können. Angelehnt an die
446 entsprechende Regelung in Frankreich fordern die Jungen Liberalen, dass
447 Verhütungsmittel wie Kondome und Lecktücher für junge Menschen bis 25 Jahre
448 unentgeltlich (z.B. in Arztpraxen, Apotheken, Schulen, Universitäten) abgegeben
449 werden. Auch Gastronomen (wie Bars, Clubs und Eventveranstalter) sollte ermöglicht
450 werden, Kondome und Lecktücher zum Schutz von Gelegenheitssex entsprechend dieser
451 Regelung kostenfrei abzugeben, auch in Form von Kondomaten.
452 Die Bundesregierung wird folglich dazu aufgefordert, eine Regelung zu schaffen, die
453 den Anbietern die Abrechnung über die privaten wie gesetzlichen Krankenkassen digital
454 und unbürokratisch ermöglicht.

455 **Ein Stich – die Krankheit liegt**

456 **Impfungen** sind eine hocheffiziente Möglichkeit der Prävention. Diese erkennen wir als
457 Junge Liberale an. Mit Sorge beobachten wir die steigende Tendenz der Abkehr von der
458 evidenzbasierten Medizin im Bereich von Impfungen. Dagegen wollen wir mittels
459 gezielter und empathischer Kampagnen vorgehen. So soll es bspw. Elternabende mit
460 Expert:innen geben, die in offener Atmosphäre Fragen beantworten und Vorurteile
461 nehmen. Die Möglichkeit von Impfschäden erkennen wir an und fordern hierbei
462 niederschwellige Hilfsangebote für die Betroffenen.

463

Begründung

Gemeinsamer Antrag mit dem LV Niedersachsen

Antrag 306: GTA auf der Spielekonsole, nicht auf der Straße!

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	BAK Gesundheit und Pflege (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Auf Europäischer Ebene wurden Reformvorschläge für den Straßenverkehr eingebracht.
- 2 Viele Bereiche sollen so künftig strikt reguliert werden. Daraufhin folgte direkter
- 3 Widerspruch seitens der FDP. Die Jungen Liberalen teilen die Kritik an den strikten
- 4 Regeln für junge Autofahrer, welche grade ihren Führerschein erhalten haben und fähig
- 5 befunden wurden, ein Kraftfahrzeug zu führen.
- 6 Die Vorschläge sehen aber nicht nur Einschränkungen für junge Menschen, sondern auch
- 7 Gesundheits- und Fahreignungstests für Senioren vor. Mit einem vernünftig
- 8 ausgearbeiteten Konzept und der Sicherstellung, dass Senioren dennoch mobil bleiben,
- 9 zum Beispiel mit einem kostenlosen ÖPNV-Ticket, teilen die Jungen Liberalen diesen
- 10 Vorschlag.
- 11 Während wir Senioren grundsätzlich nicht die Eigenverantwortung absprechen und sie
- 12 pauschal als Gefahr für den Straßenverkehr darstellen möchten, sehen wir das Problem,
- 13 dass die Reaktionsfähigkeit und das Orientierungsvermögen im Alter nachweislich
- 14 abnehmen. Davon betroffen sind motorische Reflexe und das Sehvermögen, welche
- 15 essenziell für eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr sind. Wir erkennen die
- 16 praktischen und psychischen Herausforderungen, die damit einhergehen an, sehen aber
- 17 dringenden Handlungsbedarf, denn ca. 17,4 Prozent (Stand: Februar 2023) der Unfälle
- 18 mit Personenschaden werden durch über 65-Jährige verursacht.
- 19 Freiheit ist für uns Junge Liberale das höchste Gut. Dazu zählt neben der Freiheit
- 20 zur Teilnahme am Straßenverkehr, die Freiheit der körperlichen Unversehrtheit.
- 21 Autounfälle schaden in den meisten Fällen nicht nur der verantwortlichen Person,
- 22 sondern oft auch Dritten.
- 23 Regelmäßige Gesundheits- und Fahreignungstests sollen sicherstellen, dass man auch im
- 24 hohen Alter noch ein Kraftfahrzeug führen kann, ohne die Freiheit und Unversehrtheit
- 25 anderer zu gefährden. Ab welchem Alter und in welchen Abständen diese Tests erfolgen
- 26 sollen, bis zu welchem Score eine Abgabe des Führerscheins freiwillig wäre und ab
- 27 welchem Testergebnis ein Umstieg auf den ÖPNV unvermeidbar ist, sollen Experten
- 28 ausarbeiten.
- 29 Für uns Junge Liberale ist es selbstverständlich, dass Senioren, die ihren
- 30 Führerschein abgeben, danach nicht vereinsamen, sondern weiterhin die Möglichkeit
- 31 haben am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dafür sollen sie ein ÖPNV-Ticket
- 32 erhalten, welches von staatlicher Seite erstattet werden soll.

Antrag 704: Freie Wahl an der Tankstelle - Oligopol verhindern!

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für das Betanken von E-Autos führt aktuell zu
- 2 einer ähnlichen Oligopolbildung, wie sie von konventionellen Tankstellen bekannt ist.
- 3 Der Handel von austauschbaren Gütern wie Strom oder Benzin sollte bei
- 4 funktionierendem Wettbewerb schnell zu verbraucherfreundlichen Preisen führen. Dies
- 5 ist aus verschiedenen Gründen bisher nicht passiert.
- 6 Wir Jungen Liberalen sprechen uns für einen echten Wettbewerb von Stromtankstellen
- 7 aus und damit für die Trennung von Betrieb und Belieferung. Die nötige Entflechtung
- 8 sollte sich an der Liberalisierung des Strommarktes orientieren, um auf bewährte Art
- 9 eigentumsrechtliche Fragen verfassungskonform beantworten zu können.

Begründung

Der Wechsel zur E-Mobilität kann bei richtiger Weichenstellung die wiederholte Bildung eines Tankstellenoligopols verhindern. Durch die leitungsgebundene Energiebelieferung ist die Verfügbarkeit von Stromtankstellen direkt an den Netzausbau gekoppelt. Dadurch überträgt sich die Eigenschaft des Stromnetzes als natürliches Monopol auch auf diese Tankstellen. Wenn an einer Stelle das Netz durch eine bestehende Ladeinfrastruktur ausgereizt ist, wird ohne Weiteres niemand ein zweites Netz an dieser Stelle aufbauen, um weitere Ladepunkte zu ermöglichen.

Da hiermit wesentliche Marktmechanismen für einen Wettbewerb um die beste Ladeinfrastruktur außer Kraft gesetzt sind, ist die logische Schlussfolgerung, einen Wettbewerb auf der Ladeinfrastruktur zu ermöglichen. Hierfür muss der Betrieb der Stromtankstellen von ihrer Belieferung getrennt werden. Zusätzlich vermeidet man dadurch auch Kompatibilitätsprobleme und Lock-In-Effekte, wie sie teilweise bereits zu beobachten sind (Anmeldepflicht, fehlende Akzeptanz von üblichen Zahlungsmitteln, Stecker etc.).

In Kombination mit einem diskriminierungsfreiem Zugang ermöglicht die angedachte Entflechtung die freie Wahl des Stromlieferanten: Entweder, weil es ohnehin der Lieferant der eigenen Wohnung ist, oder spezielle E-Auto-Tarife, oder dynamische Angebote vor Ort an der Ladesäule von verschiedenen Anbietern. Besonderen Reiz hätte zudem die Option, selbst erzeugten Strom zu beziehen und lediglich Netzentgelte zu zahlen.

Die Vergütung der Ladeinfrastrukturbetreiber erfolgt bspw. pro übertragener Kilowattstunde. Der Preis wird analog zum Netzentgelt von der Bundesnetzagentur festgelegt oder durch Ausschreibungen ermittelt, wobei nach angemessener Zeit der Betrieb der Ladeinfrastruktur am jeweiligen Standort neu ausgeschrieben werden sollte (vergleichbar zu kommunalen Stromnetzen). Da für eine verlässliche Ladeinfrastruktur auch der Ausbau in weniger lukrativen Gebieten erforderlich ist, ist für diesen Fall ohnehin eine gewisse Steuerung im öffentlichen Sinne erforderlich.

Eine entscheidende Verlangsamung des Ausbaus des Ladenetzes ist nicht zu befürchten. Hiergegen

spricht, dass es sich lediglich um eine kalkulatorische Änderung handelt, die im Wesentlichen einen Informationsaustausch darstellt: Die übertragene Energiemenge muss dem richtigen Lieferanten zugeordnet werden und nicht immer demselben. Zudem kann auch der ursprünglich vorgesehene Tarif des Betreibers erhalten bleiben - er muss nur anderen Stromanbietern dieselben Konditionen bieten wie seiner eigenen Belieferungsabteilung.

Auch darf nicht vergessen werden, dass verbraucherfreundliche Preise und deren Transparenz die Attraktivität der E-Mobilität substantiell steigern. Dieses Kriterium wird mit dem vorliegenden Antrag deutlich gestärkt, der Ausbau aber nur wenig gehemmt.

Antrag 403: Stille Nacht geile Nacht – Böllerlos ins neue Jahr (knallen darfst du trotzdem noch)

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	BAK Gesundheit und Pflege (BAK), BAK Innen und Recht (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sprechen sich für ein Verbot von Feuerwerk und Böllern aus.
- 2 Stattdessen möchten wir eine seitens der Kommune /Stadt /Gemeinde eine organisierte
- 3 Lasershow anbieten. Als Vorbild dafür dient zum Beispiel Japan. Die Gründe für ein
- 4 Feuerwerk /Böllerverbot sind wie folgt:
- 5 • Die Mehrbelastung der Notaufnahmen und des Rettungsdienstes in der
- 6 Silvesternacht beziehungsweise schon mehrere Tage bis Wochen vorher. Das
- 7 Gesundheitswesen ist bereits überlastet, überall herrscht Personalmangel und der
- 8 Alltag ist kaum noch bestreitbar. Ein Feuerwerksverbot würde zur Entlastung
- 9 beitragen. Zudem werden bei Unfällen oft nicht nur die direkt beteiligten
- 10 Personen verletzt, sondern unbeteiligte Dritte.
- 11 • Ebenso Feuerwehr und Polizei sind durch das Ende des Jahres deutlich mehr
- 12 belastet als üblich. Zudem setzen sie sich der Gefahr von Verletzungen und
- 13 Angriffen aus.
- 14 • Während der Pandemie und dem vorübergehenden Verbot von Feuerwerk, wurde das
- 15 Personal im Gesundheitswesen und Rettungswesen deutlich entlastet. Solange die
- 16 Situation derart angespannt ist, sehen wir die Notwendigkeit eines bleibenden
- 17 Verbotes.
- 18 • Die hohe Belastung für die Umwelt, Tiere und den Menschen durch den Feinstaub,
- 19 welcher in der Silvesternacht um ein Vielfaches höher ist als über das gesamte
- 20 Jahr hinweg.
- 21 • Zudem werden Tiere und Umwelt durch die Böller verletzt, es entstehen Brände und
- 22 vor allem die Tiere in freier Wildbahn werden durch das Feuerwerk erheblichen
- 23 Stress ausgesetzt
- 24 • Der Stress ist auch für Menschen mit PTBS eine große Belastung.

Begründung

Gemeinsamer Antragsteller: BAK Innen und Recht

Antrag 404: Für Selbstbestimmung stellen wir gute Zeugnisse aus

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	BAK Gesundheit und Pflege (BAK), BAK Arbeit und Soziales (BAK), BAK Innen und Recht (BAK), BAK Liberaler Feminismus (BAK), BAK Offene Gesellschaft (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen begrüßen die bisherigen Bemühungen des FDP geführten
- 2 Justizministerium im Bereich der Selbstbestimmung. Jedoch fordern wir noch
- 3 weitergehende Änderungen:
- 4 Selbstbestimmung bedeutet, dass wir Menschen, die aus persönlichen Gründen
- 5 (unabhängig von einer rechtlichen Geschlechtsanpassung) ihren Vornamen offiziell
- 6 ändern lassen wollen, keine zusätzlichen Steine in den Weg legen. Bisher haben diese
- 7 nach aktueller Rechtslage keinen Anspruch darauf, dass ihre vorherigen Dokumente des
- 8 Rechtsverkehrs (z. B. Abschlusszeugnisse) mit dem neuen Namen neu ausgestellt werden.
- 9 Dies kann häufig zu Komplikationen führen, da der Name, der auf den Ausweisdokumenten
- 10 geführt wird, nicht mit dem auf den Dokumenten übereinstimmt.
- 11 Die Jungen Liberalen fordern, dass jeder Mensch, der seinen Vornamen ändert, dies
- 12 auch rückwirkend in allen Bereichen seines Lebens tun kann.

Begründung

Gemeinsame Antragsteller: BAK Arbeit und Soziales, BAK Innen und Recht, BAK Liberaler Feminismus, BAK Offene Gesellschaft

Antrag 806: Weg zu Schutz, Transparenz und Kontrolle von Auskunfteien

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	LV Saarland (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Im Zuge der stetig steigenden globalen Vernetzung der letzten Jahre sind auch
2 zunehmend Unternehmensbeteiligungen ausländischer Unternehmen in die deutsche
3 Wirtschaft zu verzeichnen. Als Junge Liberale begrüßen wir diesen Effekt natürlich
4 sehr, jedoch sind im Rahmen der Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen insbesondere
5 Investitionen aus dem außereuropäischen Raum in Systeme, die von wesentlicher
6 Bedeutung für die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen der deutschen
7 Bevölkerung sind, einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen.
- 8 Die Jungen Liberalen stellen fest, dass auch große Sammlungen personenbezogener Daten
9 deutscher Bürger ein besonderes Sicherheitsinteresse Deutschlands darstellen und
10 deshalb besonderen Schutz gegenüber dem Zugriff durch ausländische Unternehmen
11 genießen sollten. Insbesondere stellen die Jungen Liberalen fest, dass
12 Wirtschaftsauskunfteien eine erhöhte Schutzbedürftigkeit im Kontext des Handels mit
13 personenbezogenen Finanzdaten aufweisen.
- 14 Die Jungen Liberalen fordern daher die Aufnahme von Auskunfteien in § 7 Abs. 1 der
15 Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-
16 KritisV) zur Ermöglichung des Vorbehalts von sektorübergreifenden
17 Investitionsprüfungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft im Falle eines
18 geplanten unmittelbaren oder mittelbaren Erwerbs einer inländischen Auskunftei oder
19 einer Beteiligung an einer inländischen Auskunftei durch einen Ausländer.
- 20 Innerhalb Deutschlands bezieht die SCHUFA Holding AG eine herausragende Stellung in
21 der Gemeinschaft der deutschen Auskunfteien. Daher geht von der deutschen Bevölkerung
22 ein besonderes Interesse am Prozess der Verarbeitung der riesigen Menge
23 personenbezogener Daten durch die SCHUFA Holding AG aus.
- 24 Die Jungen Liberalen stellen fest, dass Maßnahmen zur Verbesserung der
25 Interessenvertretung der deutschen Bevölkerung innerhalb dieses Unternehmens
26 getroffen werden müssen. Die Jungen Liberalen fordern deshalb
- 27 • eine Prüfung und gegebenenfalls Vollzug einer Unternehmensbeteiligung des Bundes
28 an der SCHUFA Holding AG um im Sinne der deutschen Bevölkerung eine
29 Kontrollfunktion innerhalb des Unternehmens auszuüben und sich für zusätzliche
30 Transparenz in der Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch das
31 Unternehmen einzusetzen,
 - 32 • die Schaffung des gesetzlichen Rahmens zur Verpflichtung einer Offenlegung des
33 Algorithmus, welcher zur Berechnung des SCHUFA-Scores eingesetzt wird.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 705: Nett hier, aber waren Sie schon mal in einem Naturschutzgebiet?

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Um die Artenvielfalt zu gewährleisten, sind Naturschutzgebiete von essenzieller
- 2 Bedeutung. Wir Junge Liberale sprechen uns daher für eine Stärkung des Systems aus.
- 3 Daher sind sie gleich wie FFH-Schutzgebiete der EU zu betrachten, das bedeutet, dass
- 4 sie in das Natura 2000 Netz der EU einzugliedern sind und einen gleich hoch
- 5 bedeutsamen Schutzstatus haben.
- 6 Außerdem fordern wir Junge Liberale zur Stärkung von Naturschutzgebieten:
- 7 • Die vorhandenen Naturschutzgebiete sollen vergrößert werden. Ein Rückbau dieser
- 8 soll nur in absoluten Ausnahmefällen möglich sein. Sollten Naturschutzgebiete
- 9 zurückgebaut werden, muss mindestens ein Gebiet der gleichen Größe und
- 10 Wertigkeit für den Naturschutz neu ausgewiesen werden. Die Wertigkeit für den
- 11 Naturschutz soll von einer unabhängigen wissenschaftlichen Stelle festgestellt
- 12 werden.
- 13 • Um die Wirkung der Naturschutzgebiete zu vergrößern, soll das Management dieser
- 14 qualitativ verbessert werden. Dazu gehört eine bessere Ausstattung der
- 15 Naturschutz-Kontrollinstanzen.
- 16 • Verkehrswege an den Naturschutzgebieten sollen durch Maßnahmen wie
- 17 Wildtierbrücken und Lärmschutz den Lebensraum von Tieren schützen. Die
- 18 Maximalgeschwindigkeit auf Verkehrswegen durch Naturschutzgebiete darf 50 km/h
- 19 nicht überschreiten.
- 20 • Von 22 Uhr bis 6 Uhr sollen regulär nur Lärm- und geräuscharme Fahrzeuge das
- 21 Naturschutzgebiet durchfahren dürfen. Diese Uhrzeiten können für Ausnahmefälle
- 22 nach Bedarf auf Einzelantrag angepasst werden.
- 23 • Bei der Einrichtung von Naturschutzgebieten sollte möglichst ein Fokus auf der
- 24 relativen Nähe von Gebieten zueinander liegen, um den natürlichen
- 25 Wanderbewegungen von Tieren Rechnung zu tragen. Dafür sind ausreichend Übergänge
- 26 einzurichten (Wildtierbrücken etc).
- 27 • Bei der Neuausweisung sind große zusammenhängende Gebiete gegenüber mehreren
- 28 kleinen Teilstücken zu bevorzugen.
- 29 • Bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten sollte darauf geachtet werden, dass
- 30 man sich auf große zusammenhängende Gebiete konzentriert, in denen auch große
- 31 Spezies leben können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Wichtig abzugrenzen ist: Naturschutzgebiete (NSG) sind eine deutsche Regelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz. Der Begriff ist geschützt, die Vorgaben streng reguliert und der Zweck eindeutig definiert. Sie stehen aber rechtlich nicht in Zusammenhang mit dem Netz der Europäischen Union zum Schutz von Gebieten zu Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG, kurz FFH-Richtlinie) und den Vogelschutzgebieten, die gemeinsam im Netz der Natura 2000 zusammenhängend geregelt sind. Wir wollen mit den Forderungen also eine Einbindung deutscher Naturschutzgebiete in ein gemeinsames gesamteuropäische Netz erreichen, da Natur und Wildtiere bekanntlich nicht an Landesgrenzen Halt machen.

Daneben ist eine Verlässlichkeit für bestehende NSG unerlässlich. Eine Rückführung wäre erheblich schädigend für die Flora, Fauna, den Tierbestand in diesen Gebieten und damit schädigend für andere Folgen z.B. zur Biodiversität. Regelungen dieser Art laufen den europäischen Bestimmungen zur Renaturierung, Maximalvorgaben zur Flächenversiegelungen uvm. zuwider. Um sinnvolle, europaweit nachvollziehbare und mit Nationalrecht vereinbare Boden- und Umweltpolitik betreiben zu können, ist diese Eingliederung ein sinnvoller Schritt, der auf lange Sicht Bürokratie und Einzelregelungswut vermeiden wird.

Antrag 706: Wie schnell fährt eigentlich ein Traktor?

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Im Straßenverkehr müssen klare unmissverständliche Regeln gelten. Bei dem
2 Zusatzzeichen 1049-11 ist dies nicht der Fall. Denn auf dem Schild ist als Piktogramm
3 ein Traktor, und darunter der Text "dürfen überholt werden" zu sehen. Aus diesem
4 Schild entsteht die Schlussfolgerung, dass Traktoren überholt werden dürfen. Dies ist
5 jedoch nicht der Fall.

6 Denn das Zusatzschild besagt, dass nur Kraftfahrzeuge, die unter 25km/h fahren,
7 überholt werden dürfen. Das Problem daran ist, dass heutzutage so gut wie keine
8 Traktoren weniger als 25 km/h fahren, sondern 40 bis 50 km/h. Dadurch ist dieses
9 Verkehrsschild nicht nur missverständlich, sondern kann im schlimmsten Fall auch
10 gefährlich werden.

11

Wir fordern daher die Abschaffung vom Zusatzzeichen 1049-11 – „Kraftfahrzeuge und

12

Züge bis 25

13

km/h dürfen überholt werden“ – der Straßenverkehrsordnung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 707: Angebot europaweiter Bahntickets

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern auch auf europäische Ebene die Möglichkeit ein, dass
- 2 Mobilitätsanbieter eine offene Programmierschnittstelle zur Fahrplanauskunft und
- 3 Buchung zur Verfügung europaweit stellen müssen. Dadurch sollen Buchungen auf einer
- 4 Plattform für europaweites Reisen möglich sein. Genauso wie Mobilität nicht an
- 5 Verkehrsbandgrenzen haltmacht, macht sie in einem offenen Europa auch nicht an
- 6 Ländergrenzen halt. Kunden sollen über diese Buchungsportale/Apps die Möglichkeit
- 7 haben, Tickets zentral zu kaufen, ohne dabei mehrere verschiedene
- 8 Buchungsportale/Apps zu benötigen und eventuell Rechtsschutz frei dazustehen, wenn im
- 9 Falle von Verspätungen oder Ausfall einer Verbindung eines Mobilitätsanbieters und
- 10 das Verpassen des Anschlusses bei einem anderen Mobilitätsanbieter nicht eine erneut
- 11 eine Fahrkarte kaufen zu müssen.
- 12 Wir fordern dafür:
- 13 – Einheitliche Schnittstelle für Buchungsportale/ Apps für den Ticketkauf, Fahrplan
- 14 und Echtzeitlage, unabhängig vom Beförderer, um auch Unternehmen die keine
- 15 Beförderung selbst durchführen die Möglichkeit zugeben diesen Service anzubieten des
- 16 Ticketkaufs.
- 17 – Fahrgastrechte, die für jeden am Beförderungsprozessbeteiligten Mobilitätsanbieter
- 18 einheitlich gelten.
- 19 – Bei Ausfall oder Verspätung soll bei Nutzung eines digitalen Tickets eine
- 20 automatisierte Rückerstattung der entsprechenden Entschädigungszahlungen greifen. Für
- 21 Tickets, die am Automaten gelöst wurden, gelten die bisherigen Regelungen.
- 22 – Die angebotenen Portale sollten barrierefrei sein, in den Sprachen der
- 23 Europäischen Union, sowie allen anderen wichtigsten internationalen Umgangssprachen.

Begründung

Viele Bahnunternehmen in der EU sperren sich gegen eine solche Öffnung für Drittanbieter, vor allem ehemalige Staatskonzerne wie die Deutsche Bahn. Dadurch entsteht ein unglaublicher Mehraufwand, wenn man z. B. von Amsterdam nach Prag fahren will. Das ist nicht kundenfreundlich und eine weitere Barriere für viele, die vom Flugzeug auf die Bahn umzusteigen wollen, speziell im europäischen Bereich. Gerade weil im Flugbereich die Möglichkeiten bestehen über Drittanbieter mehrere Flüge von unterschiedlichen Fluggesellschaften zu vergleichen und zu buchen, muss der Schienenverkehr gleichziehen und es darf nicht an ehemaligen Monopolisten scheitern.

Antrag 708: Bahn frei für das Azubi-Ticket

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir Junge Liberale stehen für die Gleichstellung von akademischer und dualer, sowie
- 2 schulischer Ausbildung. Hierzu gehört auch die Ermöglichung von bezahlbarer Mobilität
- 3 für Auszubildende.
- 4 Daher fordern wir die Einbindung landesweit und bundesweit gültiger
- 5 Ausbildungstickets von Beginn des Ausbildungsjahres bis zum Ende des selbigen. Um die
- 6 Bezahlbarkeit zu gewährleisten, ist hier ein Tagessatz von 0,75 € / Tag
- 7 anzusetzen. Die Einbindung in das sog. Deutschland-Ticket sollte ermöglicht werden.
- 8 Auch bei Abschaffung des Deutschland-Tickets muss das Angebot für Auszubildende
- 9 gewahrt werden.
- 10 Die Nutzung soll sicher stellen, dass unabhängig vom Wohnort die Anreise
- 11 zu Arbeitsstelle und Berufsschule für Azubis bezahlbar(er) ist.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 307: Geh doch Blutspenden, wo du willst!

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sind der Meinung, dass auf Kosten hoher bürokratischer Hürden
- 2 keine potenziellen Blutspender verloren werden dürfen. Im aktuellen System wird das
- 3 Blutspenden allerdings ausschließlich kommunal geregelt, wodurch man nur in der
- 4 Kommune spenden kann, in der man sich ursprünglich registriert hat. Dies schränkt
- 5 Spender massiv in ihrer Flexibilität ein.
- 6 Daher fordern wir die Abkehr von der kommunalen Speicherung der Registration für
- 7 Blutspenden hin zu einem dezentralen bundesweiten System.
- 8 Um trotz des bundesweiten Systems den notwendigen Datenschutz zu gewährleisten,
- 9 wollen wir das System mittels einer dezentralen Speicherung realisieren. Die Daten
- 10 des Blutspenders sollen, verschlüsselt, auf dem Blutspenderausweis gespeichert werden
- 11 und von jedem Blutspendezentrum abrufbar sein, ohne sie in einer zentralen,
- 12 hackbaren, Datenbank zu speichern.
- 13 Ein Generalschlüssel für die Entschlüsselung der Daten ist abzulehnen da sie bei
- 14 Bekanntwerden des Generalschlüssels alle Klardaten lesbar macht. Um den Schaden einer
- 15 möglichen Veröffentlichung eines Schlüssels klein zu halten, wollen wir einen
- 16 Schlüssel pro Karte, der in einer zentralen Datenbank abgespeichert wird.
- 17 Zusätzlich wollen wir den Zugang zu dieser Datenbank auf nur die notwendigsten IPs
- 18 beschränken. Dies könnte mit der bereits bestehenden Telematikinfrastuktur
- 19 umzusetzen sein. Durch die Menge der Daten in dieser Datenbank wird es für einen
- 20 Angreifer aufwändiger, selbst wenn die zentrale Datenbank gehackt wird, den
- 21 Schlüssel für eine Karte zu finden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 807: Energiewende marktwirtschaftlich gestalten: Gegen den Einheitspreis beim Strom!

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Die Bekämpfung der menschengemachten globalen Erderwärmung und die Umsetzung des
2 Pariser Klimaabkommens stellen die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts
3 dar. Eine besondere Rolle spielt dabei die Transformation der Energieindustrie hin
4 zur Klimaneutralität. Sie ist die Grundvoraussetzung, damit Fortschritt, Wachstum und
5 Wohlstand auch in einer klimaneutralen Zukunft und Gesellschaft ermöglicht werden.
6 Die größte Hürde der Energiewende besteht darin, ökologische Nachhaltigkeit, soziale
7 Verträglichkeit und ökonomische Effizienz miteinander zu vereinen.

8 Damit die wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch zukünftig
9 gewahrt bleiben, müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der
10 notwendigen Netzinfrastruktur schneller als bisher vorantreiben. Die bisherige
11 Ausgestaltung und die damit verbundene mangelnde Flexibilität des deutschen
12 Energiemarktes gefährdet mittelfristig die Stabilität unseres Stromnetzes und führt
13 zu Ineffizienzen und Fehlanreizen beim klimaneutralen Umbau des Energiesektors. Die
14 Jungen Liberalen fordern daher:

- 15 1. Die Abschaffung des aktuellen Einheitspreises zugunsten der Schaffung von
16 mehreren deutschen Strompreiszonen nach dem Vorbild Norwegens, Schwedens,
17 Dänemarks oder Italiens. Alternativ soll auch die Einführung eines noch
18 stärkeren lokalen Systems mit Preisbildung auf Knotenebene im Stromnetz nach dem
19 Vorbild der USA, Neuseelands, Chiles oder Mexikos geprüft werden.
- 20 2. Den Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Stromübertragungsnetze durch die
21 Bundesnetzagentur mit Hilfe vereinfachter und schnellerer Genehmigungsverfahren
22 zu beschleunigen.
- 23 3. Die Prüfung zeitlich eng befristeter Ausnahmeregelungen für energieintensive
24 Industrien im Bereich der Netzentgelte, um temporäre Standortnachteile
25 auszugleichen. Einen mit Steuergeldern subventionierten Industriestrompreis
26 lehnen wir ab.

Begründung

Die aktuelle einheitliche Strompreiszone Deutschlands dazu, dass der windreiche Norden Deutschlands bisher die Hauptlast der Energiewende trägt, gleichzeitig aber auch die höchsten Strompreise bezahlt. Dies hat unterschiedliche Gründe:

- In eher ländlich geprägten Regionen sind die Netznutzungsentgelte höher als in dichter besiedelten Ballungsräumen. Der Grund: In eher ländlich geprägten und dünnbesiedelten Regionen verteilen sich die Kosten auf weniger Verbraucher als in dichter besiedelten Ballungsgebieten.
- Neue Leitungen, Instandhaltung und der Ausgleich schwankender Stromeinspeisung in Folge der Energiewende kosten Geld. Insbesondere in Regionen mit hoher dezentraler Einspeisung und demzufolge hohem Ausbaubedarf ist mit stärkeren Netzentgeltsteigerungen zu rechnen als in Regionen, in denen weniger Erzeugung nicht-fossilen Stroms zu finden ist.

Die Ineffizienz des aktuellen Systems wird durch das sogenannte Redispatch-Management deutlich, das zu Fehlanreizen bei der notwendigen klimaneutralen Transformation der Energieindustrie führt: Die Windstrom-Produktion im Norden nimmt zwar immer mehr zu, stromintensive Verbraucher gibt es dort aber weniger als beispielsweise im Süden Deutschlands. Auch deshalb müssen die Netze dringend ausgebaut werden - noch können sie aber nicht so viel Strom transportieren, wie benötigt wird. Um die Netze nicht zu überlasten, wird der Stromtransport dann nur "simuliert". Im Norden werden Windräder abgeschaltet und im Süden liefern die Kraftwerke den benötigten Strom. Für die Nachfrager gibt es daher keine Notwendigkeit, die verfügbare Flexibilität lokal bereitzustellen. Die Übertragungsnetzbetreiber müssen daher immer öfter einspringen, um das Stromnetz stabil zu halten. Die Kosten für diese Netzausgleichsmaßnahmen sind auf mittlerweile jährlich mehrere Milliarden Euro explodiert und drohen auch in Zukunft weiter zu steigen. Sie werden schließlich auf die Strompreise der Endkunden verteilt und machen einen wachsenden Teil der Endpreise aus.

Ein aus Steuergeldern subventionierter Industriestrompreis ist nicht nur teuer und mit Blick auf eine solide und generationengerechte Finanzpolitik der falsche Weg. Er würde auch falsche Anreize für deutsche Unternehmen setzen und dazu führen, dass die ökologische Transformation weiter verschlafen und damit langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufs Spiel gesetzt wird. Auch von Seiten der EU wird eine Verzerrung des Wettbewerbs durch weitere deutsche Subventionen kritisiert.

Mitantragsteller: LV Hamburg, LV Nordrhein-Westfalen, LV Mecklenburg-Vorpommern

Antrag 102: Wandel durch Kunsthandel – Steuersenkung für den kreativen Pinselstrich!

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	BAK Bildung und Kultur (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Im Jahr 2014 wurde die ermäßigte Mehrwertsteuer im Kunstmarkt auf der Ebene der
- 2 Europäischen Union abgeschafft. Diese, im ganzen EU-Raum geltende Regelung, wurde in
- 3 das Steuergesetz implementiert. Dadurch wurde ein zentraler Grundsatz deutscher
- 4 Kulturpolitik verletzt, die sich zur Förderung des Kulturbetriebs und der Galerien
- 5 und Kunsthandel durch Steuerermäßigung verpflichtet hatte. Das hat dazu geführt, dass
- 6 seit 2014 für den gewerblichen Kunstmarkt der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent
- 7 gilt. Dieser Umstand hatte zwangsläufig Folgen: Zahlreiche Galerien gaben auf,
- 8 Nachwuchs und Wachstum im Kunstmarkt lassen seither nach.
- 9 Eigentlich sollten alle Länder der Europäischen Union sich an diese Regelung halten.
- 10 De facto praktiziert aber fast jedes Land nach wie vor sein eigenes Modell:
- 11 Österreich hat die Ermäßigung stillschweigend beibehalten, während Frankreich eine
- 12 günstige Margensteuer eingeführt hat und damit die Einfuhrumsatzsteuer auf ein
- 13 Minimum von 5,5 Prozent reduziert hat. Dies führt zu einer Wettbewerbsverzerrung
- 14 innerhalb der Europäischen Union und zu einer rasanten Verkleinerung des deutschen
- 15 Kunstmarktes.
- 16 Die Jungen Liberalen fordern die Wiedereinführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes
- 17 bei gewerblich gehandelten Kunstgegenständen. Hierdurch soll die neue Europäische
- 18 Richtlinie vom 6. April 2022 (Richtlinie EU 2022 / 542 des Rates vom 5. April 2022
- 19 zur Änderung der Richtlinien 2006 / 112 / EG und EU 2020 / 285 in Bezug auf die
- 20 Mehrwertsteuersätze) deutschlandweit umgesetzt werden. Die aktuelle Notlage im
- 21 Kulturbetrieb erfordert eine solche Entlastung. Hiervon unberührt bleibt die
- 22 Forderung der Jungen Liberalen, im Zuge der generellen Vereinfachung des
- 23 Steuersystems den Umsatzsteuersatz in einheitlicher Höhe festzusetzen und auf die
- 24 bestehende Differenzierung zwischen regulärem und ermäßigtem Umsatzsteuersatz zu
- 25 verzichten.
- 26
- 27 Die Gültigkeit dieses Beschlusses ist auf 3 Jahre begrenzt.

Begründung

Der Beschluss "Echten Steuerwettbewerb ermöglichen - Gemeinschaftssteuerreform umsetzen" der JuLis vom 19.05.2023 beinhaltet die Forderung des Verzichts auf die Differenzierung zwischen regulärem und ermäßigtem Umsatzsteuersatz. Da diese Reform allerdings sehr zeitintensiv ist, erfordert die Kunstbranche eine schnellere, kurzfristige Entlastungsmaßnahme.

Antrag 405: Keinen Fußbreit dem Faschismus! Gegen völkische Landnahme!

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern (Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), LV Sachsen (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die hohe Fragmentierung der rechtsextremen Szene macht es für die demokratische
- 2 Mehrheitsgesellschaft häufig schwierig, die Feinde unserer Demokratie als solche zu
- 3 identifizieren. Eine besondere Gefahr stellen dabei sogenannte völkische Siedler dar,
- 4 die subtil und gezielt versuchen, insbesondere strukturschwache ländliche Räume zu
- 5 unterwandern.
- 6 Unter diesem Phänomen werden vor allem Gruppierungen und Familienverbände verstanden,
- 7 die eine naturorientierte, ländliche und kleinbäuerliche Lebensweise auf der Basis
- 8 einer völkisch-nationalistischen Ideologie pflegen und die innerhalb ihres
- 9 kinderreichen Familien- und Freundeskreises nach völkischen Denk- und
- 10 Verhaltensmustern leben und sich dabei an der von den Nationalsozialisten
- 11 propagierten Volksgemeinschaft orientieren.
- 12 Als Junge Liberale bekennen wir uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und
- 13 zu unserer wehrhaften Demokratie. Für uns gilt: Keinen Fußbreit dem Faschismus! Daher
- 14 fordern wir:
- 15 1. Nach dem Verbot der rechtsextremen Gruppierung "Artgemeinschaft", soll das
- 16 Bundesinnenministerium auch ein Verbotsverfahren gegen die folgenden völkischen
- 17 Personenzusammenschlüsse auf den Weg bringen:
- 18 • „Der Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“,
- 19 • „Die Anastasia-Bewegung“,
- 20 • „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“
- 21 3. Weitere, mit den oben genannten Vereinen in Verbindung stehende Organisationen
- 22 und Personen, sind vom Bundesamt für Verfassungsschutz mindestens als
- 23 Verdachtsfall einzustufen und von ihm als Beobachtungsobjekt zu behandeln.
- 24 Zeitgleich soll das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Kooperation mit den
- 25 Landesämtern für Verfassungsschutz ausbauen, um insbesondere in den
- 26 Bundesländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-
- 27 Anhalt, Thüringen und Sachsen gezielt und koordiniert gegen die dort
- 28 vergleichsweise weit verbreitete völkische Siedlerbewegung vorgehen zu können.
- 29 4. Auf kommunaler Ebene sollen regelmäßig offene Infoveranstaltungen stattfinden,
- 30 in denen über die völkische Siedlerbewegung aufgeklärt und die Bevölkerung
- 31 hierfür sensibilisiert wird. Insbesondere lokalen Vereinen kommt dabei eine

32 besondere Verantwortung zu. In Workshops sollen Mitglieder verstärkt darin
33 geschult werden, wie sie gegen rassistische und antidemokratische Tendenzen
34 innerhalb der eigenen Reihen vorgehen können. Außerdem sollen flächendeckend
35 besonders geschulte Ansprechpersonen innerhalb von Vereinen geschaffen werden,
36 auf die Mitglieder zugehen können, wenn sie eine Unterwanderung befürchten. Auch
37 in den Kommunen sind entsprechende Anlaufstellen einzurichten.

38 5. Es soll verstärkt darauf geachtet werden, wer öffentliche Gebäude nutzt oder gar
39 kauft. Eine Nutzung oder ein Kauf durch die oben genannten Organisationen oder
40 Personen, die mit diesen nachweislich in Verbindung stehen, ist zu untersagen.
41 Sollten sich bereits völkische Siedlerbewegungen innerhalb einer Kommune
42 niedergelassen haben, sind alle rechtlichen Möglichkeiten, wie etwa das Steuer-
43 oder Baurecht, auszuschöpfen, um eine Nutzung von Immobilien für völkische
44 Zwecke möglichst zu verhindern.

45 6. Der Bund und die Länder sollen verstärkt Gelder in die
46 Rechtsextremismusforschung investieren, die sich explizit mit dem Phänomen und
47 dem Umgang mit der völkischen Siedlerbewegung beschäftigt.

Begründung

erfolgt mündlich

Mitantragsteller: LV Mecklenburg-Vorpommern, LV Brandenburg, LV Sachsen, LV Thüringen

Antrag 808: Gewinne reinvestieren statt besteuern!

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Als Junge Liberale setzen wir uns für eine wettbewerbsfähige und zukunftsgerichtete
- 2 Steuerpolitik ein, die unternehmerische Initiative fördert und den wirtschaftlichen
- 3 Erfolg unterstützt. Kaum jemand kann Geld besser nutzen, um Wachstum anzukurbeln,
- 4 als Unternehmen, die dieses durch ihren Gewinn schon bewiesen haben.
- 5 Nach dem Vorbild Estlands soll die Körperschaftssteuer daher nicht mehr anfallen,
- 6 solange die Gewinne im Unternehmen verbleiben. Stattdessen soll die
- 7 Körperschaftssteuer zukünftig lediglich bei der Ausschüttung von Gewinnen erhoben
- 8 werden.
- 9 Ein solches Verfahren bietet den Vorteil der Steuervereinfachung, da sich der Anreiz
- 10 verringert, Gewinne künstlich durch schnell abschreibbare Ausgaben zu senken. Durch
- 11 diese Reform der Körperschaftssteuer profitieren sowohl Unternehmen, welche schneller
- 12 wachsen können, als auch der Staat durch das langfristig schnellere Wachstum der
- 13 Wirtschaft.

Begründung

erfolgt mündlich

Mitantragsteller: LV Hamburg, LV Thüringen

Antrag 709: Kein Cash für Krüppel: Härteres Vorgehen gegen Qualzuchten

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1

<header>

2 Die Jungen Liberalen fordern ein härteres Vorgehen gegen sogenannte Qualzuchten. Denn
3 trotz des schon lange bestehenden Qualzuchtverbots nach Tierschutzgesetz § 11b und
4 seit Anfang 2022 bestehender Ausstellungsverbote, gibt es immer noch einen regen
5 Handel, insbesondere mit Heimtieren, die zuchtbedingt Schmerzen, Leiden, Schäden oder
6 Verhaltensstörungen ertragen müssen.

7

</header>

8 Daher fordern die Jungen Liberalen Baden-Württemberg die Schaffung einer expliziten
9 Regelung im Strafgesetzbuch, die Züchtung, Import und Handel mit
10 Gewinnerzielungsabsicht mit betroffenen Tieren unter Strafe stellt. Die Ausnahmen für
11 wissenschaftliche Zwecke bleiben unverändert.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 809: Liberalen Feminismus ernst nehmen: Ehegattensplitting abschaffen!

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	LV Niedersachsen (Landesverbände), BAK Liberaler Feminismus (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen eine Fortführung des Ehegattensplittings,
2 als Bevorteilung von Ehepartnern ggü. unverheirateten Paaren aus. Dieses Steuermodell
3 verringert – nach Berechnungen u.a. der „Wirtschaftsweisen“ eindeutig nachweisbar –
4 den Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit von Zweitverdienenden sowie zu der
5 Ausweitung ihrer Arbeitsstundenzahl, beides mit Auswirkungen auf die Renten- und
6 Sozialleistungen der Zweitverdienenden. Laut Schätzungen des ifo Instituts könnte die
7 Beschäftigung ohne Ehegattensplitting um bis zu 200.000 Vollzeitstellen
8 steigen. Neben dem **problematischen Beschäftigungseffekt** konserviert das
9 Ehegattensplitting auch das hiermit verbundene Gesellschaftsbild: Eine Ehe mit
10 klassischer Arbeitsteilung im Sinne einer „Hausfrauen-Ehe“. Denn je größer der
11 Unterschied im Einkommen ist, desto größer ist die potenzielle Steuerersparnis durch
12 das Ehegattensplitting. Im Ergebnis steht das Ehegattensplitting einem
13 **Liberalen Feminismus** diametral gegenüber.
- 14 Da die derzeitige jährliche Steuerersparnis für Familien und Paare durch
15 das Ehegattensplitting rund 25 Milliarden Euro beträgt, bedarf es einer
16 **ausgewogenen Reform**, um eine übermäßige Belastung zu vermeiden. Zum einen wäre ein
17 plötzlicher Systemwechsel insbesondere für Ehepaare, die sich im Vertrauen auf die
18 geltenden Regeln auf die klassische Arbeitsteilung eingerichtet haben und bei denen
19 die Zweitverdiener nicht ohne weiteres Erwerbsarbeit aufnehmen können und wollen,
20 existenziell. Die Jungen Liberalen fordern daher, aus Gründen des Vertrauensschutzes
21 und des Bestandsschutzes der Ehen die alten Regeln für existierende Ehen für eine
22 Übergangsphase fortbestehen zu lassen. Zum anderen soll ein Übergang entweder in ein
23 Steuermodell des „Realsplittings“ (Individualbesteuerung mit der Möglichkeit zur
24 Übertragung eines gewissen Betrags des Erstverdieners auf den Zweitverdiener) oder
25 des „Ehezusatzfreibetrags“ (der mit wachsendem Einkommen des Zweitverdieners sinkt)
26 erfolgen. Langfristig streben wir die Abschaffung der steuerlichen Ungleichbehandlung
27 zusammenlebender kinderloser unverheirateter Paare und kinderloser Ehepaare an.
28 Um die übrigen **Belastungen zu minimieren**, sollten die restlichen Mehreinnahmen
29 verwendet werden, um etwa die Einkommensteuer oder andere Steuern zu senken, was
30 zusätzliche Beschäftigungseffekte ermöglicht.

Begründung

erfolgt mündlich

Mitantragsteller: BAK Liberaler Feminismus

Antrag 417: Gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr mit Todesfolge regeln

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern eine Erweiterung des § 315 b StGB, „Gefährliche
- 2 Eingriffe in den Straßenverkehr“, um einen neuen Absatz, der die Erfolgsqualifikation
- 3 des Todes eines Menschen zum Inhalt hat. Dieser kann an § 315 b StGB als sechster
- 4 Absatz angefügt werden.
- 5 Wer bspw. Steine auf fahrende Autos auf einer Fahrbahn schmeißt, handelt mit Vorsatz
- 6 und gefährdet Verkehrsteilnehmer bewusst. Eine solche Handlung muss, wenn sie
- 7 tragischerweise zum ‚Erfolg‘ führt und einen anderen Menschen verletzt oder sogar zum
- 8 Tode führt, in der Rechtsprechung entsprechend behandelt werden können.

Begründung

Der Straßenverkehr ist ein Bereich unserer Gesellschaft der von den meisten täglich genutzt wird und Grundlage vieler für ihren Lebensunterhalt ist. Zugleich ist es ein Lebensbereich, der für alle eine erhebliche Gefahrenquelle darstellt, dies wird schon durch all die Unfälle auf Deutschlands Straßen ersichtlich. Trotz dessen hören wir regelmäßig Warnungen vor Personen, die rücksichtslos oder gar als Mutprobe, Steine von Brücken auf den fließenden Verkehr werfen.

Die Strafbarkeit eines Gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr, welcher in § 315 b StGB unter Strafe gestellt ist, setzt neben dem Vorsatz bezüglich des Handlungsteils auch den Vorsatz bezogen auf den Gefährdungsteil voraus. In diesem wird eine Gefährdung des Leibes oder des Lebens eines anderen Menschen oder die Gefährdung einer fremden Sache von bedeutendem Wert als Tatbestandsvoraussetzung genannt. Hier müsste der Handelnde demnach gewusst und gewollt haben, durch seine Handlung den Leib oder das Leben eines anderen Menschen oder eine fremde Sache von bedeutendem Wert zu gefährden. Da der Täter hier meist nur fahrlässig handelt, schuf der Gesetzgeber den § 315 b Abs. 4 StGB, um auch diese Fälle der Gefährdung zu erfassen. Was aber wenn der Handelnde durch seine vorsätzliche Handlung fahrlässig den Tod eines anderen Menschen verursacht? Wer einen Gegenstand von einer Brücke auf eine Straße wirft, handelt zumeist mit Vorsatz bezüglich des Herunterwerfens des Gegenstandes. Der Handelnde weiß zumeist was er da gerade macht und will das auch tun. Hat er den Vorsatz dadurch einen Menschen zu töten, dann hat er sich des Totschlags § 212 StGB strafbar gemacht. Und wenn er dazu eines der Mordmerkmale erfüllt, hat er sich des Mordes § 211 StGB strafbar gemacht. Er ist nicht wegen des Totschlags oder des Mordes zu bestrafen, er handelte ohne entsprechenden Vorsatz. Es kommt § 222 StGB die fahrlässige Tötung zur Bedeutung. Sie bewehrt die fahrlässige Handlung des Täters, die zum Tode eines anderen Menschen führt mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe. Der entscheidende Unterschied dieser Konstellationen ist, dass der Täter nicht fahrlässig, sondern mit Vorsatz bezüglich des Handlungsteils handelt. Nun stellt sich die Frage, ob es zufriedenstellend ist, dass der Täter der vorsätzlich einen Gegenstand, zum Beispiel einen Stein, auf eine Autobahn, in den Straßenverkehr wirft und dadurch ein Mensch zu Tode kommt lediglich wegen der

fahrlässigen Tötung in § 222 StGB bestraft wird. An dieser Stelle tritt der geforderte neue Absatz ein. Dieser setzt die Erfolgsqualifikation, im genauen den Tod eines anderen Menschen als schwere Folge im Sinne des § 18 StGB hinzu. Durch diese einfache Modifizierung wird dieses bis jetzt noch nicht genügend gewertete Unrecht, angemessen pönalisiert und der Straßenverkehr sicherer.

Antrag 810: Gute Gründe zum Gründen

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen wollen, dass der Gründerzuschuss für eine breitere
- 2 Personengruppe zugänglich wird. Der Zuschuss soll zukünftig zusätzlich zu den
- 3 aktuellen Regelungen wie folgt ausgestaltet werden:
- 4 • Arbeitslosengeldempfänger sollen das bestehende Arbeitslosengeld und
- 5 300€ Zuschuss pro Monat für sechs Monate erhalten.
- 6 • Angestellte erhalten einen Zuschuss von 300€ pro Monat.
- 7 • Nach sechs Monaten besteht die Möglichkeit weitere neun Monate 300€ pro Monat
- 8 zu erhalten.
- 9 Voraussetzung hierfür ist, dass das Unternehmen nicht genügend Ertrag für die
- 10 Lebenshaltungskosten abwirft. Die Bemessungsgrenze hierfür ist
- 11 das Existenzminimum, bei gleichzeitiger Evaluation des Projekts hinsichtlich
- 12 auf bisherige Umsetzung des anfangs vorgestellten Businessplans.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Zur Übersicht: Ein Rechtsanspruch auf den Gründerzuschuss besteht aktuell, wenn:

- Ein Businessplan nach gängigen Kriterien vorliegt. Der muss beinhalten: Kurzdarstellung der Geschäftsidee – Rechtsform des Unternehmens – Position am Markt – Kompetenznachweis – Kalkulation – Verkaufsstrategie – Kapital-/ Investitionsbedarf.
- Ein Anspruch besteht für Arbeitslosengeldempfänger, die dieses noch mindestens weitere 150 Tage empfangen.
- Des Weiteren besteht ein Anspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihr Arbeitsverhältnis binnen der folgenden sechs Monate nach Antragsgenehmigung beenden müssen.

Antrag 103: Lebenslanges Lernen statt lebenslanger Sperre

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Prüfungen und Abschlussprüfungen begegnen uns in verschiedenen Stationen eines
- 2 Bildungsweges. In der Schule, in der Ausbildung oder im Studium. Bei uns Jungen
- 3 Liberalen herrscht Einigkeit darüber, dass nicht immer alles glatt laufen kann und
- 4 Prüfungen manchmal nicht auf Anhieb bestanden werden. Das sehen auch Satzungen und
- 5 Prüfungsordnungen so, solange es sich um einen ersten Wiederholungsversuch handelt.
- 6 Ein weiterer Wiederholungsversuch ist dann oftmals schon nur in begründeten
- 7 Ausnahmefällen möglich. Ist ein Drittversuch nicht bestanden, bleibt Betroffenen
- 8 schließlich eine Umorientierung oder das Ablegen einer adäquaten Prüfung im Ausland.
- 9 Diese Möglichkeit haben allerdings nicht alle.
- 10 Die Jungen Liberalen fordern daher bundesweit einheitlich:
- 11 – Fehlversuche bei Abschlussprüfungen für Schulabschlüsse drei Jahre nach
- 12 dem ausschließenden Fehlversuch zu streichen und Prüfungssperren aufzuheben. Außerdem
- 13 die sofortige Aufhebung von Prüfungssperren nach Abschluss einer Berufsausbildung.
- 14 – Fehlversuche bei Abschlussprüfungen für Berufsausbildungen drei Jahre nach
- 15 dem ausschließenden Fehlversuch zu streichen und Prüfungssperren aufzuheben.
- 16 Zusätzlich sollen Prüfungssperren sofort aufgehoben werden, wenn nach der Sperrung
- 17 eine andere Berufsausbildung abgeschlossen oder ein Hochschulabschluss erworben
- 18 wurde.
- 19 – Aufhebung von Prüfungssperren für Hochschulabschlüsse drei Jahren nach
- 20 dem ausschließenden Fehlversuch. Zudem sollen Prüfungssperren umgehend aufgehoben
- 21 werden, wenn nach dem Verlust des Prüfungsanspruchs eine Berufsausbildung
- 22 abgeschlossen oder ein anderer Hochschulabschluss erworben wurde.
- 23 Außerdem sollen Prüfungssperren an Universitäten ein Studium im ähnlichen Bereich an
- 24 Fachhochschulen oder Dualen Hochschulen nicht verhindern.

Begründung

Einen Prüfungsanspruch, vermutlich in jungen Jahren, endgültig zu verlieren und damit ein Leben lang deutschlandweit für denselben und ggf. ähnliche Studiengänge oder Ausbildungen gesperrt zu werden, ist eine Einschränkung der individuellen Entfaltungsmöglichkeit, die der Idee vom lebenslangen Lernen widerspricht. Während beispielsweise bisherige Wiederholungsmöglichkeiten von Studiengängen im Ausland nur denjenigen zugute kommen, die auch mobil sind, eröffnet die allgemeine Wiederholungsmöglichkeit nach Ablauf von drei Jahren Chancen für alle. Immerhin verlassen im Jahr 2022 noch 5,9% der Jugendlichen die Schule, ohne zumindest den ersten Abschluss erreicht zu haben. In der Gesamtbevölkerung haben 4,2% keinen Schulabschluss und 17,9% keinen berufsqualifizierenden Bildungsabschluss.

Drei Jahre nach ausschließendem Prüfungsversuch wurde vermutlich ein anderer Bildungsweg eingeschlagen, bestenfalls bereits eine andere Ausbildung abgeschlossen. Wer einen zweiten Bildungsweg gehen möchte, darf nicht mehr an einer überholten Situation gehindert werden.

Weitere Begründung mündlich.

Antrag 406: Kommerzielle Leihmutterschaft verantwortlich ermöglichen

Laufende Nummer: 44

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sprechen sich grundsätzlich dafür aus, kommerzielle
- 2 Leihmutterschaft zu ermöglichen. Paaren, die auf natürlichem Wege keine Kinder
- 3 bekommen können, kann damit ein Kinderwunsch erfüllt werden und Frauen, die dies
- 4 ermöglichen wollen, können dafür eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten. Es
- 5 ist jedoch ganz klar, dass dafür äußerst strenge Rahmenbedingungen gelten müssen, die
- 6 gleichzeitig die Rechte der Leihmutter und die Rechte der genetischen Eltern wahren.
- 7 Weiterhin voneinander abgegrenzt werden müssen kommerzielle Leihmutterschaft von
- 8 altruistischer Leihmutterschaft.
- 9 Folgende Rahmenbedingungen müssen im Rahmen kommerzieller Leihmutterschaft zusätzlich
- 10 zu bereits bestehenden Forderungen gelten:
- 11 1. Leihmütter müssen zur Zeit der künstlichen Befruchtung deutsche oder EU-
- 12 Staatsbürgerinnen sein.
- 13 2. Die Leihmutter und die Wunscheltern müssen vor der
- 14 Schwangerschaft eine Elternschaftsvereinbarung schließen und beurkunden lassen.
- 15 3. Ein in Deutschland zugelassener Gynäkologe oder eine
- 16 zugelassene Gynäkologin, muss nach einer gesundheitlichen Untersuchung
- 17 feststellen, dass eine Schwangerschaft für die Leihmutter gesundheitlich
- 18 unbedenklich ist. Ebenfalls muss ein psychologisches Gutachten von in
- 19 Deutschland ansässigen Fachpersonal durchgeführt werden. Zudem muss ärztlich
- 20 festgestellt werden, dass die Wunscheltern selbst nicht in der Lage sind, auf
- 21 natürlichem Wege Kinder
- 22 zu zeugen.
- 23 4. Eine neu einzurichtende Ethikkommission angesiedelt bei
- 24 der Landesärztekammer nach Vorbild der PDI-Ethikkommission muss jeden
- 25 entsprechenden Antrag auf kommerzielle Leihmutterschaft prüfen und genehmigen.
- 26 5. Ein Schwangerschaftsabbruch unterliegt dem alleinigen Ermessen
- 27 der Leihmutter. Sofern dieser nicht aus einer medizinischen Notwendigkeit
- 28 geschieht, ist die Aufwandsentschädigung anteilig zurückzuzahlen.
- 29 6. Leihmütter sollen während und unmittelbar nach der
- 30 Schwangerschaft ein regelmäßiges verpflichtendes Beratungsangebot durch
- 31 eine psychologische Fachkraft wahrnehmen, auch hierfür sollen die
- 32 Wunscheltern aufkommen.
- 33 7. Die Krankenkasse der Wunscheltern soll für die Leistung

34 der künstlichen Befruchtung sowie für die auch aktuell während einer
35 regulären Schwangerschaft übernommenen Kosten aufkommen. Zusätzliche von der
36 Krankenkasse nicht übernommene Kosten wie beispielsweise notwendige
37 Nahrungsergänzungsmittel sollen von den Wunscheltern übernommen werden.

38 8. Agenturen, welche Leihmütter vermitteln, sollen nur mit
39 einer entsprechenden staatlichen Lizenz operieren dürfen, die ausschließlich
40 nach Empfehlung oben genannter Ethikkommission erteilt werden kann und jederzeit
41 nach Empfehlung eben jener wieder entzogen werden kann. Für regelmäßige
42 behördliche Überprüfung der Agenturen ist zu sorgen. Auch dürfen genannte
43 Agenturen ausschließlich ohne Gewinnabsicht operieren.

44 9. Für die, der Leihmutter gezahlten, Aufwandsentschädigungen muss es sowohl Ober-
45 als auch auch Untergrenzen geben, die von der oben
46 genannten Ethikkommission festgelegt und regelmäßig angepasst werden.

47 Die vormals genannten Kriterien bilden auch weiterhin nur einen Bruchteil der zu
48 definierenden Kriterien, die im Zuge eines neuen Gesetzes zu definieren sind.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Dieser Antrag ist ein Zusatz zur bereits geltenden Beschlusslage, siehe unter: <https://julis.de/beschlussammlung/leihmuttertourismus-und-kommerziellen-leihmutterhandel-beenden-leihmutterchaften-legalisieren/>

Es geht hier ausdrücklich nicht darum, diesen Beschluss aus 2022 zu kippen.

„Strenge Grenzen zwischen einer altruistischen und einer kommerziellen Leihmutterchaft müssen aufrecht erhalten werden.“ heißt es im Beschluss. Dieser Antrag bezieht sich entsprechend ausschließlich auf kommerzielle Leihmutterchaft.

„Die vormals genannten Kriterien bilden nur einen Bruchteil der zu definierenden Kriterien die im Zuge eines neuen Gesetzes zu definieren sind.“ heißt es im Abschluss des Beschlusses. Da schließt dieser Antrag inhaltlich an und weist weitere Aspekte zur Regelung der Thematik auf.

Antrag 308: Essstörungen den Kampf ansagen

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Aktuell zeigen etwa ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland zwischen
2 11 und 17 Jahren Symptome einer Essstörung. Während in den letzten Jahrzehnten das
3 Risiko insgesamt etwas gesunken ist, ist dieses vor allem bei jungen Mädchen schon
4 lange konstant.
- 5 Im Ernstfall ist ein möglichst niederschwelliges Beratungsangebot notwendig. Gerade
6 um Kindern und Jugendlichen ein Ansprechpartner zu sein, sollte jederzeit eine
7 unkomplizierte sowie anonyme Beratung möglich sein. Das Bundesgesundheitsministerium
8 soll dafür eine Telefonnummer einrichten, die jederzeit erreichbar ist. Ergänzt
9 werden soll diese durch die Möglichkeit, per Mail oder Chatsystem Kontakt zu
10 Sozialarbeitern aufnehmen zu können. Dort sollen sowohl Betroffene als auch
11 Angehörige und Freunde erste Hilfe erhalten können. Dabei soll bei der Einrichtung
12 geprüft werden, ob etwaige Möglichkeiten bestehen, Synergieeffekte mit der "Nummer
13 gegen Kummer" des Bundesfamilienministeriums zu nutzen. Dies soll einen ersten
14 Anlaufpunkt darstellen, keineswegs richtige Therapie ersetzen.
- 15 Um das vorherrschende Stigma gegenüber Essstörungen effektiv bekämpfen zu können,
16 muss für mehr Bewusstsein und konkretem Wissen bei Kindern und Jugendlichen sowie
17 deren Ansprechpartnern gesorgt werden. Konkret fordern wir daher:
- 18 • Aktionstage in Schulen inklusive ausführlicher Informationsmaterialien für
19 Eltern und Sorgeberechtigte
 - 20 • Lehrerfortbildungen, in denen Lehrer sensibilisiert werden und in denen
21 Möglichkeiten aufgezeigt werden, das Thema im Unterricht zu behandeln
 - 22 • Handreichungen und freiwillige Fortbildungsmöglichkeiten für Jugendtrainer
 - 23 • Eine Online Kampagne zur Aufklärung durch das Gesundheitsministerium, vor allem
24 auf Snapchat und TikTok
- 25 Diese Aufklärungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sollen zum Ziel haben, gesunde
26 Körperbilder sowie Essverhalten zu vermitteln und, einen Überblick über die
27 vielfältigen Arten von Essstörungen zu geben, insbesondere Magersucht, atypische
28 Anorexie, Binge-Eating, Bulimie. Auch deren Symptome und möglichst frühe
29 Erkennungsmöglichkeiten sollen thematisiert werden.
- 30 Um allgemein das Entstehen unrealistischer Körperbilder zu verhindern, fordern wir:
- 31 • Filmstudios dazu auf, bei Kinderfilmen den Einfluss deren Darstellungen auf das
32 Körperbild der jungen Zuschauerinnen und Zuschauer mitzubedenken.
 - 33 • Social-Media-Konzerne dazu auf, besser als bisher das Entstehen
34 gefährlicher Körperkulte wie die bisherigen "Challenges" wie "A4-Waist",

35 “Collarbone”, “Thigh-Gap”, “Bellybutton” et cetera durch Anpassung der
36 Algorithmen zu vermeiden.

37 • Eine Kennzeichnungspflicht nach norwegischem Vorbild bei digitaler Anpassung des
38 Körperbildes in der Werbung, insbesondere diese durch Influencer getätigte

39 Um dem Problem langfristig und effektiv zu entgegnen, benötigt es eine bessere
40 Datenlage. Dafür soll eine umfassende Studie durch das RKI in Auftrag gegeben werden,
41 die die Risikogruppen und –faktoren für Essstörungen besser herausarbeitet und dabei
42 insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie einordnet.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 407: Demokratieförderung parteinaher Stiftungen schützen und unterstützen

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Politische Stiftungen spielen eine wichtige und grundlegende Rolle im deutschen
2 politischen System. Ihre Hauptaufgabe ist die politische Bildung im Sinne der
3 jeweiligen demokratischen politischen Grundströmung sowie die Förderung von
4 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im In- und Ausland. Zu den weiteren Aufgaben
5 gehören – unter anderem – die wissenschaftliche Forschungsarbeit, die Archivierungs-
6 und Dokumentationsarbeit, die Völkerverständigungsarbeit und die Begabten- und
7 Nachwuchsförderung.

8 Die Jungen Liberalen fordern eine Gesetzesgrundlage auf Bundesebene für die Arbeit
9 und Finanzierung dieser politischen Stiftungen. Nur so kann ihre politische
10 Bildungsarbeit sowie ihre Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsförderung angemessen
11 geschützt und unterstützt werden. Gleichzeitig können damit Mechanismen geschaffen
12 werden, um demokratische Grundsätze zu wahren. Bei der Gesetzesgrundlage sind
13 folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

14 *Grundsätze zur politischen Bildungsarbeit sowie Demokratie- und*
15 *Rechtsstaatlichkeitsförderung*

- 16 • Politische Stiftungen dürfen sich nicht in den Wettbewerb zwischen politischen
17 Parteien einmischen.
- 18 • Alle Veranstaltungen, Studien und sonstige Veröffentlichungen müssen öffentlich
19 zugänglich sein und dürfen nicht die nahestehende Partei oder deren Mitglieder
20 begünstigen.
- 21 • Politische Stiftungen müssen ihre Aufgaben unabhängig, eigenverantwortlich und
22 mit geistiger Offenheit wahrnehmen. Sie dürfen nicht im Auftrag der ihnen
23 nahestehenden Partei handeln.
- 24 • Politische Stiftungen dürfen der ihnen nahestehenden Partei keine geldwerten
25 Leistungen erbringen, keine Kredite gewähren oder Materialien überlassen, die
26 sich im Wahlkampf als Werbematerial eignen.

27 *Öffentliche Förderung*

- 28 • Das Bundesverwaltungsamt soll ein Register der politischen Stiftungen führen.
- 29 • Die staatliche Förderung soll die förmliche Anerkennung der Einrichtung als
30 „politische Stiftung“ durch Eintragung in das öffentliche Register beim
31 Bundesverwaltungsamt voraussetzen.
- 32 • Die Eintragung erfolgt auf Antrag, wenn die Antragstellerin
33
 - 1) eine ins Gewicht fallende demokratische politische Grundströmung der

- 34 Bundesrepublik Deutschland repräsentiert,
- 35 • 2) von einer im Bundestag mindestens in der dritten Wahlperiode als
36 Fraktion
37 oder Gruppe vertretenen Partei durch einen Parteitagsbeschluss als der
38 gleichen
39 demokratischen politischen Grundströmung angehörig festgestellt wurde und
40 mit
41 der politische Bildungsarbeit auf der Grundlage des aktiven Eintretens für
42 die
43 freiheitlich-demokratische Grundordnung und den gemeinsamen der jeweiligen
44 demokratischen politischen Grundströmung zugehörigen Werten beauftragt
45 wurde,
- 46 • 3) vom Finanzamt für ihre bisherige Tätigkeit als gemeinnützig anerkannt
47 ist und
- 48 • 4) die formalen Anforderungen nach diesen Eckpunkten erfüllt sind und die
49 verlangten Nachweise erbracht wurden.
- 50 • Das Bundesverwaltungsamt soll das Bestehen dieser gesetzlichen
51 Eintragungsvoraussetzungen für die Eintragung in das Register überprüfen.
- 52 • Von einer Nichterfüllung aller Eintragungsvoraussetzungen soll widerlegbar
53 davon
54 auszugehen sein, wenn
- 55 • 1) Parteien oder Stiftungen im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder
56 eines
57 Landes als extremistische Organisation aufgeführt sind,
- 58 • 2) Personen in den Stiftungsgremien Mitglied einer im
59 Verfassungsschutzbericht
60 als extremistisch erwähnten Organisation sind oder selbst dort erwähnt
61 werden
62 oder
- 63 • 3) Teil- oder Unterorganisationen einer Partei im Verfassungsschutzbericht
64 als
65 extremistisch erwähnt werden. Das gilt allerdings nur, wenn Personen aus
66 diesen
67 Teil- oder Unterorganisationen in regulären Parteivorständen von
68 Gebietsverbänden, anderen regulären Untergliederungen oder der
69 Bundespartei für
70 Parteiämter gewählt sind oder auf Listen zu Wahlen aufgestellt werden.
- 71 • Falls eine der Eintragungsvoraussetzungen im Laufe der Zeit nicht mehr erfüllt
72 ist, soll das Bundesverwaltungsamt den Wegfall der Eintragungsvoraussetzung
73 feststellen und die jeweilige Stiftung aus dem Register streichen. Die
74 Entscheidung ist öffentlich zu begründen.
- 75 • Falls das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit einer Partei oder
76 ihren Ausschluss von staatlicher Finanzierung festgestellt hat, so soll die
77 politische Stiftung der gleichen politischen Grundströmung ebenfalls aus dem
78 Register gestrichen werden.

- 79 • Diese Entscheidung soll grundsätzlich für die Dauer von acht Jahren gelten.
- 80 • Zwei im Register des Bundesverwaltungsamtes registrierte Stiftungen sollen
81 gemeinsam beim Bundesverwaltungsamt den Antrag stellen können, eine Löschung
82 einer Stiftung aus dem Register zu veranlassen.
- 83 • Gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsamt nach diesem Gesetz soll den
84 Verfahrensbeteiligten der Weg auf dem verwaltungsgerichtlichen Instanzenweg
85 offenstehen.
- 86 • Die Verteilung der staatlichen Mittel soll einem einheitlichen Maßstab folgen:
87 ein zu definierender Prozentsatz des Volumens zu gleichen Teilen, der Rest nach
88 dem Verhältnis der langfristigen Repräsentanz der Bezugsparteien (d.h. der
89 Durchschnitt der Stärken in den letzten vier Legislaturperioden im Bundestag).
- 90 • Die staatliche Förderung wird als Globalmittel mit dem Recht der
91 Selbstbewirtschaftung gewährt.
- 92 *Mindestanforderungen*
- 93 • Der Name der Stiftung soll keine Namensähnlichkeit mit der Bezugspartei
94 enthalten.
- 95 • Die Satzung der Stiftung soll Bestimmungen über Anzahl, Berufung, Amtsdauer,
96 Abberufung der Mitglieder der Stiftungsgremien und der jeweiligen Beschreibung
97 ihrer Aufgaben und Befugnisse enthalten.
- 98 • 2/3 der Mitglieder der Leitungsorgane soll kein politisches Mandat und kein
99 Parteiamt auf Landes-, Bundes- oder Europaebene bekleiden dürfen. Insbesondere
100 die Mitglieder des Vorstandes dürfen kein Mandat und kein Amt in der Partei
101 zeitgleich mit ihrem Vorstandsamt in der Stiftung ausüben.
- 102 • Die Stiftungen sollen ein Stiftungsvermögen bilden müssen.
- 103 • Die politischen Stiftungen haben jährlich in einem öffentlichen
104 Rechenschaftsbericht über Vermögen, Mittelzuflüsse und Mittelverwendung
105 Rechenschaft zu geben. Die Mittelverwendung und Angaben des
106 Rechenschaftsberichtes sind jährlich Gegenstand einer Wirtschaftsprüfung.
- 107 • Ungebundene Zuwendungen müssen ab 100.000.- € p.a. und gebundene Zuwendungen ab
108 5.000.- € p.a. in den Rechenschaftsberichten ausgewiesen werden.
- 109 • Politische Stiftungen sollen hinsichtlich der wirtschaftlichen und
110 ordnungsgemäßen Verwendung der Mittel der Kontrolle des Bundesverwaltungsamtes,
111 der jeweiligen Ministerien und des Bundesrechnungshofs unterliegen, bei
112 Landesmitteln durch Landesbehörden und Landesrechnungshöfe. Beanstandungen
113 sollen
114 veröffentlicht werden. Nicht ordnungsgemäß verwendete staatliche Mittel
115 müssen zurückerstattet werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 104: Den Bundesjugendspielen ein leistungsorientiertes Upgrade geben.

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	BAK Liberale Schüler (BAK), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen setzen sich aktiv, vor allem gegenüber der bundesweiten
- 2 Kultusministerkonferenz, für eine leistungsorientierte Modernisierung der
- 3 Bundesjugendspiele ein.
- 4 Gegenteilig zu jüngsten Debatten, wollen wir den Faktor der Leistung in den
- 5 Bundesjugendspielen nicht abschaffen, sondern beibehalten und ergänzen. Denn wir
- 6 Junge Liberale bekennen uns zu einer leistungsorientierten Gesellschaft, in der junge
- 7 Menschen lernen sollten, mit dem Gewinnen und Verlieren von Wettbewerben umgehen zu
- 8 können.
- 9 Dabei geht es uns auch darum, das sportliche Miteinander zu vertiefen und eine
- 10 Demütigung von unterlegenen Schülerinnen und Schülern zu verhindern.

- 11 Schulen sollten in Zukunft selbst entscheiden dürfen, ob und in welchem Rahmen sie
- 12 die Bundesjugendspiele durchführen. Des Weiteren dürfen die Bundesjugendspiele in
- 13 keinem Falle als Grundlage einer Benotung dienen.

- 14 Die Jungen Liberalen erkennen aber auch an, dass bei sportlichen Wettbewerben nicht
- 15 alle Jugendlichen mit den gleichen körperlichen Voraussetzungen an den Start gehen
- 16 und da wir Jungen Liberale nicht nur für die Anerkennung von Leistung, sondern auch
- 17 für Chancengerechtigkeit stehen. Daher fordern wir die Möglichkeit, dass Schulen
- 18 neben sportlichen Wettbewerben zeitgleich auch intellektuelle Wettbewerbe wie z.B.
- 19 Debattier-, Programmier- oder Rechenwettbewerbe anbieten können, aus welchen die
- 20 Schülerinnen und Schüler wählen müssen. Diese Wettbewerbskategorien sollen, als
- 21 gleichwertige Wettbewerbskategorien der Bundesjugendspiele zu betrachten sein.
- 22 Die Kultusministerkonferenz soll die Durchführung derartiger Wettbewerbe ausdrücklich
- 23 bewerben. Die Siegerinnen und Sieger dieser intellektuellen Wettbewerbe sollen mit
- 24 denselben Auszeichnungen wie die bisherigen Siegerinnen und Sieger der
- 25 Sportwettbewerbe ausgezeichnet werden, sprich es soll Ehrenurkunden des amtierenden
- 26 Bundespräsidenten und Siegerurkunden geben. Zudem sollen ab der weiterführenden
- 27 Schule generell keine Teilnehmerurkunden mehr vergeben werden, da wir die Auffassung
- 28 vertreten, dass diese ab einem gewissen Alter die gewünschte Wirkung verfehlen.

Begründung

Mitantragsteller: LV Baden-Württemberg

Begründung erfolgt mündlich

Antrag 105: Vielfalt und Diversität statt Zucht und Ordnung!

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	BAK Liberale Schüler (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Als Junge Liberale befürworten wir die Individualität von Schülerinnen und Schülern.
2 Daher lehnen wir jeglichen Gedanken von einheitlicher Kleidung oder
3 Kleidungsordnungen an staatlichen Schulen ab. Moral und Werte werden nicht durch
4 Kleidung, sondern durch Erziehung vermittelt, der Auftrag hierzu liegt bei Schulen
5 und Eltern.

6 Durch einen vereinheitlichten Kleidungszwang, wie ihn der Bundeselternrat vorschlägt,
7 wäre die individuelle Entfaltungsmöglichkeit an den Schulen verwehrt. Jeder
8 Jugendliche sollte die eigene Persönlichkeit, die eigenen Interessen und die eigenen
9 Stile ausleben dürfen. Die vorgeschlagene Kleiderordnung ist auch der erste Schritt
10 in Richtung einer Schuluniform, gleichbedeutend einer Einheitskleidung an Schulen mit
11 komplett ausbleibendem Raum für Entfaltung und Diversität.
12 Unser größtes Problem in Schule besteht aktuell in zu wenig Individualisierung sowie
13 der Missachtung von Stärken und Neigungen der Schülerinnen und Schüler. Wir stehen
14 für Eigenverantwortung, Vielfalt und Freiheit an Schulen sowie für Diversität.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 801: Friendly reminder: Klimaschutzdividende noch in dieser Legislatur einführen

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	Jordan Harbig (LV Niedersachsen)
Status:	zurückgezogen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

1 Der 67. Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

2 Die Jungen Liberalen stützen ihre klimapolitische Programmatik auf wissenschaftlich
3 fundierte Empirie. Nach Auswertungen u.a. des Umweltbundesamtes sparen Sektoren mit
4 **Emissionshandel** weitaus mehr CO₂ ein als Sektoren, in denen hauptsächlich mit
5 Subventionen gearbeitet wird. Folglich begrüßen die Jungen Liberalen die jüngste
6 Reform des bestehenden EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS I) mit gleichzeitiger
7 Schaffung eines zweiten Handelssystems EU-ETS II speziell für u.a. Verkehr und
8 Gebäude, welcher größtenteils den deutschen nationalen Emissionshandel ablösen wird.
9 Für die Lenkungswirkung eines Emissionshandelssystems ist der Preis für eine Tonne
10 CO₂-Äquivalente der entscheidende Faktor. Der anvisierte **Preispfad** innerhalb des
11 Nationalen Emissionshandels muss daher **nachgebessert sowie schneller und stärker**
12 **erhöht** werden. Der aktuell geplante Preispfad von 40 €/t ab 2024, 50 €/t ab 2025 und
13 65 €/t ab 2026 genügt nicht. Zum einen muss das Ziel sein, möglichst zügig und
14 reibungslos einen Preis von 100 €/t zu etablieren, da nach nahezu einhelliger
15 Einschätzung von Experten erst ab einem solchen Preis die erwünschte Lenkungswirkung
16 einsetzt. Zum anderen muss eine Überführung des deutschen Systems in den europaweiten
17 EU-ETS II – der mit frei handelbaren Zertifikaten und mithin volatilen Preisen einen
18 erheblichen und wünschenswerten marktorientierten Systemwechsel darstellt – gelingen,
19 ohne dass, wie bislang zu befürchten ist, zum Übergang mit sprunghaft signifikant
20 höheren CO₂-Preisen gerechnet werden muss. Um einen solch drohenden Preisschock ab
21 2027 zu verhindern, muss die Bundesregierung bereits jetzt einen möglichst
22 ambitionierten Preispfad einschlagen, um einen fließenden Übergang in das europäische
23 System zu ermöglichen.

24 Der erforderliche hohe CO₂-Preis darf jedoch **nichtkompensationslos** bleiben. Jüngsten
25 Umfragen zur Folge sinkt die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutz bereits
26 heute massiv, da er vielen Bürgerinnen und Bürgern neben den fortwährenden Krisen an
27 die wirtschaftliche Substanz geht. Insbesondere untere Einkommensgruppen sind relativ
28 stärker betroffen, da diese einen größeren Anteil ihres Haushaltsbudgets etwa für
29 Brenn- und Heizstoffe ausgeben müssen. Es ist zwingend notwendig, mit aller
30 politischen Kraft auf die schleunige Einführung der **Klimadividende noch in dieser**
31 **Legislatur** hinzuarbeiten.

32 Hierbei sind im europarechtlich zulässigen Rahmen **möglichst sämtliche Einnahmen** aus
33 der CO₂-Abgabe zweckgebunden an diesen zu schaffenden **Auszahlungsmechanismus** zu
34 leiten. Während, gemäß der europäischer Einigung in diesem Juni, ab 2027 etwa 25% der
35 erwarteten Einnahmen des EU-ETS II über den neu zu schaffenden „Klimasozialfonds“ für
36 Maßnahmen ausschließlich für finanziell schwächere und besonders betroffene
37 Haushalte, Kleinstunternehmen und Verkehrsnutzer vorgesehen werden müssen (etwa für
38 befristete direkte Einkommensbeihilfen oder Maßnahmen zur Verringerung der

39 Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen), sollten die restlichen Einnahmen der
40 Finanzierung einer Klimadividende für alle zugeführt werden. Nach Berechnungen des
41 Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) müsste dieser
42 Ausgleichsmechanismus nämlich bereits bei einem CO₂-Preis von 30 €/t etwa 70€ pro
43 Person betragen, um die durchschnittlichen CO₂-Kosten der einkommensschwachen
44 Haushalte auszugleichen, wofür wiederum rund 70% der Einnahmen aus dem nationalen
45 Emissionshandel aufgewendet werden müssten. Andere Klimaschutzprojekte und
46 Investitionen, insbesondere der Schattenhaushalt des **Klima- und Transformationsfonds**,
47 sind in Zukunft daher mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren – die
48 Mittelzuweisung aus dem EU-ETS II ist auszuschließen.

49 In diesem Rahmen fordern die Jungen Liberalen, dass der Auszahlungsprozess mittels
50 einer **pauschalen, einheitlichen jährlichen Pro-Kopf-Zahlung** erfolgen soll. Eine
51 solche datensparsame Auszahlungsvariante hat zum einen den Vorteil, dass sie im Sinne
52 der praktischen Umsetzbarkeit einfacher und vor allem schneller durchführbar ist. Zum
53 anderen muss betont werden, dass die Klimadividende keine sozialstaatliche
54 Transferzahlung darstellt. Hierfür steht mit dem Europäischen Klimasozialfond bereits
55 ein eigenes Instrument bereit. Vielmehr soll die Klimadividende jeder Bürgerin und
56 jedem Bürger gleichermaßen eine Dividende an den Klimaschutzmaßnahmen zuführen und
57 die Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen gewährleisten. Ferner haben Studien
58 gezeigt, dass bei einer pauschalen, einheitlichen jährlichen Pro-Kopf-Zahlung
59 insbesondere einkommensschwache Haushalte relativ stärker von den Entlastungen als
60 einkommensstarke Haushalte profitieren, da gerade die oberen Dezile mehr CO₂
61 emittieren. Nach Berechnungen des DIW Berlin aus dem Juni 2023 würde das
62 einkommensschwächste Dezil schlussendlich gar in Höhe von 0,7% des
63 Haushaltsnettoeinkommens entlastet.

64 Aus diesem Grund fordern die Jungen Liberalen daher die Bundesregierung auf, das im
65 Koalitionsvertrag festgeschriebene **soziale Ausgleichsverfahren (Klimaschutzdividende
66 bzw. dort Klimageld genannt) so schnell wie möglich und noch innerhalb dieser
67 Legislatur einzuführen**. Die bisherigen Planungen des Bundesfinanzministeriums, bis
68 2025 die technische Möglichkeit zu schaffen, Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung
69 überhaupt nur theoretisch an die Bürgerinnen und Bürger zurückzuzahlen, entspricht
70 diesen Erwartungen nicht. Dass es lediglich einen konkreten Plan für die Erfassung
71 und Verwaltung des Datensatzes des Klimageldes gibt (etwa mittels § 139b Abs. 3b AO),
72 nicht jedoch für die Planung und Einführung eines Auszahlungsweges, ist unzureichend.
73 Dass eine zügige Umsetzung bislang vor allem daran scheitert, keine technischen
74 Möglichkeiten zu haben, um pauschale Auszahlungen an Bürgerinnen und Bürger zu
75 ermöglichen, ist für die Digitalisierungspartei in Regierungsverantwortung. Die
76 Jungen Liberalen fordern, zur Auszahlung der Klimadividende die bereits bestehende
77 technische Infrastruktur der Familienkassen zu nutzen. Anders als über eine
78 Erstattung der Krankenkassen oder im Rahmen eines „Huckepackverfahrens“ über die
79 Lohnsteuer hätte die Klimaschutzdividende **als eigenständig ausgezahlte Überweisung**
80 eine sehr hohe Sichtbarkeit – die Wahrnehmung der Klimadividende innerhalb der
81 Bevölkerung ist jedoch entscheidend für ihren Erfolg.

82 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 311: Vereinbarkeit von Familie und Beruf - JETZT!

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	BV Köln-Bonn (LV Nordrhein-Westfalen), LV Berlin (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Deutschland steht im internationalen Vergleich schlecht dar, wenn es um die
2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Dabei können wir uns genau dies aufgrund
3 des andauernden Fachkräftemangels nicht leisten. Wir müssen es Frauen und Männern
4 gleichermaßen ermöglichen, sich sowohl beruflich zu verwirklichen als auch ein
5 Familienleben zu führen. Wenn wir dies nicht tun, bleiben wir als Gesellschaft hinter
6 unseren Möglichkeiten zurück.

7

8 **Reformierung des Elterngeldes**

9 Das System des Elterngeldes wollen wir so flexibel, wie möglich gestalten. Damit
10 wollen wir den Forderungen des Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aus
11 dem Jahr 2017 entsprechen. Im Allgemeinen soll sich die Gestaltung des Elterngeldes
12 an dem schwedischen Modell orientieren.

13

14 Daher fordern die Jungen Liberalen:

15

16 **Elterngeld**

17 • Elterngeld soll zukünftig nicht mehr monatsweise, sondern tageweise vergeben
18 werden.

19

20 • Regulär soll die Zeitspanne, in der Basiselterngeld beantragt werden kann, auf
21 440 Tage festgelegt werden. Innerhalb dieser 440 Tage sollen 70 Tage explizit
22 für ein Elternteil reserviert werden. Darüber hinaus erhält das andere
23 Elternteil 70 Tag, die den 440 Tagen nicht angerechnet werden. Diese 70 Tage
24 können nicht auf den jeweils anderen Erziehungsberechtigten übertragen werden.
25 Soweit diese nicht genutzt werden, verfallen diese.

26

27 • Die ganzen 440 Tage können nach belieben der Eltern nur zur Hälfte oder einem
28 Viertel genommen werden. Somit können aus einem voll bezahlten Tag Elterngeld,
29 zwei halbbezahlte Tage werden. Dies soll so unbürokratisch, wie möglich,
30 verwirklicht werden.

31

32 • Selbstständige Mütter und Väter sollen als eigene Kategorie behandelt werden.

33 Diese werden momentan als exotischer Sonderfall bezeichnet, was zu wenig bis
34 kaum Elterngeld führen kann.

35

36 • Finanzielle Einbußen von Selbstständigen, welche auf die Schwangerschaft
37 zurückzuführen sind, sollen abzugsfrei hinzuverdient werden können.

38

39 • Die negativen Anreize des Partnerbonus, sodass Eltern finanziell schlechter
40 gestellt werden, die gleichzeitig Elterngeld erhalten, sollen beseitigt werden.

41

42 • Sollte ein Elternteil das alleinige Sorgerecht besitzen, steht diesem die volle
43 Anzahl an 440 Monate zu.

44

45 **Mutterschaftsgeld**

46

47 • Bei lesbischen Paaren soll das Mutterschaftsgeld nur die gebärende Mutter
48 erhalten. Sofern dies nicht der Fall ist soll der gebährende Partner gleich
49 welchen Geschlechts Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben

50 • Dem Vater bzw. dem Partner oder der Partnerin der Mutter soll es ermöglicht
51 werden, bis zu 10 Tage vor dem errechneten Geburtstermin bereits Elterngeld zu
52 erhalten, um an Untersuchungen kurz vor der Geburt teilzunehmen.

53

54 Zudem begrüßen wir folgendes Vorhaben der Ampelregierung aus ihrem Koalitionsvertrag:
55 "Wir werden eine zweiwöchige vergütete Freistellung für die Partnerin oder den
56 Partner nach der Geburt eines Kindes einführen. Diese Möglichkeit soll es auch für
57 Alleinerziehende geben."

58

59 **Förderung in der Selbstständigkeit**

60

61 Für viele Selbstständige kann eine Schwangerschaft existenzbedrohlich werden.
62 Selbstständige Schwangere, welche im schlimmsten Fall gar nicht mehr arbeiten können,
63 werden im bisherigen System als exotischer Sonderfall behandelt. Dies muss enden.
64 Ohne die Unterstützung ihrer Partner oder Partnerinnen kommen viele Selbstständige
65 selbst nicht über die Runden. Dabei leisten Selbstständige einen großen Beitrag für
66 unsere Gesellschaft, in dem sie Arbeitsplätze schaffen. Bereits 2008 kritisierte die
67 FDP-Bundestagsfraktion, dass die Unterstützung des Staates für Familien zu wenig die
68 Situation von Selbstständigen berücksichtigt. Auf dieser Kritik wollen wir nun mit
69 konkreten Lösungsansätze antworten:

70

71 Daher fordern die Jungen Liberalen:

72 **Mutterschaftsgeld:**

73 • Voll bezahlten gesetzlichen Mutterschutz. Aktuell erhalten Selbstständige maximal
74 13,00 € pro Tag – aufgrund von laufenden Kosten, sowohl privat als auch

75 betrieblich, ist dies nicht ausreichend und wird zusätzlich noch mit dem
76 Krankengeld verrechnet.

77

78 Betriebliche Absicherung:

79 • Die Ausweitung der Ausgleichszahlungen für werdende Mütter auch an schwangere
80 Selbständige in Berufen, in denen aufgrund der Arbeitsplatzbeschreibung das
81 Beschäftigungsverbot für Angestellte greift.

82

83 • Angelehnt an dem Beispiel Österreichs ist für selbstständig erwerbstätige
84 Frauen (Gewerbetreibende, Neue Selbstständige und Bäuerinnen) als
85 Mutterschaftsleistung grundsätzlich Betriebshilfe vorgesehen, d.h. für den
86 Betrieb wird eine Ersatzarbeitskraft zur Verfügung gestellt. Sollte dies nicht
87 möglich sein, kann finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden

88

89 • Einrichten von Notfalltöpfen für die finanziell gefährdeten Betriebe von
90 Schwangeren Ebenfalls soll erprobt werden, inwieweit das steuerliche Absetzen
91 von Kinderbetreuung außerhalb eines geregelten Kitabetriebs und nachweislich
92 während der Arbeitszeit positive Auswirkungen haben kann.

Antrag 811: Friendly reminder: Klimadividende noch in dieser Legislaturperiode einführen

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (LV Niedersachsen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 **Der 67. Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:**

2 Die Jungen Liberalen stützen ihre klimapolitische Programmatik auf wissenschaftlich
3 fundierte Empirie. Nach Auswertungen u.a. des Umweltbundesamtes sparen Sektoren mit
4 **Emissionshandel** weitaus mehr CO₂ ein als Sektoren, in denen hauptsächlich mit
5 Subventionen gearbeitet wird. Folglich begrüßen die Jungen Liberalen die jüngste
6 Reform des bestehenden EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS I) mit gleichzeitiger
7 Schaffung eines zweiten Handelssystems EU-ETS II speziell für u.a. Verkehr und
8 Gebäude, welcher größtenteils den deutschen nationalen Emissionshandel ablösen wird.

9 Für die Lenkungswirkung eines Emissionshandelssystems ist der Preis für eine Tonne
10 CO₂-Äquivalente der entscheidende Faktor. Der anvisierte **Preispfad** innerhalb des
11 Nationalen Emissionshandels muss daher **nachgebessert sowie schneller und stärker**
12 **erhöht** werden. Der aktuell geplante Preispfad von 40 €/t ab 2024, 50 €/t ab 2025 und
13 65 €/t ab 2026 genügt nicht. Zum einen muss das Ziel sein, möglichst zügig und
14 reibungslos einen Preis von 100 €/t zu etablieren, da nach nahezu einhelliger
15 Einschätzung von Experten erst ab einem solchen Preis die erwünschte Lenkungswirkung
16 einsetzt. Zum anderen muss eine Überführung des deutschen Systems in den europaweiten
17 EU-ETS II – der mit frei handelbaren Zertifikaten und mithin volatilen Preisen einen
18 erheblichen und wünschenswerten marktorientierten Systemwechsel darstellt – gelingen,
19 ohne dass, wie bislang zu befürchten ist, zum Übergang mit sprunghaft signifikant
20 höheren CO₂-Preisen gerechnet werden muss. Um einen solch drohenden Preisschock ab
21 2027 zu verhindern, muss die Bundesregierung bereits jetzt einen möglichst
22 ambitionierten Preispfad einschlagen, um einen fließenden Übergang in das europäische
23 System zu ermöglichen.

24 Der erforderliche hohe CO₂-Preis darf jedoch **nichtkompensationslos** bleiben. Jüngsten
25 Umfragen zur Folge sinkt die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutz bereits
26 heute massiv, da er vielen Bürgerinnen und Bürgern neben den fortwährenden Krisen an
27 die wirtschaftliche Substanz geht. Insbesondere untere Einkommensgruppen sind relativ
28 stärker betroffen, da diese einen größeren Anteil ihres Haushaltsbudgets etwa für
29 Brenn- und Heizstoffe ausgeben müssen. Es ist zwingend notwendig, mit aller
30 politischen Kraft auf die schleunige Einführung der **Klima(schutz)dividende noch in**
31 **dieser Legislatur** hinzuarbeiten.

32 Hierbei sind im europarechtlich zulässigen Rahmen **möglichst sämtliche Einnahmen** aus
33 der CO₂-Abgabe zweckgebunden an diesen zu schaffenden **Auszahlungsmechanismus** zu
34 leiten. Während, gemäß der europäischer Einigung in diesem Juni, ab 2027 etwa 25% der
35 erwarteten Einnahmen des EU-ETS II über den neu zu schaffenden „Klimasozialfonds“ für

36 Maßnahmen ausschließlich für finanziell schwächere und besonders betroffene
37 Haushalte, Kleinstunternehmen und Verkehrsnutzer vorgesehen werden müssen (etwa für
38 befristete direkte Einkommensbeihilfen oder Maßnahmen zur Verringerung der
39 Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen), sollten die restlichen Einnahmen der
40 Finanzierung einer Klimadividende für alle zugeführt werden. Nach Berechnungen des
41 Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) müsste dieser
42 Ausgleichsmechanismus nämlich bereits bei einem CO₂-Preis von 30 €/t etwa 70€ pro
43 Person betragen, um die durchschnittlichen CO₂-Kosten der einkommensschwachen
44 Haushalte auszugleichen, wofür wiederum rund 70% der Einnahmen aus dem nationalen
45 Emissionshandel aufgewendet werden müssten. Andere Klimaschutzprojekte und
46 Investitionen, insbesondere der Schattenhaushalt des **Klima- und Transformationsfonds**,
47 sind in Zukunft daher mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren – die
48 Mittelzuweisung aus dem EU-ETS II ist auszuschließen.

49 In diesem Rahmen fordern die Jungen Liberalen, dass der Auszahlungsprozess mittels
50 einer **pauschalen, einheitlichen jährlichen Pro-Kopf-Zahlung** erfolgen soll. Eine
51 solche datensparsame Auszahlungsvariante hat zum einen den Vorteil, dass sie im Sinne
52 der praktischen Umsetzbarkeit einfacher und vor allem schneller durchführbar ist. Zum
53 anderen muss betont werden, dass die Klimadividende keine sozialstaatliche
54 Transferzahlung darstellt. Hierfür steht mit dem Europäischen Klimasozialfond bereits
55 ein eigenes Instrument bereit. Vielmehr soll die Klimadividende jeder Bürgerin und
56 jedem Bürger gleichermaßen eine Dividende an den Klimaschutzmaßnahmen zuführen und
57 die Zustimmung zu klimapolitischen Maßnahmen gewährleisten. Ferner haben Studien
58 gezeigt, dass bei einer pauschalen, einheitlichen jährlichen Pro-Kopf-Zahlung
59 insbesondere einkommensschwache Haushalte relativ stärker von den Entlastungen als
60 einkommensstarke Haushalte profitieren, da gerade die oberen Dezile mehr CO₂
61 emittieren. Nach Berechnungen des DIW Berlin aus dem Juni 2023 würde das
62 einkommensschwächste Dezil schlussendlich gar in Höhe von 0,7% des
63 Haushaltsnettoeinkommens entlastet.

64 Aus diesem Grund fordern die Jungen Liberalen daher die Bundesregierung auf, das im
65 Koalitionsvertrag festgeschriebene **soziale Ausgleichsverfahren (Klimadividende bzw.**
66 **dort Klimageld genannt) so schnell wie möglich und noch innerhalb dieser Legislatur**
67 **einzuführen**. Die bisherigen Planungen des Bundesfinanzministeriums, bis 2025 die
68 technische Möglichkeit zu schaffen, Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung überhaupt nur
69 theoretisch an die Bürgerinnen und Bürger zurückzuzahlen, entspricht diesen
70 Erwartungen nicht. Dass es lediglich einen konkreten Plan für die Erfassung und
71 Verwaltung des Datensatzes des Klimageldes gibt (etwa mittels § 139b Abs. 3b AO),
72 nicht jedoch für die Planung und Einführung eines Auszahlungsweges, ist unzureichend.
73 Dass eine zügige Umsetzung bislang vor allem daran scheitert, keine technischen
74 Möglichkeiten zu haben, um pauschale Auszahlungen an Bürgerinnen und Bürger zu
75 ermöglichen, ist für die Digitalisierungspartei in Regierungsverantwortung so
76 schlichtweg nicht hinnehmbar. Die Jungen Liberalen fordern, zur Auszahlung der
77 Klimadividende die bereits bestehende technische Infrastruktur der Familienkassen zu
78 nutzen. Anders als über eine Erstattung der Krankenkassen oder im Rahmen eines
79 „Huckepackverfahrens“ über die Lohnsteuer hätte die Klimaschutzdividende **als**
80 **eigenständig ausgezahlte Überweisung** eine sehr hohe Sichtbarkeit – die Wahrnehmung
81 der Klimadividende innerhalb der Bevölkerung ist jedoch entscheidend für ihren
82 Erfolg.

83 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 812: German STOCK ACT – Transparenzregeln für Trades von Amts- und Mandatsträgern schärfen

Laufende Nummer: 52

Antragsteller*in:	KV Region Hannover (LV Niedersachsen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 **Der 67. Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:**

2 Als Reaktion auf die „Augustus Intelligence“-Affäre eines bekannten CDU-Politikers
3 verschärfte der Deutsche Bundestag in der vergangenen Legislaturperiode die im
4 Abgeordnetengesetz festgeschriebenen Transparenzregeln für den Handel mit
5 Aktienoptionen und vergleichbaren vermögensrelevanten Vorteilen.

6 Schon im Nachgang der globalen Finanzkrise beschloss der US-Congress 2012 mit
7 überwältigender, überparteilicher Mehrheit den STOCK ACT, der neue Maßstäbe für die
8 Transparenzanforderungen gewählter Volksvertreter setzte. Gewählte Volksvertreter in
9 den USA, sowie ihre direkten Angestellten und die Mitarbeitenden im US-Kongress
10 selbst, dürfen keine Informationen nutzen, die nicht auch der breiten Öffentlichkeit
11 zugänglich sind, um ihre Trading-Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus sind die
12 amerikanischen Volksvertreter dazu verpflichtet ihre Finanztransaktionen mit Aktien,
13 Fondsanteilen, Anleihen und anderen Wertpapieren mindestens alle 45 Tage auf ihren
14 offiziellen Websites zu veröffentlichen.

15 Für die Jungen Liberalen ist klar, dass auch gewählten Abgeordneten und
16 Regierungsmitgliedern der private Handel mit Aktien, ETFs, Anleihen Co. prinzipiell
17 möglich sein muss. Der private Missbrauch von Insider-Informationen schadet jedoch
18 dem Ansehen der demokratischen Institutionen, die diese Abgeordneten und
19 Regierungsmitglieder vertreten.

20 Statt auf Verbote zu setzen, fordern wir scharfe Transparenzregeln und orientieren
21 uns dabei am amerikanischen STOCK (Stop Trading on Congressional Knowledge) ACT.

22 Konkret fordern wir:

23 Mitgliedern des Bundestages und der 16 Landesparlamente sowie den Mitgliedern der
24 Bundesregierung und der 16 Landesregierungen wird fortan untersagt, nicht öffentlich
25 zugängliche Informationen für private ihre Finanztransaktionen mit Aktien,
26 Fondsanteilen, Anleihen und anderen Wertpapieren zu verwenden. Dies gilt auch für
27 Unternehmen an denen der/die Abgeordnete hauptsächlich beteiligt ist.

28 Darüber hinaus werden sie dazu verpflichtet, monatlich über die offizielle Website
29 der Institution, der sie angehören, über ihre zuvor genannten Kapitalgeschäfte zu
30 informieren. Dabei soll eine Bagatellgrenze gelten.

31 Zudem soll sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, eine entsprechende
32 Regelung auch für die Mitglieder des EU-Parlaments und der EU-Kommission einzuführen.

33 Sunset-Klausel: 10 Jahre

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 408: Tik-Tok-Tot

Laufende Nummer: 53

Antragsteller*in:	LV Sachsen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen erkennen das Risiko, welches Apps wie „TikTok“ für die nationale
- 2 Sicherheit darstellen, an und sehen die App unter ihrem Betreiber ByteDance daher
- 3 kritisch. Unter diesem Gesichtspunkt sprechen wir uns für,
- 4
- 5 a) einen Betreiberwechsel für den deutschen Raum aus, bei dem sicherzustellen ist,
- 6 dass keine chinesischen Interessen auf das Betreiberunternehmen Einfluss nehmen .
- 7 Sollte das nicht möglich sein, fordern wir in letzter Konsequenz das Verbot der App
- 8 für den deutschen Markt,
- 9
- 10 ODER
- 11
- 12 b) eine nach Vorbild des amerikanischen „Projekt Texas“ geschaffene Alternativlösung,
- 13 die deutsche Sicherheitsinteressen gleichermaßen schützt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 409: Integrierte Sicherheit zu Ende denken - ein Nationaler Sicherheitsrat für Deutschland

Laufende Nummer: 54

Antragsteller*in:	LV Sachsen (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie, in diesem Jahr von der Bundesregierung
2 vorgestellt, steht unter dem Motto "Integrierte Sicherheit". Im Zentrum stehen ein
3 weit ausgelegter Sicherheitsbegriff und der Ansatz, sämtliche sicherheitsrelevanten
4 Bereiche miteinander zu vernetzen und zu bedenken. Wir befürworten diese
5 Herangehensweise, stellt sie doch die richtige Antwort auf komplexe Krisen dar, die
6 in einer stärker verbundenen und interdependenten Welt nicht die Ausnahme, sondern
7 die Regel sind. Letztendlich steht sich die Nationale Sicherheitsstrategie hierbei
8 jedoch selbst im Weg und verpasst es, die Strukturen der Bundesrepublik Deutschland
9 an den gewählten Ansatz anzupassen.

10

11 Daher fordern wir die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates für Deutschland.
12 Dieser soll organisatorisch dem Verantwortungsbereich des Bundeskanzleramtes
13 zugeordnet sein und der Bundesregierung als beratendes und empfehlendes Gremium zur
14 Verfügung stehen.

15

16 Der Nationale Sicherheitsrat soll aus Vertreterinnen und Vertretern des
17 Bundesministeriums der Verteidigung, des Auswärtigen Amtes, des Bundeskanzleramtes,
18 des Bundesministeriums des Inneren, der Bundeswehr, des Bundesnachrichtendienstes und
19 des Bundesamtes für Verfassungsschutz bestehen. Lageabhängig können nicht ständige
20 Mitglieder in den Nationalen Sicherheitsrat berufen werden, beispielsweise
21 Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums für nukleare Sicherheit oder des
22 Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

23

24 Im Schwerpunkt soll der Nationale Sicherheitsrat ein ständiges Lagebild der deutschen
25 Sicherheitslage entwerfen und aktuell halten. Anhand dieses Monitorings sollen
26 routinemäßig Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung gegeben werden und das
27 Gremium soll der Bundesregierung beratend zur Seite stehen. Darüber hinaus sollen im
28 Notfall Informationen und Kompetenzen sämtlicher Akteure der deutschen
29 Sicherheitspolitik gebündelt werden, um ad-hoc Empfehlungen zu erstellen und die
30 Bundesregierung in der Krisenreaktion beziehungsweise -prävention zu beraten. Der
31 Nationale Sicherheitsrat soll ständigen Zugriff auf sämtliche nachrichtendienstliche
32 oder anderweitig sicherheitsrelevante Informationen der deutschen Sicherheitsakteure
33 erhalten.

34

35 Im Sinne der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung soll sich der Nationale
36 Sicherheitsrat parlamentarisch verantworten müssen. Die Aufsicht über den Nationalen
37 Sicherheitsrat soll dabei analog zu den Nachrichtendiensten des Bundes beim
38 Parlamentarischen Kontrollgremium liegen. Außerdem soll der Nationale Sicherheitsrat
39 in regelmäßigen Abständen dem Bundestag berichten müssen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 711: Der Zug hat (k)eine Bremse – Neubaustrecke Hamburg-Hannover jetzt!

Laufende Nummer: 55

Antragsteller*in:	BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), Nemir Ali (Bundesvorstand), Tobias Weiskopf (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir fordern den schnellstmöglichen Bau einer Neubaustrecke zwischen Hamburg und
- 2 Hannover. Der alleinige Ausbau der Bestandsstrecke ohne Neubau (sogenanntes
- 3 "optimiertes" Alpha-E) liefert zu wenig Kapazität für ein leistungsfähiges
- 4 Schienennetz. Angesichts der Verschiebung der Sanierung der Bestandsstrecke nach
- 5 hinten auf 2029, fordern wir die Bundesregierung deshalb auf, die Neubaustrecke zügig
- 6 voranzutreiben und den Neubau so schnell es geht umzusetzen. Die umweltschonende
- 7 Kopplung der Trasse an große Teile der bereits bestehenden A7 begrüßen wir
- 8 ausdrücklich.

Begründung

Für eine leistungsfähige Infrastruktur brauchen wir in ganz Deutschland ein starkes Schienennetz. Zwischen Hannover und Hamburg teilen sich zurzeit Fern-, Regional- und Güterzüge zwei Gleise – eines in jede Richtung. Regelmäßige Nutzer der Trasse Hamburg - Hannover wissen um die Probleme dieses Nadelöhrs.

Für den Deutschlandtakt ist eine schnelle, zuverlässige Verbindung zwischen Hamburg und Hannover erforderlich.

Dass ausgerechnet eine rot-grüne Regierung diesen Neubau nun aufschiebt, gefährdet das Ziel, den Verkehrssektor zu dekarbonisieren. Wir brauchen bei der Bahn vor allem auch ein gutes Angebot.

Wir JuLis fordern beispielsweise bereits Hochgeschwindigkeitstrassen zwischen den wichtigsten Knoten Deutschlands. Diese Geschwindigkeiten sind nur mit einer Neubaustrecke zu erreichen. Deswegen ist der schnellstmögliche Neubau der Strecke daher erforderlich.

Mit den jetzigen Planungen, würde bei Entschluss für einen Neubau allerfrühestens Ende 2030 die Strecke in Betrieb gehen – zu spät, wenn wir jetzt die Weichen stellen müssen.

Die Kapazitätssteigerungen durch einen Ausbau (z.B. in Form eines optimierten Alpha E) reichen nicht aus.

Antrag 601: Zukunftscodex: Liberale Leitlinien für künstliche Intelligenz

Laufende Nummer: 56

Antragsteller*in:	BAK Digitales (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	6 - Digitales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 **Die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) eröffnet uns**
2 **neue Chancen und Herausforderungen. Wir sind überzeugt, dass individuelle**
3 **Freiheit und Selbstbestimmung essentiell für eine offene Gesellschaft**
4 **sind. KI kann diese Werte stärken und unsere Lebensqualität verbessern,**
5 **birgt jedoch auch Risiken. Daher ist es zentral, dass KI auf ethischen**
6 **Grundsätzen basiert und auf den Prinzipien der Freiheitlich-**
7 **Demokratischen Grundordnung basiert.**

8 **Wir sehen KI als Werkzeug für den Menschen, nicht als Ersatz. Maßnahmen**
9 **wie die Überprüfbarkeit von Algorithmen und menschliche Kontrolle sind**
10 **daher unerlässlich.**

11 **Wir glauben an eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Regierungen**
12 **und der Zivilgesellschaft, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI zu**
13 **gewährleisten. Es ist von entscheidender Bedeutung eine Balance zwischen**
14 **technologischer Innovation und dem Schutz individueller Freiheit und**
15 **Selbstbestimmung zu finden, um eine ethische und verantwortungsvolle**
16 **Nutzung von KI zu gewährleisten. Zudem sind ein offener Dialog und**
17 **transparente Kommunikation notwendig, um Vertrauen in diese Technologie**
18 **zu schaffen und Risiken frühzeitig zu identifizieren.**

19 **Transparenz**

20 **Transparenz im Umgang mit künstlicher Intelligenz ist für eine verantwortungsvolle**
21 **Anwendung von KI-Systemen von entscheidender Bedeutung. Da KI-Systeme auf großen**
22 **Datenmengen und komplexen Algorithmen basieren, können Entscheidungen, die auf der**
23 **Grundlage von KI getroffen werden, schwer nachvollziehbar sein oder diskriminieren.**
24 **Unternehmen und Regierungen, die KI einsetzen, sollten daher transparent über die**
25 **Algorithmen und Daten informieren, die zur Entwicklung und Anwendung von KI-Systemen**
26 **verwendet werden. Konkret fordern wir, dass gemäß Einordnung mittels der EU-**
27 **Risikopyramide für „High“ und „Unacceptable“ Risk offengelegt wird, welche Daten zur**
28 **Entwicklung von KI-Systemen verwendet werden und wie KI-Systeme trainiert werden. Nur**
29 **so können in diesem sensiblen Segment Entscheidungen, die auf der Grundlage von KI**
30 **getroffen werden, fair und nachvollziehbar sein und Diskriminierung vermieden werden.**
31 **Darüber hinaus ist Transparenz auch aus ethischer Sicht wichtig, um das Vertrauen in**
32 **die Technologie aufrechtzuerhalten.**

33 **Datenschutz**

34 KI-Systeme basieren in der Regel auf großen Datenmengen, die auch personenbezogene
35 Informationen wie Namen, Adressen, Finanz- und Gesundheitsdaten enthalten können.
36 Insbesondere bei sensiblen Personenbezogenen Daten muss sichergestellt werden, dass
37 sie nur in begründeten Fällen zum Trainieren der KI verwendet, oder gespeichert
38 werden. Daher ist ein starkes Datenschutzregime entscheidend, um sicherzustellen,
39 dass diese Daten nur für den beabsichtigten Zweck verwendet werden und die
40 Privatsphäre der Menschen geschützt bleibt. Ein solches Regime sollte auf drei Säulen
41 aufbauen:

- 42 1. Gesetzliche Rahmenbedingungen: Klare gesetzliche Regelungen, einschließlich der
43 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), sollten den Datenschutz im Umgang mit KI
44 definieren und Unternehmen und Regierungen verpflichten, Transparenz und
45 Kontrolle über die Verwendung von Daten sicherzustellen.
- 46 2. Technische Lösungen: Unternehmen und Regierungen, die KI-Systeme einsetzen,
47 sollten technische Lösungen, wie die Verschlüsselung von Daten während der
48 Übertragung und Speicherung, implementieren, um die Integrität der Daten zu
49 gewährleisten.
- 50 3. Bildung und Aufklärung: Die Bürgerinnen und Bürger sollten über ihre
51 Datenschutzrechte informiert werden, um fundierte Entscheidungen darüber treffen
52 zu können, welche Daten sie teilen möchten und welche nicht. Eine öffentliche
53 Debatte über die Verwendung von Daten im Kontext von KI sollte geführt werden.

54 KI benötigt zudem auch die Möglichkeit urheberrechtlich geschützte Inhalte zu
55 konsumieren, um sich weiterentwickeln zu können. Es muss jedoch sichergestellt
56 werden, dass KI damit keine Urheberrechtsverletzungen begeht. Dies trifft
57 insbesondere bei der Erstellung von Texten, bei Kompositionen oder Bildern zu. Im
58 Falle von Urheberrechtsverletzungen müssen die Betreiber der KI-Plattformen haftbar
59 gemacht werden können.

60 Eine weitere wichtige Initiative im Bereich Datenschutz im Zusammenhang mit KI ist
61 die Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA). Unternehmen und Regierungen sollten eine
62 DSFA durchführen, bevor sie KI-Systeme entwickeln oder einsetzen, um sicherzustellen,
63 dass die Datenverarbeitung den Datenschutzvorschriften entspricht und die
64 Privatsphäre der Menschen gewahrt bleibt.

65 **Ethik**

66 Ethik ist ein zentraler Aspekt bei der Entwicklung und Anwendung von künstlicher
67 Intelligenz. KI-Systeme werden zukünftig eminenten Einfluss auf das Leben der
68 Menschen haben, und es ist wichtig sicherzustellen, dass sie auf ethischen
69 Grundsätzen basieren.

70 Eine zentrale Forderung ist, dass KI-Systeme keine diskriminierenden Entscheidungen
71 treffen oder zu sozialer Ausgrenzung führen dürfen. Dies ist ein komplexes Thema, da
72 diskriminierende Entscheidungen oft auf unbewussten Vorurteilen und Stereotypen
73 beruhen können, die in den verwendeten Lern-Daten und Algorithmen eingebettet sind.

74 Um sicherzustellen, dass KI-Systeme auf ethischen Grundsätzen basieren, sind daher
75 verschiedene Maßnahmen erforderlich:

- 76 1. Regulierung: Es sollten Regulierungen und Gesetze geschaffen werden, die die
77 Entwicklung und Anwendung von KI-Systemen auf ethischen Grundsätzen
78 vorschreiben. Der Ethik-Leitfaden der EU sollte dabei besondere Berücksichtigung
79 finden.
- 80 2. Datenethik: Es ist wichtig, dass Datenethik bei der Entwicklung und Anwendung
81 von KI-Systemen berücksichtigt wird. Dies umfasst die Verwendung von ethischen
82 Datenquellen und die Vermeidung von Daten, die Stereotypen oder Vorurteile
83 enthalten können.
- 84 3. Überprüfbarkeit: Es ist wichtig, dass KI-Systeme überprüfbar sind, um
85 sicherzustellen, dass sie auf ethischen Grundsätzen basieren. Hierfür müssen
86 Algorithmen und Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden, damit sie von
87 unabhängigen Expertinnen und Experten überprüft werden können. Für die besonders
88 wichtigen Basismodelle, sowie für die gemäß EU-Risikopyramide als „High“ oder
89 „Unacceptable“ Risk klassifizierten Plattformen fordern wir daher eine
90 unabhängige Prüfung in Form eines Ethik-TÜVs.
- 91 4. Bildung und Aufklärung: Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit über die
92 Auswirkungen und potenziellen Risiken, aber auch die Chancen von KI-Systemen
93 informiert wird. Hierfür sollen Bildungsprogramme bereitgestellt werden, die die
94 Bevölkerung über die Funktion, Verwendung und die möglichen ethischen
95 Implikationen von KI-Systemen aufklären.
- 96 5. Menschliche Kontrolle: KI-Systeme müssen so entwickelt werden, dass sie von
97 Menschen kontrolliert und überwacht werden können. Es ist wichtig
98 sicherzustellen, dass KI-Systeme nicht unkontrolliert agieren oder
99 Entscheidungen treffen, die außerhalb des Rahmens menschlicher Werte und
100 Prinzipien liegen.
- 101 6. Verantwortlichkeit und Haftung: Es müssen klare Regeln und Richtlinien für die
102 Verantwortlichkeit und Haftung im Falle von Fehlern oder Schäden durch KI-
103 Systeme festgelegt werden. Unternehmen und Regierungen müssen dafür
104 verantwortlich gemacht werden können, wenn ihre KI-Systeme Schäden verursachen
105 oder gegen ethische Grundsätze verstoßen.

106 **Jugendschutz**

107 Die Nutzung von KI-Systemen birgt für Kinder und Jugendliche Risiken wie
108 Datenschutzverletzungen, unangemessene Inhalte und Abhängigkeiten. Wir fordern einen
109 starken Schutz von Minderjährigen bei der Entwicklung von KI-Systemen zu
110 berücksichtigen, inklusive Datenschutz und altersgerechter Gestaltung, hierfür sollen
111 Erziehungsexperten in beratender Funktion eingebunden werden. Werbung und
112 kommerzielle Nutzung von KI-Systemen müssen reguliert werden, um Minderjährige vor
113 unangemessener Vermarktung zu schützen, inklusive klarer Regeln zur Datennutzung.
114 Algorithmen, die auf das Verhalten von Minderjährigen abzielen, sollten verboten
115 werden, um die Privatsphäre dieser zu wahren. KI-Systeme für Minderjährige sollten so
116 gestaltet sein, dass sie menschliche Interaktionen ergänzen, nicht ersetzen. Für
117 Kinder unter 14 Jahren fordern wir ein Verbot der Sammlung personenbezogener Daten.

118 **KI-Systeme im Bildungswesen**

119 Wir befürworten die Integration von KI-Systemen im Bildungsbereich und sehen sie
120 nicht als Bedrohung für die eigenständige Leistung von Schülern und Studenten. Daher
121 fordern wir die Anpassung der Lehrpläne, um den Umgang mit diesen Systemen sowie ein
122 grundlegendes Verständnis für ihre Funktionsweise und potenzielle Risiken zu
123 vermitteln. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Anpassung der Prüfungsordnungen
124 ein, um die Nutzung von KI als Hilfsmittel in Prüfungssituationen, ähnlich wie bei
125 Taschenrechnern, zu ermöglichen.

126 **Arbeitsmarkt**

127 Die KI-Technologie kann dazu beitragen, den anhaltenden Fachkräftemangel in
128 verschiedenen Branchen zu mildern. Mit intelligenten Systemen können Routinearbeiten
129 automatisiert und standardisiert werden, sodass qualifizierte Arbeitskräfte sich auf
130 komplexe und anspruchsvollere Aufgaben konzentrieren können. Gleichzeitig können KI-
131 Systeme dazu beitragen, die Produktivität und Effizienz von Unternehmen zu steigern,
132 was wiederum mehr Arbeitsplätze schaffen kann. Es ist jedoch wichtig, dass die
133 Potenziale von KI-Systemen genutzt werden, um die Qualifikationen von Arbeitnehmern
134 zu verbessern und die Weiterbildung von Fachkräften zu fördern, um sicherzustellen,
135 dass sie in der Lage sind, sich den Herausforderungen des sich wandelnden
136 Arbeitsmarktes anzupassen. Dem lebenslangen Lernen kommt somit eine noch größere
137 Rolle zu. Ein erhöhter Bedarf an beruflicher Weiterbildung und Umschulungen muss zu
138 einem Ausbau der Angebote führen. Die Zusammenarbeit von staatlichen und privaten
139 Institutionen sollte in diesem Zusammenhang verstärkt werden.

140 Diese zu schaffenden Weiterbildungsmaßnahmen sollen von der Bundesagentur für Arbeit
141 verantwortet werden und den Einstieg in ein digital geprägtes Berufsfeld ermöglichen.
142 Dies ist ein entscheidender Baustein zur Transition Deutschlands zu einer
143 Digitalnation.

144 **Wirtschaft**

145 Die Nutzung von künstlicher Intelligenz bietet enorme Chancen für die Wirtschaft. KI-
146 Systeme können helfen, Geschäftsprozesse zu optimieren und die Effizienz zu steigern.
147 Unternehmen können durch den Einsatz von KI-Systemen wertvolle Erkenntnisse gewinnen,
148 die zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen genutzt werden können. KI-
149 basierte Analyse-Tools ermöglichen es Unternehmen, große Datenmengen schnell und
150 effektiv zu analysieren, um wertvolle Erkenntnisse zu gewinnen und fundierte
151 Entscheidungen zu treffen. Der Einsatz von KI kann auch dazu beitragen, neue
152 Geschäftsfelder zu erschließen und Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

153 Es ist wichtig, dass die wirtschaftlichen Chancen, die KI bietet, erkannt und genutzt
154 werden. Die Förderung von Innovation und Unternehmertum ist ein zentraler Grundsatz
155 liberaler Wirtschaftspolitik, und der Einsatz von KI kann dazu beitragen, diese
156 Grundsätze in die Praxis umzusetzen.

157 Für Unternehmen, die KI-Technologie in ihren Produkten einsetzen fordern wir die
158 Einführung einer niedrigeren Haftungsgrenze bei der Produkthaftung, um es ihnen zu
159 ermöglichen, sich auf innovative Lösungen zu konzentrieren, ohne durch übermäßige
160 Haftungsansprüche in ihrer Entwicklung gehemmt zu werden.

161 Außerdem fordern wir die Autonomie der EU bei der Entwicklung, Bereitstellung und

162 Nutzung von KI. Eine potenzielle Abhängigkeit von Ländern, wie der Volksrepublik
163 China muss ausgeschlossen werden können.

164 **KI-Sicherheitsforschung**

165 Wir setzen uns dafür ein KI-Sicherheitsforschung zu fördern, um potenzielle Risiken
166 von KI-Systemen zu identifizieren. Die Entwicklung von KI-Systemen geht einher mit
167 der Notwendigkeit, ihre Sicherheit zu gewährleisten und mögliche Risiken zu
168 minimieren. Eine aktive Förderung der KI-Sicherheitsforschung durch die
169 Bundesregierung kann dazu beitragen, das Vertrauen in KI-Systeme zu stärken und
170 gleichzeitig eine verantwortungsvolle Nutzung und Weiterentwicklung der Technologie
171 zu fördern. Hierzu sollten insbesondere Mittel bereitgestellt werden, um die
172 Erforschung von Sicherheitslücken sowie die Entwicklung von Verfahren zur Vermeidung
173 von Fehlfunktionen und Missbrauch von KI-Systemen zu unterstützen.

174 **KI im Gesundheitswesen**

175 Wir fordern die umfassende Integration von KI-Technologien im Gesundheitswesen,
176 insbesondere in der Diagnostik, um die medizinische Versorgung zu optimieren. KI
177 ermöglicht schnellere und genauere Diagnosen, personalisierte Behandlungspläne und
178 die Früherkennung von Krankheiten. Dies entlastet das medizinische Personal, steigert
179 die Effizienz und senkt Kosten. Wir schlagen klare Leitlinien, Forschungsförderung,
180 Schulungsprogramme und die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft vor, um diese
181 transformative Technologie auch in diesem Bereich effektiv einzusetzen.

182 **Deepfakes und Desinformation**

183 Wir Jungen Liberalen erkennen die Bedeutung des verantwortungsvollen Umgangs mit
184 Deepfakes in einer liberalen Gesellschaft an und setzen sich für eine ganzheitliche
185 Herangehensweise an dieses Problem ein. Wir fordern:

186 1. Förderung der Aufklärung und Sensibilisierung: Wir plädieren dafür, umfassende
187 Aufklärungskampagnen durchzuführen, um die Öffentlichkeit über die Existenz und das
188 Potenzial von Deepfakes aufzuklären. Die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürgern
189 ist ein erster Schritt zur Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformationen.

190 2. Entwicklung und Förderung von Deepfake-Erkennungstechnologien: Wir setzen uns
191 dafür ein, Forschung und Entwicklung im Bereich der Deepfake-Erkennung voranzutreiben
192 und Technologien zu fördern, die dazu dienen, Deepfake-Inhalte zu identifizieren und
193 zu kennzeichnen. Dies ermöglicht es den Nutzern, bewusstere Entscheidungen über die
194 Glaubwürdigkeit von Inhalten zu treffen.

195 3. Stärkung der Gesetze zum Schutz der Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte: Wir
196 unterstützen die Schaffung und Stärkung rechtlicher Instrumente, um die Privatsphäre
197 und Persönlichkeitsrechte von Einzelpersonen vor missbräuchlicher Verwendung von
198 Deepfake-Technologien zu schützen. Dabei muss jedoch die Meinungsfreiheit und die
199 Kunstfreiheit gewahrt bleiben.

200 4. Internationale Zusammenarbeit: Wir fordern eine verstärkte internationale
201 Kooperation im Umgang mit Deepfakes, um gemeinsame Standards für die Bekämpfung
202 dieser Technologien zu entwickeln und den grenzüberschreitenden Missbrauch
203 einzudämmen.

204 5. Betonung der Medienkompetenz: Wir setzen uns weiterhin und um so mehr für die
205 Integration von Medienkompetenz in Bildungseinrichtungen ein, um jungen Menschen die
206 Fähigkeiten zu vermitteln, Deepfakes und andere Formen von Desinformation zu erkennen
207 und kritisch zu hinterfragen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 309: Heute Fehlgeburt, morgen Büro? - Klare Absage an unwürdige Mutterschutzregelungen!

Laufende Nummer: 57

Antragsteller*in:	LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 In Deutschland endet jede dritte Schwangerschaft mit einer Fehlgeburt – trotzdem
2 werden Fehlgeburten gesellschaftlich viel zu wenig Bedeutung beigemessen und
3 Betroffene fühlen sich oft allein gelassen und erfahren keine Hilfe vom Staat. Die
4 aktuellen Regelungen sind unzureichend und geben den Betroffenen weder genügend Zeit
5 noch Unterstützung, um ihren Verlust zu verarbeiten. Beim Mutterschutz geht es
6 um einen physischen sowie psychischen Heilungsprozess, welcher sich oft sehr
7 langwierig gestaltet. Es ist essenziell und mehr als wichtig für alle Betroffenen,
8 dass eine Fehlgeburt als Verlust angesehen und nicht mit einer Krankschreibung
9 abgetan wird.

10 In Deutschland sind Mütter nur nach einer sog. Totgeburtmutterschutzrechtlich
11 geschützt. Rechtlich gesehen liegt diese jedoch nur vor, wenn die Geburt nach der 24.
12 Schwangerschaftswoche geschieht oder das Gewicht des Kindes mehr als 500 Gramm
13 beträgt und sich außerhalb des Mutterleibs keine Lebensmerkmale zeigen. Wenn also
14 eine Frau in der 19. Schwangerschaftswoche ihr Kind verliert, steht ihr kein
15 Mutterschutz zu. Zwar hat die Frau Anspruch auf ärztliche Betreuung und Behandlung
16 und gegebenenfalls kann auch eine Bescheinigung für Arbeitsunfähigkeit ausgestellt
17 werden, dies ist allerdings nicht mit einem Mutterschutz zu vergleichen. Auch
18 Krankschreibungen nach einer Fehlgeburt liegen allein im Ermessen der betreuenden
19 Ärztinnen und Ärzte, sie erfolgen nicht automatisch und oft nur auf Nachfrage. Diese
20 Umstände stellen für viele Betroffene zusätzlich zur traumatisierenden Fehlgeburt
21 eine enorme psychische Belastung dar. Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden mussten,
22 müssen vom Staat endlich die notwendige Unterstützung erfahren. Daher fordern die
23 Jungen Liberalen folgendes:

24 • die Ausweitung des Mutterschutzes auf Frauen, die eine Fehlgeburt erlitten haben.
25 Die Reichweite dieses Mutterschutzes soll von der Schwangerschaftswoche, in der die
26 Frau ihr Kind verliert, abhängen und von einer Expertenkommission bestehend aus
27 Gynäkologinnen und Gynäkologen, Hebammen, Allgemeinmedizinerinnen und
28 Allgemeinmedizinerinnen und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erarbeitet werden.
29 Jede Betroffene soll Anspruch auf diesen haben, das Angebot beruht allerdings auf
30 Freiwilligkeit und ist nicht verpflichtend.

31 • Vermittlung der Betroffenen an professionelle
32 Trauerbegleiterinnen und Trauerbegleiter durch behandelnde Ärztinnen und Ärzte, um
33 die Eltern professionell beim Umgang mit diesem Verlust zu unterstützen, sofern diese
34 an einer ebensolchen Vermittlung interessiert sind.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 503: Chancenkontinent - eine liberale Strategie für Nordafrika

Laufende Nummer: 58

Antragsteller*in:	LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die Welt befindet sich im Wandel. Das autoritäre China strebt im Rahmen ihrer
- 2 „Major Country Diplomacy“ offen die Führung einer neuen Weltordnung an und der
- 3 Westen scheint nicht in der Lage zu sein, dies aufzuhalten. Im Rahmen der sogenannten
- 4 „Belt and Road Initiative“ gewinnt die Volksrepublik weltweit an Einfluss, indem
- 5 sie Geldmittel für Infrastrukturprojekte wie Brücken, Häfen, Bahntrassen oder
- 6 Staudämme zur Verfügung stellt. Das Ziel der chinesischen Volksrepublik ist es,
- 7 durch vielfältige Verflechtungen eine politische Abhängigkeit zu schaffen. Der Belt
- 8 and Road Initiative sind weltweit circa 150 Länder beigetreten, darunter auch
- 9 Österreich, Italien, Portugal genauso wie alle Länder auf dem afrikanischen
- 10 Kontinent. Insbesondere die Rolle der Mittelmeer-Anrainerstaaten in dieser Frage hat
- 11 für Deutschland eine hervorgehobene Stellung, beispielsweise aufgrund der
- 12 gemeinsamen Mitgliedschaft in der Mittelmeer-Union oder aufgrund von
- 13 Migrationsbewegungen.
- 14 Insbesondere die nordafrikanischen Länder sind von der Debt-Trap-Diplomacy des
- 15 Peking-Regimes betroffen: alle nordafrikanischen Länder sind Mitglied in der Asian
- 16 Infrastructure Investment Bank, im Gegensatz zu der Mehrheit der Länder auf dem
- 17 nordafrikanischen Kontinent.
- 18 Die westliche Entwicklungszusammenarbeit hat es im Gegensatz dazu in
- 19 mehreren Jahrzehnten nicht geschafft, auch nur eine annähernd ähnliche Wirkung zu
- 20 erreichen. Damit wurden unzählige Chancen vertan, mit Partnern (in Nordafrika) für
- 21 mehr Wohlstand in allen beteiligten Ländern zu arbeiten und demokratische
- 22 Institutionen zu stärken. Das wollen wir jetzt ändern! Wenn Entwicklungsprojekte von
- 23 politischen oder wirtschaftlichen Interessen geleitet ist, darf kein „Deckmantel der
- 24 Humanität“ verwendet werden. Eigene Interessen und Ziele müssen ehrlich kommuniziert
- 25 werden, um eine aufrichtige Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen.
- 26 Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit kann nur funktionieren, wenn der Erfolg nicht
- 27 erzwungen wird, sondern von der Bevölkerung des Partnerlandes selbst getragen werden
- 28 wird. Auf dieser Grundlage möchten wir ein Gegenmodell zum Neo-Imperialismus der
- 29 sogenannten Volksrepublik entwickeln: eine Entwicklungspolitik auf Augenhöhe.
- 30
- 31 Stabilisierung und Demokratieförderung
- 32 Von den fünf nordafrikanischen Staaten, Marokko, Algerien, Libyen, Tunesien
- 33 und Ägypten werden keine vom Fragile State Index als annähernd stabil bewertet.
- 34 Sollten diese Staaten zusammenbrechen, bedeutet dass großes Leid für die Menschen vor

35 Ort, Wohlstandsverlust, den Wegfall eines Handelspartners und Flüchtlingsströme
36 Richtung Europa. Das wichtigste Ziel der Entwicklungszusammenarbeit muss also
37 die Stabilisierung / das Verhindern des Scheiterns eines Staates sein. Leistungen,
38 die über die Stabilisierung hinausgehen, müssen der Förderung der Demokratie in
39 den Partnerstaaten dienen. Tunesien ist die einzige Demokratie in Nordafrika – so
40 soll es nicht bleiben. Für uns Junge Liberale ist klar, dass Demokratie nie durch
41 Waffengewalt exportiert, werden kann, sondern von der Bevölkerung eines Staates
42 selbst gewählt werden muss. Sie kann niemandem aufgezwungen werden. Aus diesem Grund
43 wollen wir die Machthaber zu Zugeständnissen bewegen und die demokratischen Kräfte
44 der Bevölkerung stärken. Besonders dort, wo demokratisches Gedankengut noch selten
45 ist, müssen wir diese Akteure stärken und unterstützen. Es braucht eine
46 Wiederbelebung des Prinzips „Wandel durch Annäherung“. Sollten Maßnahmen jedoch
47 keines dieser beiden Ziele erfüllen, müssen diese beendet werden. Vor diesem
48 Hintergrund wollen wir besonders die Polizeiausbildungsmission in Ägypten dieser
49 Prüfung unterziehen.

50 Entwicklungszusammenarbeit europäisch denken

51 China gibt pro Jahr etwa anderthalb so viel Geld für Entwicklungszusammenarbeit in
52 Afrika aus, wie die EU für alle ihre Projekte. Gleichzeitig fließen
53 chinesische Gelder vornehmlich in Infrastrukturprojekte, während wir oftmals
54 Bildungsprogramme und kleinere Projekte fördern, von denen Menschen mangels
55 Arbeitsplätze vor Ort wenig profitieren. Wir haben also zu wenig Geld und setzen
56 diese auch nicht effizient ein. Wir Jungen Liberalen fordern, die
57 Entwicklungszusammenarbeit Europas auf der Ebene der EU mit klaren Leitlinien und
58 einer gemeinsamen Strategie zu koordinieren. Nicht jeder Mitgliedsstaat muss in jedem
59 Land kleine Projekte fördern. Wir begrüßen deshalb Initiativen wie die EU-Initiative
60 Global Gateway oder der von den USA vorgeschlagenen B3W-Initiative der G7.
61 Perspektivisch soll diese Strategie auch vom Ausschuss für Entwicklungshilfe der OECD
62 verfolgt werden, damit mit den Geldern der restlichen Mitgliedsländer eine noch
63 breitere und effektivere Entwicklungspolitik gelingen kann.

64 Elementarer Bestandteil einer neu ausgerichteten Entwicklungszusammenarbeit
65 mit Afrika ist dabei eine ernsthafte europäische Konnektivitätsstrategie. Mit dem
66 Global Gateway wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht. Neben dem
67 Ausbau von Infrastruktur und neuen Digital- und Klimaprojekten wollen wir
68 insbesondere auch den Fokus auf eine nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen und dem
69 Know-How-Transfer für die afrikanische Bevölkerung legen.

70 Politik mit dem water jet statt der Gießkanne

71 Die europäischen Gelder werden vor Ort nicht effektiv eingesetzt. Viele versickern
72 in der lokalen Korruption und die, die tatsächlich beiden Menschen ankommen,
73 haben geringe Auswirkungen auf ihren Lebensstandard. Obwohl die chinesische Strategie
74 die Nehmerländer von der Volksrepublik abhängig macht, ist sie bei den Menschen
75 vor Ort beliebter als unsere, weil sie tatsächlich große Projekte umsetzt.

76 Wir Jungen Liberalen wollen daher, dass wirtschaftlich gewidmete
77 Entwicklungsgelder primär für die Schaffung von Infrastruktur und Arbeitsplätzen
78 eingesetzt werden. Die Jugendarbeitslosigkeit in den nordafrikanischen Staaten ist
79 generell hoch und durch die Coronapandemie noch stärker gestiegen. Das schadet dem
80 wirtschaftlichen Fortschritt vor Ort, der Stabilität der Länder und kann

81 Wirtschaftsflucht nach Europa auslösen. Daher müssen dringend Arbeitsplätze
82 geschaffen werden, um dieses Problem aufzufangen.

83 Das regelt auch der Markt

84 Nur wenn wir die Kraft der Marktwirtschaft entfesseln, können wir der
85 staatskapitalistischen Entwicklungspolitik des Peking Regimes die Stirn bieten.
86 Westliche und afrikanische Länder sollten zusammen daran arbeiten,
87 Markteintrittsbarrieren abzubauen, um private Investitionen in afrikanische Länder zu
88 erleichtern. Dafür wollen wir bestehende Freihandelsabkommen ausbauen und ergänzen;
89 das Ziel hierbei sind multilaterale Freihandelsabkommen, die den freien Verkehr von
90 Waren und Arbeit ermöglichen. Gleichzeitig tragen Freihandelsabkommen auch zur
91 Verbreitung von Menschenrechtsstandards bei, die genauso wie rechtsstaatliche
92 Prinzipien und der damit verbundenen Planungssicherheit für Unternehmungen
93 Grundvoraussetzung für erfolgreiche Investitionen in Afrika sind. Vertragsmodalitäten
94 wie die Menschenrechtsklausel in Freihandelsabkommen der EU begrüßen wir deshalb.
95 Daneben müssen westliche Staaten gemeinsam mit den afrikanischen Partnern daran
96 arbeiten Bürokratie abzubauen, Visaerteilungen zu vereinfachen, Kapital einfacher
97 bereitzustellen, und gezielte Förder- und Beratungsprogramme für Unternehmen
98 aufzusetzen, die in Nordafrika investieren wollen.

99 Nachhaltigkeit und Klimaschutz weltweit

100 Die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands muss sich an den Sustainable
101 Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen ausrichten. Dabei ist es aber von
102 entscheidender Bedeutung, dass die Umsetzbarkeit dieser Ziele für Entwicklungsländer
103 auf multilateraler Ebene sorgfältig überprüft wird. Neben der Beachtung
104 von Umweltaspekten müssen auch soziale und wirtschaftliche Aspekte
105 angemessen berücksichtigt und sorgfältig abgewogen werden. Unser Hauptanliegen sollte
106 jedoch darin bestehen, von Anfang an eine möglichst nachhaltige Entwicklung
107 zu gewährleisten. Dazu ist es wichtig, projektbezogene finanzielle Unterstützung
108 zu gewähren.

109 Die Industrieländer tragen eine maßgebliche Mitverantwortung für die
110 spürbaren Auswirkungen des Klimawandels in Afrika. Da die Möglichkeiten einzelner
111 Akteure, hinreichende umwelt- und klimapolitische Maßnahmen zu ergreifen, begrenzt
112 sind, sollten wir unsere Beziehungen und Ressourcen nutzen, um effektive lokale
113 Lösungen zu fördern. Wo vor Ort das notwendige technologische oder organisatorische
114 Wissen fehlt, können wir unterstützend eingreifen, indem wir Wissenstransfer
115 ermöglichen. Des Weiteren sollten wir afrikanische Delegationen bei
116 Klimaverhandlungen partnerschaftlich unterstützen, sofern sie es wünschen. Ziel ist
117 es, ihnen die erforderlichen Ressourcen und das Know-how zu vermitteln, damit sie die
118 Interessen Afrikas erfolgreich vertreten können.

119 Im Übrigen wollen wir Desertec wiederbeleben. Mit gezielten Fördermaßnahmen wollen
120 wir den schnellen Ausbau von Solarkraftanlagen in der Sahara in allen
121 nordafrikanischen Ländern fördern und die bereits bestehenden Projekte schneller zum
122 Abschluss bringen. Das Ziel muss sein, vor Ort klimaneutralen Wasserstoff zu
123 produzieren, mit dem auch die europäische Industrie betrieben werden kann. Die
124 wasserstoffproduzierende Industrie wollen wir daher ebenfalls unterstützen.

125 Flüchtlingspolitik vor Ort

126 Wir wollen dafür sorgen, dass Fluchtursachen gar nicht erst
127 entstehen. Wirtschaftsflucht verhindern wir durch gute wirtschaftliche Verhältnisse
128 vor Ort, die Verhinderung von persönlicher Verfolgung können wir jedoch nur begrenzt
129 durch den Demokratisierungsprozess und die Förderung von Menschenrechten in den
130 Partnerländern unterbinden. Die nordafrikanischen Länder sind in erster Linie
131 Transitländer für Flüchtlinge aus Sub-Sahara-Afrika. Wir müssen unsere Partner bei
132 der Versorgung ihrer Flüchtlinge unterstützen. Die Aufrechterhaltung von
133 menschenunwürdigen Internierungscamps, mit denen die EU ihre Verantwortung auf
134 Gebiete abwälzt, die nicht ihrer Menschenrechtskonvention unterliegen, müssen beendet
135 werden. Stattdessen müssen wir unsere Partner bei der Schaffung von
136 menschenwürdigen Flüchtlingsunterkünften unterstützen, in denen auch direkt
137 Asylanträge nach Europa gestellt werden können. Um das Sterben im Mittelmeer zu
138 beenden, wollen wir das Schleppertum und die illegale Migration direkt an den Küsten
139 Afrikas unterbinden und die Anliegerstaaten bei dieser Aufgabe unterstützen. In
140 diesem Zusammenhang begrüßen wir Migrationsabkommen zwischen der Europäischen Union
141 und nordafrikanischen Staaten (wie bspw. jüngst mit Tunesien). Ausbildungsprogramme,
142 wie das für die libysche Küstenwache müssen jedoch den Menschenrechten entsprechen,
143 ansonsten dürfen wir sie nicht weiter fortsetzen. Um besonders Libyen als besonders
144 exponiertes Transitland zu unterstützen, müssen wir den Friedensprozess im Land
145 beobachten und gegebenenfalls beratend tätig werden, um Frieden, Freiheit
146 und Stabilität vor Ort zu gewährleisten.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 712: Sozialer Klimaschutz mit liberaler Klimadividende

Laufende Nummer: 59

Antragsteller*in:	BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Zum sozialen Ausgleich der steigenden CO₂-Bepreisung fordern wir Junge Liberale die
- 2 Einführung eines liberalen Klimagelds - der Klimadividende.
- 3 Die soziale Ausbalancierung der Klimaschutzmaßnahmen ist für langfristigen und
- 4 gesellschaftlich akzeptierten Klimaschutz erforderlich und die Klimadividende als
- 5 entscheidendes Instrument dafür essentiell.
- 6 Die Klimadividende soll zu Beginn jedes Monats (ex-ante) anteilig an jeden einzelnen
- 7 Bürger ausgezahlt werden. Da die Klimadividende ein zentrales Instrument zur Mitnahme
- 8 der Bevölkerung bei Bekämpfung des Klimawandels ist, muss die Einrichtung eines
- 9 leistungsfähigen Auszahlungsmechanismus noch in dieser Legislaturperiode erfolgen.
- 10 Sollte das nicht eingehalten werden können, muss zur Überbrückung die Auszahlung über
- 11 die Familienkasse erfolgen.
- 12 Die Einnahmen aus nationalen und internationalen Emissionshandelssystemen und
- 13 Emissionsbepreisungen (BEHG, ETS, ETS₂) fließen bisher in den Klima- und
- 14 Transformationsfonds (KTF). Dass dieser zunehmend Investitionen tätigt, die nur wenig
- 15 mit Klimaschutz zu tun haben sowie einen allgemein ausgeweiteten Ausgabenzweckbereich
- 16 hat, akzeptieren wir nicht. Gerade angesichts der steigenden Einnahmen aus Steigerung
- 17 des CO₂-Preises, der Einführung des ETS₂ und der Zusammenlegung der Systeme müssen
- 18 wir jetzt die Weichen stellen, damit die Klimadividende auf jeden Fall ausgezahlt
- 19 wird.
- 20 Gleichwohl erkennen wir die Herausforderung der zu stehenden öffentlichen
- 21 Investitionssummen für die Transformation an (u.a. Schieneninfrastruktur,
- 22 Stromtrassen, etc.). Deshalb sollen von allen Einnahmen aus den Emissionsbepreisungen
- 23 (BEHG, ETS, ETS₂) bis zu 20% investiert werden, mind. 80% müssen aber direkt an die
- 24 Bevölkerung ausgezahlt werden, um eine starke und wirksame Entlastung für die Bürger
- 25 darzustellen.
- 26 Eine Klimadividende allein steigert nicht zwingend die Akzeptanz für Klimaschutz.
- 27 Flankierend müssen deswegen Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagnen geleistet
- 28 werden, um das Verständnis für die Maßnahmen zu fördern.
- 29 Mit Etablierung der Klimadividende sind die sozialen Härten des Klimaschutzes
- 30 vollständig entschärft. Ein über alle Sektoren übergreifender, mit dem Pariser
- 31 Abkommen übereinstimmender Emissionshandel muss deswegen schnellstmöglich eingeführt
- 32 werden, um die Klimaziele einzuhalten. Im Zuge dessen lehnen wir explizit die
- 33 Preiskorridore des ETS₂ ab.

34

35 **Optionale Ergänzung:**

36 Als deine Dorfkindlobby passen wir Junge Liberale die Klimadividende so an, dass
37 Bewohner auf dem Land nicht überproportional durch die CO₂-Bepreisung belastet werden
38 und achten so die Gleichheit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land. Dazu
39 koppeln wir die Höhe der Klimadividende an die Bevölkerungsdichte des Wohnorts der
40 Bürger. Ein gerechter Vorschlag einer solchen Staffelung, der Bürger in Stadt und
41 Land proportional gleich entlastet, soll dazu von einer unabhängigen Kommission im
42 Bundesfinanzministerium erarbeitet werden.

Begründung

- Wir Jungen Liberalen stehen für einen wirksamen und simplen, marktwirtschaftlichen Klimaschutz ein. Durch die CO₂-Bepreisung mit Zertifikaten und der Rückzahlung per Klimadividende erreichen wir die Umsetzung unserer Vorstellung.
- Die Transformation zur klimaneutralen Volkswirtschaft muss zum Großteil aus privatem Kapital erfolgen. Deshalb setzen wir nur einen kleinen Teil aus den Bepreisungssystemen ein, um öffentliche Investitionen zu tätigen.
- Da wir eine monatliche Klimadividende auszahlen wollen, die die Bürger auch wirklich entlastet, brauchen wir einen hohen Gesamtbetrag der Klimadividende, um substantielle Auszahlungen zu leisten. Monatliche Auszahlungen in Höhe von 1,50€ pro Person haben die Gefahr, dass dies von den Bürgern nicht als Entlastung wahrgenommen wird. Nach den jetzigen Plänen des BMWK würden 2025 pro Bürger nur 3,70€ im Jahr – ca. 31 Cent im Monat – ausgezahlt werden.
- Die monatliche Auszahlung ist erforderlich, da viele Haushalte von Monat zu Monat leben. Eine einmalige Auszahlung wird wissenschaftlich gesehen stärker als ein Bonus betrachtet und nicht genutzt, um Rücklagen für Mehrkosten zum Ende des Auszahlungszyklus anzulegen.
- Die Auszahlung ex-ante (zu Beginn des Monats) ist erforderlich, da bei vielen Haushalten am Ende des Monats das Geld knapp wird und die Mehrbelastung durch CO₂-Bepreisung ohne Klimadividende diese Haushalte vermehrt ins Minus rutschen lassen würde. Ein bei Dispo-Zinsen sich verstärkender Kreislauf.
- Die Klimadividende ist ein Kernbaustein von uns JuLis und der Regierung und muss deshalb diese Legislatur noch ausgezahlt werden. Das hat den Vorteil, dass die Auszahlung später nicht mehr ohne Verlust von politischem Kapital zurückgenommen wird, weil die Bürger direkt auf ihrem Konto das Fehlen einer monatlichen Einzahlung bemerken werden.
- Aktuell bereitet das BMF einen Mechanismus zur Direktzahlung vor. Dieser Prozess zieht sich. Als Kernbaustein unserer Politik muss es noch diese Legislatur gezahlt werden. Sollte das BMF keine Auszahlung in dieser Legislatur garantieren können, müssen Alternativen gesucht werden. Die sinnvollste Alternative ist die Auszahlung über die Familienkasse – ein bereits etabliertes Zahlungssystem, das die Infrastruktur zur monatlichen Auszahlung hätte und mit Vorlaufzeiten unter einem Jahr (wsl. 6 Monate) ausgezahlt werden (vgl. Ariadne Analyse 2022).
- Durch den KTF werden aktuell Kernaufgaben der Ministerien aus dem Kernhaushalt ausgegliedert (z.B. Schieneninfrastruktur). Beispiel: "Dass die Ausgaben im KTF in den nächsten Jahren steigen, geht zudem auf zwei neue, erstmals im aktuellen Finanzplan enthaltene Haushaltsposten zurück. Für den Zeitraum 2023 bis 2027 sind etwa 12,2 Milliarden Euro für Investitionen in die Mikroelektronik vorgesehen, unter anderem für die Intel- Ansiedlung in Magdeburg. Hinzu kommen 12,5 Milliarden Euro für Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur des Bundes. Insgesamt sind das also fast 25 Milliarden Euro. Bemerkenswert ist, dass der Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz eigens für die Aufnahme der beiden neuen Haushaltstitel eine entsprechende Ergänzung der Förderzwecke des KTF beinhaltet."

- Unterm Strich werden durch den KTF zurzeit Kernaufgaben der Ministerien aus dem Kernhaushalt ausgegliedert (z.B. Schieneninfrastruktur). Auch der diskutierte Industriestrompreis soll aus dem KTF bedient werden.
- Wenn die Bundesregierung diese ganzen Ausgaben in den KTF aufnimmt und dabei noch eine Klimadividende auszahlen will, überzeichnet sie den KTF 2027 um 7,6 Milliarden Euro und versucht sich an der Quadratur des Kreises.
- Durch die Überführung nicht genutzter Kreditermächtigungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie in Höhe von 60 Milliarden Euro wuchs der KTF zu Beginn dieser Legislaturperiode stark an. Diese Umwidmung kommt noch vor das Bundesverfassungsgericht und könnte rückwirkend gekippt werden. Auch deswegen ist es unbedingt an der Zeit, mehr Haushaltsdisziplin zu wagen und die Kernforderungen für eine Transformation (CO₂ Bepreisung und Rückerstattung an die Bürger) umzusetzen.

Antrag 106: Schuldenfalle Studienkredit: KfW-Kreditnehmer entlasten!

Laufende Nummer: 60

Antragsteller*in:	Kevin Naumann (LV Bremen), Fynn Voigt (LV Bremen), Celine Eberhardt (LV Bremen), Anja Milde (LV Baden-Württemberg), LV Baden-Württemberg (Landesverbände), Tom Daniel (Bundesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Der Studienkredit der staatlichen Förderbank KfW stellt für viele Studenten ein
- 2 notwendiges Mittel zur Finanzierung des Studiums dar. Insbesondere da das Bafög
- 3 weiterhin nicht elternunabhängig ist, bleibt vielen Studenten keine Alternative zur
- 4 Studienfinanzierung. Dabei zeigen die Ergebnisse, dass Studenten im KfW Studienkredit
- 5 überdurchschnittlich erfolgreich im Studium und im späteren Berufsleben sind.
- 6 Durch die, infolge der hohen Inflation notwendigen, Leitzinserhöhungen wurden auch
- 7 die variablen Zinsen für Studienkredite massiv erhöht und belasten aktive Studenten,
- 8 sowie ehemalige Studenten in der Rückzahlungsphase der Studienkredite massiv. Als
- 9 Junge Liberale wollen wir kurzfristige Entlastungen für Studienkreditnehmer und
- 10 fordern die KfW auf ihrer Verantwortung als staatliche Förderbank gerecht zu werden.
- 11 Zur Entlastung beim KfW Studienkredit fordern die Jungen Liberalen:
- 12 • **Option 1:** Statt flexibler Zinsen sollen die Zinsen für bestehende und neue
- 13 Kredit- und Förderprogramme der KfW zu Studien-, Aus- und Weiterbildungszwecken
- 14 pauschal auf 3,00 % p.a. festgesetzt werden.
- 15 • **Option2:** Der Aufschlag der KfW zur Kostendeckung auf den 6-Monatigen EURIBOR
- 16 ist dauerhaft auf 2,00%-Punkte zu begrenzen.
- 17 • Um den Mehrbedarf durch die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung zu
- 18 tragen, sind die monatlichen Höchstbeträge für Auszahlungen und die maximalen
- 19 Kreditvolumina einmalig um 20% anzuheben.
- 20 • Im Rahmen von Festzinsvereinbarungen für die Rückzahlungsphase ist der maximale
- 21 Festzins auf 4,00% zu begrenzen.
- 22 • Die maximale Rückzahlungsdauer ist auf 30 Jahre zu erhöhen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Mitantragsteller: Fynn Voigt, Celine Eberhardt, Anja Milde, Landesverband Baden-Württemberg

Antrag 107: 123 Jahre. 140.000 Verurteilungen. Millionen von Schicksalen: Queere Geschichte als Teil der deutschen Erinnerungskultur

Laufende Nummer: 61

Antragsteller*in:	BAK Bildung und Kultur (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	1 - Bildung und Kultur
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Der § 175 StGB stellte sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Vom
2 Kaiserreich bis in die Bundesrepublik verurteilte die deutsche Justiz schätzungsweise
3 140.000 Männer. Bis 1994 stand der § 175 in den Strafgesetzbüchern der Bundesrepublik
4 Deutschland. Die verschärfte NS-Fassung wurde von der jungen Bundesrepublik sogar
5 Wort für Wort übernommen und hatte bis 1969 Bestand. In der DDR existierte der § 151
6 StGB-DDR fast bis zu deren Ende und kriminalisierte Homosexualität.

7 Diese Paragraphen bedeuteten für viele Verurteilte Haft, Zuchthaus und in der NS-Zeit
8 Ermordung in Konzentrationslagern. Aber auch für die vielen Menschen, die dieses
9 Unrecht nicht im Gerichtssaal traf, führte die Verfolgung zu einem Leben in Angst
10 davor, den Beruf zu verlieren, geächtet oder gar erpresst zu werden. Auch Trans- und
11 Intersexuelle erlitten rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung bis hin zu
12 Zwangsscheidungen und Zwangssterilisierung als Voraussetzung für den Wechsel des
13 Geschlechtseintrags. Die Schicksale dieser Menschen dürfen besonders vor dem
14 Hintergrund der wachsenden Queerfeindlichkeit und Hasskriminalität nicht in
15 Vergessenheit geraten. Der deutsche Staat muss nun Verantwortung übernehmen.

16 Die Jungen Liberalen fordern daher die Bundesregierung bzw. die Landesregierungen
17 auf,

18 (1) durch finanzielle und ideelle Förderung von sowie durch die Zusammenarbeit mit
19 zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Teil der deutschen Geschichte in unserem
20 kollektiven Gedächtnis und unserer Erinnerungskultur stärker zu verankern.

21 (2) Forschungsprojekte zu der Geschichte von LSBTIQ* in Deutschland gezielt zu
22 fördern; insbesondere solche zu weniger erforschten Feldern, wie z.B. der Verfolgung
23 trans- und intergeschlechtlicher Menschen in Deutschland.

24 (3) zum Gedenken aller LSBTIQ*, die im Laufe der deutschen Geschichte verfolgt
25 wurden, das Denkmal für die verfolgten Homosexuellen im Berliner Tiergarten als
26 zentralen Ort des Erinnerns in der Bundeshauptstadt Berlin aufzuwerten und mit einem
27 Dokumentationszentrum zu verbinden.

28 (4) die Geschichte von LSBTIQ* als Unterrichtsinhalt in die Lehrpläne weiterführender
29 Schulen einzuführen und als Studieninhalt des Lehramtsstudiums zu stärken.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 713: Einfach mal Bauen

Laufende Nummer: 62

Antragsteller*in:	BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Die aktuellen Preissteigerungen und der Fachkräftemangel lassen Baupreise und die
- 2 Zahl an neuem Wohnraum drastisch sinken. Das Ziel 400.000 neuer, jährlicher Wohnungen
- 3 rückt noch weiter in die Ferne. Der Rückgang an neuen Wohnungen rührt auch daher,
- 4 dass sich die Bauprozesse durch bürokratische Vorschriften verlangsamt haben. Wir
- 5 Junge Liberale fordern deshalb Impulse, um die aktuelle Situation zu wenden und
- 6 wieder steigende Bauzahlen in Deutschland zu erreichen.
- 7 Konkret schlagen wir vor und fordern:
- 8 • Baugenehmigungen bis einschließlich Gebäudeklasse 3 sind abschaffen und durch
- 9 das Kenntnisnahmeverfahren ersetzen
- 10 • Beschleunigte Genehmigungsprozesse durch standardisierte Bauten für regelmäßig
- 11 erforderliche Bauobjekte (z.B. Sozialwohnungsbau, Feuerwehrhäuser,
- 12 Flüchtlingsunterkünfte, Kitas, etc.).
- 13 • Diese standardisierten Bauten sollen bundesweit stets ohne umfangreiche
- 14 Genehmigungsverfahren gebaut werden dürfen (u.a. Statik, Energieplanung usw.
- 15 soll in diesen Standardbauten bereits enthalten sein)
- 16 • Bauelemente, die vermeidbare Preistreiber sind und in der entsprechenden
- 17 Bauordnung / dem entsprechenden Bauplanungsrecht vorgeben wären, dürfen zur
- 18 Kostenersparnis ausgelassen werden (z.B. Aufzug, Tiefgarage)
- 19 • Entwürfe für diese Standardbauten sollen in Architekturwettbewerben
- 20 ausgeschrieben werden. Die Entwürfe, die Kostengünstigkeit, Nachhaltigkeit und
- 21 Ästhetik am besten vereinen, werden für die Planung beauftragt. Der Gewinn des
- 22 Wettbewerbs soll so dotiert sein, dass die besten Architekturbüros einreichen.
- 23 So schaffen wir günstigen und gleichzeitig architektonisch anspruchsvollen,
- 24 zeitlosen Wohnraum.
- 25 • Diese Standardbauten müssen im Bau nach Möglichkeit und im Betrieb zwingend
- 26 klimaneutral sein
- 27 • Die Bauherren sollen freie Heizungswahl haben, solange sie im Betrieb CO2-neutral
- 28 ist
- 29 • Für die Standardbauten gilt die Pflicht, dass sie selbst erneuerbare Energie
- 30 erzeugen müssen (z.B. durch PV, Windrad, Solar, etc.)
- 31 • Selbstverständlich können Gebäude auch weiterhin individuell geplant und
- 32 zugelassen werden. Die Standardbauten dienen hauptsächlich zur Beschleunigung
- 33 und Vergünstigung des Baus von Gebäuden.
- 34 • Die Anpassung der Brandschutzvorschriften nach schweizer Vorbild für

- 35 Gebäudeklasse 5 (Gebäudekern bei "hohen" Häusern aus Holz erlaubt)
- 36 • Die Förderung für sozialen Wohnungsbau soll in Abhängigkeit des geschaffenen
37 Wohnraums gestaffelt werden. Für 500qm Wohnfläche soll es mehr Förderung pro qm
38 geben als für 200qm, für 1000qm mehr als für 500qm, usw. Damit incentivieren wir
39 große Wohnungsbauprojekte, die durch Skaleneffekte kostengünstiger Wohnraum
40 schaffen
- 41 • Bei Überschreitung gewisser Schwellen an Wohnfläche (z.B. 2000qm) soll die
42 gleichzeitige Errichtung von gesellschaftlichen und sozialen Einrichtungen (z.B.
43 Kitas, Begegnungshäuser, etc.) gefördert werden, um die Quartiere attraktiver zu
44 machen
- 45 • Die Förderung soll außerdem vom Anteil der sozialen Wohnfläche im Bauobjekt
46 abhängig sein.
- 47 • Wir fordern die Städte und Kommunen dazu auf, Aufstockung vermehrt zu
48 ermöglichen. Diese Möglichkeit zur Nachverdichtung von Wohnraum v.a. in
49 städtischen Gebieten soll weiter ausgeschöpft und deren Potential genutzt werden
- 50 • Bund, Länder und Kommunen sollen verpflichtet werden, ihre Liegenschaften für
51 die Hälfte des Preises veräußern zu müssen, wenn ein Bauträger (z.B.
52 Genossenschaft) sozialen Wohnungsbau betreiben möchte.
- 53 • Von dieser Pflicht sollen sie nur dann befreit werden, wenn sie binnen eines
54 Jahres eine zu realisierende alternative Verwendung oder konkrete Pläne zur
55 Weiterentwicklung der Flächen nachweisen können.
- 56 • Der limitierende Faktor Baufläche rührt auch von den nicht genutzten Flächen in
57 Siedlungsgebieten, die im Eigentum der öffentlichen Hand sind. Wir nehmen diese
58 nun in die Pflicht, um mehr Wohnraum zu schaffen
- 59 • Private Bauträger dürfen nicht mehr zur Übernahme der Kosten aus
60 Bodendenkmalpflege gezwungen werden. Der Erkenntnisgewinn aus Bodendenkmalpflege
61 ist mittlerweile marginal. Diese darf deshalb nur mehr zustande kommen, wenn die
62 Kosten vollständig von staatlicher oder kommunaler Seite übernommen werden.

Begründung

Begründung im Antrag enthalten.

Restliche Begründung erfolgt mündlich

Antrag 310: Selbstständig - schwanger - arbeitslos ?

Laufende Nummer: 63

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir Liberale stehen dafür ein, dass jeder sein Leben so leben kann, wie er es möchte.
- 2 Dazu gehört auch die Familienplanung. Was aber, wenn die Familienplanung mehr und
- 3 mehr auf einmal mit finanziellen und vor allem existentiellen Ängsten verknüpft ist?
- 4 Vor solchen Herausforderungen stehen gerade (werdende) selbstständige Mütter.
- 5 Um diese besser zu unterstützen, fordern wir:
- 6 1. Bei einer Risikoschwangerschaft bzw. bei Schwangeren, die in körperlich
- 7 anstrengenden Berufen arbeiten, muss einer entsprechender Mutterschutz mit
- 8 finanzieller Unterstützung gewährleistet sein. Gerade wenn sich die
- 9 Unternehmerinnen in der Gründungsphase befinden oder eine unsichere Auftragslage
- 10 besteht, haben die Frauen kaum Möglichkeiten, Rücklagen zu schaffen. Hier ist es
- 11 auch wichtig zu beachten, dass Schreibtischarbeit in unter anderem
- 12 Handwerksberufen nicht als erwerbsfähige Tätigkeit gezählt werden kann.
- 13 2. Es soll, besonders im Handwerk, ein System von Betriebshelfern nach
- 14 österreichischen Vorbild geschaffen werden. So sollen Auszubildende und Gesellen
- 15 die Chance haben, den Betrieb trotz möglicher Schwangerschaft der Chefin
- 16 weiterführen zu können. Die Aufwendungen dafür, sollen im Nachhinein anteilig
- 17 zurückgezahlt werden müssen.
- 18 3. Falls allein die Schwangerschaft zur einer Insolvenz führen sollte, soll es
- 19 möglich sein, Hilfen in Form von staatlich geförderten Krediten, ähnlich zu
- 20 denen der EU-Förderung für Existenzgründer.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 410: Mandatsausübung flexibilisieren!

Laufende Nummer: 64

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir Jungen Liberale wollen die Ausübung politischer Mandate flexibilisieren und den
- 2 Arbeitsgewohnheiten der 2020er Jahre anpassen. Unser Ziel ist, politische Arbeit
- 3 attraktiver und familienfreundlicher zu machen, sowie die nötigen Voraussetzungen
- 4 dafür zu schaffen, dass Mandatsträger:innen jederzeit und an jedem Ort arbeitsfähig
- 5 sind, so wie es inzwischen in vielen Unternehmen der Fall ist.
- 6 Deshalb fordern wir auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene
- 7 • Die Möglichkeit der hybriden Teilnahme an Ausschusssitzungen inklusive
- 8 Stimmrecht ohne die Notwendigkeit einer Begründung
- 9 • Die weiterhin zeitgemäße technische Ausstattung von Mandatsträger:innen und
- 10 ihrer Mitarbeiter:innen und zweckgebundene Budgets für zusätzlich notwendige
- 11 Ausstattung im Homeoffice
- 12 • Eine europäische Ausschreibung für die Ermöglichung einer homogenen IT-
- 13 Landschaft, um Kosten zu sparen

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 411: Ist unsere Feuerwehr ausgebrannt ?

Laufende Nummer: 68

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Sie kommen nicht nur wenn es brennt – sondern auch dann, wenn ein Unfall passiert
- 2 ist, es Überschwemmungen gibt oder sonstige technische Hilfe benötigt wird. Dabei
- 3 können wir uns auf über eine Millionen Aktive verlassen, von denen über 90 % ihren
- 4 Dienst freiwillig verrichten – die Frage ist nur, wie lange noch.
- 5 Denn die Feuerwehren haben mit mehr als nur Flammen zu kämpfen: Ausstattung,
- 6 Fahrzeuge und Gebäude kommen bei vielen Wehren aus vorsintflutlichen Zeiten, der
- 7 Nachwuchs wird immer dünner oder die Feuerwehrler müssen sich gegen Respektlosigkeit
- 8 behaupten.
- 9 Um dagegen vorzugehen, fordern wir:
- 10 1. Die Ausstattung der Feuerwehren muss in jeglicher Hinsicht den neusten Standards
- 11 entsprechen. Das gilt für Kleidung, Feuerwehrwachen und Löschfahrzeuge. Dabei
- 12 kann nicht erwartet werden, dass sich die Feuerwehrleute selbst einkleiden,
- 13 sondern die Kommunen müssen in der Haushaltsplanung die Wehren ausreichend
- 14 berücksichtigen.
- 15 2. Smart Traffic Systeme sollen in Städten ausgebaut und die Einsatzfahrzeuge der
- 16 Feuerwehren, aber auch anderer Blaulichtorganisationen, einbezogen werden.
- 17 3. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Einsatzkräften muss verstärkt und
- 18 vereinfacht werden. Dazu soll ein Komitee von Vertretern bedeutender
- 19 Hilfsorganisationen auf Landes- und Bundesebene gebildet werden, um die
- 20 Bedürfnisse und Arbeitsweisen der anderen überblicken zu können.
- 21 4. Ehrenamtliche Hilfsorganisationen wie z.B. Rettungshundestaffeln
- 22 und insbesondere Bereitschaften sollen in den jeweiligen Digitalfunk
- 23 aufgenommen werden, um eine situativ angepasste Absprache, z.B. mit
- 24 Rettungsdiensten oder Einsatzleitern, gewährleisten zu können.
- 25 5. Die Leitung der Feuerwehr muss durch Bürokratieabbau und Hilfsangeboten
- 26 bei administrativen Aufgaben in ihrer Arbeit unterstützt werden. Dies soll
- 27 die Übernahme von verantwortungsvollen und zeitintensiven Funktionen bei
- 28 der Feuerwehr erleichtern.

Antrag 412: Gleichberechtigung der Geschlechter - auch bei der Wehrpflicht

Laufende Nummer: 69

Antragsteller*in:	LV Bayern (Landesverbände)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir Jungen Liberalen fordern langfristig die Abschaffung der Wehrpflicht. Bis dahin
- 2 setzen wir uns dafür ein, dass alle entsprechenden Gesetze und Regelungen so geändert
- 3 werden, dass alle Geschlechter gleich behandelt werden und die Wehrpflicht nicht nur
- 4 für Männer gilt.

Antrag 413: Beteiligung für alle statt Räterepublik

Laufende Nummer: 70

Antragsteller*in:	KV Goslar (LV Niedersachsen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Als Junge Liberale begrüßen wir Intentionen zu einer Stärkung der gesellschaftlichen
- 2 politischen Diskussion und und stärkere Einbindung der Bürger im politischen
- 3 Entscheidungsprozess.
- 4 Bürgerräte, wie sie teilweise als Lösung hierfür angeboten werden, sehen wie
- 5 allerdings als falschen und ungeeigneten Weg hierfür.
- 6 Ihnen liegt die Idee zugrunde, dass ein politisches Gremium die Zusammensetzung der
- 7 Bevölkerung in möglichst vielen Belangen widerspiegeln sollte. Diese Reduzierung auf
- 8 äußere Eigenschaften halten wir für eine Fehleinschätzung. In der Politik darf nicht
- 9 die Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern muss einzig die Meinung eines jeden
- 10 Bürgers, unabhängig von persönlichen Eigenschaften, zählen. Daher sehen wir es auch
- 11 als unmöglich an, dass jemand durch zufällig ausgeloste Personen repräsentiert wird,
- 12 ganz egal, in wie viele Schubladen sie zusammen passen.
- 13 Repräsentanz kann es nur durch Wahl geben, denn nur hierdurch wird aktiv der Auftrag
- 14 an frei zu wählende Repräsentanten erteilt. Gewählte Gremien existieren schon durch
- 15 die Parlamente, weitere Nebengremien (Gewählte Bürgerräte) sind daher ebenso nicht
- 16 zweckmäßig.
- 17 Statt Engagement dem Zufall zu überlassen sind wird der Auffassung, dass jeder die
- 18 Möglichkeiten zu Beteiligung haben sollte. Hier sehen wir insbesondere die Parteien
- 19 in der Verantwortung ihrem Auftrag aus dem Grundgesetz als Ort der Willensbildung der
- 20 Gesellschaft nachzukommen. Hier sehen wir auch in der FDP mehr Potential zum
- 21 Austausch und Diskurs mit den Bürgern außerhalb der eigenen Blase. Wir setzen daher
- 22 auf mehr Formate, in denen nicht nur die eigene Position erklärt, sondern spürbar für
- 23 die Bürger zugegangen und zur Meinungsbildung eingebunden werden sollen. Auf diese
- 24 Weise sollen allen Bürgern, ob Parteimitglied oder nicht, nicht durch Los auf wenige
- 25 beschränkt, sondern für alle offen, mehr Möglichkeiten geboten werden politisch
- 26 gehört zu werden.
- 27 Politik darf nicht dem Zufall überlassen werden!

Antrag 414: Weil ein Staat auch ein Dreckstaat sein kann - "Beschimpfung" des Staates darf nicht zur Strafe führen!

Laufende Nummer: 71

Antragsteller*in:	Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 1500 Euro Strafe, weil man auf Twitter den Staat einen "Dreckstaat" genannt hat? Das
- 2 passierte einem Studenten, der im Jahr 2022 den Staat im Zuge der Corona-Maßnahmen
- 3 als "Dreckstaat" bezeichnet hat. Doch wir als Junge Liberale sagen klar: In einer
- 4 liberalen Gesellschaft sollte es erlaubt sein, seine Kritik am Staat mit jeder
- 5 Formulierung zur Geltung zu bringen, egal wie geschmacklos diese manchem erscheinen
- 6 mag. Gerade in einer liberalen Demokratie sollte Kritik am Staat nicht nur möglich
- 7 sein, sondern sie ist auch von großer Bedeutung.
- 8 Wir als Junge Liberale fordern darum die Abschaffung des Paragraphen 90a (1)
- 9 Strafgesetzbuch. Dieser Paragraph ist aktuell Grundlage dafür, dass
- 10 "Verunglimpfungen" des Staates verboten sind und zu Geldstrafen führen können.
- 11 Ferner ist in diesem Paragraphen geregelt, dass die Verunglimpfung der Staatssymbole
- 12 unter Strafe steht. Doch auch dieser Aspekt zählt für uns Liberale zur
- 13 Meinungsfreiheit, weshalb auch dieser Teil des Paragraphen abgeschafft werden sollte.

Begründung

Antragsteller:

Elena Dewitt (LV Baden-Württemberg), Michael Wottschel (LV Baden-Württemberg), Maike Wolf (LV Niedersachsen), Stefan Griese (LV Sachsen-Anhalt), Tim Kehr wieder (LV Sachsen-Anhalt), Charles Lübcke (LV Nordrhein-Westfalen), Zeinab Herz (LV Rheinland-Pfalz), Christian Singer (LV Rheinland-Pfalz), Fabian Broich (LV Nordrhein-Westfalen), Aaron Sauer (LV Sachsen), Jonas Liebing (LV Sachsen-Anhalt), Leo-Marek Heydinger (LV Bremen), Maximilian Swenty (LV Niedersachsen), Max Remke (LV Sachsen-Anhalt), Toni Sebald (LV Bayern), Timon Paßlick (LV Baden-Württemberg), Jan Schwede (LV Niedersachsen), Leon Eifler (LV Baden-Württemberg), Fethi Ilkan Kandaz (LV Bremen), Alexander Stepanov (LV Nordrhein-Westfalen), Thomas Peter Binz (LV Rheinland-Pfalz), Justus Meixner (LV Bayern), Max Luca Simon (LV Hessen), Anton Hackel (LV Bayern), Johannes Fedon (LV Baden-Württemberg), Jan-Hendrik Bastian (LV Nordrhein-Westfalen), Luis Rautmann (LV Nordrhein-Westfalen)

Antrag 312: Bürgergeld darf nicht das neue Hartzen werden - Bürgergelderhöhung stoppen, Eigenverantwortung stärken!

Laufende Nummer: 72

Antragsteller*in:	Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Eigenverantwortung, Leistung und Produktivität sind für uns Junge Liberale zentrale
- 2 Werte. Wir glauben daran, dass die meisten Menschen es grundsätzlich schaffen, selbst
- 3 für sich zu sorgen und dafür keinen Nanny-Staat benötigen. Wir sind außerdem
- 4 überzeugt, dass dies zentrale Voraussetzung dafür ist, dass ein Mensch wirklich
- 5 aufblühen kann: Mittels seiner eigenen Hände Arbeit sein Leben zu bestreiten, führt
- 6 zu Selbstwertgefühl, Stolz und Autonomie.
- 7 Von anderen mittels staatlichen Zwangs abhängig zu sein, bewirkt dabei das Gegenteil.
- 8 Gleichzeitig führt es zu Frust und weniger Freude an der Leistung, wenn Steuerzahler
- 9 dazu gezwungen werden, mit ihren Abgaben immer mehr das Leben anderer Menschen zu
- 10 finanzieren. Besonders ausgeprägt wird dieser Frust, wenn man sieht, dass man trotz
- 11 Vollzeitjob weniger im Portemonnaie hat als jemand, der von Bürgergeld lebt und einem
- 12 Minijob nachgeht, was aktuell in manchen Fällen leider möglich ist.
- 13 **Erhöhung des Bürgergelds stoppen.**
- 14 Wir als Junge Liberale fordern darum, die geplante Erhöhung des Bürgergelds zum
- 15 Anfang nächsten Jahres zu stoppen. Gleichzeitig müssen die Sozialleistungen so
- 16 reduziert werden, dass sie auf keinen Fall höher liegen als der Verdienst von
- 17 arbeitenden Menschen und wirklich nur das Existenzminimum absichern. Insbesondere ist
- 18 hier darauf zu achten, dass man nicht durch die Beträge für Kinder mehr Geld hat als
- 19 eine arbeitende Familie. Auf keinen Fall darf diese Diskrepanz durch eine Erhöhung
- 20 des Mindestlohns korrigiert werden, denn dieser stellt einen starken Eingriff in den
- 21 Markt dar, den wir strikt ablehnen.
- 22 Des Weiteren sollte die Kategorie Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus der
- 23 Berechnung gestrichen werden, genauso wie Beherbungs- und
- 24 Gaststättendienstleistungen. Um Verschwendung vorzubeugen und Eingriffe in den Markt
- 25 zu reduzieren, sollten Miet- und Nebenkosten in Zukunft nicht mehr direkt übernommen
- 26 werden, sondern lieber ein fester Betrag überwiesen werden. Dabei sollte man sich an
- 27 den günstigsten Mieten der Region erkundigen und die Nebenkosten so berechnen, dass
- 28 man große Sparsamkeit voraussetzt. Ein "sittenwidriges Gehalt", fehlende
- 29 Qualifikation sowie die Arbeitsbedingungen dürfen nicht mehr als Grund für die
- 30 Ablehnung eines Jobangebots gelten. Gleiches gilt für zu weite Entfernungen, sofern
- 31 ein Umzug prinzipiell möglich ist.
- 32 **Private Sicherungen statt ausufernder Sozialstaat.**
- 33 Auch wenn es in Deutschland oft als Akt der Solidarität gilt, ist es nicht moralisch,
- 34 per Zwang anderen Geld wegzunehmen, um es dann umzuverteilen. Nur freiwillige

35 Solidarität ist auch wirkliche Solidarität - Darum ist es anzustreben, Sozialleistung
36 langfristig durch freiwillige, private Sicherungsnetzwerke und Charity zu ersetzen.
37 Private Anbieter sind nicht nur moralischer, sondern auch effizienter als staatliche
38 und sollen so nach und nach die staatliche Versicherung ersetzen. Generell ist es ein
39 Anliegen vieler Menschen, Armen und Kranken zu helfen. Darum ist es anzunehmen, dass
40 dies auch durch private Charity ausreichend funktionieren würde. Schon jetzt ist
41 private Charity oft besser und effizienter als staatliche, was sich bspw. bei der
42 Ahrtal-Hilfe gezeigt hat. Bevor sich Eigenverantwortung und private Charity
43 ausreichend etabliert haben, ist es denkbar, eine Versicherungspflicht zu haben, mit
44 Abfederung von wirklichen Härtefällen, die ihren Beitrag nicht bezahlen können.

45

46 ***Wirkliche Hilfe für Arme: Weniger Steuern.***

47 Der Staat hilft armen Menschen nicht durch Almosen, die diese nur abhängig machen,
48 sondern indem er die Steuern auf Arbeit drastisch senkt und die Freibeträge stark
49 erhöht. Gerade arme Menschen sind auf das Einkommen ihrer Arbeit angewiesen, da sie
50 keine Immobilien oder andere Sachwerte haben. Gleichzeitig ist die Besteuerung von
51 Arbeit einer der besonders unmoralischen, da der Staat hier direkt produktives Tun
52 bestraft. Mittelfristig streben wir darum eine einstellige Flat Tax auf Arbeit an.
53 Langfristig ist es denkbar, die Besteuerung von Arbeit ganz zu beenden und die
54 wenigen Aufgaben des Staates anderweitig zu finanzieren.

55 Damit auch nicht qualifizierte Menschen leichter den Schritt aus der Abhängigkeit in
56 den Arbeitsmarkt schaffen, betonen wir hiermit noch mal die Forderung, den
57 gesetzlichen Mindestlohn abzuschaffen.

Begründung

Antragsteller:

Elena Dewitt (LV Baden-Württemberg), Michael Wottschel (LV Baden-Württemberg), Stefan Griese (LV Sachsen-Anhalt), Maike Wolf (LV Niedersachsen), Tim Kehrwieder (LV Sachsen-Anhalt), Maximilian Swenty (LV Niedersachsen), Fabian Broich (LV Nordrhein-Westfalen), Jan-Hendrik Bastian (LV Nordrhein-Westfalen), Luis Rautmann (LV Nordrhein-Westfalen), Timon Paßlick (LV Baden-Württemberg), Toni Sebald (LV Bayern), Leon Eifler (LV Baden-Württemberg), Fethi Ilkan Kandaz (LV Bremen), Alexander Stepanov (LV Nordrhein-Westfalen), Thomas Peter Binz (LV Rheinland-Pfalz), Max Luca Simon (LV Hessen), Max Remke (LV Sachsen-Anhalt), Hannah Schedler (LV Baden-Württemberg), Leo-Marek Heydinger (LV Bremen), Thao Boehme (LV Berlin), Kai Schindler (LV Baden-Württemberg), Johannes Fedon (LV Baden-Württemberg)

Antrag 313: Cocktails am Strand oder Pfandflaschen sammeln? – Rente in Würde durch Privatisierung der Altersvorsorge

Laufende Nummer: 73

Antragsteller*in:	Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 “Die Rente ist sicher”, sagte Dr. Norbert Blüm einst. Doch diese Zusicherung hat sich
2 in den letzten Jahren und Jahrzehnten angesichts einiger signifikanter
3 Herausforderungen als zunehmend problematisch erwiesen. Insbesondere die wachsende
4 Finanzierungslücke, die durch Steuerzahlungen und Steuererhöhungen ausgeglichen
5 werden muss, der demografische Wandel und die zunehmende Altersarmut bei denen, die
6 sich auf die gesetzliche Rente verlassen, werfen erhebliche Fragen zur tatsächlichen
7 Sicherheit der Rente in Deutschland auf. Die von der FDP eingeführte Aktienrente ist
8 ein Schritt in die richtige Richtung, stellt jedoch nur einen Tropfen auf dem heißen
9 Stein dar und dient letztendlich dazu, mit einem effizienten System das ineffiziente
10 System zu stützen. Hier werden also Symptome statt Ursachen bekämpft. Darum fordern
11 wir als Junge Liberale einen Systemwechsel bei der Alterssicherung hin zur privaten
12 Alterssicherung.

13 Ein staatliches Rentensystem ist unmoralisch, ineffizient und prinzipiell nicht
14 nötig. Wir als Junge Liberale glauben daran, dass Menschen sich prinzipiell
15 eigenverantwortlich für das Alter absichern können und dafür keinen Staat benötigen.
16 Durch die Wettbewerbsmechanismen des Marktes gibt es dabei eine Vielzahl an
17 Möglichkeiten, für die Rente vorsorgen, bspw. Fonds, kapitalgedeckte
18 Rentenversicherungen, Immobilien, usw.

19 **Konkret fordern wir als Junge Liberale darum:**

20 1. Die stückweise vollständige Privatisierung des staatlichen Rentensystems: Dies
21 bedeutet, dass der Staat auf lange Sicht keine Beiträge mehr von Arbeitnehmern und
22 Arbeitgebern für die Alterssicherung erhebt. Menschen im mittleren und höheren Alter,
23 denen die Rente zugesichert wurde, muss die Rente noch ausgezahlt werden. Für jüngere
24 Menschen hingegen sollte der staatliche Rentenanspruch entfallen, da diese noch genug
25 Zeit haben, privat vorzusorgen. Auf diese Weise müssen die kommenden Generationen
26 dann keine Rente mehr bezahlen. Eine Möglichkeit wäre es auch, die noch geltenden
27 Rentenansprüche der älteren Generationen nicht durch die Rentenabgaben der jüngeren
28 Generationen, sondern anderweitig durch Steuern zu finanzieren. Dies wäre ein Stück
29 weit fairer, da Steuern nicht nur von denen gezahlt werden, die dann keinen Anspruch
30 mehr auf eigene Rente haben.

31 2. Freiheit zur privaten Altersvorsorge: Bürgerinnen und Bürger sollten die volle
32 Freiheit haben, wie sie für ihre Alterssicherung vorsorgen möchten. Dies könnte die
33 Möglichkeit einschließen, in private Rentenversicherungen, Investmentfonds,
34 Immobilien oder andere Anlagen zu investieren.

- 35 3. Steuerliche Entlastung: Um die private Altersvorsorge zu fördern, sollten
36 steuerliche Anreize geschaffen werden, wie beispielsweise Steuerbefreiungen oder -
37 ermäßigungen für Beiträge zu privaten Rentenkonten oder Investitionen in
38 Altersvorsorgeprodukte.
- 39 4. Abschaffung von Rentenaltersgrenzen: Die Festlegung eines bestimmten Rentenalters
40 durch den Staat sollte aufgehoben werden. Individuen sollten die Freiheit haben,
41 selbst zu entscheiden, wann sie in den Ruhestand gehen möchten, abhängig von ihren
42 finanziellen Möglichkeiten und persönlichen Präferenzen.
- 43 5. Bildung und Aufklärung: Um sicherzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger die besten
44 Entscheidungen für ihre Altersvorsorge treffen können, soll bereits in der Schule
45 über die verschiedenen Vorsorgemöglichkeiten aufgeklärt werden. Kinder und
46 Jugendliche sollen dabei ermutigt werden, eigenverantwortlich ihre Rentenvorsorge in
47 die Hand zu nehmen.
- 48 6. Vertragsfreiheit: Die Freiheit zur Gestaltung von Verträgen im Bereich der
49 Altersvorsorge sollte betont werden. Dies könnte die Möglichkeit einschließen,
50 individuelle Vereinbarungen mit Versicherungsunternehmen oder anderen Anbietern zu
51 treffen.
- 52 7. Soziale Sicherheitsnetze: Während die staatliche Rente abgeschafft wird, sollte
53 die Gründung von freiwilligen sozialen Sicherheitsnetzen und
54 Wohltätigkeitsorganisationen gefördert werden, um Bedürftigen zu helfen.

Begründung

Antragsteller:

Fabian Broich (LV Nordrhein-Westfalen), Elena Dewitt (LV Baden-Württemberg), Michael Wottschel (LV Baden-Württemberg), Stefan Griese (LV Sachsen-Anhalt), Jan-Hendrik Bastian (LV Nordrhein-Westfalen), Toni Sebald (LV Bayern), Luis Rautmann (LV Nordrhein-Westfalen), Timon Paßlick (LV Baden-Württemberg), Akif Akyildiz (LV Baden-Württemberg), Hannah Schedler (LV Baden-Württemberg), Fethi Ilkan Kandaz (LV Bremen), Alexander Stepanov (LV Nordrhein-Westfalen), Thomas Peter Binz (LV Rheinland-Pfalz), Justus Meixner (LV Bayern), Max Luca Simon (LV Hessen), Max Remke (LV Sachsen-Anhalt), Leo-Marek Heydinger (LV Bremen), Maximilian Swenty (LV Niedersachsen), Kai Schindler (LV Baden-Württemberg), Johannes Fedon (LV Baden-Württemberg), Max Grosche (LV Nordrhein-Westfalen)

Begründung:

Private Vorsorge ist aus folgenden Gründen der staatlichen überlegen:

1. Stärkung der Eigenverantwortung: Der Systemwechsel hin zur privaten Rentenvorsorge soll die Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, selbst für ihre finanzielle Zukunft im Alter vorzusorgen. Dies stärkt die Eigenverantwortung und Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen.
2. Aufrechterhaltung des Lebensstandards im Alter: Private Altersversorgung ermöglicht es den Menschen, ihren Lebensstandard im Alter aufrechtzuerhalten und finanzielle Sicherheit zu haben, ohne auf staatliche Leistungen angewiesen zu sein.
3. Höhere Effizienz: Private Vorsorgen können effizienter arbeiten und höhere Renditen erzielen, da sie in der Regel flexiblere Anlagestrategien verfolgen können, um langfristige Finanzziele zu erreichen.
4. Alter in Würde: Ein Wechsel zur privaten Alterssicherung kann dazu beitragen, dass Menschen ihren Lebensabend in Würde verbringen können, da sie über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um ihre

Bedürfnisse im Alter zu decken, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Antrag 714: Freie Fahrt für freie Bürger! - Ausbremsung durch den Staat beenden

Laufende Nummer: 74

Antragsteller*in:	Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	7 - Umwelt, Verkehr und Bau
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Auf Autobahnen gilt allgemein keine Geschwindigkeitsbegrenzung, was wir sehr
- 2 begrüßen. Dennoch gibt es zu häufig die Situation, dass trotz guter Straßen- und
- 3 Verkehrsverhältnisse die Verkehrsteilnehmer unnötig durch
- 4 Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgebremst werden. Insbesondere, wenn die Autobahnen
- 5 sehr leer sind und somit kein Konflikt zwischen Autofahrern besteht, ist ein Eingriff
- 6 für uns inakzeptabel. Es ist beispielsweise nicht hinnehmbar, dass jemand, der nachts
- 7 alleine auf der Autobahn unterwegs ist, durch den Staat ausgebremst wird. Solche
- 8 Fälle sollten schon reichen, um eine Abschaffung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf
- 9 Autobahnen zu fordern. Allerdings sind auch abseits solcher Situationen
- 10 Geschwindigkeitsbegrenzungen unangebracht.
- 11 Verkehrsteilnehmer sind dazu verpflichtet, den Verkehrs- und Straßenverhältnissen
- 12 angemessen zu fahren. Hierzu zählt z.B. auf Gefahren innerhalb des Sichtfeldes
- 13 reagieren zu können. Derartige bestehende Regelungen sind vollkommen ausreichend, um
- 14 potentielle Konflikte zwischen Autofahrern aufzulösen. Daher fordern wir die
- 15 vollumfängliche Abschaffung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen. Um dem
- 16 Interesse von Autofahrern nach ausreichenden Hinweisen für eine sichere Fahrweise
- 17 gerecht zu werden, sollen Begrenzungsschilder zukünftig als Empfehlung gelten. Zudem
- 18 sollen diese verstärkt mit erläuternden Zusatzschildern ergänzt werden, um den
- 19 Autofahrern bestmögliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Dies soll bevorzugt
- 20 über adaptive Anzeigen geschehen.

Begründung

Antragsteller:

Jan Schwede (LV Niedersachsen), Elena Dewitt (LV Baden-Württemberg), Michael Wottschel (LV Baden-Württemberg), Stefan Griese (LV Sachsen-Anhalt), Maike Wolf (LV Niedersachsen), Maximilian Swenty (LV Niedersachsen), Fabian Broich (LV Nordrhein-Westfalen), Charles Lübcke (LV Nordrhein-Westfalen), Jan-Hendrik Bastian (LV Nordrhein-Westfalen), Luis Rautmann (LV Nordrhein-Westfalen), Jonas Liebing (LV Sachsen-Anhalt), Toni Sebald (LV Bayern), Timon Paßlick (LV Baden-Württemberg), Leon Eifler (LV Baden-Württemberg), Fethi Ilkan Kandaz (LV Bremen), Alexander Stepanov (LV Nordrhein-Westfalen), Max Luca Simon (LV Hessen), Max Remke (LV Sachsen-Anhalt), Thao Boehme (LV Berlin), Leo-Marek Heydinger (LV Bremen), Johannes Fedon (LV Baden-Württemberg), Thomas Peter Binz (LV Rheinland-Pfalz), Max Grosche (LV Nordrhein-Westfalen)

Antrag 415: Kein Geld für Freiheitsfeinde - Förderung der Deutschen Islamkonferenz einstellen

Laufende Nummer: 75

Antragsteller*in:	Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Aufgrund der fragwürdigen Zielsetzung, der Inanspruchnahme von Steuergeldern, dem
- 2 Mangel an Bekenntnis zu freiheitlichen Werten und der verfassungsfeindlichen
- 3 Teilnehmer auf der Deutschen Islamkonferenz (DIK) fordern wir, diese aufzulösen.

Begründung

Antragsteller:

Zeinab Herz (LV Rheinland-Pfalz), Christian Singer (LV Rheinland-Pfalz), Elena Dewitt (LV Baden-Württemberg), Michael Württemberg), Stefan Griese (LV Sachsen-Anhalt), Tim Kehr wieder (LV Sachsen-Anhalt), Leo-Marek Heydinger (LV Bremen) Niedersachsen), Fabian Broich (LV Nordrhein-Westfalen), Jan-Hendrik Bastian (LV Nordrhein-Westfalen), Luis Rautmann (Jonas Liebing (LV Sachsen-Anhalt), Toni Sebald (LV Bayern), Timon Paßlick (LV Baden-Württemberg), Nabih Agha (LV Nord Eifler (LV Baden-Württemberg), Alexander Stepanov (LV Nordrhein-Westfalen), Michael Weingärtner (LV Baden-Württemberg (LV Rheinland-Pfalz), Hannah Schedler (LV Baden-Württemberg), Max Remke (LV Sachsen-Anhalt), Max Luca Simon (LV He Bayern), Julian Brenner (LV Saarland), Felix Schick (LV Saarland), Sören Gorniak (LV Rheinland-Pfalz), Anton Hackel (LV Ba Baden-Württemberg), Aaron Sauer (LV Sachsen), Max Grosche (LV Nordrhein-Westfalen)

Begründung:

Fragwürdige Zielsetzung

Die Deutsche Islamkonferenz setzt sich Muslimfeindlichkeit, Seelsorge, die Imam-Ausbildung und die Teilhabe von Muslimen. Allerdings werden wichtige Fragestellungen wie der überproportionale Antisemitismus^[1] und Homophobie^[2] unter Muslimen, Apostasie, Extremismus, Zwangsheirat, Feindseligkeit gegenüber Nicht- und Andersgläubige sowie ein finanzielles Unab Moscheen vom Ausland nicht behandelt.

Der Initiator Wolfgang Schäuble betonte, dass es in der DIK darum ginge, die "Integration der Muslime zu erleichtern und Zusammenhalt zu wahren", was jedoch hinsichtlich der Umsetzung fragwürdig ist, wenn die brennendsten Themen nicht

-

Inanspruchnahme von Steuergeldern

"Und ich halte die Unterstützung dieser Vereine nicht nur für eine Veruntreuung von Staatsgeldern, sondern auch für eine Gefahr für die Sicherheit." äußerte sich Hamed Abdel-Samad zur Deutschen Islamkonferenz.

Der Öffentlichkeit ist nicht bekannt, wo Fördergelder ausgegeben wurden und welcher Nutzen dadurch generiert sein soll. Der Staat prinzipiell nicht die Aufgabe, mit dem Geld seiner Steuerzahler Veranstaltungen religiöser oder weltanschaulicher

Verfassungsfeindliche Partner

Das Islamische Zentrum Hamburg, das laut des Hamburger Verfassungsschutzes ein „weisungsgebundener Außenposten" ist, übt durch den Weg als Mitglied im Zentralrat der Muslime in der DIK Einfluss. Auch das Islamische Zentrum München

Verbindung zur Muslimbruderschaft in Bayern vom Verfassungsschutz^[3] beobachtet und ist so wie die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland. Grauen Wölfe - Mitglied im Zentralrat der Muslime und damit in der DIK.

Zudem nimmt auch der "verlängerte Arm der Türkei", die DITIB, die immer wieder negativ durch Antisemitismus, Hass gegen Juden, Islamismus, Militarismus und Spionage auffällt, an der DIK teil.

Bedauernd ist, dass kaum säkulare Organisationen mit einem Islambezug wie die säkulare Flüchtlingshilfe oder der DGB die Muslime eingeladen werden, die durchaus die Funktion der Repräsentanz von Personen mit einem muslimischen Hintergrund übernehmen könnten.

[1] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/antisemitismus-juden-muslime-deutschland-umfrage-100.html>

[2] <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/sendung/2023/PM-Queerness-Islam-100.html>

[3] <https://web.archive.org/web/20170330083551/http://www.br.de/nachrichten/moscheen-herrmann-ueberwachung-100.html>

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/muenchen-stadtraete-kritisieren-nachruf-auf-extremisten-in-moschee-in-freising>

[4] <https://www.deutschlandfunk.de/graue-woelfe-in-deutschland-der-traum-vom-grosstuerkischen-100.html#:~:text=Ob%20er%20die%20Grauen%20W%C3%B6lfe%20auch%20in%20Deutschland%20verbunden%20sind,Ob%20er%20die%20Grauen%20W%C3%B6lfe%20auch%20in%20Deutschland%20verbunden%20sind>

Antrag 416: Kritik an Politikern ist nicht verfassungsfeindlich - neue Verfassungsschutzkategorie wieder abschaffen!

Laufende Nummer: 76

Antragsteller*in:	Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	4 - Innen und Recht
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

- 1 Wir als Junge Liberale sind davon überzeugt, dass der Staat für die Sicherheit der
- 2 Bürger zu garantieren hat. Es ist darum notwendig, dass gewaltbereite Gruppierungen
- 3 ausgemacht und überwacht werden. Gleichzeitig gehört es zu den grundlegenden Rechten,
- 4 seine Kritik an Politikern und staatlichen Prozessen frei äußern zu dürfen.
- 5 Die neue Kategorie des Verfassungsschutz "Deligitimierung des Staates" öffnet die Tür
- 6 dafür, dass Kritik an staatlichen Prozessen und Politikern verfassungsfeindlich sein
- 7 könnte. So schreibt der Verfassungsschutz, dass die zu dieser Kategorie zugehörigen
- 8 Leute auffallen würden durch "eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung
- 9 von demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie
- 10 Institutionen des Staates und ihrer Entscheidungen".
- 11 Hierbei wird sich also nicht auf die Ablehnung des grundlegenden Demokratie - und
- 12 Rechtsstaatsprinzips beschränkt, was absolut verfassungsfeindlich ist, sondern dies
- 13 mit der Kritik an der Regierung vermischt - was brandgefährlich ist.
- 14 Verächtlichmachung von Politikern und staatlichen Prozessen kann geschmacklos sein,
- 15 aber sollte zu jederzeit von der Meinungsfreiheit geschützt sein. Darum lehnen wir
- 16 die neue Kategorie ab. Stattdessen sollten die Fälle, bei denen es sich um
- 17 gefährliche Personen und Gruppierungen handelt und die aktuell dieser Kategorie
- 18 zugeschrieben werden, wieder unter "Sonstiges" fallen.

Begründung

Antragsteller:

Elena Dewitt (LV Baden-Württemberg), Michael Wottschel (LV Baden-Württemberg), Maïke Wolf (LV Niedersachsen), Stefan Griese (LV Sachsen-Anhalt), Tim Kehr wieder (LV Sachsen-Anhalt), Jonas Liebing (LV Sachsen-Anhalt), Charles Lübcke (LV Nordrhein-Westfalen), Maximilian Swenty (LV Niedersachsen), Leo-Marek Heydinger (LV Bremen), Fabian Broich (LV Nordrhein-Westfalen), Jan-Hendrik Bastian (LV Nordrhein-Westfalen), Luis Rautmann (LV Nordrhein-Westfalen), Toni Sebald (LV Bayern), Timon Paßlick (LV Baden-Württemberg), Jan Schwede (LV Niedersachsen), Leon Eifler (LV Baden-Württemberg), Fethi Ilkan Kandaz (LV Bremen), Alexander Stepanov (LV Nordrhein-Westfalen), Thomas Peter Binz (LV Rheinland-Pfalz), Max Remke (LV Sachsen-Anhalt), Max Luca Simon (LV Hessen), Sören Gorniak (LV Rheinland-Pfalz), Thao Boehme (LV Berlin), Anton Hackel (LV Bayern), Johannes Fedon (LV Baden-Württemberg), Aaron Sauer (LV Sachsen), Simon Schlicksupp (LV Baden-Württemberg), Zeinab Herz (LV Rheinland-Pfalz), Christian Singer (LV Rheinland-Pfalz)

Begründung:

Diese neue Kategorie birgt die Gefahr, dass berechtigte Kritik mit Verfassungsfeindlichkeit vermischt wird und Bürger so zu Unrecht angeprangert werden. Aus diesem Grund kritisieren auch hochrangige Juristen diese neue Kategorie, nachzulesen hier: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/verfassungsschutz-kritik-extremismus-delegitimierung-verfassung-bericht/>.

So schreibt Prof. Dr. Dietrich Murswiek:

“Der Verfassungsschutz aber verwechselt Kritik an der Regierung mit Kritik am Demokratie- und am Rechtsstaatsprinzip. Er sieht "eine ständige Agitation gegen und Verächtlichmachung von demokratisch legitimierten Repräsentantinnen und Repräsentanten" als Delegitimierung des Staates und deshalb als verfassungsfeindlich an. Mit diesem Vokabular weicht er die Grenzen juristisch fassbarer Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf und ermächtigt sich selbst dazu, oppositionelle Bestrebungen als extremistische Bestrebungen zu bewerten. Im demokratischen Staat gehört es zum Wesen der Opposition, Kritik an der Regierung zu üben. Es ist das verfassungsrechtlich verbürgte Recht der – parlamentarischen und der außerparlamentarischen – Opposition, alles zu kritisieren, was die Regierung macht – ob diese Kritik berechtigt ist oder nicht. Ob sie berechtigt ist oder nicht, entscheidet nicht der Verfassungsschutz, sondern das entscheidet jeder für sich, insbesondere an der Wahlurne.”

Antrag 504: Alles muss rein: Noch mehr innovative Ideen der Jungen Liberalen für die Europawahl 2024

Laufende Nummer: 87

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Wir Junge Liberale haben mehr Ideen für Europa, als in ein Wahlprogramm hineinpassen
2 und das ist auch gut so. Denn die europäische Politik kann viel frischen Wind gut
3 vertragen. Nachfolgend finden sich innovative Ideen aus der Mitgliedschaft, den
4 Untergliederungen, den Bundesarbeitskreisen und dem Bundesvorstand, die es nicht in
5 das Wahlprogramm geschafft haben.

6 **Abschaffung nationaler Markteintrittsbarrieren**

7 Wir wollen den Binnenmarkt als Garant für Wohlstand in Europa vollenden. Dies gilt
8 auch für die Dienstleistungsfreizügigkeit. Dafür muss auch Deutschland bereit sein,
9 auf Markteintrittsbarrieren wie das staatliche Glücksspielmonopol oder den
10 Meisterzwang zu verzichten.

11 **Europäisches Patentrecht**

12 Wir wollen die EU zum Innovationsführer zu machen. Deshalb begrüßen wir die
13 Einführung des Europäischen Einheitspatents und des Einheitlichen Patentgerichts als
14 großen Schritt hin zu gesamteuropäischer Innovationsförderung. Perspektivisch wollen
15 wir das Einheitspatent auf alle Mitgliedstaaten ausweiten.

16 **Freier Konsum für freie Bürgerinnen und Bürger**

17 Die EU-Tabakrichtlinie wollen wir liberalisieren. Werbe- und Sponsoringverbote für
18 Tabak schaffen wir ab. Snus und aromatisierte Zigaretten (z.B. Mentholzigaretten)
19 wollen wir legalisieren.

20 **Drohnen entfesseln**

21 Drohnen sind für viele Menschen eine erfüllende Freizeitbeschäftigung. Wir wollen
22 daher die EU-Regelungen zu Drohnen liberalisieren. Künftig soll ein Kompetenznachweis
23 erst ab einer Startmasse von über 8 kg erforderlich sein. Die Registrierungspflicht
24 für Drohnen unter 2 kg soll entfallen. Zudem soll die maximale Flughöhe von Drohnen
25 der Betriebskategorie "offen" angehoben werden.

26 **Planungsbeschleunigung**

27 Wir wollen die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in der EU
28 vorantreiben, um den Ausbau erneuerbarer Energien und grenzüberschreitender
29 Infrastruktur zu erleichtern. Für Ersatz-, Ausbau- und Instandsetzungsvorhaben, bei
30 denen im Vergleich zur Ausgangslage keine wesentlichen zusätzlichen
31 Umwelteinwirkungen zu erwarten sind, soll die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
32 entfallen. Alternativprüfungen sollen im Rahmen der UVP entfallen. Für Vorhaben, die
33 dem Klimaschutz dienen, wollen wir eine Positivliste schaffen. Das Gesetz soll

34 Vorhaben auf der Positivliste eine positive Umweltbilanz bescheinigen, damit eine UVP
35 entfällt. Sicherheitsrelevante Vorhaben, einschließlich Vorhaben, die der
36 Versorgungssicherheit dienen, sollen von der UVP befreit sein. Perspektivisch wollen
37 wir das Erfordernis einer UVP auf grenzüberschreitende Vorhaben beschränken, denn der
38 Artenschutz ist bereits dadurch hinreichend berücksichtigt, dass in Natura 2000-
39 Schutzgebieten eine FHH-Verträglichkeitsprüfung vorgeschrieben ist. Zudem wollen wir
40 die Pflicht zur Strategischen Umweltprüfung (SUP) abschaffen. Das Verbandsklagerecht
41 wollen wir reformieren, indem wir die materielle Präklusion wieder einführen.

42 **Mehr Waffen für die Ukraine**

43 Wir begrüßen die Entscheidung der EU, der Ukraine bis März 2024 eine Millionen
44 Artilleriegranaten zu liefern. Wir wollen die Kapazitäten weiter steigern. Zudem
45 wollen wir die gemeinsame Lieferung durch die EU auf weitere Waffensysteme ausweiten.
46 So wollen wir der Ukraine jährlich eine große Zahl an Panzern, Artillerie und
47 Flugabwehr liefern. Das Mindestziel der EU muss dabei sein, der Ukraine gemeinsam mit
48 unseren Verbündeten mehr zu liefern als Russland im Jahr produzieren kann. Wir
49 verurteilen alle Bestrebungen der Ukraine "Zugeständnisse" oder "Versöhnungsgesten"
50 abzuverlangen.

51 **Sondertribunal für das Verbrechen der Aggression**

52 Wir unterstützen die Ermittlungen des Chefanklägers des Internationalen
53 Strafgerichtshofs (IStGH) im Hinblick auf die von Russland verübten Völkerstraftaten
54 in der Ukraine. Eine Bestrafung der Täter ist eine zwingende Voraussetzung für einen
55 gerechten Frieden. Das gilt auch für das Verbrechen der Aggression, also den Befehl
56 zum Angriff gegen die Ukraine. Da der IStGH hier unzuständig ist, fordern wir die
57 Errichtung eines Sondertribunals für das Verbrechen der Aggression. Zudem setzen wir
58 uns dafür ein, dass weitere Staaten das Kampala Amendment unterzeichnen, damit die
59 Zuständigkeit des IStGH auch auf das Verbrechen der Aggression ausgeweitet wird.

60 **Dekolonisierung Russlands**

61 Wir fordern, dass Russland alle imperialen Ambitionen aufgibt und die eigene
62 verbrecherische Kolonialvergangenheit aufarbeitet. Denn nur so ist ein nachhaltiger
63 Frieden in Europa möglich. Jegliche Vertiefung der Beziehungen zu Russland nach einem
64 Friedensschluss entsprechend der Friedensformel von Selenskyj muss von einem
65 Fortschritt bei der Aufarbeitung der russischen Vergangenheit abhängig sein. Zudem
66 soll sich die EU dem Ukrainischen Parlament anschließen und die Tschetschenische
67 Republik Itschkerien als vorübergehend besetztes Gebiet anerkennen.

68 **Taiwan ist immer eine Reise wert**

69 Wir stehen solidarisch an der Seite von Taiwan und fordern die Amtsträger der EU auf,
70 dies ebenfalls zu tun. EU-Kommissare und die Präsidentin des Europäischen Parlaments
71 sollen regelmäßig nach Taiwan reisen. Alle Besuchsverbote für Taiwanische Amtsträger
72 sollen aufgehoben werden.

73 **Solidarität mit Israel**

74 Wir fordern, dass die EU und die Mitgliedstaaten Jerusalem als Hauptstadt Israels
75 anerkennen und ihre Botschaften dorthin verlegen. Denn Israel kann wie jeder andere
76 Staat seine Hauptstadt frei wählen. Zudem soll die EU darauf hinwirken, dass das
77 Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA),

78 das immer wieder durch Antisemitismus auffällt, aufgelöst wird und seine Aufgaben
79 durch andere UN-Organisationen (z.B. UNHCR) ausgeübt werden.

80 **Sexualisierte Gewalt bekämpfen**

81 Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist Bestandteil aller Kriege und
82 Konflikte. Sie fügt als Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzung jeder
83 menschlichen Gemeinschaft einen unermesslichen Schaden zu. Eine wirksame
84 Strafverfolgung der Verbrechen, die Anerkennung von offizieller Seite und das
85 Bewusstsein, dass es sich nicht nur um ein individuelles, sondern auch um ein
86 gesellschaftliches Trauma handelt, trägt dazu bei, dass Betroffene Gerechtigkeit und
87 Wiedergutmachung erfahren. Zudem trägt es zur Entstigmatisierung der Betroffenen und
88 Enttabuisierung von Kriegsvergewaltigungen bei. Im Kriegen und Konflikten setzen sich
89 allerdings auch alle Diskriminierungen in verschärfter Form fort, die schon zu
90 Friedenszeiten galten. Wir fordern deshalb eine konsequente Umsetzung der Istanbul
91 Konvention und der UN-Resolution 1325.

92 **Globale Sanktionsregelung der EU für Korruption**

93 Wir wollen die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte auf
94 Korruption ausweiten. Korrupte Amtsträger sollen durch die EU mit individuellen
95 Sanktionen belegt werden können. Denn Korruption ist international durch die UN-
96 Konvention gegen Korruption geächtet und geht in der Regel mit einer Erosion von
97 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einher.

98 **Nachhaltige Fischereiwirtschaft**

99 Wir wollen gegen die Überfischung vorgehen und fordern die erlaubten Fischmengen
100 spätestens innerhalb der kommenden 10 Jahren an die wissenschaftlichen Vorgaben
101 anzupassen. Zudem fordern wir, das Verbot von Qualzuchten und gemeinsame europäische
102 Fischaufzuchtstandards, die Vergrößerung der Maschenweite von Fangnetzen, die
103 Hinzurechnung von Beifang auf Fangquoten, die Sanktionierung des Verlustes von
104 Fangnetzen und unabhängige Kontrollen der Einhaltung der Regeln mit wirksamen
105 Sanktionsmöglichkeiten.

106 **Nicht im Plastik schwimmen**

107 Die Bekämpfung der Plastikverschmutzung sehen wir als riesige Herausforderung. In der
108 EU soll der Müllexport in Staaten mit deutlich niedrigeren Recycling-Standards
109 verboten werden. Zudem fordern wir eine Reform des Marpol-Abkommens.
110 Müllentsorgungskosten sollen in die Anlegegebühren an allen internationalen Häfen mit
111 einem täglichen Containerumschlag von mindestens 3 Millionen TEU integriert werden.
112 Die illegale Müllentsorgungen auf den Weltmeeren muss besser geahndet und deutlich
113 stärker bestraft werden kann. Wir fordern ein globales Plastik-Abkommen, damit
114 endlich einheitliche Recycling-Standards geschaffen werden. Für recycelte Kunststoffe
115 (Rezyklate), z.B. von Lebensmittelverpackungen, fordern wir einheitliche
116 Qualitätsstandards, damit diese einfacher wiederverwendet werden können. Rezyklate
117 sollen für alle Arten von Verpackungen (so auch Lebensmittelverpackungen) verwendet
118 werden dürfen.

119 **Europaweiter Tierschutz**

120 Wir fordern europaweite, hohe Standards für Tierhaltung und Tiertransport, die
121 regelmäßig kontrolliert werden. Das Töten männlicher Küken, die betäubungslose

122 Ferkelkastration, Anbinde- und Kastenhaltung wollen wir verbieten. Mit einem EU-
123 Tierschutzsiegel sollen die Haltungsbedingungen von Tieren für Verbraucherinnen und
124 Verbraucher einfach erkennbar sein.

125 **Europäische Pandemieprävention und -vorsorge**

126 Wir wollen die EU auf künftige Pandemien besser vorbereiteten. Dazu soll das European
127 Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) gestärkt werden. Das ECDC soll als
128 Austauschplattform der nationalen Fachinstitute dienen, als unabhängiges
129 Beratungsgremium Empfehlungen aussprechen, die Mitgliedstaaten zur Weitergabe von
130 Informationen verpflichten können und die europaweite Abstimmung von
131 Infektionsschutzmaßnahmen unterstützen. Das EU-Katastrophenschutzverfahren wollen wir
132 um eine EU-Medical Task Force ergänzen. Zudem fordern eine strategische Reserve für
133 Medikamente und Medizinprodukte.

134 **Europäische Solidarität in medizinischen Notlagen**

135 Die Mitgliedstaaten müssen einander auch bei Überlastung der Gesundheitssysteme
136 unterstützen. Dies kann durch die Lieferung von Medizinprodukten, personelle
137 Unterstützung oder durch die Verlegung von Patientinnen und Patienten in freie
138 Krankenhausplätze erfolgen. Gerät ein Mitgliedstaat in eine medizinische Notlage,
139 müssen die übrigen Mitgliedstaaten erforderlichenfalls auch verpflichtet werden
140 können, entsprechend ihrer eigenen Leistungsfähigkeit Hilfe zu leisten. Die
141 Feststellung, dass eine Notlage vorliegt, trifft die Kommission im Einvernehmen mit
142 dem ECDC oder bei Untätigkeit, Parlament und Rat. Der Rat kann die Notlage jederzeit
143 aufheben.

144 **Gemeinsamer Infektionsschutz an den Europäischen Außengrenzen**

145 Wir fordern eine EU-Infektionsschutzverordnung, die die EU-Kommission ermächtigt,
146 einheitliche Regeln für die Einreise von Personen sowie Aus- und Einfuhr von Waren in
147 die EU und den Schengen-Raum zu bestimmen, um eine konkrete erhebliche Gefahr für die
148 öffentliche Gesundheit abzuwehren. Dies kann ein Ausfuhrverbot für Medizinprodukte,
149 Gesundheitschecks für Einreisende, die Anordnung einer Quarantäne sowie für Personen
150 ohne Staatsangehörigkeit, Aufenthaltstitel oder Asylbegehren in einem EU- oder
151 Schengen-Mitgliedstaat auch das Verbot der Einreise einschließen. Einreiseverbote
152 dürfen grundsätzlich nicht die Einreise von Personen unterbinden, die in einem
153 besonderen Näheverhältnis zu einer oder mehrerer Personen stehen, die in der EU oder
154 dem Schengen-Raum wohnhaft sind. Andorra, Monaco und San Marino sind wie Staaten des
155 Schengen-Raums zu behandeln. Für Fälle, in denen eine häusliche Quarantäne nicht
156 ausreicht, sind an Flug- und Seehäfen sowie Grenzübergängen geeignete
157 Quarantäneeinrichtungen zu schaffen.

158 **Entstehung neuer Zoonosen vorbeugen**

159 Der Tiermarkt in Wuhan gilt als ein möglicher Ausbruchsort der COVID-19-Pandemie. Wir
160 fordern transparente Ermittlungen bezüglich dieses und anderer möglicher
161 Ausbruchsorte. Unterschiedliche Tierarten auf engstem Raum unter schlechten
162 hygienischen Bedingungen zu halten, ist nicht nur unter Gesichtspunkten des Arten-
163 und Tierschutzes inakzeptabel, sondern es birgt auch ein erhebliches Risiko für die
164 Entstehung neuartiger Zoonosen. Deshalb fordern wir ein internationales Abkommen, das
165 den Wildtierhandel sowie den Umgang mit Nutztieren reguliert, um Infektionsrisiken zu
166 minimieren. Tiermärkte wie jener in Wuhan sind folglich verboten.

167 Selbst mit umfassenden Regulierungen lässt sich die Gefahr neuartiger Zoonosen nicht
168 vollständig eliminieren. Das Risiko, dass der Mensch mit neuen Krankheitserregern in
169 Kontakt kommt, kann nur minimiert werden. Tierische Reservoirs müssen deshalb
170 umfassender überwacht und erforscht werden. Hierzu ist eine Anhebung der finanziellen
171 Mittel erforderlich. Auch muss erwogen werden, Medikamente und Impfstoffe präventiv,
172 also vor einem möglichen Ausbruch, zu entwickeln.

173 **Zulassung von Medizinprodukten für Kinder und seltene Erkrankungen erleichtern**

174 Wir wollen die Zulassung von Medizinprodukten für Kinder und seltene Erkrankungen
175 erleichtern. Dazu wollen wir die Medizinprodukteverordnung reformieren. Die
176 Medizinprodukteverordnung regelt das Zulassungsverfahren für Medizinprodukte in der
177 EU. Das derzeitige Zulassungsverfahren ist kostspielig und langwierig. Der
178 Zulassungsprozess dauert 12 bis 24 Monate und im Vergleich zu den USA sind die Kosten
179 für eine Zulassung ein 150-faches höher. Dies erschwert insbesondere die Zulassung
180 von Medizinprodukten für Kinder und seltene Erkrankungen, die oft nur in geringer
181 Stückzahl produziert werden, aber essentiell für die Gesundheitsversorgung der
182 Betroffenen sind.

183 **Europäisches Jugendwerk und All-Generationenwerk für die Ukraine**

184 Wir Junge Liberale sehen uns als Europäer. Deshalb wollen wir diese gemeinsame
185 Identität stärken, indem wir auf Basis bestehender Jugendwerke ein Europäisches
186 Jugendwerk entwickeln, das den Austausch zwischen Kindern und Jugendlichen in der EU
187 ermöglicht. Gleichzeitig wollen wir ein All-Generationenwerk für die Zukunft der
188 Ukraine gründen, damit sich europaweit Bürger strukturiert und effektiv am
189 Wiederaufbau der Ukraine beteiligen können. Die Ukraine verteidigt auch unsere
190 Freiheit – deshalb werden wir auch ukrainische Infrastruktur wiederaufbauen – ganz im
191 Geiste der Europäischen Union.

192 **Europäische Entwicklungszusammenarbeit**

193 Wir fordern eine Europäische Entwicklungszusammenarbeitspolitik, die die
194 Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten auf Grundlage einer gemeinsamen Strategie
195 koordiniert und ergänzt. Die Entwicklungspolitik soll auf die Verwirklichung der
196 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausgerichtet sein. Dabei soll die
197 Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Klimaschutz und Innovation sowie die
198 Förderung von Unternehmertum, z.B. durch Mikrokreditprogramme, ein Schwerpunkt sein.
199 Dazu wollen wir das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und
200 internationale Zusammenarbeit (Global Europe) stärken und den Anteil
201 außereuropäischer Investitionen der Europäischen Investitionsbank erhöhen.
202 Sonderwirtschaftszonen nach asiatischem Vorbild wollen wir auch in anderen Teilen der
203 Welt fördern, soweit dies auf Unterstützung der betroffenen Staaten trifft. Insgesamt
204 sollen die EU und die Mitgliedstaaten 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die
205 Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Eine funktionierende Entwicklungspolitik setzt
206 einen Dialog auf Augenhöhe mit Entwicklungsländern voraus. Praktiken wie das
207 Aufkaufen von Fangquoten im Rahmen der Fischereipolitik oder ein Zwang zur
208 Marktöffnung für subventionierte Agrarprodukte stehen dem entgegen.

209 **Gemeinsame Marsmission der freien Welt**

210 Wir wollen die European Space Agency (ESA) zu einer EU-Agentur machen, ohne die
211 Mitwirkung von Drittstaaten zu erschweren und deutlich stärken, damit sie mit der

212 NASA mithalten kann. Dazu brauchen wir eine dauerhafte, planbare und ausreichende
213 Finanzierung der ESA. Gemeinsam mit den Raumfahrtbehörden Japans (JAXA), Kanadas
214 (CSA), Indiens (ISRO) und der USA (NASA) streben wir eine bemannte Marslandung an.
215 Hierbei soll die EU geschlossen auftreten und eine gemeinsame Finanzierung mit und
216 für ihre Mitgliedsstaaten bereitstellen.

217 **Mobilität auch für junge Menschen**

218 Wir wollen auch jungen Menschen mehr Mobilität ermöglichen. Deshalb wollen wir das
219 Alter zum Erwerb eines PKW-Führerscheins absenken. Begleitetes Fahren soll bereits ab
220 15 und eigenständiges Fahren ab 16 Jahren möglich sein. Der Erwerb eines
221 Mopedführerscheins soll schon ab 14 Jahren möglich sein. Statt bisher 45 km/h sollen
222 Kleinkrafträder künftig 55 km/h fahren dürfen.

223 **Fahrgastrechte stärken**

224 Im privatisierten Fernverkehr wollen wir die Fahrgastrechte stärken. Wir fordern ein
225 Recht jedes Kunden im Fernverkehr, auf ein anderes Verkehrsmittel umzusteigen, wenn
226 anderenfalls eine Verspätung von mehr als 30 min am Zielort zu erwarten ist. Außerdem
227 sollen Fahrgäste pro Minute Verspätung im Zielbahnhof ab einer Verspätung von 20
228 Minuten 1 Prozent des Fahrpreises zurückerhalten.

229 **Anonyme Nutzung des Internets schützen**

230 Wir wollen die anonyme Nutzung des Internets schützen. Daher lehnen wir alle
231 Gesetzentwürfe ab, die diese Anonymität aufheben oder einschränken wollen. In einer
232 freiheitlichen Gesellschaft ist es das gute Recht des Einzelnen anonym unterwegs zu
233 sein, offline wie online.

234 **Löschen statt Sperren**

235 Wir lehnen Netzsperrungen ab. Illegale Inhalte im Netz sollen dauerhaft gelöscht werden.
236

237 **Erasmus-Konferenzen**

238 Wir wollen im Rahmen des Erasmus+-Programms Erasmus-Konferenzen von Schülerinnen und
239 Schülern stärker fördern, um grenzübergreifende inhaltliche Arbeit zu erleichtern.

240 **EU-Kandidatenstatus für Georgien und Kosovo**

241 Die EU muss Georgien und dem Kosovo den Status als Beitrittskandidat verleihen. Wir
242 setzen uns dafür ein, dass alle Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit des Kosovo
243 anerkennen und das Land in den Europarat aufgenommen wird. Die Kosovo Force (KFOR)
244 muss personell gestärkt werden. Damit senden wir das klare Signal, die Unabhängigkeit
245 des Kosovos notfalls auch militärisch zu verteidigen.

246 **EU-Erweiterungspolitik**

247 Über die derzeitige Erweiterungsstrategie der EU-Kommission betreffend der
248 Westbalkanstaaten und des Assoziations-Trios hinaus, erkennen wir insbesondere die
249 EU-Beitrittsperspektive von Armenien, Island, Israel, Norwegen, der Schweiz und des
250 Vereinigten Königreichs oder zukünftig unabhängigen Teilen des Königreichs an, sofern
251 ein Beitritt von diesen Staaten gewünscht wird.

252 **Neuaufgabe der EU-Türkei-Beziehungen**

253 Eine autoritär regierte Türkei hat in der EU keinen Platz. Wir fordern deshalb den
254 Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Dennoch erkennen wir an, dass

255 die Türkei nach wie vor eine wehrhafte Zivilgesellschaft aufweist, die eine Rückkehr
256 zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit möglich erscheinen lässt. Diese mutigen
257 Menschen wollen wir unterstützen. Für eine Türkei, die die Kopenhagener Kriterien
258 erfüllt, wozu auch ein Ende der Besetzung Nordzyperns, die Beilegung der
259 Grenzstreitigkeiten mit Griechenland und die Anerkennung des Völkermordes an den
260 Armeniern und anderen christlichen Minderheit gehört, muss der Weg in die EU
261 offenstehen.

262 **EU-Assoziation**

263 Die Möglichkeit einer Assoziation mit der Europäischen Union wollen wir ausweiten.
264 Dazu wollen wir den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und den Schengen-Raum für
265 Staaten öffnen, die nicht Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)
266 sind.

267 **Worte haben Macht**

268 Die EU soll in allen Bereichen Begriffe verwenden, die ihre Staatlichkeit zum
269 Ausdruck bringen. Wir wollen, dass die EU-Delegationen in Drittstaaten fortan
270 Botschaften und die Leiterin oder der Leiter der Delegation Botschafterin oder
271 Botschafter heißt. Die Botschafterinnen und Botschafter von Mitgliedstaaten sollen in
272 anderen Mitgliedstaaten den Titel Hochkommissarin oder Hochkommissar tragen, wie im
273 Commonwealth of Nations. Verordnungen sollen die Bezeichnung "Europäische Gesetze"
274 und Richtlinien die Bezeichnung "Europäische Rahmengesetze" erhalten.

275 **Eurolympiade nach dem Vorbild der Commonwealth Games**

276 Wir setzen uns nach dem Vorbild der Commonwealth Games für eine "Eurolympiade" ein,
277 an der alle Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten teilnehmen können.

278 **In Vielfalt zur Klimaneutralität**

279 Die Wege zur Klimaneutralität in der EU sind vielfältig. Nicht jedes Land wird den
280 deutschen Weg gehen können oder wollen. Zudem helfen die unterschiedlichen
281 Energiesysteme dabei, die individuellen Schwächen auszugleichen. Deutschland sollte
282 deshalb nicht länger treibhausneutrale Energieerzeugung – wie die Kernkraft – anderer
283 Mitgliedsstaaten behindern, sondern akzeptieren.

284 **Grüner Wasserstoff**

285 Die Produktion von grünem Wasserstoff bietet sich vor allem dort an, wo die Sonne
286 stark scheint. Deshalb wollen die Importkapazitäten durch geeignete Infrastruktur von
287 Nordafrika in die EU erhöhen. Um den Weitertransport auch innerhalb der EU effizient
288 zu ermöglichen, muss die Midcat-Pipeline über die Pyrenäen zwischen Spanien und
289 Frankreich schnellstmöglich gebaut werden.

Antrag D01: Am Israel Chai – Wir stehen uneingeschränkt an der Seite Israels.

Laufende Nummer: 144

Antragsteller*in:	Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Dringlichkeitsanträge
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

1 Wir Junge Liberale sind entsetzt über den barbarischen Angriff der Hamas und weiterer
2 palästinensischer Terrororganisationen und ihrer Unterstützer auf den Staat Israel
3 und seine Bürgerinnen und Bürger. Wir verurteilen diesen Akt des Terrors auf das
4 Schärfste. Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Israel, die ihr Leben oder das
5 ihrer Angehörigen verloren haben oder von Terroristen verschleppt wurden. In diesen
6 schweren Stunden stehen wir Junge Liberale uneingeschränkt an der Seite Israels.
7 Israel hat das Recht sich zu verteidigen. Das Existenzrecht Israels ist für uns nicht
8 verhandelbar. Die Feinde Israels sind unsere Feinde. Wir werden uns dafür einsetzen,
9 dass Israel aus Deutschland und der Europäischen Union uneingeschränkte Solidarität
10 zukommt. Wir tun dies aus historischer Verantwortung für die Sicherheit und Existenz
11 Israels, die uns als Deutsche in Verantwortung für die Shoa für immer begleiten wird.
12 Wir tun dies auch aus Solidarität mit einer liberalen Demokratie – der einzigen im
13 Nahen Osten – und unseren Freunden und Partnern in Israel. Wir tun dies, weil wir an
14 der Seite von Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit stehen. Nie wieder ist jetzt. Am
15 Israel Chai!

16 Wir Junge Liberale fordern:

- 17 • **Humanitäre, politische und militärische Hilfe für Israel:** Deutschland und die EU
18 müssen Israel jegliche humanitäre, politische und militärische Hilfe zukommen
19 lassen, die das Land benötigt, um sich zu verteidigen und die Terrororganisation
20 Hamas zu vernichten. Israel hat eine beeindruckende Rüstungsindustrie, doch muss
21 klar sein: Wenn Israel deutsche Waffen braucht, werden wir diese sofort und ohne
22 Einschränkungen liefern. Dafür wollen wir unter anderem Israel als NATO-
23 gleichgestellten Staat einstufen und damit Rüstungsexporte nach Israel deutlich
24 vereinfachen. Perspektivisch soll eine Europäische Rüstungsexportverordnung
25 vorsehen, dass Rüstungsexporte an Israel genehmigungsfrei sind.
- 26 • **Militärischer Beistand:** Israel hat das Recht auf individuelle und kollektive
27 Selbstverteidigung. Für uns ist klar: Wenn Israel uns um militärischen Beistand
28 bittet, werden wir Israel beistehen.
- 29 • **Kein Geld für Terroristen und Terrorsympathisanten:** Deutschland, die EU und
30 Mitgliedstaaten müssen alle Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde
31 (PA) und in die Palästinensischen Autonomiegebiete mit sofortiger Wirkung
32 einstellen. Solange die PA den Angriff auf Israel nicht bedingungslos
33 verurteilt, darf kein einziger Cent dorthin fließen. Eine Wiederaufnahme der
34 Zahlungen darf nur im Einvernehmen mit Israel erfolgen und muss an klare
35 Bedingungen geknüpft sein. Insbesondere ist die Verbreitung von Antisemitismus

- 36 in Schulbüchern oder das Auszahlen sogenannter „Märtyrer-Renten“ an die
37 Angehörigen von Terroristen inakzeptabel.
- 38 • **Humanitären Korridor aufbauen:** Deutschland sowie die EU müssen Druck auf Ägypten
39 ausüben, damit das Land einen humanitären Korridor nach Gaza etabliert, um
40 zivile Opfer zu minimieren. Der Korridor muss unter strengen Auflagen
41 hergestellt werden sowie der ständigen Überprüfung seitens der Weltgemeinschaft
42 und Israel unterliegen. Gleichzeitig fordern wir, dass die UN die
43 Grenzkontrollen an der Grenze von Ägypten und Gaza durchführt, um den illegalen
44 Import von Waffen und weiteren Kriegsgütern deutlich zu reduzieren.
 - 45 • **Globale Verurteilung des terroristischen Angriffs der Hamas:** Der barbarische
46 Angriff der Hamas und weiterer palästinensischer Terrororganisationen auf Israel
47 muss von der UN-Generalversammlung unmissverständlich verurteilt werden. Dass
48 Russland und China eine Verurteilung der Hamas im UN-Sicherheitsrat blockiert
49 haben, zeigt, dass sie auf der Seite des Terrors stehen. Angesichts des
50 barbarischen Angriffs der Hamas ist der UN-Sicherheitsrat gefordert, die Hamas
51 und alle weiteren beteiligten Terrororganisationen auf UN-Ebene als
52 Terrororganisationen einzustufen und Sanktionen zu verhängen. Da dies auf
53 absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, müssen Deutschland und die EU bilateral
54 Druck auf Staaten ausüben, die sich weigern, diese Organisationen zu
55 verbieten.
 - 56 • **Globales Sanktionsregime gegen die Feinde Israels:** Nach dem Vorbild der globalen
57 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte fordern wir ein globales
58 Sanktionsregime gegen die Feinde Israels. Wer Terror gegen Israel verübt,
59 unterstützt oder legitimiert, den muss die EU sanktionieren. Neben Sanktionen
60 gegen verantwortliche Personen, Unternehmen und Organisationen in Gestalt von
61 Einreisesperren, dem Einfrieren von Vermögenswerten und Ausschluss aus dem
62 Binnenmarkt, müssen auch sektorale Sanktionen (Import- und Exportverbote) gegen
63 Staaten erfolgen, die Terror finanzieren oder dies dulden. Dadurch wollen wir
64 insbesondere die Finanzierungsquellen der Hamas, der Hisbollah und anderer pro-
65 palästinensischer Terrororganisationen trockenlegen. Zudem ist jetzt besondere
66 Vorsicht geboten, Hamas- und Hisbollah-Terroristen als solche bei der Einreise
67 zu identifizieren und diese wie auch bisher konsequent auszuliefern.
 - 68 • **Beziehungen zu Katar auf den Prüfstand stellen:** In den vergangenen Jahren hat
69 Katar systematisch die Hamas und andere islamistische Terrorgruppen finanziert.
70 Stellt Katar die Finanzierung des Terrors nicht ein, muss die EU scharfe
71 Sanktionen verhängen und Deutschland den Gas-Deal mit Katar aufkündigen.
72 Stattdessen wollen wir alternative Gas-Importeure finden und Fracking in
73 Deutschland ermöglichen.
 - 74 • **Entwaffnung der Hisbollah:** Nicht nur aus dem Gazastreifen, sondern auch aus dem
75 Libanon wurde Israel angegriffen, durch die Terrormiliz Hisbollah. Wir fordern,
76 die Hisbollah in der EU in Gänze als Terrororganisation einzustufen. Gegenüber
77 dem Libanon muss maximaler Druck ausgeübt werden, um zu erreichen, dass die
78 Hisbollah entwaffnet wird. Dies schließt Sanktionen gegen die Verantwortlichen
79 ein. Zudem sollte eine EU-Beobachtungsmission an der libanesisch-syrischen
80 Grenze geprüft werden, um Waffenlieferungen an die Hisbollah zu unterbinden.
 - 81 • **Keine Normalisierung des illegitimen Assad-Regimes:** Wir lehnen jegliche

- 82 Normalisierung der Beziehungen zum illegitimen Assad-Regime ab. Der syrische
83 Diktator hat sich schwerster Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die
84 Menschlichkeit schuldig gemacht. Zudem gewährt er der Terrororganisation
85 Hisbollah die Möglichkeit von syrischem Staatsgebiet aus Israel anzugreifen.
86 Assad gehört vor ein internationales Gericht. Diese Haltung muss gegenüber der
87 Arabischen Liga und der internationalen Gemeinschaft klar kommuniziert werden.
88 Die bestehenden Sanktionen gegen Syrien müssen in Kraft bleiben.
- 89 • **Maximale Sanktionen gegen den Iran:** Das iranische Mullah-Regime ist der größte
90 Unterstützter des palästinensischen und libanesischen Terrors gegen Israel.
91 Bereits kurz nach dem barbarischen Angriff der Hamas bekundete das iranische
92 Regime seine Sympathie für den Angriff. Das muss Konsequenzen haben. Wir
93 fordern, dass die EU im Einklang mit den USA ein Embargo gegen den Iran verhängt
94 und auch Drittstaaten sanktioniert, die weiterhin Handel mit dem Iran treiben.
95 Die Revolutionsgarden müssen auf die EU-Terrorliste. Die Atomverhandlungen mit
96 dem Iran sind zu beenden. Der Iran muss daran gehindert werden, Nuklearwaffen zu
97 entwickeln.
 - 98 • **Keine völkerrechtliche Anerkennung eines „Staates Palästina“:** Der durch die PA
99 ausgerufene „Staat Palästina“ ist kein Staat im völkerrechtlichen Sinne. Eine
100 diplomatische Anerkennung ist zudem auch aufgrund der Sympathie für den Terror
101 der Hamas und wiederholter Holocaustrelativierung des Präsidenten der PA, Mahmud
102 Abbas, abzulehnen. Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten, die diesen „Staat“ in der
103 Vergangenheit diplomatisch anerkannt haben, auf, diese Anerkennung unverzüglich
104 zurückzunehmen.
 - 105 • **Klare Kante gegen antisemitische und antizionistische UN-Resolutionen:**
106 Deutschland und die EU-Mitgliedstaaten müssen antisemitische und
107 antizionistische Resolutionen in der UN-Generalversammlung konsequent ablehnen.
108 Die bisherige Praxis, die Zustimmung zu entsprechenden Resolutionen dadurch zu
109 rechtfertigen, man habe sie hierdurch abgeschwächt, muss umgehend beendet
110 werden.
 - 111 • **Auflösung des UNRWA:** Das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten
112 (UNRWA) ist immer wieder durch Antisemitismus aufgefallen. Zudem erschwert das
113 UNRWA durch die exklusive Vererbung des Flüchtlingsstatus die Integration und
114 damit auch eine Perspektive für die Betroffenen als Mitglied der lokalen
115 Gesellschaft stark erschwert. Wir wollen das UNRWA daher auflösen. Seine
116 Aufgaben sollen durch andere UN-Organisationen wahrgenommen werden, insbesondere
117 das UNHCR. Sollte kein Konsens für eine Auflösung erreicht werden, müssen
118 Deutschland und die EU ihre Zahlungen an das UNRWA einstellen. Wir setzen uns
119 dafür ein, dass die vom UNRWA versorgten Betroffenen die Staatsbürgerschaft in
120 ihren Aufenthaltsländern erhalten können und sollen dann von den entsprechenden
121 Staaten national versorgt werden.
 - 122 • **Klare Kante gegen Antisemitismus und Antizionismus im UN-Menschenrechtsrat:** Der
123 UN-Menschenrechtsrat hat in seiner zentralen Aufgabe – die Achtung der
124 Menschenrechte zu fördern – vollständig versagt. Stattdessen sitzen die
125 schlimmsten Menschenrechtsverbrecher im Menschenrechtsrat und decken sich
126 gegenseitig. Das Einzige worauf, sich der Menschenrechtsrat einigen kann, ist
127 die antisemitisch motivierte und in der Sache ungerechtfertigte Kritik an

128 Israel. Für uns ist dieser Zustand nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Reform des
129 Menschenrechtsrates. Künftig soll die Wahl in den Menschenrechtsrat eine Zwei-
130 Drittel-Mehrheit in der Generalversammlung erfordern. Sollte diese Reform nicht
131 gelingen und die antisemitisch motivierte Kritik an Israel nicht enden, müssen
132 Deutschland und die EU-Mitgliedstaaten geschlossen aus dem Menschenrechtsrat
133 austreten.

134 • **Jerusalem ist die Hauptstadt Israels:** Jeder Staat hat das Recht selbst zu
135 bestimmen, welche Stadt des eigenen Staatsgebietes die Hauptstadt ist. Das gilt
136 auch für Israel. Deshalb müssen Deutschland, die EU und die Mitgliedstaaten
137 Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennen und ihre Botschaften dorthin
138 verlegen.

139 • **Terrorsympathisanten abschieben:** Bilder wie jene von Demonstrationen aus Berlin,
140 wo Menschen angesichts des grausamen Angriffs auf Israel jubeln, sind
141 unerträglich. Dies muss strafrechtlich verfolgt werden. Für uns ist klar: Wer
142 Angriffe auf Israel bejubelt, kann nicht zu Deutschland gehören. Deshalb haben
143 ausländische Staatsbürger durch antisemitische Hasskriminalität ihr
144 Aufenthaltsrecht in Deutschland verwirkt. Wer Angriffe auf Israel bejubelt,
145 macht sich bereits nach geltendem Recht strafbar und kann nach dem
146 Aufenthaltsgesetz abgeschoben werden. Das muss konsequent erfolgen, wie bei
147 allen anderen antisemitischen Straftaten auch. Die Verantwortung für jüdisches
148 Leben in Deutschland und Israel trifft alle Bürger und Einwohner Deutschlands
149 gleichermaßen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Die Sicherheit
150 Israels ist deutsche Staatsräson. Wer an Deutschland teilhaben will, muss den
151 Auftrag aus der historischen Verantwortung für die Shoa annehmen.

152 • **Deutschlands Staatsräson in die Integrationskurse:** Viele Migrantinnen und
153 Migranten stammen aus Ländern, in denen Antisemitismus Staatsdoktrin ist. Um den
154 historischen Auftrag Deutschlands und die damit verbundene Lebenspraxis und
155 Verfassungstreue zu verinnerlichen, wollen wir die verpflichtende Behandlung von
156 deutscher Geschichte, insbesondere dem Holocaust, der Geschichte Israels, der
157 Judenverfolgung nach 1945 und der daraus folgenden deutschen Staatsräson -
158 analog zur Schulbildung -, in Integrationskursen einführen.

159 • **Antisemitismus in der Schule entgegenwirken:** Klar muss aber auch sein, dass
160 Antisemitismus in Deutschland nicht nur ein migrantisches Phänomen ist. Deshalb
161 müssen wir insbesondere in den Schulen entschlossener gegen Antisemitismus
162 vorgehen. Dazu gehört insbesondere der verpflichtende Besuch einer Holocaust-
163 Gedenkstätte für jede Schülerin und jeden Schüler sowie die Thematisierung der
164 Geschichte Israels sowie der Judendverfolgung nach 1945 im Schulunterricht, um
165 gegen Desinformation und Verschwörungstheorien vorzugehen. Wird der Besuch einer
166 Holocaust-Gedenkstätte konsequent verweigert, kann der Schulbesuch nicht
167 erfolgreich abgeschlossen werden. Wir wollen eine echte bundesweite Gedenkminute
168 am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am Vorbild des Jom
169 haScho'a etablieren.

170 • **Antisemitische Vereine konsequent verbieten:** Gegen Vereine, die Terror gegen
171 Israel unterstützen, muss ein Vereins- und Betätigungsverbot erlassen werden.
172 Dies gilt insbesondere für die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und
173 ihre Vorfeldorganisation Samidoun, die Palästinensische Gemeinschaft in

174 Deutschland e. V., deren Anhängerschaft vorwiegend aus Hamas-Anhängern besteht,
175 das Islamische Zentrum Hamburg und das Zentrum der Islamischen Kultur Frankfurt.
176 Solche und ähnliche Strukturen müssen außerdem lückenlos von den
177 Verfassungsschutzbehörden überwacht werden.

178 • **Deutsche Islamkonferenz reformieren:** Wir fordern eine Reform der Deutschen
179 Islamkonferenz (DIK). Zahlreiche Verbände der DIK verbreiten anti-demokratisches
180 Gedankengut und relativieren den Terror gegen Israel, wie bspw. der Zentralrat
181 der Muslime in Deutschland. Solche Verbände können für einen freiheitlich-
182 demokratischen Staat kein Partner sein. Sie müssen aus der DIK ausgeschlossen
183 werden. Stattdessen soll der Dialog mit muslimischen Verbänden, die auf dem
184 Boden des Grundgesetzes stehen, verstärkt werden. Das sehen wir auch als
185 wichtiges Signal an deutsche Muslime: Denn solange die deutsche Politik
186 antisemitische Verbände hofiert, verhindert sie die Verbreitung eines
187 aufgeklärten und verfassungskonformen Islams in Deutschland.

188 • **Religionsausübung nur im Einklang mit der Verfassung:** Imame oder Moscheen, die
189 antisemitisches Gedankengut oder anderweitig islamistischen Hass und Hetze
190 verbreiten, haben in Deutschland nichts zu suchen. Wir brauchen stattdessen eine
191 deutschlandweite Strategie, wie sichergestellt werden kann, dass auch in
192 Moscheen im Einklang mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung
193 gepredigt wird; etwa über die Ausbildung von Imamen an deutschen Universitäten.

194 • **Antisemiten die Gemeinnützigkeit entziehen:** Deutsches Steuergeld darf nicht in
195 Antisemitismus fließen. Wir wollen das Steuerrecht daher reformieren, um
196 Organisationen die Gemeinnützigkeit zu entziehen, wenn sie oder ihre
197 Dachverbände antisemitische Propaganda verbreiten.

198 • **Kein staatlich finanzierter Antisemitismus:** Für alle öffentlich finanzierten
199 Projekte gilt, dass wir bei Antisemitismus kein Auge zudrücken. Die
200 Zusammenarbeit mit Antisemiten muss beendet werden. Der öffentlich-rechtliche
201 Rundfunk soll sich dazu einen klaren Compliance-Rahmen geben, dessen Einhaltung
202 extern überprüft und jährlich veröffentlicht wird.

Begründung

Mitragsteller: Franziska Brandmann, Noam Petri, Arthur Rubinstein, Stefanie Schulz, Paavo Czwikla, Nemir Ali, Maximilian Reiter, Constantin Borges, Tobias Weiskopf, Julius Graack, Helena Herzig, Maxima Trabert, Tom Daniel, Anja Widenmann, Phil Hackemann, Robert Teuber, Alexander Kobuss, Ali Abo Hamoud, Alicia Donat, Celine Eberhardt, Moritz Lotz, Paul Göttlich, Fabian Jahoda, Jan-Philipp Lenhardt, Florian Pernak, Jonathan Voss, Aaron Wilhelmi, Robert Kellner, Sebastian Löser, Lukas Heidrich, Anna Neumann, Phoenix Roedder, Lilly Bergemann, Denis Janusas, Laura Jasmin Iden, Matti Karstedt, Philip Cierniak, Philipp Illenseer, Paul Kreißig, Leonard Kern-Wagner, Piet Schwarz, Lukas Kleene, Christopher Hubrich, Jonas Wimmer, Milena Radatz, Yannick Wasserberg, Vera von Kopylow, Monika Bieber, Lexi Mara, Alice Schmidt, Felix Meyer, Leonard Deutsch, Isabelle Bach, Helge Gülzau, Jordan Harbig, Lucas Reisch, Nadin Zaya, Joris Stietenroth, Finn Kühberger, Luisa Theinert, Philipp Beckhove, Moritz Eichelmann, Marcel Richter, Mats-Ole Maretzke, Moritz Wimmer, Anna Heimann, Florian Förster, Cristina Turbatu, Julius Grottko, Phillip Proske, Leonard Höck, Daniel Böhler, Marc Bauer, Eddie Friedrich, Noah Wand, Clemens Heydrich, Lucas Zimmermann, Søren Grawert, Lev Tarasyuk, Anja Milde, Alisha Woodsen, David Kessler, Celine Dietericj, Paul Thies, Hendrik Trimper, Jonas Erlinghagen, Carl Pflästerer, Tim Hornig, Vincent Oehme,

Daniel Götz, Kardo Hussein, Anton Gronau, Finn Flebbe, Johannes Basler, Hannah Blum-Oeste, Paul Gross, Fynn Stefan Klein, Nico Fenske, Teresa Stublely, Bo Müller, Kevin Naumann, Fynn Voigt

Antrag G001: Verweisung der nicht beratenen Anträge

Laufende Nummer: 150

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	GO - Geschäftsordnungsanträge
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

Nr. Antragsteller Titel Verweisung 312 Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung) Bürgergeld darf nicht das neue Hartzen werden - Bürgergeldhöhung stoppen, Eigenverantwortung stärken! zurück an den Antragsteller 804 LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hessen (Landesverbände) Finger weg von meinem Broker: Gegen ein Payment for Order Flow-Verbot eBuVo 314 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Wer mehr arbeitet, muss auch mehr haben – gilt auch für Studenten BAK Arbeit und Soziales 415 Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung) Kein Geld für Freiheitsfeinde - Förderung der Deutschen Islamkonferenz einstellen zurück an den Antragsteller 401 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Klares Nein zum verlängerten Arm von Erdogan – Verbot der Grauen Wölfe eBuVo 408 LV Sachsen (Landesverbände) Tik-Tok-Tot eBuVo 402 LV Hessen (Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Mehr Transparenz wagen! – Offenlegungspflicht für Politiker eBuVo 901 LV Hamburg (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände) Das Wort „Rasse“ aus der Satzung der Freien Demokraten streichen! eBuVo 309 LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Heute Fehlgeburt, morgen Büro? - Klare Absage an unwürdige Mutterschutzregelungen! BAK Arbeit und Soziales & Liberaler Feminismus 104 BAK Liberale Schüler (BAK) Den Bundesjugendspielen ein leistungsorientiertes Upgrade geben. BAK Sport 313 Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung) Cocktails am Strand oder Pfandflaschen sammeln? – Rente in Würde durch Privatisierung der Altersvorsorge zurück an den Antragsteller 301 LV Baden-Württemberg (Landesverbände), LV Rheinland-Pfalz (Landesverbände), LV Bremen (Landesverbände), ... Pillars of pain – Säulen-Konzept gegen unnötiges Leid durch Endometriose BAK Gesundheit und Pflege & BAK Liberaler Feminismus 106 Kevin Naumann (LV Bremen), Fynn Voigt (LV Bremen), Celine Eberhardt (LV Bremen), ... Schuldenfalle Studienkredit: KfW-Kreditnehmer entlasten! eBuVo 414 Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung) Weil ein Staat auch ein Drecksstaat sein kann - “Beschimpfung” des Staates darf nicht zur Strafe führen! BAK Innen und Recht 808 LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände) Gewinne reinvestieren statt besteuern! BAK Wirtschaft und Finanzen 416 Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung) Kritik an Politikern ist nicht verfassungsfeindlich - neue Verfassungsschutzkategorie wieder abschaffen! BAK Innen und Recht 714 Einzelantragsteller (aufgelistet in Begründung) Freie Fahrt für freie Bürger! - Ausbremsung durch den Staat beenden BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 805 LV Berlin (Landesverbände) DYNAMISCHES DEUTSCHLAND – DER WIRTSCHAFT DIE FESSELN ABLEGEN zurück an den Antragsteller 409 LV Sachsen (Landesverbände), LV Thüringen (Landesverbände) Integrierte Sicherheit zu Ende denken - ein Nationaler Sicherheitsrat für Deutschland eBuVo 304 BAK Innen und Recht (BAK), BAK Gesundheit und Pflege (BAK) Arzneimittelknappheit europäisch lösen eBuVo 305 BAK Gesundheit und Pflege (BAK), LV Niedersachsen (Landesverbände) Herzstillstand Deutschland - für die Reanimation unseres Gesundheitswesens eBuVo 101 LV Thüringen (Landesverbände), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern (Landesverbände) Schröpfen der Wissenschaft endlich abstellen! eBuVo 403 BAK Gesundheit und Pflege (BAK), BAK Innen und Recht (BAK) Stille Nacht geile Nacht – Böllerlos ins neue Jahr (knallen darfst du trotzdem noch) zurück an den Antragsteller 103 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Lebenslanges Lernen statt lebenslanger Sperre BAK Bildung und Kultur 713 BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK) Einfach mal Bauen eBuVo 107 BAK Bildung und Kultur (BAK) 123 Jahre. 140.000 Verurteilungen. Millionen von Schicksalen: Queere Geschichte als Teil der deutschen Erinnerungskultur eBuVo 503 LV Nordrhein-Westfalen (Landesverbände), LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Chancenkontinent - eine liberale Strategie für Nordafrika BAK Europa und Internationales 203 BAK Liberaler Feminismus (BAK) Frauen, Leben, Unfreiheit - das Mullah-Regime im deutschen Standesamt eBuVo 405 LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Mecklenburg-Vorpommern

(Landesverbände), LV Brandenburg (Landesverbände), ... Keinen Fußbreit dem Faschismus! Gegen völkische Landnahme! BAK Innen und Recht 412 LV Bayern (Landesverbände) Gleichberechtigung der Geschlechter - auch bei der Wehrpflicht zurück an den Antragsteller 501 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Solidarität mit den Protesten in Israel BAK Europa und Internationales 311 BV Köln-Bonn (LV Nordrhein-Westfalen), LV Berlin (Landesverbände) Vereinbarkeit von Familie und Beruf - JETZT! BAK Arbeit und Soziales & BAK Liberaler Feminismus 711 BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK), LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), ... Der Zug hat (k)eine Bremse - Neubaustrecke Hamburg-Hannover jetzt! eBuVo 302 BAK Liberaler Feminismus (BAK), BAK Gesundheit und Pflege (BAK) Mund auf, Stäbchen rein - mit Endometriose diagnostiziert sein? eBuVo 310 LV Bayern (Landesverbände) Selbstständig - schwanger - arbeitslos ? BAK Arbeit und Soziales 809 LV Niedersachsen (Landesverbände), BAK Liberaler Feminismus (BAK) Liberalen Feminismus ernst nehmen: Ehegattensplitting abschaffen! zurück an den Antragsteller 810 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Gute Gründe zum Gründen BAK Wirtschaft und Finanzen 303 LV Brandenburg (Landesverbände) Deutschlands größten "Pflegedienst" entlasten BAK Gesundheit und Pflege 406 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Kommerzielle Leihmutterchaft verantwortlich ermöglichen BAK Gesundheit und Pflege 807 LV Niedersachsen (Landesverbände), LV Hamburg (Landesverbände), LV Nordrhein- Westfalen (Landesverbände), ... Energiewende marktwirtschaftlich gestalten: Gegen den Einheitspreis beim Strom! BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 306 BAK Gesundheit und Pflege (BAK) GTA auf der Spielekonsole, nicht auf der Straße! eBuVo 601 BAK Digitales (BAK) Zukunftscodex: Liberale Leitlinien für künstliche Intelligenz eBuVo 707 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Angebot europaweiter Bahntickets BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 105 BAK Liberale Schüler (BAK) Vielfalt und Diversität statt Zucht und Ordnung! eBuVo 411 LV Bayern (Landesverbände) Ist unsere Feuerwehr ausgebrannt ? BAK Innen und Recht 307 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Geh doch Blutspenden, wo du willst! BAK Gesundheit und Pflege 811 KV Region Hannover (LV Niedersachsen) Friendly reminder: Klimadividende noch in dieser Legislaturperiode einführen BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 201 BAK Liberaler Feminismus (BAK) Für eine ausgeglichene Lebens- und Arbeitswelt: Elternzeit und Elterngeld als Schlüssel zur Vereinbarkeit. eBuVo 702 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Auf in die Zukunft – smart cities erreichen BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 704 BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK) Freie Wahl an der Tankstelle - Oligopol verhindern! BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 712 BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK) Sozialer Klimaschutz mit liberaler Klimadividende eBuVo 802 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Wind of Change – für eine unabhängige und klimafreundliche Energiepolitik BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 812 KV Region Hannover (LV Niedersachsen) German STOCK ACT – Transparenzregeln für Trades von Amts- und Mandatsträgern schärfen eBuVo 308 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Essstörungen den Kampf ansagen BAK Gesundheit und Pflege 504 Bundesvorstand Alles muss rein: Noch mehr innovative Ideen der Jungen Liberalen für die Europawahl 2024 eBuVo 417 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr mit Todesfolge regeln BAK Innen und Recht 410 LV Bayern (Landesverbände) Mandatsausübung flexibilisieren! eBuVo 709 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Kein Cash für Krüppel: Härteres Vorgehen gegen Qualzuchten BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 407 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Demokratieförderung parteinaher Stiftungen schützen und unterstützen eBuVo 502 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Perfectly balanced as all things should be – Gleichbehandlung mit China schaffen zurück an den Antragsteller 202 BAK Liberaler Feminismus (BAK) Das bisschen Haushalt macht sich leider nicht von allein eBuVo 708 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Bahn frei für das Azubi-Ticket BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 102 BAK Bildung und Kultur (BAK) Wandel durch Kunsthandel – Steuersenkung für den kreativen Pinselstrich! eBuVo 703 BAK Umwelt, Verkehr und Bau (BAK) Flächenfraß stoppen! Flächenzertifikatehandel in Deutschland und der EU eBuVo 413 KV Goslar (LV Niedersachsen) Beteiligung für alle statt Räterepublik eBuVo 404 BAK Gesundheit und Pflege (BAK), BAK Arbeit und Soziales (BAK), BAK Innen und Recht (BAK), ... Für Selbstbestimmung stellen wir gute Zeugnisse aus eBuVo 705 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Nett hier, aber waren Sie schon mal in einem Naturschutzgebiet? BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau 806 LV Saarland (Landesverbände) Weg zu Schutz, Transparenz und Kontrolle von Auskunfteien BAK Wirtschaft und Finanzen 706 LV Baden-Württemberg (Landesverbände) Wie schnell fährt eigentlich ein Traktor? BAK Umwelt, Energie, Verkehr und Bau